RA-MICRO Handbuch

Textformularbuch

RA·MICRO
KANZLEISOFTWARE

TEXTFORMULARBUCH FÜR DIE ANWALTSKANZLEI

		Aktuell?
Vorwort	1	✓
Korrespondenz	2	✓
Mandantenkorrespondenz	2	✓
Allg. Gerichtskorrespondenz	4	✓
Erstattung der Gerichtskosten	6	✓
Zwangsvollstreckung	7	✓
Anträge/Korrespondenz	7	✓
Auskünfte	14	✓
Korrespondenz Drittschuldner	16	✓
Korrespondenz GV/Gericht	18	✓
Korrespondenz Schuldner	24	✓
Zwangsversteigerung/-verwaltung	27	✓
Verschiedenes	30	✓
Rechtsschutzkorrespondenz	31	✓
Familienrecht	32	✓
Scheidungsantrag	32	✓
Unterhalt	36	✓
Trennungsvereinbarung	41	✓
Ehegattenunterhalt	41	✓
Kindesunterhalt	41	✓
Kindesunterhalt	42	✓
Ehewohnung	42	✓
Haushaltsgegenstände	44	✓
Haushaltsgegenstände	44	✓
Elterliche Sorge	44	✓
Besuchsrecht	45	✓
Besuchsrecht	46	✓
Ausgleichsklausel	46	✓
Verbindlichkeiten	46	✓
Gerichts- und Anwaltskosten	47	✓
Verbindlichkeiten	48	✓
Kosten	48	✓
Mandanteninformation	48	✓
Ehegatten-/Kindesunterhalt	49	✓
Ehewohnung/Haushaltsgegenstände	49	✓
Elterliche Sorge/Besuchsrecht	49	✓
Sonstiges	50	✓
Ausgleichsklausel	50	✓
Verbindlichkeiten	50	✓
Gerichts- und Anwaltskosten	50	✓
Mietrecht	51	✓
Klage: Zustimmung Mieterhöhung	51	✓
Klage: Zahlung	55	✓
Klage: Räumung	60	✓
Kündigung	64	✓
Mieterhöhung	66	✓

Verkehrsrecht ... 67 ✓
Korrespondenz mit Mandant ... 67 ✓
Korrespondenz mit gegn. Haftpflicht ... 71 ✓
Schreiben bezüglich eines Sachverständigen ... 76 ✓
Korrespondenz mit Mdt. Haft oder Vollkasko ... 77 ✓
An Haftpflichtversicherung ... 77 ✓
An Vollkaskoversicherung ... 78 ✓
Korrespondenz mit Rechtsschutz ... 79 ✓
Korrespondenz Gegner und gegn. Fahrer ... 79 ✓
Sachverständige ... 80 ✓
Polizei ... 80 ✓
Bußgeldbehörde ... 83 ✓
Staatsanwaltschaft ... 86 ✓
Gericht ... 90 ✓
Gericht Strafrecht ... 90 ✓
Gericht Zivilrecht ... 91 ✓
Kennzeichen ... 95 ✓
Besondere ... 95 ✓
Schadensberechnungen ... 97 ✓
Diverse ... 100 ✓
Arbeitsrecht ... 108 ✓
Zivilprozess ... 109 ✓
Notariat ... 112 ✓
Musterverträge ... 112 ✓
Textbausteine für alle Beurkundungsfälle ... 165 ✓
Familienrecht ... 169 ✓
Scheidungsfolgenvereinbarung ... 169 ✓
Ehevertrag ... 170 ✓
Grundstücksgeschäfte ... 170 ✓
Grundstückskaufverträge ... 170 ✓
Anschreiben an die Urkundsbeteiligten ... 170 ✓
Anschreiben an Dritte und Behörden ... 175 ✓
Anschreiben an Banken ... 180 ✓
Grundbuchanträge ... 183 ✓
Grundschuldbestellungen ... 187 ✓
Wohnungskaufverträge ... 190 ✓
Übergabeverträge ... 194 ✓
Handelsrecht ... 197 ✓
GmbH-Gründung ... 197 ✓
GmbH-Gesellschafterversammlung ... 199 ✓
GmbH-Abtretungen ... 203 ✓
Nachlasssachen/Letztwillige Verfügungen ... 205 ✓
Erbscheinsverhandlungen ... 205 ✓
Verfügungen von Todes wegen ... 207 ✓
Erbschaftskaufverträge ... 208 ✓
Erbauseinandersetzungen ... 210 ✓

Zuletzt bearbeitet von: Gert Wachtendorf

Vorwort

Dieses Handbuch enthält eine Zusammenfassung aller Textbausteine für die Textverarbeitung, die im Rahmen der Programminstallation und -pflege auf den Rechner übertragen wurden.

Die Textbausteine wurden von den einzelnen Fachteams erstellt, die selbstverständlich auch die gesetzlichen Gegebenheiten beachtet haben. Gleichwohl wird keinerlei Gewährleistung für die inhaltliche Richtigkeit der Textvorschläge übernommen. Es obliegt jedem Anwender selbst, vor einer Verwendung der Textbausteine diese auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen.

Die Textbausteine werden im Rahmen der Programmerstinstallation auf den Rechner übertragen. Da alle Textbausteine durch die Anwender selbst überarbeitet werden können, werden durch die RA-MICRO Software AG vorgenommene Aktualisierungen während einer Programmpflege nicht automatisch übertragen, um selbst vorgenommene Änderungen nicht zu überschreiben. Sollten sich daher aus diesem Handbuch Abweichungen im Wortlaut der Textbausteine gegenüber dem gleichnamigen Textbaustein auf dem Rechner in der Kanzlei ergeben, können z. B. mit *Kanzlei*, *Standardtexte*, *Textbausteinaktualisierung* die aktuellsten Textbausteine übernommen werden.

RA-MICRO Software AG

Korrespondenz

Mandantenkorrespondenz

Bitte um Rücksprache
*mk1

bitte suchen Sie mich in Ihrer Angelegenheit ?? nach vorheriger telefonischer Anmeldung zur Rücksprache auf.

Bitte um Anruf
*mk2

in Ihrer Angelegenheit ?? bitten wir um Ihren baldigen Anruf.

Prozesskostenhilfeformular
*mk3

anliegend überreichen wir Ihnen einen Vordruck für die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe mit der Bitte um Ausfüllung, Unterzeichnung, Beifügung von Belegen und baldmögliche Rücksendung.

Abschluss ZV mit Guthaben
*mk4

in Ihrer Zwangsvollstreckungssache konnten wir nunmehr den noch offenen Restbetrag für Sie einziehen, sodass Ihnen der in der Anlage berechnete Betrag zur Verfügung steht.

Wir schließen die Angelegenheit ab und bitten um Angabe eines Kontos, damit wir den Betrag an Sie überweisen können.

Abschluss ZV nach Vermögensauskunft
*mk5

in Ihrer Zwangsvollstreckungssache waren leider alle Vollstreckungsversuche erfolglos. <@A1P> Schuldner<@S1P> hat/haben?? am ?? die Vermögensauskunft abgegeben und deren Vollständigkeit und Richtigkeit an Eides statt versichert /?? die eidesstattliche Versicherung abgegeben. Pfändbare Vermögenswerte oder ein regelmäßiges Einkommen <@a2P> Schuldner<@S2P> konnten nicht ermittelt werden.

Wir müssen Ihnen daher unsere Kosten aufgeben und bitten um Ausgleich der aus beiliegender Aufstellung ersichtlichen Gebühren und Auslagen.

Wir bedauern, Ihnen keinen günstigeren Bescheid geben zu können und empfehlen, die Vollstreckungsunterlagen, die wir Ihnen zum Abschluss der Angelegenheit übersenden werden, aufzubewahren, da aus diesen 30 Jahre vollstreckt werden kann. Ein neuerlicher Vollstreckungsversuch ist wieder ab dem ?? möglich.

Abschluss ZV aussichtslos
*mk6

da Zwangsvollstreckungsmaßnahmen derzeit nicht Erfolg versprechend erscheinen, reichen wir Ihnen die Unterlagen zu unserer Entlastung zurück und schließen die Sache zunächst ab.

Rechtskräftiges Eheurteil
*mk7

in der Anlage erhalten Sie den rechtskräftigen Scheidungsbeschluss zur weiteren sorgfältigen Aufbewahrung.

Vorschussanforderung
*mk8rvg

Bitte stellen Sie uns einen Auslagen- und Gebührenvorschuss gemäß § 9 RVG in Höhe von ?? $WZ zur Verfügung.

Diesen Betrag können Sie erforderlichenfalls auch gern in einigen Ihnen genehmen Teilbeträgen entrichten.

Abschluss mit Pauschliq.
*mk9

wir nehmen Bezug auf Ihre Mitteilung, dass die Angelegenheit abgeschlossen werden soll.

Wir liquidieren pauschal ?? $WZ mit der Bitte um gelegentliche Überweisung.

Anf. Einkommensbelege
*mk10

bitte übersenden Sie eine Kopie Ihrer aktuellen Gehaltsbescheinigung. Übersenden Sie bitte Kopien aller im Formular genannten beizufügenden Belege (z. B. eine Kopie Ihres Mietvertrages, Kopie eines Beleges über die Höhe Ihrer Heizkosten etc.). Bitte beachten Sie, dass ohne diese Belege der Prozesskostenhilfe ??/Verfahrenskostenhilfe-Antrag nicht ordnungsgemäß ist und abgewiesen werden kann.

Terminabsprache
*mk11

bitte suchen Sie uns in Ihrer Angelegenheit ?? nach vorheriger telefonischer Anmeldung zur Rücksprache auf.

Bitte um Unterzeichnung
*mk12

bitte unterzeichnen Sie das beigefügte Schriftstück im Original und reichen uns dieses umgehend wieder zurück. Die Kopie ist für Ihre Unterlagen bestimmt.

Bitte um Unterlagen
*mk13

bitte reichen Sie uns in den nächsten Tagen folgende Unterlagen ein:

??

Bitte um Anruf
*mk14

bitte teilen Sie unserem Büro telefonisch folgende Angaben mit:

??

Entwurf an Mandant
*mk15

in der Anlage übersenden wir Ihnen eine Kopie eines heute von uns gefertigten Entwurfes.

Bitte geben Sie unserem Büro umgehend Nachricht, ob dieser so zur Absendung gelangen kann oder welche Änderungen Sie vorschlagen möchten. Die Absendung stellen wir bis zu Ihrem Anruf zurück.

Entsch. VAusgl. an Mandant
*mk16

in Ihrer Ehesache ist bezüglich des Versorgungsausgleichs der in Kopie beigefügte Beschluss ergangen, gegen den das Rechtsmittel der Beschwerde innerhalb von einem Monat nach Zustellung eingelegt werden kann. Falls wir gegen den Beschluss Beschwerde einlegen sollen, bitten wir um rechtzeitige Benachrichtigung, ansonsten veranlassen wir nichts.

Eidesstattliche Versicherung
*mk17

E I D E S S T A T T L I C H E V E R S I C H E R U N G

des ?? (Name, Anschrift)

belehrt über die Strafbarkeit falscher Angaben bei der Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung, versichere ich zur Vorlage vor dem Amtsgericht ?? Folgendes an Eides statt:

??

Ort ??, ^TgDatum .....

Mandatsbestätigung
*mk18

wir bedanken uns für die Übertragung des Mandats.

Wie aus den in Kopien beigefügten Schriftstücken ersichtlich, haben wir das zunächst Erforderliche veranlasst. Über den weiteren Fortgang der Angelegenheit werden wir Sie unterrichten.

Allg. Gerichtskorrespondenz

Antrag Prozesskostenhilfe 1
*gk1

Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe

In der Sache Aktenzeichen ?? beantragen wir namens und in Vollmacht <@a2A> Antragsteller<@S2A>,

1. <@a3A> Antragsteller<@S3A> Prozesskostenhilfe zu bewilligen,
2. <@a3A> Antragsteller<@S3A> Rechtanwalt/Rechtsanwältin ?? beizuordnen.

Begründung:

??

Anlage: Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen ??

Antrag Prozesskostenhilfe 2
*gk2

Antrag auf Gewährung von Verfahrenskostenhilfe

In der Sache Aktenzeichen ?? beantragen wir namens und in Vollmacht <@a2A> Antragsteller<@S2A>,

1. <@a3A> Antragsteller<@S3A> Verfahrenskostenhilfe zu bewilligen,
2. <@a3A> Antragsteller<@S3A> Rechtsanwalt/Rechtsanwältin ?? beizuordnen.

Begründung:
??

Der ??Antragsgegner/die Antragsgegnerin ist aufgrund <@ps23P> Einkommens und Vermögens nicht zur Tragung eines Prozesskostenvorschusses in der Lage und verpflichtet, wie sich aus den obigen Ausführungen ergibt.

Anlage: Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen ??

Antrag auf e.A. VAusgl.
*gk3

wird beantragt,

<@a3P> Antragsgegner<@S3P> aufzugeben, <@a3A> Antragsteller<@S3A> Auskunft durch Vorlage der ausgefüllten Formulare zum Versorgungsausgleich zu erteilen, ob und welche Aussichten oder Anwartschaften <@pp1P> bezüglich einer Versorgung wegen Alters-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit während der Ehezeit, also in der Zeit von ?? bis ?? erworben hat.

Begründung:

??

Antrag auf Zwangsgeld VAusgl.
*gk4

wird beantragt,

gegen <@a4P> Antragsgegner<@S4P> zur Erzwingung der Auskunft gemäß der §§ 220, 35 FamFG nach vorheriger Androhung ein Zwangsgeld festzusetzen.

Begründung:

??

Erstattung der Gerichtskosten

Vorschuss von Prozesskostenhilfe
*gk6

In dem Rechtsstreit
??
Az:??

wird beantragt gemäß der §§ 47 Abs. 1, 55 RVG den nachfolgenden Vorschuss festzusetzen:

??

Vorschüsse, Zahlungen Dritter oder anzurechnende Beträge haben wir nicht erhalten.

VU-Antrag schriftl. Verfahren
*gk7

wird der Erlass eines Versäumnisurteils ohne mündliche Verhandlung für den Fall beantragt, dass <@a1P> Beklagte<@S1P> <@ps42P> Verteidigungsabsicht nicht rechtzeitig anzeigt.

Auftrag zur Terminsvertretung
*gk8

Auftrag zur Terminsvertretung

??Sehr geehrter Herr Kollege, sehr geehrte Frau Kollegin,

in der Sache ?? nehmen wir Bezug auf unser Telefonat vom gestrigen Tage und bestätigen Ihnen die getroffenen Vereinbarungen wie folgt:

Sie haben sich bereit erklärt, den Verhandlungstermin am ?? vor dem Landgericht ?? wahrzunehmen.

Sie sollen die zuletzt angekündigten Anträge stellen. Sofern das Gericht eine Einigung vorschlägt, kann diese nur mit einer Widerrufsfrist von 14 Tagen abgeschlossen werden. Bei Schwierigkeiten jeglicher Art, insbesondere Bedenken des Gerichtes gegen unsere Rechtsposition, soll in jedem Fall versucht werden, telefonisch mit unserem Büro Kontakt aufzunehmen.

Hinsichtlich der Abrechnung hatten wir vereinbart, dass Ihnen für die Wahrnehmung des Termins ?? zusteht.

Wir möchten Sie bitten, diese Vereinbarungen schriftlich zu bestätigen.

Kopien aus der Handakte zu Ihrer Unterrichtung sowie eine schriftliche Terminsvollmacht fügen wir als Anlage bei.

Zwangsvollstreckung

Anträge/Korrespondenz

Antrag Nachtbeschluss
*zv2

Antrag auf eine richterliche Anordnung nach § 758 a Abs. 4 ZPO

In der Zwangsvollstreckungssache

<$B+>
??des/der/der Eheleute
<$13v>< $13n>,< $15>,< $16> Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

Verfahrensbevollmächtigte: <$21>??< $23>< $22>,< $25>,< $26>

gegen

<$B+>
??den/die
<$33>< $32>,< $35>,< $36> Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

beantragen wir namens und in Vollmacht <@a2A> Gläubiger<@S2A>,

die richterliche Anordnung, die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung gegen <@a4P> Schuldner<@S4P> in dessen/??deren Wohnung in ?? außerhalb der gewöhnlichen Zeit von 6.00 h bis 21.00 h zu gestatten.

Begründung:
Aufgrund der beigefügten vollstreckbaren Ausfertigung des Urteils vom ??, Az.: ?? sowie des Kostenfestsetzungsbeschlusses vom ?? kann/??können <@a1A> Gläubiger<@S1A> den aus der anliegenden Forderungsaufstellung ersichtlichen Gesamtbetrag von $WZ ?? sowie die Kosten dieses Antrages beanspruchen:

??

<@A1A> Gläubiger<@S1A> hat/??haben mit der Durchführung der Zwangsvollstreckung am ?? den Gerichtsvollzieher ?? beauftragt. Der Gerichtsvollzieher hatte Termine zur Durchführung der Zwangsvollstreckung auf den ?? und den ?? bestimmt. Ausweislich der in der Anlage beigefügten Protokolle des Gerichtsvollziehers ?? vom ?? und vom ?? konnte/??n <@a1P> Schuldner<@S1P> mehrfach zur gewöhnlichen Zeit nicht angetroffen werden.

Es sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass die Zwangsvollstreckung zur Nachtzeit für <@a4P> Schuldner<@S4P> eine unbillige Härte darstellt. Es ist außerdem nicht ersichtlich, dass die Zwangsvollstreckung von vornherein aussichtslos ist.

<@A1P> Schuldner<@S1P> ist??/sind vor Erlass dieser Anordnung nicht zu hören. Eine Anhörung <@a2P> Schuldner<@S2P> würde den Vollstreckungserfolg vereiteln, weil ??.

Eine Ausfertigung der Anordnung nebst Titel und weiterer Vollstreckungsunterlagen, welche wir beigefügt haben, bitten wir wegen der Eilbedürftigkeit unmittelbar dem Gerichtsvollzieher ?? weiterzuleiten.

Diesem Antrag sind beigefügt:

- die vollstreckbare Ausfertigung des Vollstreckungstitels nebst Zustellungsnachweis
- Kostenfestsetzungsbeschluss des ?? nebst Zustellungsnachweis
- Vollmacht
- Protokolle des Gerichtsvollziehers vom ??

Fortsetzung ZV an GV
*zv3

In dem Zwangsversteigerungsverfahren

<$B+>
??des/der/der Eheleute
<$13v>< $13n>,< $15>,< $16> Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

vertreten durch <$21>< $23>< $22>,< $25>,< $26>

gegen

<$B+>
??den/die
<$33>< $32>,< $35>,< $36> Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

vertreten durch??

beantragen wir namens und in Vollmacht <@a2A> Gläubiger<@S2A> die Fortsetzung des durch Beschluss vom ??, uns zugestellt am ??, eingestellten Verfahrens.

PKH-Antrag für ZV
*zv4

Antrag auf Prozesskostenhilfe für Zwangsvollstreckung

In der Zwangsvollstreckungssache

<$B+>
<$13v>< $13n>,< $15>,< $16>
Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

vertreten durch: <$21>< $23>< $22>,< $25>,< $26>

gegen

<$B+>
<$33>< $32>,< $35>,< $36>
Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

vertreten durch: <$41>< $43>< $42>,< $45>,< $46>

wegen Zwangsvollstreckung:

beantragen wir

<@a3A> Gläubiger<@S3A> Prozesskostenhilfe für die Zwangsvollstreckung unter Beiordnung des/der Unterzeichners/in als ??Verfahrensbevollmächtige/n zu bewilligen.

Begründung:

??

Anlagen: Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen, vollstreckbare Ausfertigung des ?? des Amtsgerichtes ??, Az: ?? vom ??.

Sachstandsanfrage
*zv5

In der Zwangsvollstreckungssache

<$B+>
??des/der/der Eheleute
<$13v>< $13n>,< $15>,< $16> Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

gegen

<$B+>
??den/die
<$33><$32>,< $35>,< $36> Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

wurde vor längerer Zeit, am ??, ein Vollstreckungsauftrag erteilt.

Vollstreckungstitel: ??
Forderungen:??

Es wird um Mitteilung über den derzeitigen Stand der Angelegenheit gebeten.

Wir bitten um eine rasche Erledigung.

Antrag § 788 ZPO
*zv6

Antrag auf Festsetzung von Zwangsvollstreckungskosten gemäß § 788 ZPO

<$B+>
??des/der/der Eheleute
<$13v>< $13n>,< $15>,< $16> Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

vertreten durch: <$21>< $23>< $22>,< $25>,< $26>

gegen

<$B+>
??den/die
<$33>< $32>,< $35>,< $36> Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

Namens und in Vollmacht <@a2A> Gläubiger<@S2A> wird gemäß der §§ 788 Abs. 2 i.V.m. 104 ZPO beantragt, die nachfolgend spezifizierten und belegten Kosten der bisherigen Zwangsvollstreckung gegen <@a4P> Schuldner<@S4P> festzusetzen und die Verzinsung des Gesamtbetrages in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab Eingang dieses Antrages auszusprechen.

Weiterhin wird beantragt, <@a3A> Gläubiger<@S3A> eine vollstreckbare Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses nebst Zustellbescheinigung zu erteilen.

Das erkennende Gericht ist nach § 788 Abs. 2 ZPO für die Kostenfestsetzung zuständig, weil ??.

Zu den Kostenpositionen wird im Einzelnen Folgendes ausgeführt ??.

Soweit <@a1P> Schuldner<@S1P> innerhalb einer gerichtlich festgelegten Frist Einwendungen gegen die Kostenberechnung erheben sollte, wird um Gelegenheit zur Stellungnahme gebeten.

Die vollständige Kostenberechnung samt Belegen in beglaubigter Abschrift sowie in Abschrift für <@a4P> Schuldner<@S4P> ist beigefügt.

Soweit anwaltliche Gebühren und Auslagen in der Kostenberechnung aufgeführt sind, wird hiermit anwaltlich versichert und damit nach § 104 Abs. 2 S. 2 ZPO glaubhaft gemacht, dass diese entstanden sind.

<@A1A> Antragsteller<@S1A> ist ?? nicht vorsteuerabzugsberechtigt.

Anlage: Kostenberechnung samt Belegen in beglaubigter und einfacher Abschrift

Drittschuldnererklärung
***zv7rvg**

Aufforderung zur Drittschuldnererklärung

An den ??

In der Zwangsvollstreckungssache

<$B+>
<$13v>< $13n>,< $15>,< $16>
Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

gegen

<$B+>
<$33>< $32>,< $35>,< $36>
Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

zeigen wir zunächst an, dass wir <@a4A> Gläubiger<@S4A> vertreten und fordern Sie namens und in Vollmacht unser<@P2A> Mandant<@S2A> auf, binnen zwei Wochen nach der Zustellung dieses Schreibens und des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses des AG ?? vom ??, Az: ?? <@a3A> Gläubiger<@S3A> gegenüber zu erklären:

1 ob und inwieweit Sie die gepfändete Forderung des ?? als begründet anerkennen und ob Sie zur Zahlung derselben bereit sind,
2 ob und welche Ansprüche andere Personen an die genannte Forderung machen,
3 ob und wegen welcher Ansprüche die Forderung bereits für andere Gläubiger des ?? gepfändet ist,
4 ob innerhalb der letzten zwölf Monate im Hinblick auf das Konto, dessen Guthaben gepfändet worden ist, eine Pfändung nach § 833a Abs. 2 ZPO aufgehoben oder die Unpfändbarkeit des Guthabens angeordnet worden ist und
5 ob es sich bei dem Konto, dessen Guthaben gepfändet worden ist, um ein Pfändungsschutzkonto im Sinne von § 850k Abs. 7 ZPO handelt.

Vorsorglich gestatten wir uns den Hinweis, dass Sie <@a3A> Gläubiger<@S3A> für den entstehenden Schaden haften (§ 840 Abs. 2 S. 2 ZPO), der aus der Nichterfüllung der Ihnen durch Gesetz auferlegten Auskunftsverpflichtung entsteht. Sollte ein solcher Schaden durch die Nichtbeantwortung dieser Aufforderung entstehen, werden wir Sie dafür – notfalls im Klagewege – haftbar machen.

Räumungsauftrag und VA
***zv8**

Vollstreckungsauftrag wegen Räumung, § 885 ZPO

In der Zwangsvollstreckungssache

<$B+>
<$11n> <$13v>< $13n>,< $15>,< $16> Gläubiger<@S1A> (#)
<$B->

gegen

<$B+>
<$31> <$33>< $32>,< $35>,< $36> Schuldner<@S4P> (#)
<$B->

erhalten Sie die vollstreckbare Ausfertigung des Räumungsurteils des Amtsgerichtes ?? vom ??, Az.:?? – sowie eine beglaubigte Abschrift – mit dem Auftrag zur Zustellung des Schuldtitels – und Zwangsvollstreckung durch Räumung der im Titel näher bezeichneten Wohnung, nämlich ??.

Falls das nicht schon wegen der Kosten zu pfändende Wohnungsmobiliar nicht einer der in § 885 Abs. 2 ZPO genannten Personen übergeben werden kann, ??bietet/bieten <@a1A> Gläubiger<@S1A> zur Vermeidung von Lagerkosten an, die Gegenstände im Keller des Hauses zu lagern. Ein Vertreter <@a2A> Gläubiger<@S2A> wird insoweit an der Räumung teilnehmen. Wir bitten um Aufgabe eines Termins und Kostenvorschusses.

Zugleich überreichen wir Ihnen ein Forderungskonto und bitten, soweit der Schuldtitel auf Zahlung gerichtet ist, um Zwangsvollstreckung wegen der daraus ersichtlichen Beträge in einer Gesamthöhe von $WZ ??. Die Gebühren für diesen Auftrag und ab ?? anfallende Zinsen entnehmen Sie bitte ebenfalls dem Forderungskonto.

Wir bitten, uns über die getroffenen Maßnahmen und alle sachdienlichen Feststellungen durch Protokollabschriften zu informieren.

Weiterhin bitten wir um Überweisung der eingezogenen Beträge auf eines der angegebenen Konten.

Vollstreckungsandrohung
***zv9rvg**

Vollstreckungsandrohung

Aufgrund des Urteils des ?? vom ?? zu dem Az.:??, zugestellt am ?? sowie des Kostenfestsetzungsbeschlusses vom ?? sind Sie verpflichtet, an unsere Mandantschaft ?? $WZ nebst Zinsen und Kosten, mithin insgesamt ?? $WZ, wie aus der anliegenden Forderungsaufstellung ersichtlich, zu zahlen. Diesen Betrag und die nachstehend berechneten Kosten bitten wir innerhalb von 10 Tagen

bis zum ??

auf eines unserer angegebenen Konten zu überweisen.

Eine Abschrift dieser Zahlungsaufforderung ist mit gleicher Post an Ihre?? bisherige?? Prozessbevollmächtigte?? versandt worden.

<@A3A> Gläubiger<@S3A> liegt seit dem ?? eine vollstreckbare Ausfertigung des vorgenannten Urteils vor. Obwohl seit dessen Zustellung mehr als zwei Wochen vergangen sind, haben Sie die Gesamtforderung bisher nicht beglichen.

Sollte der vollständige Zahlungsausgleich nicht innerhalb der hier gesetzten Frist erfolgen, sind wir beauftragt, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen Sie einzuleiten. Diese Maßnahmen sind mit weiteren Kosten verbunden, welche Sie sodann ebenfalls zu tragen haben.

Da die titulierte Forderung nicht in angemessener Frist ausgeglichen wurde, haben Sie zusätzlich die nachstehend berechneten Kosten dieser Vollstreckungsandrohung, welche in der beigefügten Forderungsaufstellung bereits berücksichtigt sind, zu tragen:

Gegenstandswert: ?? $WZ

Verfahrensgebühr gem. §§ 2 II, 13, Nr. 3309 RVG	?? $WZ
Pauschale gem. §§ 2 II, 13, Nr. 7002 RVG	?? $WZ
19 % MwSt.	?? $WZ

Summe	?? $WZ

Sollte Ihnen der vollständige Ausgleich nicht innerhalb der gesetzten Frist möglich sein, können Sie sich wegen einer Ratenzahlungsvereinbarung innerhalb der oben gesetzten Frist an uns wenden.

Auskünfte

HR-Auszug anfordern
*zv201r

hier: Forderung de??

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der vorbezeichneten Angelegenheit vertreten wir
*A??,

Namens und im Auftrag unserer Mandantschaft bitten wir um Erteilung eines unbeglaubigten historischen Registerauszuges bezüglich ?? (HR ??).

Die anfallenden Kosten bitten wir uns aufzugeben.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Anfrage Vollzugsanstalt
*zv238r

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der vorbezeichneten Angelegenheit zeigen wir an,
*A??,
anwaltlich zu vertreten. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

Unsere Mandantschaft ist Inhaberin einer titulierten Forderung gegen
*A??.
Eine Fotokopie des Vollstreckungstitels des ?? vom ?? fügen wir zur Kenntnisnahme bei.

Wie mir der zuständige Gerichtsvollzieher im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens mitteilt, soll ?? in der dortigen Justizvollzugsanstalt einsitzen.

Bitte teilen Sie uns mit, ob dies zutrifft und ob ein voraussichtlicher Entlassungstermin bereits bekannt ist.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Erbenermittlung
***zv235r**

hier:
??, verstorben am ??,
letzte bekannte Anschrift:
*A??,

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der vorbezeichneten Angelegenheit zeigen wir an,
*A??,

anwaltlich zu vertreten. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

Unsere Mandantschaft ist Inhaberin einer titulierten Forderung gegen
*A??.
Eine Fotokopie des Vollstreckungstitels des ?? vom ?? fügen wir zur Kenntnisnahme bei.

Wie wir zwischenzeitlich erfahren haben, soll ?? verstorben sein. Namens unserer Mandantschaft bitten wir um Mitteilung, ob dies zutrifft und ob Erben de?? bereits ermittelt wurden. Sollte ein Erbschein bereits erteilt sein, bitten wir um Übersendung einer entsprechenden Abschrift. Sofern eine Nachlasspflegschaft angeordnet wurde, bitten wir um Bekanntgabe des Nachlassverwalters.

Die anfallenden Kosten bitten wir uns aufzugeben.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Gewerbeamtsanfrage
*zv200r

hier: Forderung de??

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der vorbezeichneten Angelegenheit zeigen wir an,
*A??,
anwaltlich zu vertreten. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

Unsere Mandantschaft ist Inhaberin einer titulierten Forderung gegen
*A??.
Namens unserer Mandantschaft bitten wir um Mitteilung, ob die Firma ?? gewerberechtlich gemeldet ist und um welche Art einer Firma es sich hier handelt (Einzelfirma, GmbH?).

Des Weiteren bitten wir um Bekanntgabe des Inhabers bzw. der vertretungsberechtigten Personen für den Zeitraum vom ?? bis ??.

Wegen besonderer Dringlichkeit bitten wir um Erledigung
bis ^Frist14.

Die anfallenden Kosten können direkt uns aufgegeben werden.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Erklärung § 840 monieren
*zv228r

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

wie Sie wissen, vertreten wir die ?? in vorbezeichneter Angelegenheit.

Der im Betreff genannte Beschluss wurde Ihnen am ?? zugestellt. Sie sind gemäß § 840 ZPO gesetzlich dazu verpflichtet, zwei Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses folgende Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten:

1. **ob und inwieweit Sie die Forderung als begründet anerkennen und Zahlung zu leisten bereit sind,**
2. **ob und welche Ansprüche andere Personen an die Forderung geltend machen,**
3. **ob und wegen welcher Ansprüche die Forderung bereits für andere Gläubiger gepfändet ist,**
4. **ob innerhalb der letzten zwölf Monate im Hinblick auf das Konto, dessen Guthaben gepfändet worden ist, eine Pfändung nach § 833a Abs. 2 ZPO aufgehoben oder die Unpfändbarkeit des Guthabens angeordnet worden ist, und**
5. **ob es sich bei dem Konto, dessen Guthaben gepfändet worden ist, um ein Pfändungsschutzkonto im Sinne des § 850k Abs. 7 ZPO handelt.**

Der Beantwortung dieser Fragen sehen wir bis spätestens

^Frist14

entgegen.

Wir machen Sie rein vorsorglich darauf aufmerksam, dass Sie für eventuelle Schäden, die unserer Mandantschaft durch Nichtbeachtung des obigen Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses entstehen, haftbar gemacht werden.

Korrespondenz Drittschuldner

Ergänzung Drittschuldnererklärung
*zv229r

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

Ihre Drittschuldnererklärung vom ?? ist nicht ausreichend. Bitte teilen Sie uns die Namen der Gläubiger, die Höhe deren Ansprüche samt Daten der Zustellungen deren Pfändungsbeschlüsse bzw., sofern andere Gläubiger ihre Rechte aus Abtretungserklärungen herleiten, die Daten der Abtretungserklärungen bis zum

^Frist14.

mit.

Des Weiteren bitten wir noch um Mitteilung, welchen Betrag Sie von den monatlichen Bezügen de?? einbehalten und an die Vorgläubiger überweisen, damit wir unserer Mandantschaft mitteilen können, wann diese voraussichtlich mit der Befriedigung deren Forderung rechnen kann.

Kostendifferenz anfordern
*zv231r

Durch weitere, in der Zwischenzeit gegen ?? eingeleitete Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, stehen außerdem noch Vollstreckungskosten in Höhe von $WZ ?? zur Zahlung offen, die dem Ihnen vorliegenden Pfändungs- und Überweisungsbeschluss nicht unterlegt sind. Wegen dieser Restforderung wären wir nun zu einer neuerlichen Lohnpfändung gezwungen.

Zuvor möchten wir jedoch im Interesse Ihres Arbeitnehmers anfragen, ob dieser evtl. zu einer freiwilligen Zahlung dieser Kosten bereit ist, um eine neuerliche Lohnpfändung und die damit verbundenen Mehrkosten zu vermeiden.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie deshalb mit ?? Rücksprache nehmen und uns dann entsprechend informieren könnten.

Sollte ?? zum freiwilligen Kostenausgleich nicht bereit sein, wären wir für eine kurze Information dankbar, ob und in welcher Höhe Ihnen derzeit noch Pfändungen anderer Gläubiger vorliegen.

Kündigung Lebensversicherung
*zv240r

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der vorgenannten Angelegenheit vertreten wir
*A??.

Eine auf uns lautende Vollmacht fügen wir bei.

Mit Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Amtsgerichts ?? vom ?? zu AZ ?? wurden die Ansprüche de?? Schuldner?? an die obige Versicherung zugunsten unserer Mandantschaft gepfändet; eine Kopie dieses Beschlusses fügen wir als Anlage bei.

Unter Übersendung des Versicherungsscheines Nr. ?? machen wir hiermit

vom Recht der K ü n d i g u n g

Gebrauch und dürfen um Überweisung des derzeitigen Rückkaufswertes auf eines unserer oben genannten Konten bitten.

Eine detaillierte Forderungsberechnung ist beigefügt.

Pfändbaren Betrag erfragen
*zv230r

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Amtsgerichts ?? vom ??
in Sachen ?? gegen ?? (AZ: ??)

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in der vorgenannten Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihre Drittschuldnererklärung vom ??, wonach derzeit Vorrangpfändungen in Höhe von etwa $WZ ?? vorliegen.

Namens unserer Mandantschaft bitten wir ergänzend um Mitteilung, welcher Betrag monatlich von den Bezügen de?? einbehalten und an die vorrangigen Gläubiger abgeführt wird.

Aufgrund dieser Information wäre es evtl. möglich abzuschätzen, ob in absehbarer Zeit mit Zahlungen aufgrund der ausgebrachten Lohnpfändung zu rechnen ist und sich u. U. weitere Vollstreckungsmaßnahmen gegen Ihren Mitarbeiter sowie damit verbundene Mehrkosten für diesen vermeiden lassen.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss aufheben
*zv227r

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit teilen wir mit, dass die zugrundeliegende Forderung zwischenzeitlich beglichen wurde.

Aus dem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Amtsgerichts ?? vom ?? AZ ?? werden infolgedessen keinerlei Rechte mehr geltend gemacht, mithin die Pfändung aufgehoben.

Korrespondenz GV\Gericht

Korrespondenz GV\Gericht 1. Monierung an GV
*zv208r

Zwangsvollstreckungsauftrag vom ??
*A??,
gegen
*A??,
Geschäftszeichen hier nicht bekannt

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit erlauben wir uns an die Durchführung unseres Zwangsvollstreckungsauftrages vom ?? zu erinnern, nachdem uns bis heute weder eine Überweisung noch ein ordnungsgemäßes Protokoll zugegangen ist.

2. Monierung an GV
*zv209r

Zwangsvollstreckungsauftrag vom ??
*A??,
gegen
*A??,
Geschäftszeichen hier nicht bekannt

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit ist uns auch auf unser Monierungsschreiben vom ?? weder ein Zwischenbescheid noch ein ordnungsgemäßes Protokoll vom zuständigen Gerichtsvollzieher übermittelt worden. Wir erlauben uns daher, noch einmal dringend an die Durchführung unseres Auftrages vom ?? zu erinnern und dürfen um Erledigung bis spätestens

^Frist14

bitten.

Strafanzeige
*zv234r

In Sachen
**A??,
- Antragssteller<@S1A> -
gegen
**A??,
- Antragsgegner<@S1P> -

zeigen wir unter Vorlage einer auf uns lautenden Vollmacht die Vertretung <@a2A> Antragsteller<@S2A> an.

Namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft erstatten wir hiermit

S t r a f a n z e i g e

gegen
**A??.

B e g r ü n d u n g:

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> hat im ?? bei unserer Mandantschaft im eigenen Namen Waren zum Gesamtbetrag von $WZ ?? gekauft, erhalten und nicht bezahlt.

B e w e i s: ??

Nachdem <@pp1P> auf die verschiedenen Mahnungen unserer Mandantschaft nicht reagierte, hat diese gegen <@pp4P> einen Vollstreckungstitel erwirkt.

B e w e i s: ??

Im Rahmen der Zwangsvollstreckung hat unsere Mandantschaft sodann Kenntnis davon erlangt, dass
**A??,
bereits vor Warenbezug, nämlich am ??, die Vermögensauskunft /?? eidesstattliche Versicherung vor dem Amtsgericht ?? zu AZ ?? abgegeben hatte.

B e w e i s : Kopie Vermögensverzeichnis des AG ?? vom ??

Damit hatte <@pp1P>, als die Waren bei unserer Mandantschaft bezogen wurde, bereits Kenntnis, dass <@pp1P> sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet und die Rechnung?? nicht würde begleichen können.

Wir dürfen darum bitten, uns das Aktenzeichen, unter welchem das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft geführt wird, mitzuteilen.

Für eine Nachricht über den Abschluss des Ermittlungsverfahrens wären wir dankbar.

Haftbefehl löschen
*zv222r

??
In Sachen
*A??,
gegen
*A??,
Geschäftszeichen: ??

Beantragen wir namens unserer Mandantschaft die

<u>Löschung des Haftbefehls,</u>

nachdem die dem Verfahren zugrundeliegende Forderung beglichen wurde.

VA Begründung § 903 ZPO a. F.\§802d ZPO
*zv221r

Begründung gemäß § 903 ZPO a.F.:

<@A1P> Schuldner<@S1P> hat am ?? zu ?? vor dem Amtsgericht ?? die eidesstattliche Versicherung abgegeben. Dem Vermögensverzeichnis ist zu entnehmen, dass er bei der Firma ?? beschäftigt ist. Ausweislich des in Kopie beigefügten Schreibens der Firma ?? vom ?? ist <@a1P> Schuldner<@S1P> dort jedoch zwischenzeitlich ausgeschieden. Damit sind die Voraussetzungen des § 903 ZPO gegeben.

<@A1P> Schuldner<@S1P> soll nunmehr Angaben dazu machen, ob und gegebenenfalls wo er derzeit beschäftigt ist bzw. von wo und in welcher Höhe er sonstige Bezüge erhält.

Begründung gemäß § 802d ZPO:

<@A1P> Schuldner<@S1P> hat am ?? zu ?? vor dem Amtsgericht ?? die Vermögensauskunft erteilt und deren Richtigkeit und Vollständigkeit an Eides statt versichert. <@A3A> Gläubiger<@S3A> liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Vermögensverhältnisse <@a2P> Schuldner<@S2P> wesentlich verändert haben. Der Verdacht begründet sich in dem Umstand, dass ??. Zur Glaubhaftmachung gemäß § 802d Absatz 1 Satz 1 ZPO n.F. wird überreicht ??. Damit sind die Voraussetzungen des § 802d ZPO n.F. gegeben.

EV-Ergänzung abfragen
*zv220r

Vermögensverzeichnis(se) de??
AZ ??

in vorbezeichneter Angelegenheit liegt uns das Vermögensverzeichnis <@a2P> Schuldner<@S2P> vom ?? vor.

Namens und im Auftrag unserer Mandantschaft als Gläubiger<@S4A> einer titulierten Forderung bitten wir um Mitteilung, ob <@a1P> Schuldner<@S1P>

nach dem ?? erneut

die eidesstattliche Versicherung /?? Vermögensauskunft abgegeben oder ergänzt hat/haben??. Sollte dies der Fall sein, bitten wir um Übersendung einer entsprechenden Abschrift. Für anfallende Kosten stehen wir ein.

Eine Kopie des Vollstreckungstitels des Amtsgerichts ?? fügen wir mit der Bitte um Rückgabe nach Einsichtnahme bei.

VV eingetroffen, **Kosten bezahlen**
*zv216r

??
Vermögensverzeichnis de?? vom ??

In der vorbezeichneten Angelegenheit danken wir für die Übersendung des Vermögensverzeichnisses vom ?? zu AZ ??.

Die angeforderten Kosten in Höhe von 15,00 $WZ entrichten wir mittels Gerichtskostenmarken/-freistempler auf diesem Schreiben.

§ 758a an GV
*zv206r

??
In der Zwangsvollstreckungsangelegenheit gegen
??
Ihr Zeichen: ??

Sehr geehrte/r ??,

in der vorbezeichneten Angelegenheit übergeben wir als Anlage:

a) ??

b) Beschluss des Amtsgerichts ?? gemäß § 758a ZPO vom ?? zu AZ ??

mit der Bitte, beim Schuldner Fahrnis-, Kassen- und Taschenpfändung vorzunehmen, entsprechend unseres Auftrages vom ??.

Gleichzeitig dürfen wir bitten, uns sodann eine Protokollabschrift zu übersenden.

EV aufheben
*zv215r

??
In der Zwangsvollstreckungsangelegenheit gegen
*A??,

wegen Abgabe der eidesstattlichen Versicherung /?? der Vermögensauskunft

kann das Verfahren **aufgehoben** werden, nachdem die Forderung zwischenzeitlich beglichen wurde.

Zahlungsaufforderung EV
*zv217r

- ?? -

Vermögensverzeichnis de?? vom ??

In der vorbezeichneten Angelegenheit nehmen wir Bezug auf die dortige Verfügung vom ?? und entrichten die angeforderten Schreibauslagen in Höhe von 15,00 $WZ mittels Gerichtskostenmarken/-freistempler auf diesem Schreiben.

Um Übersendung einer Abschrift des Vermögensverzeichnisses und Rückgabe des vorgelegten Vollstreckungstitels dürfen wir bitten.

Antrag § 758a, da widersprochen
*zv205r

In der Zwangsvollstreckungsangelegenheit gegen
*A??

stellen wir Namens und im Auftrag des Gläubigers den

Antrag

auf

richterliche Anordnung zur zwangsweisen Öffnung der Wohnung ?? (genaue Lage??) gemäß § 758 ZPO.

Nachdem ?? der Durchsuchung der Wohnung und Behältnisse widersprach, ist dieser Antrag zur Beitreibung der Forderung unserer Mandantschaft erforderlich.

Das Protokoll des Gerichtsvollziehers ?? vom ?? sowie den ?? fügen wir mit der Bitte um Rückgabe bei.

Antrag §758a, da nicht angetroffen
*zv204r

In der Zwangsvollstreckungsangelegenheit gegen
*A??

stellen wir namens und im Auftrag des Gläubigers den

Antrag

auf

richterliche Anordnung zur zwangsweisen Öffnung der Wohnung ?? (genaue Lage??) gemäß § 758 ZPO.

Nachdem ?? mehrfach nicht anzutreffen war und auch schriftliche Aufforderungen erfolglos blieben, ist der Antrag zur Realisierung der Forderung unserer Mandantschaft notwendig.

Das Protokoll des Gerichtsvollziehers ?? vom ?? sowie den ?? fügen wir bei.

Zusammenrechnung im PfÜB I
*zv224r

übergeben wir als Anlage unseren Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses vom heutigen Tage.

Zur Berechnung des nach § 850 c ZPO pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens **beantragen** wir die gepfändeten Ansprüche ?? gemäß § 850 e Nummer 2 ZPO **zusammenzurechnen.**

Die nach dem festgestellten Gesamteinkommen gemäß § 850 c ZPO unpfändbaren Beträge sind in erster Linie den Leistungen zu entnehmen, die d?? Schuldner?? von der Drittschuldnerin Ziffer ?? bezieht.

Zusammenrechnung im PfÜB II
*zv223r

Gleichzeitig **beantragen** wir zur Berechnung des nach § 850 c ZPO pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens gemäß § 850 e Nummer 2 ZPO, die gepfändeten Ansprüche **zusammenzurechnen**. Die nach dem festgestellten Gesamteinkommen gemäß § 850 c ZPO unpfändbaren Beträge sind in erster Linie den Leistungen zu entnehmen, die der Schuldner von der Drittschuldnerin Ziffer ?? bezieht.

Korrespondenz Schuldner

Kündigung LV androhen
*zv239r

wie Sie wissen, vertreten wir
*A??,
anwaltlich.

Für unsere Mandantschaft haben wir Ihre Ansprüche aus Ihrer Lebensversicherung bei der ?? gepfändet. Da der Rückkaufswert dieser Versicherung ausreichen würde, um die Forderung unserer Mandantin auszugleichen, wären wir gezwungen, diese

Versicherung zu k ü n d i g e n

und den Rückkaufswert an uns auszahlen zu lassen.

Durch eine solche vorzeitige Kündigung der Lebensversicherung würden Ihnen jedoch Nachteile entstehen, die in Ihrem Interesse vermieden werden sollten. Wir geben Ihnen daher entgegenkommenderweise letztmalig die Möglichkeit, sich bis

spätestens ^Frist14

mit meinem Büro in Verbindung zu setzen, um eine anderweitige Regelung dieser Angelegenheit zu treffen.

Sollten Sie diese Möglichkeit nicht wahrnehmen, werden wir ohne weiteres Anschreiben die geeigneten Maßnahmen in die Wege leiten bzw. die Kündigung der Versicherung vornehmen.

Text in Ratenvereinbarung
*zv202r

1. Sie zahlen Ihre Verbindlichkeiten in monatlichen Raten aus dem ?? des ??-Gerichtes in Höhe von jeweils $WZ ?? zurück.

1. Die Raten sind jeweils zum ?? eines jeden Monats, beginnend mit dem ??, zur Zahlung fällig.

   Sollten Sie mit der Zahlung einer Rate oder eines Teilbetrages hiervon länger als 10 Tage in Verzug geraten, ist diese Vereinbarung nichtig und der geschuldete Restbetrag sofort fällig und zahlbar.

3. Solange Sie die vereinbarten Ratenzahlungen pünktlich und vollständig erbringen, werden wir keine weiteren Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen Sie in die Wege

leiten.

4. Die Kosten für diese Vereinbarung werden von Ihnen übernommen.

Als Anlage übergeben wir eine Zweitschrift dieser Vereinbarung, die Sie uns – zum Zeichen Ihres Einverständnisses – bis spätestens

zum ^Frist14

unterzeichnet zurückgeben wollen.

Wir hoffen, dass Sie das Entgegenkommen unserer Mandantschaft durch entsprechende Zahlungen honorieren und die Angelegenheit auf diesem Wege erledigt werden kann.

Strafanzeige androhen
*zv233r

wie Sie wissen, vertreten wir ?? anwaltlich.

Sie haben im ?? bei unserer Mandantschaft Waren im Wert von $WZ ?? bestellt und diese auch erhalten. Den Kaufpreis aus der Rechnung vom ?? blieben Sie jedoch schuldig.

Nachdem Sie die verschiedenen Mahnungen unserer Mandantschaft nicht beachtet haben, wurden wir mit der Einleitung gerichtlicher Maßnahmen beauftragt.

Wir geben Ihnen nun noch einmal Gelegenheit, die derzeitige Forderung in Höhe von $WZ ??

bis spätestens ??

zu bezahlen, da wir davon ausgehen, dass der Ausgleich der Verbindlichkeiten in der Vergangenheit lediglich Ihrer Aufmerksamkeit entgangen war und dass Sie nun termingerechte Zahlung leisten werden.

Ansonsten müsste sich uns der Verdacht aufdrängen, dass Sie bereits zum Zeitpunkt der Bestellung genau wussten, dass Sie die Rechnung nicht würden bezahlen können. Darauf weist auch hin, dass Sie bereits am ?? die Vermögensauskunft erteilt /?? eidesstattliche Versicherung abgegeben haben und damit zum Zeitpunkt der Bestellung nicht zahlungsfähig waren.

Unter diesen Umständen müssten wir – bei fruchtlosem Fristablauf – in Erwägung ziehen, die Akte zur **Prüfung in strafrechtlicher Hinsicht an die zuständige Staatsanwaltschaft** abzugeben, da hier evtl. der Tatbestand des **Betruges** erfüllt ist.

Wir gehen – nicht zuletzt in Ihrem Interesse – davon aus, dass Sie termingerechte Zahlung leisten werden.

Eine detaillierte Forderungsberechnung ist diesem Schreiben zu Ihrer Information beigefügt.

Zahlungsaufforderung an Erben
*zv236r

Forderung de??
*A??,
gegen
*A??,
verstorben am ??

Sehr geehrte??,

in der vorbezeichneten Angelegenheit zeigen wir unter Vollmachtsvorlage die anwaltliche Vertretung des/der ??
*A??,
an.

Nach Auskunft de ?? haben Sie, gemeinsam mit ??, ?? beerbt.

Demnach haften Sie auf der Grundlage der §§ 1967, 2058 BGB für die Verbindlichkeiten de?? gegenüber unserer Mandantschaft. Deren Forderung berechnet sich derzeit wie folgt:

??

Eine Kopie des von uns erwirkten Vollstreckungstitels des Amtsgerichts ?? vom ?? fügen wir ebenfalls bei.

Wir haben Sie nunmehr aufzufordern, den vorgenannten Gesamtbetrag in Höhe von $WZ ?? nebst weiteren Zinsen bis spätestens zum

^Frist14

auf eines unserer o. g. Konten zu überweisen.

Nach fruchtlosem Fristablauf sind wir angewiesen, gerichtliche Schritte gegen Sie einzuleiten.

Anschreiben nach Widerspruch
*zv203r

wie Sie wissen, vertreten wir ?? anwaltlich.

Nachdem Sie den Rechnungsbetrag in Höhe von $WZ ?? gemäß Rechnung vom ?? nicht innerhalb der Ihnen gesetzten Frist bezahlt und auch auf die verschiedenen Mahnungen nicht reagiert haben, wurden wir mit der gerichtlichen Beitreibung der Forderung beauftragt.

Am ?? haben wir gegen Sie den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids gestellt; ein Zahlungsausgleich erfolgte durch Sie jedoch erst am ??, mithin nach Erlass des Mahnbescheides.

Infolge des Zahlungsverzuges haben Sie sowohl die Zinsen als Verzugsschaden gemäß § 288 BGB als auch die Kosten für den Mahnbescheid sowie die für unsere Inanspruchnahme angefallenen Gebühren zu tragen.

Bitte überweisen Sie zur Vermeidung weiterer gerichtlicher Maßnahmen den nachfolgend

genannten Restbetrag

in Höhe von ??

bis spätestens ^Frist14

Die vorgenannte Restforderung aus dem Mahnbescheid errechnet sich im Einzelnen wie folgt:
??

Zwangsversteigerung/-verwaltung

Versteigerungsantrag
*zv243r

A n t r a g a u f Z w a n g s v e r s t e i g e r u n g

In Sachen
***A??,**
- Gläubiger?? -
vertr. d. ??

gegen
***A??,**
- Schuldner?? -

stehen der von uns vertretenen Gläubigerin folgende titulierte Forderungen zu:

??

Wegen der vorgenannten Forderung sowie der weiteren Kosten des Verfahrens **beantragen** wir wegen der persönlichen Ansprüche unserer Mandantschaft die **Anordnung der Zwangsversteigerung** in ??

Eine auf uns lautende Vollmacht sowie eine beglaubigte Grundbuchabschrift fügen wir als Anlage bei.

ZV-Antrag Erbengemeinschaft
*ZV245r

Zeigen wir unter Vollmachtsvorlage die anwaltliche Vertretung de?? an.

Durch Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Amtsgerichts ?? vom ?? zu AZ: ?? wurde der Erbteilsanspruch <@a2P> Antragsgegner<@S2P> ?? Ziffer ?? gepfändet.

Zum Nachweis übersenden wir als Anlage den vorgenannten Beschluss im Original nebst Zustellungsnachweis an <@a4P> Antragsgegner<@S4P> Ziffer ??.

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> ist/?? sind Eigentümer<@S1P> in Erbengemeinschaft zu je 1/2 de?? im Grundbuch von ?? eingetragenen Grundstück?? Flst. Nr. ??.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft

b e a n t r a g e n

wir die **Anordnung des Teilungsversteigerungsverfahrens.**

Beglaubigte Grundbuchabschrift?? fügen wir bei.

Sicherungshypothek
*zv242r

Antrag auf Eintragung einer Zwangssicherungshypothek

In Sachen
***A??,**
- Gläubigerin -
vertr. durch: ??
gegen
***A??,**
- Schuldner?? -

stehen der von uns vertretenen Gläubigerin folgende titulierte Forderungen zu:

??

Wegen der vorgenannten Beträge

b e a n t r a g e n

wir die **Eintragung einer Zwangssicherungshypothek** in d?? im Grundbuch von ?? eingetragene?? Grundstück?? Flst. Nr. ??.

Um Rücksendung der Eintragungsbekanntmachung mit dem Vollstreckungstitel dürfen wir bitten.

Im Hinblick auf weitere Zwangsvollstreckungsmaßnahmen wären wir dankbar, wenn die Eintragungsbekanntmachung lediglich an den Vollstreckungstitel, nicht jedoch an die gesamten Vollstreckungsunterlagen und Kostenbelege angesiegelt werden könnte.

Eine auf uns lautende Vollmacht fügen wir bei.

ZV-Antrag in ½ ME-Anteil
*zv244r

Zeigen wir unter Vollmachtsvorlage die Vertretung de ?? an.

Durch Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Amtsgerichts ?? vom ?? zu AZ: ?? wurde der Anspruch auf Miteigentum des Antragsgegners Ziffer 1 an folgende ?? Grundstück ?? gepfändet:

??

Zum Nachweis übersenden wir als Anlage den vorgenannten Beschluss im Original nebst Zustellungsnachweis an d?? Antragsgegner?? Ziffer 2.

Die Antragsgegner sind Eigentümer de?? genannten Grundstück?? zu je 1/2.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft

b e a n t r a g e n

wir die **Anordnung des Teilungsversteigerungsverfahrens.**

Eine beglaubigte Grundbuchabschrift fügen wir bei.

GB-Abschrift anfordern
*zv241r

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

wir zeigen unter Vollmachtsvorlage die anwaltliche Vertretung von
*A??,
an.

Unsere Mandantschaft ist Inhaber?? einer titulierten Forderung gegen
*A??.

Eine Kopie des erwirkten Vollstreckungstitels des Amtsgerichts ?? vom ?? zu AZ: ?? fügen wir bei.

Nach meinen Informationen soll ?? Eigentümer von Grundbesitz in ?? sein. Genaue Grundbuchangaben sind hier leider nicht bekannt. Namens und im Auftrag unserer Mandantschaft bitten wir um Überprüfung sowie Übersendung der entsprechenden Grundbuchabschrift(en) in unbeglaubigter Form.

Die anfallenden Kosten bitten wir bei uns anzufordern.

Antrag Beitrittszulassung
*zv246r

??-
Antrag auf Beitrittszulassung

In Sachen

*A??,
- Gläubiger<@S1A> -
vertr. d. d. ??

gegen
*A??,
- Schuldner<@S4P> -

stehen <@a3A> von uns vertretenen Gläubiger<@S3A> folgende titulierte Forderungen zu:

??

Wegen der vorgenannten Forderung sowie der weiteren Kosten des Verfahrens beantragen wir wegen des ?? Anspruchs unser<@P2A> Auftraggeber<@S2A> die Beitrittszulassung zum bereits angeordneten Zwangsversteigerungsverfahren in d?? im Grundbuch von ?? eingetragene Grundstück?? Flst. Nr. ??.

Auf uns lautende Vollmacht sowie eine Kopie des Vollstreckungstitels ist beigefügt.

Verschiedenes

Zahlungsaufforderung
*v5

In der vorstehend bezeichneten Angelegenheit sind wir mit der Geltendmachung der Forderung gegen Sie beauftragt worden. Zu unserer Legitimation fügen wir das anliegende Vollmachtsformular in beglaubigter Abschrift bei.
Ihre Zahlungsverpflichtung ergibt sich daraus, dass ??.

Wir geben Ihnen hiermit namens und in Vollmacht unser<@P2A> Mandant<@S2A> letztmalig Gelegenheit, die Angelegenheit durch Zahlung des unten berechneten Zahlbetrages auf das Konto ?? bis spätestens zum

??
beizulegen.

Die bisherige Forderung samt Zinsen berechnet sich wie folgt:

??

Ihr Zahlbetrag bis zum ?? beträgt demgemäß ??.

Da Sie sich schon in Verzug befinden, haben Sie gemäß der §§ 280, 286 BGB zusätzlich die in nachfolgender Kostennote berechneten RA-Gebühren für unsere Inanspruchnahme ebenfalls spätestens bis zum ?? zu tragen.

??
Nach Ablauf dieser Frist müssen Sie damit rechnen, dass wir mit der Einleitung gerichtlicher Maßnahmen beauftragt werden, die Ihnen ganz erhebliche Kosten verursachen würden.

Mitteilung KFB an RS
*v6

wir haben den Kostenfestsetzungsbeschluss zur Zahlung an die Rechtsschutzversicherung unser<@P2A> Mandant<@S2A> weitergeleitet. Wir bitten daher, von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen aus diesem Beschluss abzusehen.

Zahlungsaufforderung nach Zahlung Hauptsumme
*v8

in der vorbezeichneten Forderungsangelegenheit haben Sie die Forderung nunmehr ausgeglichen.

Da Sie sich mit der Zahlung der Forderung schon vor unserer Beauftragung in Verzug befunden haben, haben Sie die Kosten unserer Inanspruchnahme gemäß § 286 BGB zu tragen. Wir fordern Sie daher auf, die nachfolgend berechneten Kosten in Höhe von $WZ ?? bis zum ?? auf unser Konto ?? zu überweisen. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass wir beauftragt sind, den geforderten Betrag gerichtlich geltend zu machen, wenn bis zum genannten Zeitpunkt kein Zahlungseingang erfolgt ist.

Kostenaufstellung:

??

Rechtsschutzkorrespondenz

Bitte um Deckungszusage
*kdeck1

Ihr Versicherungsnehmer hat uns in einer ??Angelegenheit beauftragt, deren näheren Inhalt Sie den als Anlage beigefügten Unterlagen entnehmen können, nämlich ??. Es geht zunächst um die vorgerichtliche Korrespondenz, insbesondere um ??.

Hiermit wird kurzfristig Ihre Deckungszusage erbeten.

Auftragserweiterung
*kdeck2

zu obiger Schadennummer hatten Sie uns bereits Kostendeckungszusage erteilt.

Nunmehr ist eine Auftragserweiterung erfolgt, welche Sie bitte der Anlage entnehmen wollen.

Wir bitten bezüglich dieser Erweiterung um Kostendeckungszusage.

Kostendeckung 1. Instanz
*kdeck3

zu obiger Schadennummer hat die Gegenseite keine Zahlung geleistet. Wir verweisen auf die außergerichtliche Korrespondenz, die Ihnen als Anlage zu diesem Schreiben beigefügt ist. Ein weiteres Zuwarten auf die Schadenregulierung ist unser<@P3A> Mandant<@S3A> nicht zuzumuten. Die gerichtliche Weiterverfolgung der Ansprüche halten wir für erfolgversprechend. Wir übersenden einen Klageentwurf als Anlage mit der Bitte um kurzfristige Deckungszusage für das erstinstanzliche Verfahren.

Kostendeckung Berufung
*kdeck4

in der Anlage übersenden wir Ihnen das vollständige Urteil in der im Betreff genannten Schadensangelegenheit.

Wir beabsichtigen nach Rücksprache mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> gegen dieses Urteil Berufung einzulegen, und zwar aus folgenden Gründen:

??

Hierzu bitten wir um kurzfristige Deckungszusage.

Verfahrenskostenausgleich
*kdeck5

anbei übersenden wir Ihnen eine Aufstellung der Verfahrenskosten mit der Bitte, diese auszugleichen.

Familienrecht

Scheidungsantrag

Scheidungsantrag Rubrum
*scheid1

&&*Maske:??

ANTRAG

<@a2A> <RAA$Mandant.Beruf> <$13>, geb. <RAA$Mandant.GebName>, <$15>, <$16>

- Antragsteller<@S1A> -

Bevollmächtigte??:
**A1,

gegen

<@a4P> <RAA$Gegner.Beruf> <$33>, geb. <RAA$Gegner.GebName>, <$35>, <$36>

- Antragsgegner<@S1P> -

Bevollmächtigte??:

<$41>?? <$43>, <$45>, <$46>

Antrag Scheidung
*scheid3

&&*Maske:??
wegen Scheidung der Ehe

vorläufiger Streitwert: <streitwert> $WZ

wird unter Bezugnahme auf die besondere Vollmacht im Sinne des § 114 Abs. 5 FamFG beantragt,

1. die am <ehedat> vor dem Standesbeamten des Standesamtes <standesamt> unter der Heiratsregisternummer <reg-nummer> geschlossene Ehe der Beteiligten zu scheiden,
2. die Kosten des Verfahrens gegeneinander aufzuheben.

Begründung:

Das angerufene Familiengericht ist gem. § 122 FamFG örtlich zuständig, weil ??

Andere Familiensachen im Sinne des § 133 Abs. 1 Nr. 3 FamFG, an denen beide Ehegatten beteiligt sind, sind nicht anhängig.

Die Beteiligten haben, wie im Antrag angegeben, die Ehe geschlossen.

Beweis: beigefügte Heiratsurkunde im Original

Personalien der Beteiligten:

Ehemann:
geb. am <gebdat-em> in <gebort-em>
Staatsangehörigkeit:<staatsan-em>
Konfession:<konf-em>
Beruf:<beruf-em>
Nettomonatseinkommen:<eink-em>

Ehefrau:
geb. am <gebdat-ef> in <gebort-ef>
Staatsangehörigkeit:<staatsan-ef>
Konfession:<konf-ef>
Beruf:<beruf-ef>
Nettomonatseinkommen:<eink-ef>

Hinsichtlich der durch die Ehe begründeten gesetzlichen Unterhaltspflicht
?? haben die Ehegatten folgende Regelung getroffen:
?? Keine Regelung getroffen
?? besteht noch Streit.

Hinsichtlich der Ehewohnung und des Hausrats haben die Ehegatten
folgende Regelung getroffen:
??keine getroffen
??besteht noch Streit.

Keine Kinder
*scheid5

Aus der Ehe der Parteien sind keine Kinder hervorgegangen.

Kinder
*scheid6

&&*Maske:??
Aus der Ehe der Beteiligten ist/??sind das/??die gemeinsame?? Kind?? <kind1>, geb. am ??, <kind2> geb. am ?? und <kind3>, geb. am ?? hervorgegangen. <kind1>, <kind2> und <kind3> lebt/??leben bei <@a3A> Antragsteller<@S3A> /?? <@a3P> Antragsgegner<@S3P>.

Beweis: beigefügte Geburtsurkunde?? im Original

??Die Ehegatten sind sich darüber einig, die elterliche Sorge für <kind1>, <kind2> und <kind3> auch weiterhin gemeinsam ausüben zu wollen.

??Es besteht noch Streit zwischen den Ehegatten über die elterlichen Sorge für <kind1>, <kind2> und <kind3> ??.

??Der Umgang mit <kind1>, <kind2> und <kind3> ist wie folgt geregelt:??
??Es besteht noch Streit zwischen den Ehegatten hinsichtlich des Umgangs mit <kind1>, <kind2> und <kind3> ??.

??Hinsichtlich des Kindesunterhalts für <kind1>, <kind2> und <kind3> ist Folgendes geregelt: ??

??Hinsichtlich des Kindesunterhalts für <kind1>, <kind2> und <kind3> besteht noch Streit insofern, als??

Begr.: anderer Partner
*scheid7

Die Ehe der Parteien ist gescheitert und eine Wiederherstellung ist nicht zu erwarten.

Die Fortsetzung der Ehe würde für <@a4A> Antragsteller<@S4A> eine unzumutbare Härte bedeuten. <@A1P> Antragsgegner<@S1P> lebt mit einem neuen Partner in eheähnlicher Lebensgemeinschaft zusammen.

Begr.: verschiedene Wohnungen
*scheid8

&&*Maske:??
Der Antrag auf Ehescheidung ist nach § 1565 Abs. I BGB begründet, denn die Ehe der Parteien ist gescheitert.

Die Parteien leben seit dem <trenndat>, mithin seit mehr als einem Jahr, in verschiedenen Wohnungen getrennt.

Begr.: selbe Wohnung
*scheid9

&&*Maske:??
Der Antrag auf Scheidung ist nach § 1565 Abs. I BGB begründet, denn die Ehe der Parteien ist gescheitert.

Die Parteien leben seit dem <trenndat>, mithin seit mehr als einem Jahr, innerhalb der ehelichen Wohnung getrennt.

Sie haben seitdem eine vollständige räumliche Trennung und Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft herbeigeführt. Die Ehegatten schlafen in verschiedenen Zimmern und verkehren nicht mehr geschlechtlich miteinander. Sie nehmen ihre Mahlzeiten getrennt ein, verbringen ihre Freizeit nicht gemeinsam und sorgen in keiner Weise mehr füreinander.

Begr.: scheid9 + Auszug
*scheid10

&&*Maske:??
Der Antrag auf Ehescheidung ist nach § 1565 Abs. I BGB begründet, denn die Ehe der Parteien ist gescheitert.

Die Parteien leben seit dem <trenndat>, mithin seit mehr als einem Jahr, innerhalb der ehelichen Wohnung getrennt.

Sie haben seitdem eine vollständige räumliche Trennung und Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft herbeigeführt. Die Ehegatten schlafen in verschiedenen Zimmern und verkehren nicht mehr geschlechtlich miteinander. Sie nehmen ihre Mahlzeiten getrennt ein, verbringen ihre Freizeit nicht gemeinsam und sorgen in keiner Weise mehr füreinander.

Sodann ist ein Ehegatte aus der letzten gemeinsamen Wohnung ausgezogen.

Begr.: Ehe gescheitert
*scheid11

Die Ehe der Parteien ist gescheitert und eine Wiederherstellung ist nicht zu erwarten.

Ergänzende Begründung 1
*scheid12

Beide Ehegatten hatten sich schon vor ihrer Trennung infolge wechselseitigen ehewidrigen Verhaltens völlig auseinandergelebt.

Sie haben auch nach dem einjährigen Getrenntleben weiterhin eine unüberwindbare Abneigung gegeneinander und sind seit Beginn des Getrenntlebens nicht zur Wiederherstellung der häuslichen und ehelichen Lebensgemeinschaft bereit.

Ergänzende Begründung 2
*scheid13

Aus dem vorgetragenen Sachverhalt folgt, dass die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht mehr erwartet werden kann, dass die Ehegatten sie jemals wiederherstellen.

Einverständliche Scheidung
*scheid14

Die Ehescheidung soll gemäß § 630 ZPO erfolgen. Die Parteien sind mit der Scheidung einverstanden und haben sich wie aus der Anlage ersichtlich, über die Scheidungsfolgen geeinigt.

Versorgungsausgleich
*scheid15

Der Versorgungsausgleich ist vorzunehmen.
Es wird um Übersendung der amtlichen Vordrucke gebeten.

Antrag auf Abtrennung Versorgungsausgleich
*scheid16

&&*Maske:??
Antrag auf Abtrennung Versorgungsausgleich

Da seit Rechtshängigkeit des Scheidungsantrages nunmehr mehr als drei Monate verstrichen sind, beantragen wir namens und in Vollmacht <@a2A> Antragsteller<@S2A> /?? <@a2P> Antragsgegner<@S2P> gemäß § 140 Abs. 2 Nr. 4 FamFG, die Folgesache Versorgungsausgleich abzutrennen.

Versorgungsausgleich bei kurzer Ehedauer
*scheid17

&&*Maske:??
Versorgungsausgleich bei kurzer Ehedauer

Namens und in Vollmacht <@a2A> Antragsteller<@S2A> /?? <@a2P> Antragsgegner<@S2P> beantragen wir, den Versorgungsausgleich trotz der kurzen Ehedauer gemäß § 3 Abs. 3 VersAusglG durchzuführen. Es wird um Übersendung der amtlichen Vordrucke gebeten.

Einstweilige Anordnung
*einsta1

wegen Regelung ??, hier:

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. §§ 49 ff. FamFG

wird unter Bezugnahme auf die beiliegende Vollmacht im Wege der einstweiligen Anordnung gem. §§ 49,?? FamFG beantragt, wegen besonderer Eilbedürftigkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung gegen <@a4P> Antragsgegner<@S4P> zu erkennen:

??

Begründung:

??

Unterhalt

Aufforderung Auskunft Ehegatte
*unterh1

&&*Maske:??
wir zeigen an, dass wir <$11> <$13> anwaltlich vertreten.

Wir sind beauftragt, gegen Sie Unterhaltsansprüche geltend zu machen. Wir haben Sie aufzufordern, bis zum ?? Auskunft über Ihre Bruttoeinkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit einschließlich sämtlicher Zulagen und sonstiger Zuschläge auch Auslösungen und Spesen etc. und die hierauf vorgenommenen gesetzlich vorgeschriebenen Abzüge für das Jahr ?? zu erteilen. Wir haben Sie auch aufzufordern, Auskunft über Bruttoeinkünfte aus Kapitalvermögen, Mieteinnahmen etc. für das Jahr ?? zu erteilen. Dies hat unter Vorlage einer vollständigen, auch die Sonderzuwendungen und alle Abzüge erfassenden Gehaltsbescheinigung für das Jahr ?? und der Lohnsteuerkarte für das Jahr ?? sowie des Einkommensteuerbescheides für das Jahr ?? und einer Abschrift der Steuererklärung für das Jahr ?? zu erfolgen.

Sollten Sie diese Auskunft nicht erteilen, müssten wir gegen Sie gerichtlich vorgehen, wodurch Ihnen erhebliche Kosten auch gemäß § 243 S. 2 Nr. 2 FamFG entstehen können. Wir haben Sie weiter aufzufordern, einen angemessenen Unterhalt für unser<@P4A> Mandant<@S4A> ab sofort zu zahlen. Eine genaue Berechnung werden wir Ihnen nach Auskunftserteilung bezüglich Ihres Einkommens mitteilen.

Aufforderung Auskunft Anwalt
*unterh2

&&*Maske:??
wir zeigen an, dass wir <$11> <$13> anwaltlich vertreten.

Zur Bemessung des zukünftig zu leistenden Unterhaltes ??für das gemeinsame Kind??/für die gemeinsamen Kinder??/??Trennungsunterhalt/Ehegattenunterhalt dürfen wir Ihr<@P4P> Mandant<@S4P> bitten, gemäß § 1605 BGB Auskunft über die Höhe der Bruttoeinkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit und die hierauf vorgenommenen gesetzlich vorgeschriebenen Abzüge, Auskunft über die Höhe der Bruttoeinkünfte aus Kapitalvermögen, Mieteinnahmen nebst Abzügen etc. Ihr<@P2P> Mandant<@S2P> für den Zeitraum ?? bis spätestens zum??

unter Vorlage folgender Belege zu erteilen:

1. Jahresverdienstbescheinigung des Arbeitgebers für den Zeitraum ?? unter Ausweisung gesetzlicher Abzüge inkl. gezahlter Weihnachts- und Urlaubsgelder sowie sonstiger Zuwendungen wie Prämien, Tantiemen etc.

2. Einkommensteuerbescheid für das Jahr ??, Abschrift der Einkommensteuererklärung nebst vollständigen gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen für das Jahr ?? und Lohnsteuerkarte für das Jahr ??.

Erst nach Erteilung dieser Auskunft kann der zu zahlende Unterhalt endgültig berechnet werden.

Bis zur genauen Klärung der Einkommensverhältnisse fordern wir Ihr<@P4P> Mandant<@S4P> auf, ab sofort eine am 1. eines jeden Monats vorauszahlbare Unterhaltsrente von $WZ ?? für das gemeinsame Kind??/für die gemeinsamen Kinder?? auf das übliche Konto unser<@P2A> Mandant<@S2A> zu überweisen.
??Trennungsunterhalt/Ehegattenunterhalt ist ebenfalls ab sofort vorauszahlbar am 1. eines jeden Monats in Höhe von $WZ ?? und auch auf das übliche Konto unser<@P2A> Mandant<@S2A> zu überweisen.

Diese vorläufigen Unterhaltsbeträge gehen von folgender Einkommenssituation aus:

&&
!0=e9!

Geschätztes Einkommen Ihr<@P2P> Mandant<@S2P>	(?? = e2) $WZ !e9+e2=e9!
Einkommen unser<@P2A> Mandant<@S2A>	(?? = e2) $WZ !e9+e2=e9!
Gesamteinkommen	(e9) $WZ

&&#

??Der Kindesunterhalt in Höhe von ?? für ?? das minderjährige Kind??/die minderjährigen Kinder?? ergibt sich aus der Düsseldorfer Tabelle, Altersstufe??, Einkommensgruppe??, wobei der Abzug des jeweiligen Kindergeldanteils schon berücksichtigt ist.

Der Volljährigenunterhalt für das gemeinsame Kind?? in Höhe von ?? ergibt sich aus folgender Berechnung:??

Der Ehegattenunterhalt/??Trennungsunterhalt ergibt sich in Höhe von ?? aufgrund folgender Berechnung nach der Additionsmethode:

??

allgem. Rubrum/Stufenantrag
*unterh3

&&*Maske:??
A N T R A G

<$13>, <$15>, <$16>

Antragsteller<@S1A>

Bevollmächtigte??:

<$21>??, <$23>, <$25>, <$26>

g e g e n

<$33>, <$35>, <$36>

Antragsgegner<@S1P

Bevollmächtigte??:

<$41>?? <$43>, <$45>, <$46>

wegen Auskunft und Unterhalt.

Namens <@a2A> Antragsteller<@S2A> und unter Bezugnahme auf die beigefügte Vollmacht stellen wir folgende Anträge:

1. <@A1P> Antragsgegner<@S1P> wird verurteilt, Auskunft über <@ps42P> gesamten Bruttoeinkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit für das Kalenderjahr ?? inkl. Weihnachts- und Urlaubsgelder sowie sonstiger Zuwendungen wie Prämien, Tantiemen etc. unter Ausweisung der gesetzlichen Abzüge zu erteilen. Die Auskünfte sind zu belegen durch Vorlage einer vollständigen auch alle Sonderzuwendungen und alle Abzüge erfassenden Gehaltsbescheinigung des Arbeitgebers für das Kalenderjahr ??. Die Auskünfte sind ferner zu belegen durch den Einkommensteuerbescheid für das Kalenderjahr ??, Abschriften der Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr ?? und die Lohnsteuerkarte für das Kalenderjahr ??.
2. <@A1P> Antragsgegner<@S1P> wird erforderlichenfalls verurteilt, die Richtigkeit und Vollständigkeit der Auskünfte gemäß Ziff. 1 eidesstattlich zu versichern.
3. <@A1P> Antragsgegner<@S1P> wird verurteilt, ab dem ?? eine im Voraus fällige monatliche Unterhaltsrente an <@a4A> Antragsteller<@S4A> zu zahlen, deren Höhe nach Auskunftserteilung beziffert wird.
4. <@A1P> Antragsgegner<@S1P> trägt die Kosten des Verfahrens.

Begr. Ehefrau/Ehemann
*unterh4

Begründung:

<@A1A> Antragsteller<@S1A> ist??/sind einkommens- und vermögenslos und somit unterhaltsbedürftig.

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> ist??/sind mit beigefügtem Schreiben vom ?? vergeblich zur Auskunft aufgefordert worden. Die begehrte Auskunft ist zur Berechnung des Unterhaltsanspruches erforderlich.

Begr. Kind
*unterh5

&&*Maske:??
Begründung:

Die Beteiligten sind Eltern des Kindes <kind1>.
Der Antrag wird gem. § 1629 Abs. III BGB im Wege der Prozessstandschaft erhoben. Das Kind der Beteiligten ist einkommens- und vermögenslos und mithin unterhaltsbedürftig.

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> ist mit in Kopie beigefügtem Schreiben vom ?? vergeblich zur Auskunft aufgefordert worden. Die begehrte Auskunft ist zur Berechnung des Unterhaltsanspruches erforderlich.

Begr. Kinder
*unterh6

&&*Maske:??
Begründung:

Die Beteiligten sind Eltern der Kinder:
<kind1>
<kind2>
<kind3>
<kind4>

Der Antrag wird gem. § 1629 Abs. III BGB im Wege der Prozessstandschaft erhoben. Die Kinder der Beteiligten sind einkommens- und vermögenslos und mithin unterhaltsbedürftig.

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> ist mit in Kopie beigefügtem Schreiben vom ?? vergeblich zur Auskunft aufgefordert worden. Die begehrte Auskunft ist zur Berechnung des Unterhaltsanspruches erforderlich.

Antrag gemäß § 235 Abs. 2 FamFG
*unterh7

&&*Maske:
Antrag gemäß § 235 Abs. 2 FamFG

Namens und in Vollmacht <@a3A> Antragsteller<@S1A> wird gemäß § 235 Abs. 2 FamFG beantragt anzuordnen,

dass <@a1P> Antragsgegner<@S1P> Auskunft über <@ps42P> gesamten Bruttoeinkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit für das Kalenderjahr ?? inkl. Weihnachts- und Urlaubsgelder sowie über sonstige Zuwendungen wie Prämien, Tantiemen etc. unter Ausweisung der gesetzlichen Abzüge erteilt.

Es wird außerdem beantragt anzuordnen, dass <@a1P> Antragsgegner<@S1P> die Auskünfte durch Vorlage einer vollständigen auch alle Sonderzuwendungen und alle Abzüge erfassenden Gehaltsbescheinigung des Arbeitgebers für das Kalenderjahr ??, den Einkommensteuerbescheid für das Kalenderjahr ??, Abschriften der Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr ?? und der Lohnsteuerkarte für das Kalenderjahr ?? belegt.

Ferner wird weiterhin beantragt anzuordnen, dass <@a1P> Antragsgegner<@S1P> schriftlich versichert, dass die Auskunft wahrheitsgemäß und vollständig ist.
Begründung:

??

Antrag gemäß § 236 Abs. 2 FamFG
*unterh8

&&*Maske:??
Antrag gemäß § 236 Abs. 2 FamFG

Es wird beantragt, bei dem Arbeitgeber ??, Auskunft über die Einkünfte <@a2P> Antragsgegner<@S2P> über <@ps42P> gesamten Bruttoeinkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit für das Kalenderjahr ?? inkl. Weihnachts- und Urlaubsgelder sowie über sonstige Zuwendungen wie Prämien, Tantiemen etc. unter Ausweisung der gesetzlichen Abzüge einzuholen. Es wird ferner beantragt, diese Auskunft durch Vorlage einer vollständigen auch alle Sonderzuwendungen und alle Abzüge erfassenden Gehaltsbescheinigung des Arbeitgebers ?? für das Kalenderjahr ?? zu belegen und die Auskunft samt Belegen an <@a4A> Antragsteller<@S1A> zu übersenden.

Begründung:
???

Trennungsvereinbarung

Rubrum/Überschrift
*trennv1

&&*Maske:??

Trennungsvereinbarung

Die Eheleute <$14> schließen im Hinblick auf ihre Trennung und das durchzuführende Ehescheidungsverfahren folgende Vereinbarung:

Ehegattenunterhalt

Wechselseitiger Verzicht
*trennv11

§ ?? Ehegattenunterhalt

Für die Zeit ab Rechtskraft der Ehescheidung verzichten die Parteien wechselseitig auf jeglichen Unterhalt einschließlich für den Fall der Not und der unverschuldeten Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit. Die Parteien nehmen gegenseitig den Verzicht des anderen Teils an.

Davon ausgenommener Anspruch
*trennv12

Davon ausgenommen ist jedoch der Unterhaltsanspruch gemäß § ??, der von vorstehender Regelung nicht berührt wird.

Kein Unterhaltsanspruch
*trennv13

§ ?? Ehegattenunterhalt

Mit Rücksicht auf die annähernd gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Ehegatten besteht Einigkeit, dass auch schon in der Trennungszeit wechselseitig kein Anspruch auf Ehegattenunterhalt nach geltender Rechtslage besteht. Die Feststellung der annähernd gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Ehegatten ergibt sich aus folgender Aufstellung:??

Gleichzeitig wird hiermit vereinbart, dass die Ehegatten gegenseitig auf nachehelichen Ehegattenunterhalt, gleich aus welchem Unterhaltstatbestand, auch für den Fall der Not verzichten. Der Verzicht wird wechselseitig angenommen.

Kindesunterhalt

Angabe Einkommen
*trennv21

&&*Maske:??
§ ?? Kindesunterhalt

Die Ehegatten stellen vorweg ihr gegenwärtiges Nettoeinkommen – bezogen auf die letzten

?? Monate – wie folgt fest:

Ehemann: $WZ <eink-em> monatl. zuzüglich $WZ ?? Kindergeld

Ehefrau: $WZ <eink-ef> monatl. zuzüglich $WZ ?? Kindergeld

tatsächliche Sorge
*trennv22

Weiterhin legen die Ehegatten dieser Einigung übereinstimmend zugrunde, dass der unterhaltsempfangende Elternteil d?? im Scheidungsantrag genannte?? Kind?? erziehen und tatsächlich versorgen wird.

Monatl. Betrag/Vater
*trennv23

Der Kindesvater verpflichtet sich, für d?? Kind?? eine monatlich im Voraus fällige Unterhaltsrente von ?? $WZ an die Kindesmutter zu zahlen.

Monatl. Betrag/Mutter
*trennv24

Die Kindesmutter verpflichtet sich, für d?? Kind?? eine monatlich im Voraus fällige Unterhaltsrente von ?? $WZ an den Kindesvater zu zahlen.

Zeitl. Begrenzung 18. Lbj.
*trennv25

Im Innenverhältnis zwischen den Ehegatten wird vereinbart, dass der Ehemann/??die Ehefrau den Unterhalt höchstens bis zum 18. Lebensjahr d?? Kind?? leistet und nur solange, wie der Elternteil d?? Kind?? tatsächlich versorgt oder die elterliche Sorge innehat.

Berechn. nach Düsseld. Tab.
*trennv26

Die Höhe der Unterhaltszahlung ist nach der Düsseldorfer Tabelle berechnet. Sie soll sich auch in der Abänderung nach der Düsseldorfer Tabelle in der jeweils geltenden Fassung richten. Die oben bezeichneten Unterhaltssätze gehen von einem durchschnittlichen monatlichen, anrechnungsfähigen Nettoeinkommen des Unterhaltsverpflichteten von ?? $WZ aus.

Kindesunterhalt

Siehe unter *Ehegattenunterhalt* auf S. 41.

Ehewohnung

Ehewohnung Ehefrau allein
*trennv31

&&*Maske:??
§ ?? Ehewohnung

Die Ehewohnung der Parteien in <gemeinwohn> soll der Ehefrau zu alleinigem Wohnrecht zustehen.

Ehewohnung Ehemann allein
*trennv32

&&*Maske:??
§ ?? Ehewohnung

Die Ehewohnung der Parteien in <gemeinwohn> soll dem Ehemann zu alleinigem Wohnrecht zustehen.

Umgehende Räumung
*trennv33

Der andere Teil verpflichtet sich, die Ehewohnung umgehend zu räumen.

Räumung bis zum ….
*trennv34

Der andere Teil verpflichtet sich, die Ehewohnung bis spätestens zum ?? zu räumen.

Räumung bis Rechtskraft
*trennv35

Der andere Teil verpflichtet sich, die Ehewohnung bis spätestens zum Zeitpunkt der Rechtskraft des Ehescheidungsurteils zu räumen.

Einverst. Übernahme Mietverhältnis
*trennv36

Der andere Teil ist damit einverstanden, dass das Mietverhältnis über die Ehewohnung durch den Ehemann/?? die Ehefrau fortgesetzt wird. Der andere Teil ermächtigt den Ehemann/?? die Ehefrau sämtliche zur Übernahme des Mietverhältnisses erforderlichen Erklärungen, auch unter Befreiung von § 181 BGB und für die Zeit ab Rechtskraft der Scheidung auch gemäß § 1568 a Abs. 3 BGB abzugeben, damit das Mietverhältnis allein auf ihn übergeht. Der übernehmende Ehegatte verpflichtet sich, ab dem Zeitpunkt der Räumung der Ehewohnung durch den weichenden Ehegatten, diesen im Innenverhältnis von sämtlichen Ansprüchen des Vermieters aus dem Mietverhältnis freizustellen.

Ehewohnung ist aufgelöst
*trennv37

§ ?? Ehewohnung

Die Ehewohnung ist aufgelöst.

Einverständliche Auflösung
*trennv38

§ ?? Ehewohnung

Die Ehewohnung wird einverständlich aufgelöst.

Haushaltsgegenstände

Ist einverständlich geteilt
*trennv41

§?? Haushaltsgegenstände

Die Haushaltsgegenstände sind einverständlich geteilt. Es soll bei dem derzeitigen Besitzstand verbleiben. Die Parteien sind darüber einig, dass die im Besitz jedes Ehegatten stehenden Haushaltsgegenstände in dessen Alleineigentum stehen.

Wird einverständl. geteilt
*trennv42

§?? Haushaltsgegenstände

Die Haushaltsgegenstände werden einverständlich geteilt.

Sämtlichst Ehemann
*trennv43

§?? Haushaltsgegenstände

Sämtliche in der Ehewohnung vorhandenen Haushaltsgegenstände verbleiben <@a3A> Ehepartner<@S3A> zum Alleineigentum, ohne dass Ausgleichsansprüche entstehen.

Sämtlichst Ehefrau
*trennv44

§?? Haushaltsgegenstände

Sämtliche in der Ehewohnung vorhandenen Haushaltsgegenstände verbleiben der Ehefrau zum Alleineigentum, ohne dass Ausgleichsansprüche entstehen.

Haushaltsgegenstände
Siehe oben.

Elterliche Sorge

Für alle Kinder auf Mutter
*trennv51

§ ?? Elterliche Sorge

Die Parteien sind darüber einig, dass die gemeinsamen minderjährigen Kinder im Haushalt der Mutter verbleiben sollen und dass dieser die elterliche Sorge übertragen werden soll.

Für alle Kinder auf Vater
*trennv52

§ ?? Elterliche Sorge

Die Parteien sind darüber einig, dass die elterliche Sorge für die gemeinsamen minderjährigen Kinder auf den Vater übertragen werden soll.

Für Kind auf Mutter
*trennv53

&&*Maske:??
§ ?? Elterliche Sorge

Die Parteien sind darüber einig, dass die elterliche Sorge für das gemeinsame Kind <kind1> auf die Mutter übertragen werden soll.

Für Kind auf Vater
*trennv54

&&*Maske:??
§ ?? Elterliche Sorge

Die Parteien sind darüber einig, dass die elterliche Sorge für das gemeinsame Kind <kind1> auf den Vater übertragen werden soll.

Geteilt
*trennv55

§ ?? Elterliche Sorge

Die Parteien sind darüber einig, dass die elterliche Sorge für
??
auf die Mutter, die elterliche Sorge für
??
auf den Vater übertragen werden soll.

Besuchsrecht

Einverständliche Regelung
*trennv61

§ ?? Umgangsrecht

Das Umgangsrecht für den anderen Elternteil soll einverständlich wie folgt geregelt werden.

??

Eine spätere Regelung durch das Familiengericht bleibt vorbehalten.

Großzügiges Besuchsrecht
*trennv62

§ ?? Umgangsrecht

Dem anderen Elternteil soll ein großzügiges Umgangsrecht, das über das übliche Maß weit hinausgeht, zustehen.

Besuchsrecht

Siehe unter *Besuchsrecht* auf S. 45.

Ausgleichsklausel

Einschl. Zugewinnausgleich
*trennv71

§ ?? Ausgleichsklausel

Damit sind sämtliche Ansprüche zwischen den Parteien einschließlich etwaiger Zugewinnausgleichsansprüche ausgeglichen, und die Parteien verzichten wechselseitig auf etwaige weitergehende Ansprüche, gleich aus welchem Rechtsgrund.
Die Parteien nehmen gegenseitig den Verzicht des anderen Teils an.
Dieser Verzicht bezieht sich ausdrücklich nicht auf etwaige zukünftige Ansprüche auf Trennungsunterhalt und Kindesunterhalt.

Ausschl. Zugewinnausgleich
*trennv72

§ ?? Ausgleichsklausel

Damit sind sämtliche Ansprüche zwischen den Parteien ausschließlich etwaiger Zugewinnausgleichsansprüche ausgeglichen, und die Parteien verzichten wechselseitig auf etwaige weitergehende Ansprüche, gleich aus welchem Rechtsgrund.
Die Parteien nehmen gegenseitig den Verzicht des anderen Teils an.
Die Regelung etwaiger Zugewinnausgleichsansprüche erfolgt anlässlich der gerichtlichen Vergleichsprotokollierung.
Dieser Verzicht bezieht sich ausdrücklich nicht auf etwaige zukünftige Ansprüche auf Trennungsunterhalt und Kindesunterhalt.

Verbindlichkeiten

Höhe/Ehemann
*trennv81

§ ?? Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeit bei ?? im Wert von etwa ?? $WZ wird vom Ehemann im Innenverhältnis allein getragen.
Er stellt die Ehefrau von allen Ansprüchen des Gläubigers frei und verpflichtet sich, entsprechend den Vereinbarungen mit dem Gläubiger, die Verbindlichkeit zu erfüllen.

Höhe/Ehefrau
*trennv82

§ ?? Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeit bei ?? im Wert von etwa ?? WZ wird von der Ehefrau im Innenverhältnis allein getragen.
Sie stellt den Ehemann von allen Ansprüchen des Gläubigers frei und verpflichtet sich, entsprechend den Vereinbarungen mit dem Gläubiger, die Verbindlichkeit zu erfüllen.

Ehefrau allein
*trennv83

§ ?? Verbindlichkeiten

Sämtliche im Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung bestehenden Verbindlichkeiten trägt im Innenverhältnis allein die Ehefrau.
Sie stellt den Ehemann von allen Ansprüchen der Gläubiger frei und verpflichtet sich, entsprechend den Vereinbarungen mit den Gläubigern, die Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Ehemann allein
*trennv84

§ ?? Verbindlichkeiten

Sämtliche im Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung bestehenden Verbindlichkeiten trägt im Innenverhältnis allein der Ehemann.
Er stellt die Ehefrau von allen Ansprüchen der Gläubiger frei und verpflichtet sich, entsprechend den Vereinbarungen mit den Gläubigern, die Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Geteilte Tragung
*trennv85

Die bestehenden Verbindlichkeiten werden einvernehmlich wie folgt getragen:

??

Gerichts- und Anwaltskosten

Je zur Hälfte
*trennv91

§ ?? Gerichts- und Anwaltskosten

Die gesamten Kosten dieses Vertrages und des zwischen den Ehegatten durchzuführenden Ehescheidungsverfahrens tragen die Parteien je zur Hälfte.

Ehemann allein
*trennv92

§ ?? Gerichts- und Anwaltskosten

Die gesamten Kosten dieses Vertrages und des zwischen den Ehegatten durchzuführenden Ehescheidungsverfahrens trägt der Ehemann.

Ehefrau allein
*trennv93

§ ?? Gerichts- und Anwaltskosten

Die gesamten Kosten dieses Vertrages und des zwischen den Ehegatten durchzuführenden Ehescheidungsverfahrens trägt die Ehefrau.

Verbindlichkeiten/Kosten

Siehe jeweils unter *Ausgleichsklausel* auf S. 46 bzw. auf S. 47 unter *Gerichts- und Anwaltskosten*.

Mandanteninformation

Scheidungsurteil/Hinweis Berufung
*mandinf1

in Ihrer Scheidungssache übersenden wir Ihnen in der Anlage den Beschluss des Familiengerichts. Sie haben die Möglichkeit, gegen diesen Beschluss innerhalb eines Monats Beschwerde beim Familiengericht einzulegen.

Ohne besonderen Auftrag werden wir eine Beschwerde jedoch nicht einlegen.
Sollten Sie Beschwerdeeinlegung wünschen, so bitten wir hierzu um festen Auftrag binnen zwei Wochen, weil sonst für die Rechtzeitigkeit des Eingangs der Beschwerdeschrift beim Familiengericht keine Gewähr übernommen werden kann.

Sie können eine Beschwerde nicht selbst einlegen. Außer Ihnen kann auch Ihr/??e Ehepartner/??in sowie die weiteren Beteiligten u. U. (Versorgungsträger, Jugendamt) Rechtsmittel einlegen.
Sollte dies nicht geschehen, so wird der Beschluss 1 Monat nach Zustellung rechtskräftig.

Bitte geben Sie uns den heute überlassenen Beschluss zurück. Sie erhalten nach Rechtskraft des Beschlusses die entsprechende Ausfertigung mit Rechtskraftvermerk.
Erst dann sind Sie rechtskräftig geschieden.

Weiterhin übersenden wir Ihnen in der Anlage das Protokoll über die letzte mündliche Verhandlung sowie den gerichtlichen Verfahrenswertfestsetzungsbeschluss.

Die Kosten des Verfahrens werden im Beschluss entsprechend gesetzlicher Vorschrift gegeneinander aufgehoben.

Darüber hinaus erhalten Sie sämtliche Auskünfte der Rententräger für Ihre Akten.

??Entsprechend dieser Auskünfte hat das Familiengericht vom Versicherungskonto Nr. ?? <@a2P> Antragsgegner<@S2P>/ ?? <@a2A> Antragsteller<@S2A> bei der Deutschen Rentenversicherung Bund aufgrund interner Teilung gemäß § 10 VersAuslG ??, ?? Entgeltpunkte auf das Versicherungskonto Nr. ?? <@a2P> Antragsteller<@S2P>/ ?? <@a2A> Antraggegner<@S2A> bei der Deutschen Rentenversicherung Bund übertragen.

Für den Fall, dass ein Ausgleich zu Ihren Lasten erfolgt ist, haben Sie u. U. die Möglichkeit, einen entsprechenden Betrag zur Auffüllung wieder nachzuzahlen. Wenn Sie dies wollen, raten wir Ihnen, sich mit Ihrem zuständigen Versorgungsträger in Verbindung zu setzen. Eine

eventuelle Einzahlung müsste innerhalb von drei Monaten nach Rechtskraft des Scheidungsbeschlusses erfolgen.

Sollten Sie noch Fragen haben, so rufen Sie uns bitte an.

Freiw. Beitritt Krankenkasse
*mandinf2

Sie sind nun rechtskräftig geschieden.

Vorsorglich weisen wir Sie hiermit auf Folgendes hin:

Sie können freiwillig der Krankenversicherung Ihr<@P2P> geschiedenen Ehegatt?? beitreten. Der Beitritt ist nach den gesetzlichen Vorschriften **binnen drei Monaten** nach Eintritt der Rechtskraft des Scheidungsurteils bei der Kasse zu beantragen, welcher <@a1P> Versicherte<@S1A> zuletzt angehört hat??/haben.
Wir empfehlen Ihnen, sich insoweit bei der Krankenversicherung Ihr<@P2P> geschiedenen Ehegatt?? unverzüglich zu erkundigen.

Auskunft Rente
*mandinf3

wir übersenden Ihnen anliegend die Auskunft Ihr<@P2P> Ehegatt?? bezüglich der Altersversorgung. Diese wird das Gericht der Entscheidung über den Ausgleich der Versorgungsanwartschaften zwischen den Ehegatten zugrunde legen, sofern keine Beanstandungen erhoben werden. Die Auskunft hat daher insbesondere Bedeutung für Ihre spätere Altersversorgung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass eine Überprüfung der inhaltlichen Richtigkeit durch den Rechtsanwalt nicht erfolgen kann.

Wir empfehlen Ihnen, mindestens die in der Auskunft angegebenen Versicherungszeiten zu überprüfen. Die darauf aufbauende Rentenberechnung dürfte dann jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt zutreffend sein.
Falls Sie weitere Überprüfungen der Richtigkeit der Auskunft vornehmen wollen, müssten Sie sich an den Versorgungsträger oder an einen Rentenberater wenden.
Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit dieser Auskunft oder gegen die Angaben Ihr<@P2P> Ehegatt?? in den Ihnen gleichfalls in Kopie übersandten Formularvordrucken müssten Sie uns umgehend mitteilen.

Ehegatten-/Kindesunterhalt
Siehe unter *Kindesunterhalt* auf S. 41.

Ehewohnung/Haushaltsgegenstände
Siehe unter *Haushaltsgegenstände* auf S. 44.

Elterliche Sorge/Besuchsrecht
Siehe unter *Besuchsrecht* auf S. 44.

Sonstiges

Ausgleichsklausel
Siehe unter *Familienrecht*, *Trennungsvereinbarung*, *Ausgleichklausel* auf S. 46.

Verbindlichkeiten
Siehe unter *Familienrecht*, *Trennungsvereinbarung*, *Ausgleichsklausel* auf S. 46.

Gerichts- und Anwaltskosten
Siehe unter *Familienrecht*, *Unterhalt* auf S. 47.

Bereiterklärung und Antrag\Versorgungsausgleich
*kl17

&&*Maske:??

E R K L Ä R U N G U N D A N T R A G

In dem Ehescheidungsverfahren

<$13>,< $15>,< $16>

- Antragsteller<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

<$21>??< $23>,< $25>,< $26>

G e g e n

<$33>,< $35>,< $36>

- Antragsgegner<@S1P> -

Bevollmächtigte??:

<$41>??< $43>,< $45>,< $46>

hier Folgesache Versorgungsausgleich

wird für und im Namen <@a2A> Antragsteller<@S2A> unter Bezug auf die Hauptvollmacht die

Bereiterklärung

zur Auffüllung bzw. Entrichtung von Beiträgen zur Begründung von Rentenanwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung gemäß

§ 1304 a Abs. 6, §1304 b Abs. 1, S. 3 RVO,
§ 83 a Abs. 6, § 83 b Abs. 1, S. 3 AVG,

§ 96 a Abs. 6 RKG,

abgegeben.

Es wird gebeten, diese Erklärung an den zuständigen Versorgungsträger zu übersenden.

Einer Aussetzung oder Abtrennung des Versorgungsausgleichs wird ausdrücklich widersprochen.

Für den Fall, dass eine Übertragung oder Begründung von Rentenanwartschaften sich als nicht wirtschaftlich erweist oder nicht zweckmäßig ist, wird hilfsweise beantragt,

den schuldrechtlichen Versorgungsausgleich durchzuführen.

Eidesstattliche Versicherung
*kl19

E I D E S S T A T T L I C H E V E R S I C H E R U N G

des ?? (Name, Anschrift)

belehrt über die Strafbarkeit falscher Angaben bei der Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung, versichere ich zur Vorlage vor dem Amtsgericht ?? Folgendes an Eides statt:

??

??, ^TgDatum .....

Mietrecht

Klage: Zustimmung Mieterhöhung

Allgemeines Klagerubrum
*kl3

&&*Maske:??

K L A G E

<$13>, <$15>, <$16>

- Kläger<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

<$21>?? <$23>, <$25>, <$26>

g e g e n

<$33>
?? <2mieter>
<$35>, <$36>

- Beklagte<@NP> -

Klageantrag/-Begr. Mieterhöhung 1
*mieterh1

&&*Maske:??
Wegen Zustimmung zur Mieterhöhung.

Streitwert: ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen ersten Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> zu verurteilen, der Erhöhung der Nettokaltmiete von bisher monatlich ?? $WZ auf nunmehr monatlich ?? $WZ für <@ps42P> im Hause <miethaus> innegehaltene Mietwohnung zum <erh-dat> zuzustimmen;
2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen;
3. das Urteil hinsichtlich der Kosten für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Begründung:

<@A1A> Kläger<@S1A> ist/??sind Eigentümer<@S1A> der im Klageantrag zu 1 bezeichneten Mietwohnung.

Beweis: beglaubigte Kopie des Grundbuchauszuges??

Zwischen den Parteien besteht ein Mietvertrag über diese Wohnung.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietvertrages vom ??

Die Wohnung wurde am <bez-fertig> bezugsfertig und ist preisfrei. Sie hat eine Größe von <qm> qm und weist folgende Ausstattung, Art, Beschaffenheit und Lage auf: ??.

<@A1A> Kläger<@S1A> hat/??haben <@a3P> Beklagte<@S3P> das Mieterhöhungsverlangen zugestellt, das <@a3P> Beklagte<@S3P> am <zugang> zuging. In diesem wird die Zustimmung zu einer Erhöhung der Kaltmiete von <m-erh> $WZ ?? auf nunmehr <neum/qm> $WZ ?? pro qm verlangt. Dies entspricht der geforderten monatlichen Nettokaltmiete in Höhe von $WZ ??.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mieterhöhungsverlangens vom ?? sowie beglaubigte Kopie des Zustellnachweises?? vom??

Der geforderte Mietzins übersteigt die ortsübliche Vergleichsmiete nicht. Wir begründen dies wie folgt: ??

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietspiegels??/??Vergleichswohnungen

Die letzte Mieterhöhung im Sinne des § 558 BGB erfolgte zum <letzte>, sodass die Höhe der Nettokaltmiete, die in dem Zeitpunkt, zu dem die jetzt geforderte Mieterhöhung eintreten soll, seit 15 Monaten unverändert ist. Die Miethöhe ist auch zum Zeitpunkt des Zugangs der Erhöhungserklärung 1 Jahr unverändert. Der Mietzins hat sich außerdem in den letzten 3 Jahren um weniger als 20 % erhöht.

Miete drei Jahre vor Wirksamwerden der jetzigen Erhöhung:	?? $WZ
zzgl. 20 %	?? $WZ
Summe:	?? $WZ

Beweis: beglaubigte Kopie des Mieterhöhungsverlangens vom ??

Das Mieterhöhungsverlangen ist formwirksam begründet.

Mangels fristgemäßer Zustimmung zur Mieterhöhung ist Klage geboten.

Klageantrag\-Begr. Mieterhöhung 2
*mieterh3

&&*Maske:??

K L A G E

<$13>< $12>, <$15>, <$16>

- Kläger<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

**A??,

g e g e n

<$33> < $32>, <$35>, <$36>

- Beklagte<@NP> -

Bevollmächtigte??:

<$41>?? <$43>< $42>, <$45>, <$46>,

wegen Zustimmung zur Mieterhöhung.

Gegenstandswert: <$10> $WZ

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir

K l a g e

und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> zu verurteilen, der Erhöhung der Nettokaltmiete von bisher monatlich ?? $WZ auf nunmehr monatlich ?? $WZ für ihre/?? seine im Hause <miethaus> innegehaltene Mietwohnung zum <erh-dat> zuzustimmen;
2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen;
3. das Urteil hinsichtlich der Kosten für vorläufig vollstreckbar zu erklären;
4. sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet und <@a1P> Beklagte<@S1P> sich nicht oder nicht rechtzeitig verteidigt, den Erlass eines Versäumnisurteils.

Begründung:

<@A1A> Kläger<@S1A> ??ist/sind Eigentümer<@S1A> der im Klageantrag bezeichneten Mietwohnung.

Beweis: beglaubigte Kopie des Grundbuchauszuges ??

Zwischen den Parteien besteht ein Mietvertrag über diese Wohnung.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietvertrages vom ??

Die Wohnung wurde <bez-fertig> bezugsfertig und ist preisfrei. Sie hat eine Größe von (<qm>=e1) qm und wird aufgrund ihrer Ausstattung, Lage und Baualtersklasse in die Kategorie <aus-kl> des gültigen, qualifizierten Mietpreisspiegels der Stadt <amtsger> für das Jahr <spieg-dat> eingruppiert.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietspiegels vom??

<@A1A> Kläger<@S1A> ??hat/haben <@a3P> Beklagte<@S3P> das Mieterhöhungsverlangen zugestellt, das diesem am ?? zuging. In dem Mieterhöhungsverlangen wird die Zustimmung zu einer Erhöhung der Kaltmiete von ?? $WZ auf nunmehr ?? $WZ (entspricht ?? $WZ pro qm) zum ?? verlangt.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mieterhöhungsverlangens vom ?? sowie beglaubigte Kopie des Zustellnachweises?? vom ??

Seit der letzten Mietzinserhöhung gemäß § 558 BGB am <letzte> zahlt <@a1P> Beklagte<@S1P> eine Kaltmiete von (<kaltm>=e2) $WZ, mithin (e2/e1=e3) $WZ pro Quadratmeter. Die Höhe der Nettokaltmiete ist demgemäß in dem Zeitpunkt, in dem die jetzt geforderte Mieterhöhung eintreten soll, seit 15 Monaten unverändert. Sie war auch zum Zeitpunkt des Zugangs der jetzigen Erhöhungserklärung seit einem Jahr unverändert.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mieterhöhungsverlangens vom ?? sowie beglaubigte Kopie des Zustellnachweises vom??

Miete drei Jahre vor Wirksamwerden der jetzigen Erhöhung:	?? $WZ
zzgl. 20 %	?? $WZ
Summe:	?? $WZ

Der Mietzins hat sich in den letzten 3 Jahren außerdem um weniger als 20% erhöht.
Aus dem gültigen, qualifizierten Mietpreisspiegel der Stadt <amtsger> für <spieg-dat> ergibt sich, dass ein Kaltmietzins von (<spieg-dm>=e4) $WZ pro Quadratmeter ortsüblich ist.

Hinsichtlich der einzelnen Wohnwertmerkmale gilt für Wohnung Folgendes:

??
Der vorliegende Mietspiegel weist für diesen Wohnraum eine Mietspanne von ?? bis ?? $WZ aus.
Der mit dem Mieterhöhungsverlangen geltend gemachte Kaltmietzins von (e4) $WZ pro Quadratmeter übersteigt daher nicht die üblichen Entgelte, die für Wohnungen vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage gezahlt werden.

Beweis: beglaubigte Kopie des qualifizierten Mietspiegels vom ??

Der Mietspiegel der Gemeinde ??, Stand ?? ist qualifiziert i.S.d. § 558 d BGB. Er ist nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen erstellt und von der Gemeinde anerkannt.

Beweis: anliegende Mietspiegeldokumentation, Sachverständigengutachten, anliegende Kopie des Amtsblattes der Gemeinde ?? vom ??.

Es spricht demgemäß eine rechtliche und tatsächliche Vermutung dafür, dass die von <@a3A> Kläger<@S3A> verlangte Miete, die innerhalb der Spanne des qualifizierten Mietspiegels liegt, die zu zahlende ortsübliche Vergleichsmiete ist.
<@A1P> Beklagte<@S1P> hat innerhalb der Überlegungsfrist der Mieterhöhung nicht zugestimmt. Klage war deshalb geboten. Sie ist auch – wie dargelegt – begründet.

&&#

Klage: Zahlung

Allgemeines Klagerubrum
*kl3
Siehe unter *Mietrecht/Klage: Zustimmung Mieterhöhung* auf S. 51.

Klageantrag/Einzelperson
*zahl1

&&*Maske:??
wegen Forderung
Streitwert: ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> zu verurteilen, an <@a4A> Kläger<@S4A>?? $WZ nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz aus ?? $WZ seit ??, aus weiteren ?? $WZ seit ?? zu zahlen.

2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

3. Das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären;

4. sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet und sich <@a1P> Beklagte<@S1P> nicht oder nicht rechtzeitig verteidigt,

Versäumnisurteil zu erlassen.

Klageantrag/Gesamtschuldner
*zahl2

&&*Maske:??
wegen Forderung
Streitwert: ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> als Gesamtschuldner<@S4P> zu verurteilen, an <@a4A> Kläger<@S4A> ?? $WZ nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz aus?? $WZ seit ??, aus weiteren ?? $WZ seit ?? zu zahlen.

2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären;

5. sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet und sich <@a1P> Beklagte<@S1P> nicht oder nicht rechtzeitig verteidigt, Versäumnisurteil zu erlassen.

Begründung Renovierung
*zahl3

&&*Maske:??
Begründung:

Zwischen den Parteien besteht der in Kopie beigefügte Mietvertrag.
In diesem ist geregelt, dass die Mieträume regelmäßig zu renovieren sind.

Die Mietsache wurde von <@a3P> Mieter<@S3P> am <rück-dat> an <@a4A> Vermieter<@S4A> zurückgegeben, wobei diese nicht ordnungsgemäß renoviert wurde, sodass wir nunmehr Schadensersatzansprüche geltend machen.

Im Einzelnen:

??

<@A1A> Vermieter<@S1A> forderte?? mit Schreiben vom <mahn-dat> <@a4P> Mieter<@S4P> zur Beseitigung dieser Mängel auf und setzte?? Nachfrist gemäß der §§ 280, 281 BGB.

Beweis: beglaubigte Kopie des Schreibens vom ?? und beglaubigte Kopie des Zugangsnachweises vom ??.

Nachdem die Nachfrist fruchtlos verstrichen war, beantragte?? <@a1A> Vermieter<@S1A> ein Beweissicherungsverfahren, das vom Amtsgericht <amtsger> unter dem Aktenzeichen <aktz> durchgeführt wurde.

Es wurde das in Kopie beigefügte Gutachten erstattet, dessen Inhalt sich <@a1A> Vermieter<@S1A> im Einzelnen zur näheren Substanziierung der durchzuführenden Schönheitsreparaturen und aufzuwendenden Kosten zu eigen mach??.
Zum Beweis für die Richtigkeit dieser Ausführungen bezieh?? sich <@a1A> Kläger<@S1A> auf das in den Akten des oben angeführten Amtsgerichts befindliche Sachverständigengutachten.

<@A1P> Mieter<@S1P> wurde?? mit Schreiben vom ?? aufgefordert, Schadensersatz in Höhe von ?? $WZ bis zum ?? zu begleichen. Da bis zum heutigen Tage keine Zahlung geleistet wurde, war Klage geboten.

Beweis: beglaubigte Kopie des Schreibens vom ?? nebst beglaubigter Kopie des Zustellnachweises vom ??

Ergänzende Begründung/Mietausfall
*zahl4

<@A3A> Vermieter<@S3A> steht der geltend gemachte Betrag als Schadensersatz zu. Zugleich verlang?? <@a1A> Vermieter<@S1A> Schadensersatz für den Mietausfall für die Monate ?? in Höhe von monatlich ?? $WZ, insgesamt ?? $WZ.

Wegen der erforderlichen Feststellungen des Sachverständigen konnten die Mieträume nicht früher vermietet werden. Nach Rückgabe sind die Mieträume besichtigt worden und <@a1P> Mieter<@S1P> zur Durchführung der Schönheitsreparaturen aufgefordert worden. Auch war das Beweissicherungsverfahren nach Kräften gefördert worden.

Begründung Mietrückstand
*zahl5

&&*Maske:??

Begründung:

<@A1P> Beklagte<@S1P> ist/??sind Mieter<@S1P> im Hause <miethaus> gemäß beigefügtem Mietvertrag.
Mietvertraglich war ein Mietzins von <vertr-miete> $WZ vereinbart.
Die derzeit zu zahlende Miete beträgt <aktuell-miete> $WZ.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietvertrages vom ??, beglaubigte Kopie des Mieterhöhungsverlangens vom ??

<@A1P> Beklagte<@S1P> schulde?? folgende Mieten:

&&
!0=e9!

Miete ??	(?? = e2) $WZ	!e9+e2=e9!
Miete ??	(?? = e2) $WZ	!e9+e2=e9!
---	---	---
insgesamt	(e9) $WZ	
+ Mahnkosten	(?? = e2) $WZ	!e9+e2=e9!
---	---	---
Klageforderung	(e9) $WZ	

&&#

Mit Schreiben vom <mahn-dat> mahnte?? <@a1A> Kläger<@S1A> zum wiederholten Male die Mietrückstände bei <@a3P> Beklagte<@S3P> an und berechnete?? hierfür ?? $WZ Mahnkosten als Schadensersatz, der angemessen und erforderlich ist und ebenfalls mit der Klage geltend gemacht wird.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mahnschreibens vom??

<@A1A> Kläger<@S1A> nimmt/??nehmen laufend Bankkredit in einer die Klageforderung übersteigenden Höhe zu dem im Klageantrag geforderten Zinssatz in Anspruch.

Beweis: beglaubigte Kopie der Bankbescheinigung vom ??

&&*
Abschriften
Gerichtskosten nach einem
Gegenstandswert von (?? =e2) $WZ !e2=e26!
in Höhe von (e26*3=e3) $WZ anbei
&&#

Mietenkonto/Berechnung
*zahl6

&&*Maske:??
&&*

!?? =e1!

Monat	Mietsoll	- Zahlung/Gutschrift=	Differenz +	Saldo alt =	Saldo neu
---					
1/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
2/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
3/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
4/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
5/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
6/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
7/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
8/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
9/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
10/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
11/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
12/07	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
!??	=e1!				
1/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
2/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
3/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
4/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
5/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
6/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
7/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
8/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
9/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
10/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
11/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
12/08	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
!??	=e1!				

1/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
2/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
3/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
4/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
5/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
6/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
7/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
8/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
9/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
10/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
11/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)
12/09	(e1)	- (?? =e2) =	(e1-e2= e3) +	(e9) =	(e3+e9=e9)

&&#
Antrag Beweissicherung
*zahl7

&&*Maske:??
ANTRAG AUF BEWEISSICHERUNG GEM. §§ 485 ZPO ff.

<$13>, <$15>, <$16>

- Antragsteller<@S1A> -

Bevollmächtigte??

<$21>?? <$23>, <$25>, <$26>

g e g e n

<$33>, <$35>, <$36>

- Antragsgegner<@S1P> -

wegen unterlassener bzw. mangelhaft ausgeführter Schönheitsreparaturen
Vorläufiger Streitwert: $WZ ??

Es wird namens und in Vollmacht <@a2A> Antragsteller<@S2A> beantragt,

gemäß § 490 ZPO ohne mündliche Verhandlung durch Einholung eines Gutachtens eines Sachverständigen für das Maler- und Lackierer-Handwerk Beweis zu erheben über folgende Fragen:

1. Hat/??haben <@a1P> Antragsgegner<@S1P> die Schönheitsreparaturen, nämlich ??, nicht ordnungsgemäß durchgeführt bezogen auf die Mietwohnung ??. Ist die Wohnung renovierungsbedürftig in dem Sinne, dass ??.
2. Wie hoch sind die erforderlichen und angemessenen Renovierungskosten?

Begründung:

<@A1A> Antragsteller<@S1A> ist??/sind Eigentümer<@S1A> des im Antrag bezeichneten Hauses. Zwischen den Parteien bestand ein Mietverhältnis. Aufgrund § ?? des beigefügten Mietvertrages war vereinbart, dass <@a1P> Antragsgegner<@S1P> die Schönheitsreparaturen durchzuführen hat/??haben.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietvertrages vom??

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> hat das Mietverhältnis zum ?? gekündigt.

Beweis: beglaubigte Kopie des Kündigungsschreibens vom ??

Mit Schreiben vom ?? wurde <@a1P> Antragsgegner<@S1P> aufgefordert, die Wohnung bis zum ?? in einen vertragsgemäß renovierten Zustand zu versetzen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Renovierung nach Ablauf der Frist abgelehnt werden wird und Schadensersatz verlangt werden wird.

Beweis: beglaubigte Kopie des Schreibens vom??

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> vertrat/??vertraten die Auffassung, dass die Wohnung nicht renovierungsbedürftig ist, weil ??

Beweis: beglaubigte Kopie des Schreibens vom??

Die Räume sind, wie aus nachfolgender Aufstellung ersichtlich, renovierungsbedürftig:

??

<@A1P> Antragsgegner<@S1P> hat/??haben die gesetzte Frist ungenutzt verstreichen lassen, sodass es zur Sicherung des Zustandes der Wohnung erforderlich ist, diesen durch einen Sachverständigen verbindlich feststellen zu lassen. Zudem ist der Verlust des Beweismittels zu besorgen, da die Wohnung unverzüglich weitervermietet werden soll und zu diesem Zweck eine Renovierung durchgeführt werden soll. Die Durchführung der Renovierung würde den jetzigen Zustand in solcher Weise verändern, dass die ggf. erforderlichen Feststellungen nicht mehr getroffen werden können.
Wenn in diesem Verfahren keine Einigung zustande kommen sollte, wird das Gutachten zur Durchsetzung der Schadensersatzansprüche benötigt.

Zum Sachverständigen wird der vereidigte Sachverständige ?? vorgeschlagen.

Einfache und beglaubigte Abschrift anbei, ?? $WZ Gerichtskostenvorschuss, eidesstattliche Versicherung

Klage: Räumung

Allgemeines Klagerubrum
Siehe unter *Mietrecht/Klage: Zustimmung Mieterhöhung* auf S. 51.

Klageantrag: Räumung
*raeum1

&&*Maske:??

wegen Räumung und Herausgabe
Streitwert: EUR ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> zu verurteilen, die Mietwohnung im Hause <miethaus> zu räumen und an <@a4A> Kläger<@S4A> herauszugeben;

2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären;

4 sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet und <@a1P> Beklagte<@S1P> sich nicht rechtzeitig verteidigt, Versäumnisurteil zu erlassen.

Klageantrag: Zahlung/Räumung Einzelperson
*raeum2

&&*Maske:??

wegen Räumung, Herausgabe und Zahlung

Streitwert: ?? $WZ

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> zu verurteilen, an <@a4A> Kläger<@S4A>?? $WZ nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz aus ?? $WZ seit ??, aus weiteren ?? $WZ seit ?? zu zahlen.

2. <@a4P> Beklagte<@S4P> zu verurteilen, die Mietwohnung im Hause <miethaus> zu räumen und an <@a4A> Kläger<@S4A> herauszugeben;

3. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

4. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären;

5. sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet und <@a1P> Beklagte<@S1P> sich nicht rechtzeitig verteidigt, Versäumnisurteil zu erlassen.

Klageantrag: Zahlung\Räumung Gesamtschuldner
*raeum3

&&*Maske:??

Wegen Räumung, Herausgabe und Zahlung
Streitwert: ?? $WZ

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen,

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> als Gesamtschuldner<@S4P> zu verurteilen, an <@a4A> Kläger<@S4A>?? $WZ nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz aus ?? $WZ seit ??, aus weiteren ?? $WZ seit ?? zu zahlen;

2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen,

3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären;

4. sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet und der <@a1P> Beklagte<@S1P> sich nicht rechtzeitig verteidigt, Versäumnisurteil zu erlassen.

Begründung: Mietrückstand
*raeum4

&&*Maske:??

Begründung:

Zwischen den Parteien bestand der in der Anlage beigefügte Mietvertrag. In diesem war ein Mietzins von <vertr-miete> $WZ vereinbart.
Die zuletzt zu zahlende Miete betrug <aktuell-miete> $WZ.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietvertrages vom ??, beglaubigte Kopie der Mieterhöhungserklärungen vom ??.

<@A1P> Beklagte<@S1P> schulde?? folgende Mieten:

&&#
!0=e9!

Miete ??	(?? = e2) $WZ	!e9+e2=e9!
Miete ??	(?? = e2) $WZ	!e9+e2=e9!
---	---	---
insgesamt	(e9) $WZ	
+ Mahnkosten	(?? = e2) $WZ	!e9+e2=e9!
---	---	---
Klageforderung	(e9) $WZ	

&&#

Mit Schreiben vom <mahn-dat> mahnte?? <@a1A> Kläger<@S1A> zum wiederholten Male die Mietrückstände bei <@a3P> Beklagte<@S3P> an und berechnete?? hierfür ?? $WZ Mahnkosten als Schadensersatz, der angemessen und erforderlich ist und ebenfalls mit der Klage geltend gemacht wird.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mahnschreibens vom ??.

Trotz der Mahnungen erfolgte eine Begleichung der Mietrückstände nicht, sodass sich <@a1A> Kläger<@S1A> gezwungen sah??, den Mietvertrag zu kündigen. Diese Kündigung erfolgte zum <künd-dat>.

Beweis: beglaubigte Kopie des Kündigungsschreibens vom ??.

Obwohl diese Kündigung rechtswirksam ist, weiger?? sich <@a1P> Beklagte<@S1P>, die Wohnung zu räumen und sie an <@a4A> Kläger<@S4A> herauszugeben.

In der Kündigung wurde schon zum Ausdruck gebracht, dass eine Fortsetzung des Mietverhältnisses nach § 545 BGB nicht in Betracht kommt. § 545 BGB ist außerdem im Mietvertrag ausgeschlossen worden.

&&*
einfache und beglaubigte Abschrift anbei Gerichtskosten nach einem Gegenstandswert von (?? =e2) $WZ !e2=e26!
in Höhe von (e26*3=e3) $WZ anbei
&&#

Begründung Kündigung
*raeum5

&&*Maske:??

Begründung:

<@A1P> Beklagte<@S1P> war?? Mieter<@S1P> im Hause <miethaus> gemäß beigefügtem Mietvertrag.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mietvertrages vom ??

Dieser Mietvertrag wurde zum <künd-dat> wirksam gekündigt.

Beweis: beglaubigte Kopie des Kündigungsschreibens vom ??.

Trotz mehrmaliger Aufforderung, zuletzt mit Schreiben vom <mahn-dat>, wurde die Mietsache nicht geräumt und herausgegeben.

Beweis: beglaubigte Kopie des Mahnschreibens vom ?? ersetzen.

In der Kündigung wurde schon zum Ausdruck gebracht, dass eine Fortsetzung des Mietverhältnisses nach § 545 BGB nicht in Betracht kommt. § 545 BGB ist außerdem im Mietvertrag ausgeschlossen worden.

&&*
Einfache und beglaubigte Abschrift anbei
Gerichtskosten nach einem Gegenstandswert von (?? =e2) $WZ !e2=e26! in Höhe von (e26*3=e3) $WZ anbei.
&&#

Mietkonto/Berechnung
*zahl6

Siehe unter *Klage: Zahlung*, *Mietenkonto/Berechnung* auf S. 58.

Kündigung

Ordentliche Kündigung
*k1

&&*Maske:??
K ü n d i g u n g

per Einschreiben/??Rückschein/??Bote

Wir zeigen Ihnen aufgrund anliegender Vollmachtsurkunde an, dass wir <@a4A> Vermieter<@S4A> Ihrer Wohnräume, <$11> <$13>, vertreten.

Namens unser<@P2A> Mandant<@S2A> kündigen wir hiermit das Mietverhältnis zum nächstzulässigen Zeitpunkt fristgemäß auf.
Dies ist der <künd-dat>.

Begründung:

??

Sie werden auf Ihr Recht hingewiesen, bis spätestens zwei Monate vor Beendigung des Mietverhältnisses, also mithin bis zum ??, der Kündigung schriftlich als sozial ungerechtfertigt zu widersprechen, falls die Kündigung für Sie oder Ihre Familie eine unzumutbare Härte bedeutet, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen <@a2A> Vermieter<@S2A> nicht gerechtfertigt ist.

Nach unserer Ansicht ist im vorliegenden Fall jedoch eine unzumutbare Härte nicht gegeben.

Für den Fall, dass Sie die Kündigung nicht akzeptieren, wird um sofortige Nachricht und Mitteilung der Gründe gebeten (§ 574b Abs. 1 Satz 2 BGB).

Falls Sie die Mietsache nicht fristgemäß räumen, wird vorsorglich bereits jetzt einer Verlängerung des Mietverhältnisses gemäß § 545 BGB widersprochen.

Wegen der anstehenden Renovierung und des Übergabetermins werden wir uns später mit Ihnen in Verbindung setzen.

Anlage: Vollmacht

Außerordentliche Kündigung
*k2

&&*Maske:??
K ü n d i g u n g

per Einschreiben/??Rückschein??/Boten

Wir zeigen Ihnen aufgrund anliegender Vollmachtsurkunde an, dass wir <@a4A> Vermieter<@S4A> Ihrer Wohnräume, <$11> <$13>, vertreten.

Namens und in Vollmacht unser<@P2A> Mandant<@S2A> kündigen wir hiermit den mit Ihnen am ?? geschlossenen Mietvertrag über die Wohnung?? fristlos gemäß der?? §§ 543 Abs. 2 Nr. 3, 569 Abs. 3 Nr. 1 BGB wegen Zahlungsverzuges.

Gründe:
??

Wir haben Sie aufzufordern, die Mieträume binnen zwei Wochen bis zum ?? zu räumen, dieselben innerhalb der eben genannten Frist in ordnungsgemäßem und vertragsgerechten Zustand zurückzugeben (vgl. § ?? des Mietvertrages) und uns sämtliche Schlüssel auszuhändigen. Wenn Sie die Schönheitsreparaturen nicht bis zur Rückgabe ausführen, werden wir ein Unternehmen hiermit beauftragen und Ihnen die Kosten in Rechnung stellen. Wir sind außerdem schon jetzt beauftragt, Räumungsklage gegen Sie zu erheben, wenn Sie die Wohnung nicht bis zum Ablauf der Frist geräumt haben, wodurch Ihnen zusätzliche Kosten entstehen würden.

Wir machen Sie außerdem darauf aufmerksam, dass die Mietrückstände noch zu zahlen sind und Sie verpflichtet sind, bis zur tatsächlichen Räumung eine Nutzungsentschädigung zu zahlen.

Einer Verlängerung des Mietverhältnisses im Falle der Nichträumung wird gemäß § 545 BGB bereits jetzt vorsorglich widersprochen.

Anlage: Vollmacht

Widerspruch Kündigung
*k3

&&*Maske:??

Widerspruch des Mieters gegen die Kündigung
per Einschreiben/??Rückschein/??Boten

Wir zeigen Ihnen aufgrund anliegender Vollmachtsurkunde an, dass wir <@a4A> Mieter<@S4A> Ihrer Wohnräume im Hause <miethaus>,
<$11> <$13>, vertreten.

Hiermit widersprechen wir der von Ihnen zum <künd-dat> ausgesprochenen Kündigung fristgerecht.

Begründung:

Die von Ihnen ausgesprochene Kündigung ist nicht gerechtfertigt, weil ??. Darüber hinaus ist

die Kündigung sozial ungerechtfertigt, da ??.

Aus den soeben genannten Gründen bitten wir um Zustimmung, das Mietverhältnis ?? auf unbestimmte Zeit/bis zum ?? fortzusetzen.

Anlage: Vollmachtsurkunde

Mieterhöhung

Mieterhöhungsbegehren
*mieterh2

&&*Maske:??

per Einschreiben/??Rückschein/??Bote
Mieterhöhungsverlangen gemäß § 558 BGB
Für Ihre Mietwohnung <miethaus>

Sehr geehrte?? Mieter??,

wir zeigen an, dass wir bevollmächtigt sind, die nachfolgende Erklärung für <@a4A> von uns vertretene?? Vermieter<@S4A> abzugeben. Das entsprechende Original der auf uns lautenden Vollmacht ist als Anlage diesem Schreiben beigefügt.

Sie bewohnen die Mietwohnung <miethaus>, bestehend aus ??. Für diese Wohnung, die ?? qm groß ist, zahlen Sie seit mehr als einem Jahr eine unveränderte Miete von ?? $WZ und ?? $WZ Betriebskostenvorschuss monatlich.

Namens und in Vollmacht unser<@P2A> Mandant<@S2A> möchten wir Sie bitten, einer Mieterhöhung auf ?? $WZ monatlich gemäß § 558 BGB bis spätestens zum Ablauf des zweiten Kalendermonats nach dem Zugang dieses Schreibens an Sie, zuzustimmen. Bitte übersenden Sie uns insofern eine schriftliche Bestätigung, dass Sie mit der Mieterhöhung einverstanden sind.

Die verlangte erhöhte Miete von ?? $WZ monatlich (entspricht ?? $WZ/pro qm) übersteigt die ortsübliche Vergleichsmiete nicht.

Wir beziehen uns zur Begründung des Mieterhöhungsverlangens gemäß § 558 a BGB auf den Mietspiegel vom ?? für die Gemeinde ??. Eine Abschrift des Mietspiegels haben wir diesem Schreiben als Anlage beigefügt. Die von uns zugrunde gelegte Sparte, auf die wir uns zur Einordnung ihrer Mietwohnung berufen, haben wir farblich gekennzeichnet.

Aufgrund der im Mietspiegel enthaltenen Angaben bewerten wir die von Ihnen bewohnte Wohnung wie folgt.
??

Die Vergleichsmiete beträgt ?? $WZ – ?? $WZ pro Monat und qm. Die von uns geforderte Erhöhung entspricht somit genau dem Mittelwert.
Die Miete von ?? $WZ pro qm ergibt monatlich ?? $WZ, aufgerundet ?? $WZ (entspricht der verlangten, erhöhten Miete).

Wir müssen Sie darauf hinweisen, dass wir jetzt schon den Auftrag erhalten haben, Klage vor dem Amtsgericht gegen Sie zu erheben, falls uns Ihre Zustimmung nicht innerhalb der genannten Frist vorliegt.

Wir dürfen Sie bitten, im Falle Ihrer Zustimmung oder der Verurteilung zur Zustimmung die neue Miete in Höhe von ?? $WZ dann ab ?? (Beginn des 3. Monats, der auf den Zugang des Erhöhungsverlangens folgt) zu zahlen. Hinzu kommen die Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von ?? $WZ monatlich, die in unveränderter Höhe zu zahlen sind.

Anlagen: Originalvollmacht, Abschrift des Mietspiegels

Eidesstattliche Erklärung
*kl19
Siehe unter *Sonstiges*, *Eidesstattliche Versicherung* auf S 51.

Verkehrsrecht

Korrespondenz mit Mandant

Übersendung Anspruchsschreiben
*v\md1

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> dürfen wir uns zunächst für das mit der Mandatserteilung entgegengebrachte Vertrauen bedanken.

Als Anlage übersenden wir Ihnen unser Anspruchsschreiben an die gegnerische Versicherung zur Kenntnisnahme.

Aussagehinweise
*v\md2

Im Übrigen weisen wir Sie nochmals darauf hin, dass Sie ohne Rücksprache mit uns gegenüber der Polizei keinerlei Angaben machen sollten.

Anzeige Zahlungseingang
*v\md3

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> wurde der Schadensbetrag in Höhe von ?? ? an uns angewiesen.

Wir haben am gleichen Tag Anweisung auf Ihr Konto vorgenommen.

Anzeige Zahlungseingang Teilbetr.
*v\md4

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> wurde ein Teilschadensbetrag in Höhe von ?? ? an uns angewiesen.

Wir haben am gleichen Tag Anweisung auf Ihr Konto vorgenommen.

Hinsichtlich des restlichen Schadensbetrages kommen wir in Kürze auf den Vorgang zurück.

Gutschrift Verrechnungsscheck
*v\md5

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> teilt uns die gegnerische Versicherung mit, dass Ihnen ein Verrechnungsscheck über ?? $WZ übersandt wurde.

Wir bitten, diesen bei Ihrer Bank zur Gutschrift zu bringen und uns über die Gutschrift zu informieren.

Anzeige Klage mit RS
*v\md6

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> hat die gegnerische Versicherung die ihr durch uns gesetzte Zahlungsfrist verstreichen lassen.

Es ist deshalb Klage geboten.

Die erforderliche Zustimmung Ihrer Rechtsschutzversicherung haben wir veranlasst.

Nach Eingang der Deckungszusage für das Klageverfahren werden wir unmittelbar Klage erheben.

Anzeige Klage mit Vorschussanford.
*v\md7

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> hat die gegnerische Versicherung die ihr durch uns gesetzte Zahlungsfrist verstreichen lassen.

Es ist deshalb Klage geboten.
Da Sie nicht rechtsschutzversichert sind, benötigen wir zur Klageerhebung einen Vorschuss in Höhe von
&&#
Gegenstandswert (<$10> =e1) $WZ !e1=e26!
Gerichtskosten: (e26*3=e2) $WZ,

&&#
da wir u. a. den Gerichtskostenvorschuss verauslagen müssen.

Bitte überweisen Sie diesen Betrag kurzfristig auf unser Konto.

Nach Zahlungseingang werden wir unmittelbar Klage erheben.

Anforderung von Belegen
*v\md8

&&*Maske:??
um in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> den Schaden endgültig beziffern zu können, benötigen wir die Schadensbelege vollständig und im Original.

Soweit Sie diese nicht herausgeben können, übersenden Sie uns bitte die Zweitschriften.

Anzeige Eingang Restschadensbetrag
*v\md9

&&*Maske:??
in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit vom <U-Tag> wurde der Restschadensbetrag in Höhe von ?? $WZ an uns angewiesen.

Wir haben am gleichen Tag Anweisung auf Ihr Konto vorgenommen.

Hinsichtlich unserer Gebühren rechnen wir mit der gegnerischen Versicherung ab.

Mithaftungsmitteilung möglich
*v\md10

In Ihrer Verkehrsunfallsache kommen wir aufgrund der uns bislang vorliegenden Informationen zu dem Ergebnis, dass Ihrerseits eine Mithaftung in Betracht kommt. Nach Akteneinsicht werden wir Ihnen abschließend mitteilen, ob und mit welcher Quote nach unserer Ansicht eine Mithaftung Ihrerseits besteht. Bitte beachten Sie deshalb, dass Ihnen z. B. möglicherweise nur ein Teil der Reparaturkosten und der Kosten für die Anmietung eines Mietwagens ersetzt werden.

Mithaftung nach Akteneinsicht
*v\md11

in Ihrer Verkehrsunfallangelegenheit liegen bislang keine für Sie günstigen Beweismittel (Zeugen, Unfallspuren usw.) vor, sodass möglicherweise von einer Mithaftung Ihrerseits ausgegangen werden muss. Sollte?? <@a1P> Unfallgegner<@S1P> den Schaden bei <@ps32P> Versicherung abweichend von Ihrer Schilderung melden, so kann gegebenenfalls eine Entlastung Ihrerseits nur durch die amtlichen Ermittlungsakten zu führen sein. Wir werden die Akten anfordern und Sie nach Einsicht in die Akten informieren. Akteneinsicht wird uns jedoch erst nach Abschluss der Ermittlungen gewährt. Dies dauert in der Regel einige Zeit, sodass wir zu bedenken geben, dass Ihnen möglicherweise z. B. nur ein Teil der Reparaturkosten und der Kosten für die Anmietung eines Mietwagens ersetzt werden.

Wirtschaftl. Totalschaden
*v\md12

Nach den uns vorliegenden Informationen könnte an Ihrem Fahrzeug ein sog. wirtschaftlicher Totalschaden eingetreten sein. Dieser liegt vor, wenn die Reparaturkosten den Wiederbeschaffungswert übersteigen. Sie sollten daher auf jeden Fall die Erstellung des Sachverständigengutachtens abwarten, bevor Sie entscheiden, ob Sie eine Reparatur durchführen lassen. Für den Fall, dass Sie sich nach Vorlage des Gutachtens für eine Reparatur entscheiden, sind von der gegnerischen Haftpflichtversicherung die tatsächlich angefallenen Reparaturkosten nur dann zu erstatten, wenn diese den Wert Ihres Fahrzeuges um nicht mehr als 30 Prozent übersteigen.

Rechenbeispiel Totalschaden
*v\md13

Zur Erklärung folgendes Beispiel:

Reparaturkosten zuzüglich Wertminderung laut Gutachten:	$WZ	5.000,00
Wiederbeschaffungswert laut Gutachten	$WZ	4.000,00
Restwert laut Gutachten	$WZ	500,00

Bei Abrechnung auf Gutachtenbasis erhalten Sie:	$WZ	4.000,00
abzüglich Restwert	$WZ	500,00
	$WZ	3.500,00

Im Falle einer Reparatur dürfen die tatsächlichen Kosten nicht höher sein als $WZ 5.200,00 ($WZ 4.000,00 plus 30% $WZ 1.200,00 = $WZ 5.200).

Abrechnung Gutachtensbasis
*v\md14

Sie möchten Ihren Fahrzeugschaden auf Gutachtensbasis abrechnen. Dies ist grundsätzlich möglich, unabhängig davon, ob Sie Ihr Fahrzeug in beschädigtem Zustand veräußern, eventuell selbst (auch unter Mithilfe von Freunden und Bekannten) reparieren oder durch eine Werkstatt reparieren lassen. Sowohl im Falle der Veräußerung als auch der Selbstreparatur erhalten Sie die im Gutachten geschätzten Reparaturkosten, soweit diese nicht unwirtschaftlich sind.

Im Falle der Reparatur durch eine Werkstatt ist es umstritten, ob die Versicherung die Vorlage der Reparaturrechnung verlangen kann. Bei Nichtvorlage der Rechnung ist es aber sehr wahrscheinlich, dass die gegnerische Haftpflichtversicherung die im Gutachten geschätzten Reparaturkosten anzweifeln wird. Voraussichtlich werden Sie bei zweifelhaften Positionen (z. B. Stundenverrechnungssätze) Abschläge hinnehmen müssen. Beachten Sie bitte auch, dass die im Gutachten angesetzte Mehrwertsteuer nur ersetzt wird, wenn sie tatsächlich angefallen ist. Sie müssen hier im Falle des Bestreitens die Rechnung mit ausgewiesener Mehrwertsteuer vorlegen, um dieselbe ersetzt zu bekommen.

Wenn der tatsächliche Rechnungsbetrag niedriger ist als die im Gutachten geschätzten Kosten, müssen Sie ggf. erklären, weshalb die Kosten hinter dem Schätzbetrag zurückbleiben.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Erläuterungen bei Ihrer Entscheidung weitergeholfen zu haben. Für weitere Fragen und ggf. für einen Besprechungstermin stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Weitere Sachschäden
*v\md15

Die bei Ihrem Verkehrsunfall weiteren beschädigten Sachen werden ebenfalls durch die Versicherung ersetzt. Die Höhe des Ersatzes richtet sich u.a. nach Alter, Zustand und Art der beschädigten Sachen sowie nach dem Wiederbeschaffungswert. Bitte reichen Sie uns noch, falls möglich, die Einkaufsbelege der beschädigten Sachen herein, ggf. können Sie sich auch eine Zweitrechnung ausstellen lassen. Im Falle der Reparatur bitten wir um Hereinreichung der Reparaturrechnung, wobei Sie zuvor überprüfen sollten, ob sich eine Reparatur noch lohnt bzw. möglich ist. Wir möchten Sie bitten, die beschädigten, nicht zu reparierenden Sachen unbedingt bis zum Abschluss der Angelegenheit aufzubewahren, da diese möglicherweise durch einen Sachverständigen begutachtet werden müssen oder die Versicherung diese ansehen will.

Lohnfortzahlung Unselbstständige
*v\md16

Aufgrund der bei Ihnen durch den Verkehrsunfall eingetretenen Arbeitsunfähigkeit erhalten Sie für die Dauer von 6 Wochen Entgeltfortzahlung von Ihrem Arbeitgeber. Sollten Sie nach

6 Wochen immer noch arbeitsunfähig sein, so bitten wir dann um Benachrichtigung, damit die in Betracht kommenden weiteren Ersatzansprüche durch uns im Einzelnen überprüft und geltend gemacht werden können.

Gewinnausfall bei Selbstständigen
*v\md17

Aufgrund der bei Ihnen eingetretenen Arbeitsunfähigkeit bzw. Einschränkung können gegebenenfalls Ersatzansprüche geltend gemacht werden. Dies allerdings nur dann, wenn Sie hierdurch einen wirtschaftlichen Nachteil erlitten haben, der im Einzelnen belegt werden muss. In Betracht kommt hierbei die Einstellung einer Ersatzkraft oder die Minderung des ansonsten durch Ihre tatsächliche Tätigkeit erzielten Gewinns. Bezüglich der einzelnen erforderlichen Nachweise möchten wir Sie bitten, mit unserer Kanzlei einen Besprechungstermin zu vereinbaren.

Korrespondenz mit gegn. Haftpflicht

Anspruchsschreiben allgemein ohne Mitverschulden
*v\vs3

&&*Maske:??

unter Vorlage einer Vollmacht zeigen wir an, dass uns

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

beauftragt hat, Schadensersatzansprüche geltend zu machen.

In der Anlage übersenden wir den Fragebogen für Anspruchsteller, aus dem Sie bitte sämtliche wichtige Einzelheiten entnehmen wollen.

Nach den uns vorliegenden Informationen müssen wir davon ausgehen, dass Ihr<@P1P> Versicherungsnehmer<@S1P> den Verkehrsunfall schuldhaft verursacht hat.

Um eine schnelle Schadensregulierung zu ermöglichen und die Fehlleitung weiterer Korrespondenz zu vermeiden, bitten wir, in den nächsten Tagen die Schadennummer, unter der der Vorgang bei Ihrer Gesellschaft bearbeitet wird, mitzuteilen. Sollte eine andere Niederlassung, Bezirksdirektion oder ein anderes Schadensbüro zuständig sein, bitten wir, den Vorgang schnellstmöglich unter gleichzeitiger Mitteilung an uns dorthin abzugeben.

Wir dürfen Sie bitten, innerhalb einer Frist von einer Woche, d. h. bis zum

^Frist07

Ihre Eintrittspflicht dem Grunde nach zu erklären.

Unfalldaten Kurzfassung
*v\vs4

&&*Maske:??

Geschädigter:
Halter: <$13>, <$15>, <$16>
Typ: <M-FZart>
Fabrikat: <M-FZfab>

Baujahr: <M-BJ>
amtl. Kennz.: <M-KZ>
Fahrer: <M-Fahrer>

Polizei: <Polizei>

Zeugen: <Z1>
<Z2>
<Z3>

Verletzte Person:
**A<V-Adress>,

Anmahnung der Erklärung der Eintrittspflicht
*v\vs9

In der vorbezeichneten Angelegenheit haben Sie trotz unserer Aufforderung in unserem Anspruchsschreiben vom ?? bislang Ihre Eintrittspflicht dem Grunde nach nicht erklärt.

Wir erwarten umgehende Erledigung.

Anspruchsschreiben Kurzfassung
*v\vs10

&&*Maske:??
wir zeigen aufgrund ??beigefügter/nachzureichender Vollmacht die Vertretung <@a2A> Geschädigte<@S2A> in der nachfolgend bezeichneten neuen Kraftschadenssache an.

Geschädigter:
Halter: <$13>, <$15>, <$16>
Typ: <M-FZart>
Fabrikat: <M-FZfab>
Baujahr: <M-BJ>
amtl. Kennz. <M-KZ>
Fahrer: <M-Fahrer>

Polizei: <Polizei>
<&&+>
Zeugen: <Z1>
<Z2>
<Z3>
<&&->
Verletzte Person:
**A<V-Adress>,

Die Haftpflicht Ihr<@P2P> Versicherungsnehmer<@S2P> ergibt sich aus folgendem Sachverhalt:

<Schild>

Der vorläufige Schaden wird wie folgt beziffert:

&&*Maske:verk

&&
S c h a d e n s a u f s t e l l u n g

Reparaturkosten	(<&a>=e9) $WZ	
Nutzungsausfall : (<s1>=$e4) Tag(e) * (<s2>=e5) $WZ = .!e9+e5=e5!	(e4*e5=e5) $WZ	
Wertminderung	(<&f>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
Sachverständigenkosten	(<&g>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
Kostenpauschale	(<&h>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
Abschleppkosten	(<&i>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
An- / Abmeldekosten	(<&j>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
Mietwagen	(<&k>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
Sonstiges : <&Sonst>	(<&l>=e9) $WZ	!e5+e9=e5!
Zwischensumme	(e5) $WZ	
abzüglich Zahlung	(<&n>=e7) $WZ	!e5-e7=e9!
Restforderung	(e9) $WZ	

&&*Maske:??
Vorsteuerabzugsberechtigung: <Vorst>

K o s t e n n o t e

??

&&#

Um sofortige Zahlung wird gebeten.

Es wird darauf hingewiesen, dass keine Möglichkeit zur Vorfinanzierung des Schadens durch Kreditaufnahme besteht.

Weitere Schadensersatzforderungen bleiben vorbehalten.

Vorfinanzierung des Schadens durch Versicherung
*v\vs11

Wir weisen zur Abwehr eines höheren Schadens (§ 254 II 1 BGB) darauf hin, dass unser<@P1A> Mandant<@S1A> nicht in der Lage ist??/sind, den Schaden aus eigenen Mitteln vorzufinanzieren. Deshalb möchten wir Sie bitten, einen Vorschuss in Höhe von $WZ ?? entsprechend dem Sachverständigengutachten für die Reparatur und den Mietwagen für die Dauer der Reparatur bis zum ?? auf das Konto ?? zu überweisen oder verbindlich Kostenübernahmeerklärungen unter Verwendung der beigefügten Formulare für ?? abzugeben. Ansonsten müsste bei nicht fristgemäßer Regulierung bei einem Bankinstitut ein Kredit aufgenommen werden mit der Folge, dass Sie die Kreditkosten zu ersetzen hätten.

Totalschadens-Zins-Forderung
*v\vs12

Das Fahrzeug unser<@P2A> Mandant<@S2A> erlitt Totalschaden. Die gem. § 849 BGB zu erstattenden Zinsen werden für den Zeitraum ?? geltend gemacht, nachdem während dieser Zeit keine Nutzungsausfallentschädigung zu übernehmen ist. Der Wiederbeschaffungswert abzüglich des Restwertes beträgt $WZ ??. Daraus errechnet sich mit Stand vom ?? ein Betrag von $WZ ??.

Reparaturkosten gem. 130%-Rechtsprechung
*v\vs13

Zwar liegt nach dem Sachverständigengutachten ein wirtschaftlicher Totalschaden vor. Die Abrechnung auf Reparaturkostenbasis wäre <@a3A> Geschädigte<@S3A> gem. § 251 II BGB nach der ständigen Rechtsprechung erst dann versagt, wenn eine Reparatur wegen des Ausmaßes der Beschädigungen unwirtschaftlich wäre.
Diese Grenze liegt im Allgemeinen dort, wo die Kosten der Reparatur den Wiederbeschaffungswert um mehr als 30% überschreiten, weil dem Integritätsinteresse <@a2A> Geschädigte<@S2A> am Erhalt des <@pp3A> vertrauten Fahrzeugs Rechnung zu tragen ist.
Dieses Integritätsinteresse fällt erst dann weg, wenn <@a1A> Geschädigte<@S1A> das Fahrzeug gar nicht reparieren lassen und nicht mehr weiterbenutzen will.

Hier hat??/haben <@a1A> Geschädigte<@S1A> jedoch sein??/ihr Fahrzeug behalten und die Reparatur auch tatsächlich durchführen lassen. Die Reparaturkosten übersteigen im vorliegenden Fall den Wiederbeschaffungswert um weniger als 30% mit der Folge der Erstattungspflicht gegenüber unser<@P3A> Mandant<@S3A> (vgl. z. B. Urteil des BGH vom 15.02.2005 in NJW 2005, S. 1108 ff.).

Abrechnung nach SV-Gutachten ohne Reparatur
*v\vs14

Geltend gemacht werden zum einen die Reparaturkosten gemäß Sachverständigengutachten bzw. dem Kostenvoranschlag. Unser<@P1A> Mandant<@S1A> wird??/werden das beschädigte Fahrzeug entweder selbst reparieren oder im derzeitigen Zustand weiter benutzen, auf jeden Fall nicht in absehbarer Zeit von einer Reparaturwerkstätte instand setzen lassen.

Abrechnung nach SV-Gutachten trotz Reparatur
*v\vs15

Dem bereits vorliegenden Sachverständigengutachten können Sie entnehmen, dass die Reparaturkosten auf

$WZ ??

veranschlagt wurden. Das Unfallfahrzeug wurde mittlerweile in einer Kfz-Fachwerkstätte repariert. Als Anlage fügen wir die Kopie der Reparaturrechnung der Fa. ?? vom ?? über $WZ ?? bei.
Es ist aus folgenden Gründen ?? unbeachtlich, dass die Reparaturkosten tatsächlich niedriger ausgefallen sind, als vom Sachverständigen prognostiziert.
Auch wenn die Reparatur in einer Werkstatt durchgeführt wurde, kann??/können <@a1A> Geschädigte<@S1A> rechtsgrundsätzlich auf der Basis des Sachverständigengutachtens abrechnen (vergl. BGH in NJW 89, 3009).
Für das, was zur Schadensbeseitigung nach § 249 Abs. 2 Satz 1 BGB erforderlich ist, ist ein objektivierender, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten typisierender Maßstab anzulegen.
Der Schadensersatzbetrag ist somit nach der Rechtsprechung losgelöst von im Einzelfall vom <@a3A> Geschädigte<@S3A> für die Schadensbeseitigung tatsächlich aufgewendeten Beträgen (vergl. BGH a.a.O.) zu leisten.

Fiktive Gutachterkosten bei Ersatzbeschaffung
*v\vs16

&&*

Gemäß dem Sachverständigengutachten wurde der Wiederbeschaffungswert auf
(??=e1) $WZ
geschätzt.
Hiervon ist der kalkulierte Restwert in Höhe von (??=e2) $WZ
abzuziehen.

Dem Wiederbeschaffungswert abzüglich des Restwertes sind allerdings noch fiktive Gutachterkosten für die Anschaffung des gebrauchten Ersatzfahrzeuges in Höhe von EUR 76,69 (entspricht DM 150,00) hinzuzurechnen. Nach einem Urteil des BGH vom 17.05.1966 in VersR 1966, S. 830 f. ist ein Aufschlag auf den vom Sachverständigen geschätzten Zeitwert geboten, da der Geschädigte so in die Lage versetzt wird, einen ähnlichen Wagen nach einer gründlichen technischen Überprüfung von einem seriösen Gebrauchtwagenhändler zu erwerben und sich von diesem Händler für eine gewisse Zeit eine Werkstättengarantie geben zu lassen (ebenso OLG Frankfurt vom 29.11.1989 in ZfS 1990, S. 48 f. (hier wurden die fiktiven Gutachterkosten zuletzt auf DM 150 geschätzt); OLG Frankfurt vom 30.5.1985 in ZfS 1986, S. 39 f.; OLG Oldenburg vom 22.6.1983 in ZfS 1983 S. 361; AG Mühlheim vom 21.4.1989 in ZfS 1989, S. 409; AG Ludwigshafen vom 17.10.1983 in ZfS 1984, S. 37). Erstattungsfähig sind demgemäß auch fiktive Gutachterkosten für ein Ersatzfahrzeug, denn der Geschädigte muss in die Lage versetzt werden, einen ähnlichen bereits gebrauchten Wagen zu erwerben und sich durch eine technische Prüfung oder eine Werkstättengarantie vor dem Kaufrisiko zu schützen. Ob der Geschädigte den ihm zustehenden Schadensersatz hierfür verwendet, ist allein seine Sache.

Diese fiktiven Gutachterkosten sind nicht in den im normalen Sachverständigengutachten (wie hier vorliegend) errechneten Wiederbeschaffungskosten enthalten und müssen deswegen noch hinzuaddiert werden.

Der geforderte Wiederbeschaffungswert beträgt demgemäß:

Wiederbeschaffungswert lt. Gutachten	(e1) $WZ
Wiederbeschaffungswert minus Restwert	(e1-e2=e1) $WZ
zuzüglich	76,69 $WZ

GESAMT	(e1+76,69=e1) $WZ

&&#

Anspruch dem Grunde nach
*v\vs20

&&*Maske:??
wir zeigen aufgrund beigefügter/ ?? nachzureichender Vollmacht die Vertretung <@a2A> Geschädigte<@S2A> in der nachfolgend bezeichneten neuen Verkehrsunfallsache an.

Geschädigter:
Halter: <$13>, <$15>, <$16>
Pkw: <M-FZart>
Fabrikat: <M-FZfab>
amtl. Kennz. <M-KZ>
Fahrer: <M-Fahrer>

Polizei: <Polizei>

Zeugen: <Z1>
<Z2>
<Z3>

Verletzte Person:
**A<V-Adress>,

??

Die Haftpflicht Ihr<@P2P> Versicherungsnehmer<@S2P> ergibt sich aus folgendem Sachverhalt:

<Schild>

Wir bitten um umgehende Mitteilung, ob Ihre Gesellschaft den Anspruch dem Grunde nach anerkennt.

Auftrag an Versicherung, Attest einzuholen
*v\vs22

Wir übersenden Ihnen in der Anlage eine Schweigepflichtentbindungserklärung mit der Bitte, beim behandelnden Arzt ein Attest einzuholen und uns eine Abschrift hierüber zukommen zu lassen.

Aufforderung zur Zahlung des Schadens
*v\vs23

&&*
Wir fordern Sie auf, den Gesamtbetrag von $WZ ?? innerhalb einer Frist von zwei Wochen, d. h. bis zum

^Frist14

auf eines unserer Konten zu überweisen.

&&#

Zahlungserinnerung
*v\vs26

Obwohl Ihnen unsere Schadensberechnung vorliegt, haben Sie bisher nicht geleistet.

Wir setzen Ihnen eine Frist bis zum ??.

Nach Ablauf dieser Frist werden wir gerichtliche Schritte einleiten.

Schreiben bezüglich eines Sachverständigen

SV bereits beauftragt, Gutachten geht zu
*v\vsv1

Mit der Feststellung des Schadensumfanges bezüglich des beschädigten Kfz ist bereits ein Sachverständiger beauftragt worden. Sein Gutachten liegt uns noch nicht vor. Sobald uns das Gutachten vorliegt, werden wir Ihnen dies unverzüglich zukommen lassen.

Versicherung soll SV beauftragen
*v\vsv2

Ein Gutachten zur Schadensfeststellung wurde bislang nicht in Auftrag gegeben. Wir bitten zu

veranlassen, dass das unfallbeschädigte Fahrzeug unser<@P2A> Mandant<@S2A> baldmöglichst von einem Sachverständigen Ihrer Gesellschaft oder einem von Ihnen zu beauftragenden unabhängigen Sachverständigen besichtigt wird. Von dem Gutachten bitten wir, uns zum Zwecke der Schadenbezifferung eine Abschrift zu überlassen.

Gutachten beilegen
*v\vsv3

Der Schadensumfang wurde bereits von einem Sachverständigen festgestellt.
Das Gutachten nebst Gutachterrechnung fügen wir in der Anlage anbei.

Vers. soll Rechnung SV bezahlen
*v\vsv4

Die Rechnung des Sachverständigen wollen Sie bitte umgehend an diesen begleichen.

Schaden unter 500,0 €/Gutachten?
*v\vsv5

Da die Beschädigungen am Kfz gering sind und die Reparaturkosten vermutlich einen Betrag von EUR 500,00 nicht übersteigen werden, unterblieb die Beauftragung eines Sachverständigen mit der Erstellung eines Gutachtens. Sollten Sie dennoch ein Gutachten wünschen, so bitten wir um kurzfristige Benachrichtigung. Wir verweisen auf den in Kopie beigefügten Kostenvoranschlag der KFZ-Werkstatt ?? vom ??.

Gutachten gibt es nicht, nur Kostenvoran.
*v\vsv6

Ein Sachverständigengutachten wurde bislang nicht in Auftrag gegeben. In der Anlage überreichen wir Ihnen jedoch einen Kostenvoranschlag der Fa. ??. Sollten Sie dennoch auf Erstellung eines Gutachtens Wert legen, so bitten wir Sie, uns kurzfristig zu benachrichtigen oder Ihrerseits einen Gutachter mit der Schadensfeststellung zu beauftragen.

Fahrzeug bereits in Reparatur\Rechnung geht zu
*v\vsv7

Ein Sachverständigengutachten wurde bislang nicht erstellt. Das Fahrzeug befindet sich jedoch bereits in Reparatur bei der Fa. ??. Sobald uns die Reparaturrechnung vorliegt, werden wir diese an Sie weiterleiten.

Korrespondenz mit Mdt. Haft oder Vollkasko

An Haftpflichtversicherung

Keine Regulierung
*v\vs5

&&*Maske:??

wir zeigen Ihnen an, dass uns Ihr<@P1A> Versicherungsnehmer<@S1A>

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

gebeten hat, bei der Abwicklung der Schadensersatzansprüche aus vorbezeichnetem

Verkehrsunfall behilflich zu sein.

In der Anlage übersenden wir den Fragebogen für Anspruchsteller, aus dem Sie die Einzelheiten entnehme n können.

Nach den uns vorliegenden Informationen müssen wir davon ausgehen, dass Ihr<@P4A> Versicherungsnehmer<@S4A> am Verkehrsunfall keinerlei Verschulden trifft. Wir dürfen Sie bitten, vorab keine Regulierung vorzunehmen.

Regulierung nur nach Absprache wegen evtl. Mitversch
*v\vs6

&&*Maske:??

wir zeigen Ihnen an, dass uns Ihr<@P1A> Versicherungsnehmer<@S1A>

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

gebeten hat, bei der Abwicklung der Schadensersatzansprüche aus vorbezeichnetem Verkehrsunfall behilflich zu sein.

In der Anlage übersenden wir den Fragebogen für Anspruchsteller, aus dem Sie die Einzelheiten entnehmen können.

Nach den uns vorliegenden Informationen müssen wir davon ausgehen, dass Ihr<@P4A> Versicherungsnehmer<@S4A> am Verkehrsunfall möglicherweise ein Verschulden trifft. Wir dürfen Sie bitten, jegliche Regulierung nur in Abstimmung mit uns vorzunehmen.

An Vollkaskoversicherung

Vers. soll Gutachten erstellen und abrechnen
*v\vs19

&&*Maske:??

wir zeigen Ihnen an, dass uns

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

beauftragt hat.

In der Anlage übersenden wir den Fragebogen für Anspruchsteller, aus dem Sie bitte die wichtigen Einzelheiten entnehmen wollen.

Unser<@P1A> Mandant<@S1A> hat??/haben sich entschlossen, in Bezug auf den Fahrzeugschaden die bei Ihnen bestehende Vollkaskoversicherung in Anspruch zu nehmen.

Das beschädigte Fahrzeug kann bei <Bes-Ort> besichtigt werden.

Bitte veranlassen Sie, dass das Fahrzeug unser<@P2A> Mandant<@S2A> besichtigt wird.

Wir bitten, baldmöglichst eine Abrechnung über die Versicherungsleistung vorzunehmen, in welcher zum Zweck des Nachweises bei der gegnerischen Haftpflichtversicherung insbesondere die Selbstbeteiligung und sonstige, vertragsgemäße Abzüge im Einzelnen aufgeführt sind.

Ferner bitten wir, über Ihre Betriebsabteilung eine Berechnung über den eintretenden Prämienverlust erstellen zu lassen.

Die Berechnungen wollen Sie bitte an uns senden.

Korrespondenz mit Rechtsschutz

Siehe unter *Rechtsschutzkorrespondenz* auf S. 31.

Korrespondenz Gegner und gegn. Fahrer

Schreiben an gegn. Halter, wo Versicherung ist
*v\vs1

&&*Maske:??
wir zeigen Ihnen an, dass uns

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

mit der Regulierung der Schadensersatzansprüche aus vorbezeichnetem Verkehrsunfall beauftragt hat.

Hierzu benötigen wir folgende Informationen:

1. Bei welcher Haftpflichtversicherung war Ihr Kfz zum Zeitpunkt des Verkehrsunfalles versichert?
2. Wie lautet Ihre Versicherungsscheinnummer?
3. Wie lautet das Kennzeichen Ihres Kraftfahrzeuges?

Zur Vermeidung von Verzögerungen bitten wir Sie, Ihrer Haftpflichtversicherung den Unfall binnen einer Woche nach dem Unfall, mitzuteilen. Hierzu sind Sie gemäß § 7 AKB/E.1.1 AKB 2008 verpflichtet. Bei verspäteter Schadensmeldung werden wir die Ansprüche unser<@P2A> Mandant<@S2A> gegen Sie gerichtlich geltend machen. Sie haften mit Ihrer Versicherung als Gesamtschuldner<@S1P> und gefährden bei nicht rechtzeitiger Meldung Ihren Versicherungsschutz.

Wie vor\Selbstregulierung angekündigt
*v\vs29

&&*Maske:??

hiermit zeigen wir an, dass uns

<$11n> <$13>
<$15>, <$16>

mit der Geltendmachung der Schadensersatzansprüche hinsichtlich des Verkehrsunfalls vom <U-Tag> in <U-Ort> beauftragt hat.

An der Unfallstelle haben Sie erklärt, dass Sie den Schaden selbst regulieren wollen.

Sie haben bisher nichts mehr von sich hören lassen und auch Schreiben und Anfragen unser<@P2A> Mandant<@S2A> nicht beantwortet. Offensichtlich sind Sie nicht bereit, den

Schaden selbst zu bezahlen.

Von Ihrer Haftpflichtversicherung liegt jedoch auch noch keine Stellungnahme vor.
Es ist deshalb anzunehmen, dass Sie den Schaden Ihrer Versicherungsgesellschaft nicht gemeldet haben. Hierzu sind Sie jedoch nach § 7 AKB 2007/E.1.1 AKB 2008 verpflichtet. Bitte beachten Sie, dass Sie von Ihrer Versicherung in Regress genommen werden können.

Damit wir die Ersatzansprüche unmittelbar mit Ihrer Versicherungsgesellschaft regulieren können, ersuchen wir innerhalb einer Woche um Mitteilung des Namens, der Anschrift und der Versicherungsnummer.

Schreiben an gegn. Fahrer, wo Versicherung ist
*v\vs2

&&*Maske:??
wir zeigen Ihnen an, dass uns

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

mit der Regulierung der Schadensersatzansprüche aus vorbezeichnetem Verkehrsunfall beauftragt hat.

Der Halter des von Ihnen geführten Fahrzeuges ist verpflichtet, den Schaden unverzüglich seiner Haftpflichtversicherung zu melden. Bei verspäteter Schadensmeldung kann der Versicherungsschutz verloren gehen.

Bedenken Sie, dass auch Sie als Fahrer/??Fahrerin des am Unfall beteiligten Fahrzeuges solange in Anspruch genommen werden können, bis die Haftpflichtversicherung den eingetretenen Schaden vollends beglichen hat. Sollte die Versicherung wegen zu später Mitteilung der Schadensanzeige den Versicherungsschutz verweigern, werden wir Sie persönlich haftbar machen.

Zur weiteren Abwicklung benötigen wir folgende Informationen:

1. Bei welcher Haftpflichtversicherung war das von Ihnen geführte Fahrzeug zum Unfallzeitpunkt versichert?
2. Wie lautet die Versicherungsscheinnummer?
3. Wie lautet das Kennzeichen des Fahrzeuges?
4. Wie lauten Name und Anschrift des Halters des Fahrzeuges?

Sachverständige

Siehe unter *Schreiben bezüglich eines Sachverständigen* auf S. 76.

Polizei

Auskunftsersuchen
*v\pol1

&&*maske:??

Verkehrsunfall vom ?? auf der ?? Straße in ??

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Vorlage der als Anlage beigefügten Vollmacht zeigen wir an, dass uns

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

gebeten hat, Schadensersatzansprüche aus vorbezeichnetem Verkehrsunfall geltend zu machen und ihn??/sie in einem etwaigen Bußgeld- oder Strafverfahren zu verteidigen.

Wir bitten um

Akteneinsicht.

Sollte eine Akteneinsicht derzeit nicht möglich sein, so bitten wir um kurzfristige Benachrichtigung bzw. um Weiterleitung dieses Schreibens bei gleichzeitiger Abgabenachricht an uns.

Gleichzeitig dürfen wir Sie bitten, die in der Anlage erbetenen Auskünfte (gegebenenfalls handschriftlich) zu erteilen, damit wir den Schadensfall schnell bearbeiten können.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Beiblatt für Polizei zum Ausfüllen
*v\pol2

&&*Maske:??
Anlage 1

<$6>
(Bitte stets angeben)

Unser<@P1A> Mandant<@S1A>:
<$13>, <$15>, <$16>

Weitere Beteiligte: (Name, Vorname, Anschrift, amtl. Kennzeichen des Kfz)

_____

_____

_____

Wurde Strafanzeige erstattet ? nein ( ) ja ( ) gegen:
(bitte vollständige Namens- und Anschriftenangabe)

1._____

2._____

An welche Staatsanwaltschaft wurde Anzeige gerichtet?

_____

Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft :
_____

Genaues Unfalldatum (Tag / Uhrzeit):
_____

Wie lautet die Tagebuch-Nr.:
_____

....., den.....

Polizeidienststelle
i.A.

(Sachbearbeiter)

urschriftlich zurück :

An
Rechtsanwalt/?? Rechtsanwältin ??

Pflichtangaben
*v\pol3

&&*Maske:??

In dem Ordnungswidrigkeitsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

Aktenzeichen: ??

zeigen wir unter Vorlage der als Anlage beigefügten Vollmacht die Übernahme der anwaltlichen Vertretung an. Wir geben folgende persönliche Daten unser<@P2A> Mandant<@S2A> bekannt:

Name:	<$13>
Geburtsname:	<$20b>
Anschrift:	<$15>, <$16>
Geburtsdatum:	<$19>

Akteneinsicht
*v\pol4

Wir beantragen zunächst gem. § 147 StPO i. V. m. § 46 Abs. 1 OWiG, § 69 Abs. 3 Satz 2 OWiG

Akteneinsicht.

Die Registerauszüge bitten wir beizufügen.

Die rechtzeitige Rückgabe der Akten wird anwaltlich zugesichert.

Keine Einlassung, ggf. später
*v\pol5

Unser<@P1A> Mandant<@S1A> wird??/werden derzeit keine Einlassung abgeben.

Eine Einlassung wird gegebenenfalls nach Akteneinsicht abgegeben.

Keine Einlassung
*v\pol6

Unser<@P1A> Mandant<@S1A> wird??/werden derzeit keine Einlassung abgeben.

Bitte um Akte wegen Ansprüchen des Geschädigten
*v\pol7

&&*Maske:??
In der Ermittlungssache

<$31n> <$33>, <$35>, <$36>,

AZ Polizei: ??

zeigen wir unter Vorlage, der als Anlage beigefügten Vollmacht an, dass <@a1A> Geschädigte<@S1A>,

<$13n>, <$15>, <$16>,

durch uns anwaltlich vertreten wird.

Um die unser<@P3A> Mandant<@S3A> zustehenden Schadensersatzansprüche durchsetzen zu können, bitten wir um kurzfristige Überlassung der Ermittlungsakten.

Bußgeldbehörde

Einspruch Bußgeldbescheid und Akteneinsicht
*v\owi1

&&*Maske:??
In dem Bußgeldverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ der Bußgeldbehörde: ??

zeigen wir unter Vorlage der als Anlage beigefügten Vollmacht die Übernahme der anwaltlichen Verteidigung an.

Gegen den am ?? zugestellten Bußgeldbescheid vom ?? legen wir

E i n s p r u c h

ein.

Wir beantragen zunächst gemäß § 147 StPO i. V. m. § 46 Abs. 1 OWiG, § 69 Abs. 3 Satz 2 OWiG

Akteneinsicht

durch Übersendung der Akte in unser Büro noch vor Übersendung derselben an die Staatsanwaltschaft.

Die Registerauszüge bitten wir beizufügen.

Die rechtzeitige Rückgabe der Akten wird anwaltlich zugesichert.

Einlassung evtl. nach Akteneinsicht
*v\owi2

Erst nach erfolgter Akteneinsicht kann entschieden werden, ob Angaben zur Sache gemacht werden, der Einspruch zurückgenommen oder die Einstellung des Verfahrens angeregt wird.

Dank für Akte, bitte warten, da Mdt. noch kommt
*v\owi3

&&*Maske:??

In dem Bußgeldverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ der Bußgeldbehörde: ??

bedanken wir uns höflich für die gewährte Akteneinsicht und reichen die Unterlagen zu unserer Entlastung zurück.

Nach einer Besprechung des Sachverhalts auf Grundlage der Akteneinsicht, die in den nächsten Tagen erfolgen wird, werden wir Ihnen unsere Entscheidung bzw. Einlassung zukommen lassen.

Wir bitten Sie daher, die Angelegenheit noch nicht weiterzuleiten, sondern unseren Schriftsatz abzuwarten und uns dafür eine Frist von zwei Wochen einzuräumen.

Jetzt Einlassung nach Akteneinsicht
*v\owi4

&&*Maske:??

In dem Bußgeldverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ der Bußgeldbehörde: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> besprechen.

Zur Sache erfolgt die nachstehende

Einlassung:

??

Akteneinsicht gehabt, aber z. Zt. keine Einlass.
*v\owi5

&&*Maske:??

In dem Bußgeldverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ der Bußgeldbehörde: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> besprechen.

Wir teilen Ihnen mit, dass eine Einlassung zur Sache derzeit nicht veranlasst ist.

Gegebenenfalls wird zu einem späteren Zeitpunkt über uns eine Einlassung erfolgen.

Akteneinsicht gehabt, Anregung der Einstellung
*v\owi6

&&*Maske:??

In dem Bußgeldverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ der Bußgeldbehörde: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> besprechen.

Es wird angeregt, das Bußgeldverfahren gem. §§ 47 I 2 OWiG einzustellen.

Begründung:

??

Staatsanwaltschaft

Antrag auf Akteneinsicht und Mandatsanzeige
*v\st14

&&*Maske:??

Aktenzeichen: ??

zeigen wir unter Vollmachtsvorlage an, dass

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

durch uns anwaltlich vertreten wird.

Unter Bezugnahme auf die Vollmacht beantragen wir

Akteneinsicht,

insbesondere in die Haupt- oder Verfahrensakten, sämtliche Beiakten und Beweismittelordner. Wir beantragen außerdem vorliegende Beweisstücke zu besichtigen.

Jedenfalls bitten wir uns die Beschuldigtenvernehmung sowie die Niederschriften gem. § 147 Abs. 3 StPO einschließlich der Sachverständigengutachten unverzüglich zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

Die Akte bitten wir, uns entweder zu übersenden oder aber zur Mitnahme in die Kanzlei bereitzulegen oder aber ggf. über das Amtsgericht ?? zur Verfügung zu stellen.

Wiederholung Bitte um Akteneinsicht
*v\st4

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

Az.: ??

wiederholen wir unsere Bitte um Gewährung von Akteneinsicht.

Sollte uns Akteneinsicht derzeit nicht gewährt werden, bitten wir um Mitteilung, welche Gründe im Sinne des § 147 II StPO einer Gewährung von Akteneinsicht entgegenstehen, insbesondere, wie der Untersuchungszweck gefährdet werden kann.
In jedem Falle bitten wir um Übersendung von Ablichtungen der Beschuldigtenvernehmungen sowie der bisher in diesem Verfahren erstatteten Gutachten.

Wir bitten des Weiteren darum, uns auf jeden Fall vor einer abschließenden Entscheidung der Staatsanwaltschaft Akteneinsicht zu gewähren.

Wiederholung Bitte um Akteneinsicht zum 2. Mal
*v\st5

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

Az: ??
müssen wir leider zum wiederholten Male auf unser Gesuch um

Akteneinsichtnahme

zurückkommen.

Bereits mit Schreiben vom ?? wurde auf § 147 II StPO hingewiesen. Wir machen Sie nochmals darauf aufmerksam, dass der Verteidiger als freies Organ der Rechtspflege das Recht auf jederzeitige Akteneinsichtnahme auch vor Abschluss der Ermittlungen hat. Entgegenstehende Gründe gemäß § 147 II StPO liegen nicht vor. Wir weisen auf Nr. 188 Absatz 1 RiStBV hin.

Dank für Akte, muss noch Mandant sprechen
*v\st6

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ: ??

bedanken wir uns für die gewährte Akteneinsicht und reichen die Unterlagen zu unserer Entlastung zurück.

Nach einer Besprechung des Sachverhalts auf Grundlage der Akteneinsicht, die in den nächsten Tagen erfolgen wird, werden wir Ihnen unsere Entscheidung bzw. Einlassung zukommen lassen.

Wir bitten Sie daher, in der Angelegenheit noch keine abschließende Verfügung zu treffen, sondern unseren Schriftsatz abzuwarten und uns dafür eine Frist von zwei Wochen einzuräumen.

Dank für Akte mit Einlassung zur Sache
*v\st7

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> besprechen.
Zur Sache erfolgt die nachstehende

Einlassung:

??

Dank für Akte, Einlassung gibt es jetzt keine
*v\st8

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> besprechen.

Wir teilen Ihnen mit, dass eine Einlassung zur Sache derzeit nicht veranlasst ist.
Gegebenenfalls wird zu einem späteren Zeitpunkt über uns eine Einlassung erfolgen.

Dank für Akte, Einstellung nach § 170 StPO?
*v\st9

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

AZ: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unserer Mandantschaft besprechen.

Es wird angeregt, das Ermittlungsverfahren gem. § 170 II StPO einzustellen.

Begründung

??

Dank für Akte, Einstellung nach § 153 StPO?
*v/st10

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

a <$13>, <$15>, <$16>

AZ: ??

konnten wir nach Akteneinsichtnahme den Vorfall zwischenzeitlich mit unser<@P3A> Mandant<@S3A> besprechen.

Es wird angeregt, das Ermittlungsverfahren gem. § 153 StPO einzustellen.

Begründung:

??

Bitte um Akte wegen Ansprüchen des Geschädigten
*v\st11

&&*Maske:??

In der Ermittlungssache

<$31n> <$33>, <$35>, <$36>,

AZ: ??

zeigen wir unter Vorlage der als Anlage beigefügten Vollmacht an, dass <@a1A> Geschädigte<@S1A>,

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>,

durch uns anwaltlich vertreten wird??/werden.

Um die unser<@P3A> Mandant<@S3A> zustehenden Schadensersatzansprüche durchsetzen zu können, bitten wir um kurzfristige Überlassung der Ermittlungsakten.

Gericht

Gericht Strafrecht

Einspruch gegen Strafbefehl + Mandatsanzeige
*v\st1

&&*Maske:??

In der Strafsache

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

Geschäftsnummer: ??

zeigen wir unter Beifügung einer Vollmacht die anwaltliche Vertretung an.

Gegen den unter dem o. a. Az. ergangenen Strafbefehl vom ??, zugestellt am ??, legen wir

E i n s p r u c h

ein.

Gleichzeitig beantragen wir gem. § 147 StPO

Akteneinsicht.

Die unverzügliche Rückgabe der Akten wird anwaltlich zugesichert.

Mandatsanzeige und Bitte um Akteneinsicht
*v\st3

&&*Maske:??

Aktenzeichen: ??

zeigen wir unter Vollmachtsvorlage an, dass

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

durch uns anwaltlich vertreten wird.

Unter Bezugnahme auf die Vollmacht beantragen wir

A k t e n e i n s i c h t ,

insbesondere in die Haupt- oder Verfahrensakten, sämtliche Beiakten und Beweismittelordner. Wir beantragen außerdem die sonstigen Beweisstücke zu besichtigen.

Jedenfalls bitten wir, uns die Beschuldigtenvernehmung sowie die Niederschriften gem. § 147 Abs. 3 StPO einschließlich der Sachverständigengutachten unverzüglich zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

Die Akte bitten wir, uns entweder zu übersenden oder aber zur Mitnahme in die Kanzlei bereitzulegen.

Wiederholung Bitte um Akteneinsicht
*v\st12

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

Az.: ??

wiederholen wir unsere Bitte um Gewährung von Akteneinsicht.

Nochmalige Bitte um Akte infolge Zeitablauf
*v\st13

&&*Maske:??

In dem Ermittlungsverfahren

gegen

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

Az.: ??

bitten wir nochmals um Akteneinsicht.

Gericht Zivilrecht

Klagekopf
*v\vz1

&&*Maske:??

K L A G E

<$13>
<$15> <$16>

- Kläger<@S1A> -

Prozessbevollmächtigte??:
<$23>
<$25> <$26>

g e g e n

1) <$33>
<$35> <$36>

2) <G-Fahrer>

3) die ?? Versicherung, vertreten durch ??

- Beklagte<@NP> -

wegen Schadensersatz aus Verkehrsunfall.
Vorläufiger Streitwert: ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines Termins, in dem wir beantragen werden,

Klageantrag
*v\vz2

1. <@a4P> Beklagte<@S4P> als Gesamtschuldner zu verurteilen, an <@a4A> Kläger<@S4A>?? $WZ nebst 5 % Zinsen über dem Basiszinssatz hieraus seit dem ?? zu zahlen.
2. <@a3P> Beklagte<@S3P> die Kosten aufzuerlegen,
3. das Urteil notfalls gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären,
4. sofern das Gericht das schriftliche Vorverfahren anordnet wird für den Fall der Fristversäumnis beantragt, <@a4P> Beklagte<@S4P> durch Versäumnisurteil ohne mündliche Verhandlung zu verurteilen.

Anspruch aus § 823 nur Schaden
*v\vz4

Nachdem der Verkehrsunfall für <@a4A> Kläger<@S4A> unvermeidbar war, <@a1P> Beklagte<@S1P> zu ??) Alleinverschulden zu vertreten hat, sind <@a1P> Beklagte<@S1P> gemäß § 823 I BGB, §§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. ??, 249 BGB, § 7 Abs. 1 StVG, § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG als Gesamtschuldner<@S1P> gemäß § 421 BGB zum Schadensersatz gegenüber <@a3A> Kläger<@S1A> verpflichtet.

Anspruch aus §§ 823 und 253
*v\vz5

Nachdem der Verkehrsunfall für <@a4A> Kläger<@S4A> unvermeidbar war ??, der Beklagte zu ??) Alleinverschulden zu vertreten hat, sind <@a1P> Beklagte<@S1P> gemäß § 823 I BGB, §§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. ??, 249 BGB, § 7 Abs. 1 StVG, § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG als Gesamtschuldner gemäß § 421 BGB zum Schadensersatz gegenüber <@a3A> Kläger<@S3A> verpflichtet.

<@A1A> Kläger<@S1A> wurde bei dem Unfall schwer verletzt. ??

Beweis:??

Es wird somit neben dem Schadensersatz auch Schmerzensgeld in Höhe von ?? gemäß der §§ 253, 840 BGB von den Beklagten geltend gemacht. Die Höhe des Schmerzensgeldes wird wie folgt begründet.??

Klagebegründung Fahrer ist Halter
*v\vz6

&&*Maske:??
Begründung:

<@A1A> Kläger<@S1A> mach?? Schadensersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall vom <U-Tag> in <U-Ort> geltend.

Unfallgegner<@S1P> ist <@a1P> Beklagte<@S1P> zu 1) als Halter<@S1P> und Fahrer<@S1P> des Fahrzeugs mit dem amtlichen Kennzeichen <G-KZ>; dieses Fahrzeug ist bei de?? Beklagten zu ??) haftpflichtversichert.

Klagebegründung Fahrer ist nicht Halter
*v\vz7

&&*Maske:??
Begründung:

<@A1A> Kläger<@S1A> mach?? Schadensersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall vom <U-Tag> in <U-Ort> geltend.

Unfallgegner<@S1P> ist <@a1P> Beklagte zu 1 als Fahrer/??Fahrerin des Fahrzeuges mit dem amtlichen Kennzeichen <G-KZ>. <@A1P> Beklagte<@S1P> zu 2 als Halter<@S1P>des Fahrzeuges ist ebenfalls zum Schadensersatz verpflichtet sowie die Beklagte zu 3, bei der das Fahrzeug haftpflichtversichert ist.

Klagebegründung gegen Haftpflicht (Auslandsberührung)
*v\vz8

&&*Maske:??
Begründung:

<@A1A> Kläger<@S1A> mach?? Schadensersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall vom <U-Tag> in <U-Ort> geltend.

Unfallgegner<@S1P> ist <@a1P> Fahrer<@S1P> des Fahrzeuges mit dem amtlichen Kennzeichen des Landes ?? <G-KZ>. Die Klage richtet sich ebenfalls gegen das unmittelbar passiv legitimierte Deutsche Büro Grüne Karte e.V., da das Fahrzeug ein gültiges Kennzeichen des Landes ?? hat und eine Grüne Karte ausgestellt ist.

Unfallschilderung\Schadensaufteilung
*v\vz9

&&*Maske:??
Der Verkehrsunfall ereignete sich wie folgt:

<Schild>

Beweis: Zeugnis <Z1>

<Z2>

<Z3>

<@A1P> Beklagte<@S1P> hafte?? bei diesem Sachverhalt nach §§ ??.

Der Schadensersatzanspruch <@a2A> Kläger<@S2A> beziffert sich im Einzelnen wie folgt:

&&#
S c h a d e n s a u f s t e l l u n g
!0=e9!

Reparaturkosten	(<&a>=e2) $WZ	!e9+e2=e9!
Nutzungsausfall (<s1>=$e2) Tag(e) * (<s2>=e3) $WZ =	(e2*e3=e2) $WZ	!e9+e2=e9!
Wertminderung	(<&f>=e2) $WZ	!e9+e2=e9!
Sachverständigenkosten	(<&g>=e2) $WZ	!e9+e2=e9!
Kostenpauschale	(<&h>=e2) $WZ	!e9+e2=e9!
??	(??=e2) $WZ	!e9+e2=e9!
S U M M E	(e9) $WZ	

&&#

Beweis:

??

Vorsteuerabzugsberechtigung <@a2A> Kläger<@S2A> besteht <Vorst>??.

Nach der Sach- und Rechtslage kann??/können <@a1A> Kläger<@S1A> von <@a3P> Beklagte<@S3P> Schadensersatz in ?? verlangen.

Begründung:

??

Klagegrund
*v\vz10

<@A1P> Beklagte<@S1P> zu 1) ist??/sind letztmalig mit Schreiben vom ?? unter Fristsetzung zum ?? zur Schadensersatzleistung aufgefordert worden.

<@PP1A> hat??/haben dem nicht Folge geleistet, sodass nunmehr Klage geboten war.

Beweis: Zahlungsaufforderung

&&*
2 begl. und 2 einf. Abschriften
sowie Gerichtskosten nach einem

Gegenstandswert von (?? =e2) $WZ !e2=e26!
in Höhe von (e26*3=e3) $WZ anbei.
&&#

Klagegrund gegen Haftpflicht
*v\vz11

Der von <@a3P> Beklagte<@S3P> zu ? mit der außergerichtlichen Regulierung beauftragte Versicherer, die Beklagte zu ?, ist letztmalig mit Schreiben vom ?? unter Fristsetzung zum ?? zur Schadensersatzleistung aufgefordert worden.

Er hat dem nicht Folge geleistet, sodass nunmehr Klage geboten war.

Beweis: Zahlungsaufforderung

&&*
2 begl. und 2 einf. Abschriften
sowie Gerichtskosten nach einem
Gegenstandswert von (?? =e2) $WZ !e2=e26!
in Höhe von (e26*3=e3) $WZ anbei.
&&#

Kennzeichen

Wird in der Textverarbeitung die *Textbausteinverwaltung* und dort der Ordner *Kennzeichen* aufgerufen, werden die Adressen der entsprechenden KFZ-Zulassungsstellen alphabetisch sortiert angezeigt und der Textbaustein *v/vs8* zur Erstellung eines Anfrageschreibens geöffnet. Die Adresse der entsprechenden Zulassungsstelle wird gleich in den Textbaustein eingefügt.

Der Ordner *Besondere* enthält Kennzeichen und Adressen der Landesregierungen und Landtage von Brandenburg und Baden-Württemberg, mit der Möglichkeit, bei Aufruf der *Textbausteinverwaltung* in der Textverarbeitung über den Textbaustein *v/vs8* ein Anfrageschreiben zu erstellen. Die gewählten Adressen werden gleich in den Textbaustein eingefügt.

Im Ordner *Mopeds* der *Textbausteinverwaltung* erfolgt lediglich der Adressaufruf der jeweiligen Versicherung.

Die *Textbausteinverwaltung* bietet außerdem die Möglichkeit, im Ordner *International* anhand des Auslandskennzeichens informationshalber das entsprechende Land anzuzeigen.

Besondere

Anfragetext Halteranfrage
*v\vs8

&&*Maske:??

Am ?? in ?? um ?? Uhr ereignete sich ein Verkehrsunfall, an dem unser<@P1A> Mandant<@S1A> beteiligt war.

Um Schadensersatzansprüche durchsetzen zu können, bitten wir um

Auskunft über Fahrzeughalter und Versicherung hinsichtlich eines Fahrzeuges mit dem amtlichen Kennzeichen ??.

Wir benötigen die Auskunft, wer am Unfalltag Halter des anderen unfallbeteiligten Kraftfahrzeuges war und bei welcher Haftpflichtversicherung das andere am Unfall beteiligte Kraftfahrzeug versichert war.

Es wird versichert, dass die mit diesem Auskunftsersuchen erbetenen Daten benötigt werden, um privatrechtliche Ansprüche zu verfolgen.

Beiliegendes Formular wollen Sie uns bitte, versehen mit Ihren Antworten, urschriftlich zurückschicken.

Wir wären dankbar, wenn Sie unsere Anfrage bald beantworten würden.

Die Auskunftsgebühr über $WZ ?? fügen wir als Verrechnungsscheck anbei.

Rechtsanwälte
Theodor Testmann
Teststraße

PLZ Teststadt

<$6>
(Bitte stets angeben)

Verkehrsunfall vom <U-Tag>

amtl. Kennzeichen des am Unfall beteiligten Kraftfahrzeuges:

<G-KZ>

Halter des am Unfall beteiligten Kraftfahrzeuges:

_____

_____

_____

Haftpflichtversicherer des am Unfall beteiligten Kraftfahrzeuges:

_____

_____

_____

Versicherungsschein-Nr.:_____

.....,den.....

Kfz-Zulassungsstelle
i.A.

Schadensberechnungen

Schadensberechnung I
*v\schad

&&*Maske:schad
&& Fahrzeug <&F1> Gruppe <G1>
Nutzungsausfall: (<s1> =e2) Tage * (<s2> =e3) = (e2*e3=e2) $WZ

	Reparaturkosten	Nutzungsausfall	Wertminderung	Sonstiges
Schaden:	(<&s3> =e1)	(e2)	(<&s4> =e4)	(<&s5> =e5)
gezahlt:	(<&s6> =e6)	(<&s7> =e7)	(<&s8>= e8)	(<&s9> =e9)
Rest:	(e1-e6)	(e2-e7)	(e4-e8)	(e5-e9)

!e1+e2=e1! !e1+e4=e1! !e1+e5=e1! !e6+e7=e2! !e2+e8=e2! !e2+e9=e2!

Saldo Schaden: (e1) $WZ
Saldo Zahlung: (e2) $WZ
Restforderung: (e1-e2=e3) $WZ

Schadensberechnung II
*v\verk

&&*Maske:verk
&&*

A: Reparaturkosten (<&a>=e7) $WZ
Wertminderung (<&f>=e9) $WZ
Reparaturaufwand (e9+e7=e7) $WZ
Wiederbeschaffungswert (<&b>=e9) $WZ
Restwert (<&c>=e8) $WZ
Wiederbeschaffungswert ./. Restwert = (e9-e8=e1) $WZ
.!e9*1.3=e3! !WBW+30%!
.!if! !e7<e3! !e7=e2!
.!if! !e7=e3! !e7=e2!
.!if! !e2=0! !e1=e2!

Zwischensumme A: (e2) $WZ

B: Fahrzeug Gruppe <G1> = <s2> $WZ/Tag
Marke:<F1>

Nutzungsausfall: (<s1>=e4) Tage *(<s2>=e5) $WZ = (e4*e5=e5) $WZ
Sachverständigenkosten: (<&g>= e9) $WZ !e5+e9=e5!
Kostenpauschale: (<&h>= e9) $WZ !e5+e9=e5!
Abschleppkosten: (<&i>= e9) $WZ !e5+e9=e5!

An-/Abmeldekosten: (<&j>= e9) $WZ !e5+e9=e5!
Mietwagenkosten: (<&k>= e9) $WZ !e5+e9=e5!
Sonstiges: <&Sonst> (<&l>= e9) $WZ !e5+e9=e5!

Zwischensumme B: (e5) $WZ
Haftungsquote: (<&m>=e11)% !e2+e5=e9!
Gesamtkosten A+B (e9) $WZ

.!e9*e11=e14! !e14:100=e15!
.!if! !e15=0! !e9=e15!
Forderung (e15) $WZ
abzüglich Zahlung (<&n>=e12) $WZ

.!e15-e12=e15! !if! !0>e15! !0=e15!
Restforderung (e15) $WZ
==========
&&#

Bezifferung Schmerzensgeld
*v\schads

&&*
Zwischenbetrag: (??=e9) $WZ

Schmerzensgeld: (??=e2) $WZ
!e9+e2=e9! ==========
Endsumme: (e9)$WZ

&&

Schadensberechnung Haftpflicht 130 %
*v\verk1

&&*maske:verk
&&*

Es ergibt sich daher nachfolgende Abrechnung:

A: Reparaturkosten (<&a>=e2) $WZ
Wiederbeschaffungswert (<&b>=e9) $WZ
Restwert (<&c>=e8) $WZ
Wiederbeschaffungswert ./. Restwert (e9-e8=e1) $WZ
!if! !e2>e9! !e9=e2!
!if! !e2=0! !e1=e2!
Zwischensumme A: (e2) $WZ

B: Sachverständigenkosten: (<&g>= e9) $WZ !e5+e9=e5!
Abschleppkosten zur nächsten Werkstatt: (<&i>= e9) $WZ !e5+e9=e5!
Sonstiges: <&Sonst> (<&l>= e9) $WZ !e5+e9=e5!

Zwischensumme B: (e5) $WZ
!e2+e5=e9!
Gesamtkosten (e9) $WZ

Forderung (e9) $WZ

./. Zahlung anschließend (<&n>=e12) $WZ
./. Selbstbeteiligung (<&o>=e11) $WZ
!e9-e12=e9!!e9-e11=e9! !if! !0>e9! !0=e9!
Restforderung (e9) $WZ
==========
&&#

Schadensberechnung Quotenvorrecht
*v\quoten

&&*Maske:verk
&&

A: Reparaturkosten (<&a>=e7) $WZ
Wertminderung (<&f>=e12) $WZ
Reparaturaufwand (e12+e7=e7) $WZ
Wiederbeschaffungswert (<&b>=e9) $WZ
Restwert (<&c>=e8) $WZ
Wiederbeschaffungswert ./. Restwert = (e9-e8=e2) $WZ
.!e9*1.3=e3! !WBW+30%!
.!if!!e7<e3!!e7=e1!
.!if!!e7=e3!!e7=e1!
.!if!!e1=0!!e2=e1!

Zwischensumme A: (e1) $WZ

B: Fahrzeug Gruppe <G1> = <s2> $WZ/Tag
Marke:<F1>

Nutzungsausfallberechnung: (<s1>=e4) Tage *(<s2>=e6) $WZ =(e4*e6=e6) $WZ

Quotenbevorrechtigte Ansprüche:		Nicht quotenbevorrechtigte Ansprüche:	
Zwischensumme A:	(e1) $WZ	Nutzungsausfall:	(e6) $WZ
		Mietwagenkosten:	(<&k>=e7) $WZ
Gutachterkosten:	(<&g>=e3) $WZ	Kostenpauschale :	(<&h>=e5) $WZ
Abschleppkosten zur nächsten Werkst.:	(<&i>=e4) $WZ	Abschleppkosten zur vertr. Werkst.:	(<&p>=e16) $WZ
An-/Abmeldekosten:	(<&j>=e8) $WZ	Verlust des Schadens-freiheitsrabattes:	(??=e18) $WZ
Sonstiges:	(??=e15) $WZ	<$Sonst>:	(<&l>=e17) $WZ

!e6+e7=e6! !e6+e5=e6! !e6+e16=e6! !e6+e17=e6! !e6+e18=e6!
Haftungsquote: (<&m >=e10)%
Selbstbeteiligung: (<&o>=e9) $WZ

Von Kaskoversicherer nach Abzug SB erhalten: (??=e11) $WZ
.!e1+e3=e3!!e3+e4=e3!!e3+e8=e3!!e3+e15=e3!
Summe quotenbevorrechtigte Ansprüche: (e3) $WZ
Summe nicht quotenbevorrechtigte Ansprüche: (e6) $WZ
Gesamtschaden:!e3+e6=e7! (e7) $WZ
.!e3-e11=e2!!if!!e2<0!!0=e2!
nicht von Kasko gedeckte quotenbevorrechtigte Ansprüche:!e3*e10=e1! (e2) $WZ
von Haftpflicht maximal -quotenbevorrechtigt- zu zahlen:!e1:100=e1! (e1) $WZ

.!e2=e13!!if!!e13>e1!!e1=e13!
noch von Haftpflicht - quotenbevorrechtigt - zu zahlen:!e6*e10=e6! (e13) $WZ
zuzüglich nicht quotenbevorrechtigter Ansprüche:!e6:100=e6! (e6) $WZ
!if!!e13>0!Gesamtsumme von Haftpflicht zu zahlen: (e13+e6=e9) $WZ

Diverse

Zeugenanfrage
*v\vs7

&&*Maske:??
in der vorbezeichneten Angelegenheit geben wir bekannt, dass

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

durch uns anwaltlich vertreten wird.

Nach der Auskunft unser<@P2A> Mandant<@S2A> waren Sie am <U-Tag> Zeuge, als in <U-Ort> ein Verkehrsunfall passiert ist.

Wie Sie sicherlich wissen, ist jeder einmal auf die Hilfe von Zeugen angewiesen, um seinerseits Ersatzansprüche geltend machen zu können und diese auch erfolgreich durchsetzen zu können.

Unser<@P1A> Mandant<@S1A> hat sich dabei verletzt bzw. erheblichen Sachschaden erlitten.

Unsere Anfrage geht nun dahin, ob Sie zu diesem Unfall irgendwelche Angaben machen können.

Wichtig wäre dabei, wenn Sie angeben könnten,

– ??

– ??

Möglicherweise könnten Sie auch eine kleine Skizze zur Erläuterung anfertigen.

Wir dürfen Sie bitten, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns schon im Voraus.

Bitte bedenken Sie, dass auch Sie möglicherweise einmal auf die Hilfe von Zeugen angewiesen sein können.

Schweigepflichtentbindungserklärung
*v\vs25

&&*Maske:??

E R K L Ä R U N G

Hiermit erkläre ich, <$13>
<$15> <$16>,

dass ich alle Ärzte, die mich im Zusammenhang mit dem Verkehrsunfall vom <U-Tag> in <U-Ort> behandelt haben bzw. noch behandeln werden, von ihrer ärztlichen Schweigepflicht gegenüber den mit der Regulierung befassten Versicherungen, den Rechtsanwälten
<$23>
<$25> <$26>

und im Streitfall den zuständigen Gerichten, entbinde.

??, den ^TgDatum

Arzt soll Attest erstellen
*v\vs17

in der vorbezeichneten Angelegenheit mögen Sie bitte der beigefügten Vollmachtskopie entnehmen, dass uns

<$11n> <$13>, <$15>, <$16>

mit der anwaltlichen Interessenwahrnehmung aus dem Verkehrsunfall beauftragt hat. Eine beglaubigte Kopie der Schweigepflichtentbindungserklärung liegt ebenfalls bei.

Um eventuelle Schadensersatzansprüche geltend machen zu können, benötigen wir ein ärztliches Attest über die Gesundheitsschäden, die durch den Verkehrsunfall entstanden sind.
Insbesondere Art und Umfang der Verletzungen, Dauer des Krankenhausaufenthaltes sowie die voraussichtliche Arbeitsunfähigkeit sollten darin erscheinen.

Sollte bereits ein solches Attest existieren, übersenden Sie uns bitte eine Kopie davon. Andernfalls dürfen wir Sie bitten, den beiliegenden Vordruck ausgefüllt an uns zurückzusenden.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns im Voraus.

Vordruck für Arztattest
*v\vs18

&&*Maske:??

Ä R Z T L I C H E R B E R I C H T
==========

über

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

---

1. Geburtsdatum des Verletzten

---

2. Beruf / Familienstand

3.1. Erster Behandlungstag
3.2. Letzte eingehende Untersuchung

---

4. Was hat der Verletzte über den Hergang des Unfalles gesagt?

5. Welche Angaben hat der Verletzte über Schmerzen, Funktionsstörungen und Beschwerden gemacht?

---

6. Welchen objektiven Befund haben Sie erhoben (Bitte ausführlich):

6.1. Hatte der Verletzte aus ärztlicher Sicht den Sicherheitsgurt angelegt bzw. einen Sturzhelm getragen?

6.2. Welche Diagnose stellen Sie?

7.1. Bestehen Krankheiten, Gebrechen oder Folgen von früheren Verletzungen?
Welche?

7.2. Erfolgt deren Behandlung durch Sie?
Wenn nicht, durch wen:

7.3. Welcher Grad der Erwerbsminderung resultiert aus dem Unfall vom …?

8.1. In welcher Weise haben Sie den Verletzten anlässlich des Schadensereignisses behandelt?
Stationär vom: .....bis: .....
Ambulant am: .....

8.2. Wie war der bisherige Heilverlauf?

8.3. Wann ist / war die ärztliche Behandlung abgeschlossen?
Seit dem: .....
Voraussichtlich: .....

8.4. Welche Heilmaßnahmen sind noch erforderlich?

9. Welche weiteren Ärzte wurden hinzugezogen?

10. Ist bereits völlige Wiederherstellung erfolgt?
Nein: (....) Ja: (....) Seit: .....
Wenn nicht, wann ist sie zu erwarten: .....

11. Wie beurteilen Sie die Arbeitsfähigkeit, auch bei Verletzten ohne Erwerbstätigkeit?
auf:..... % vom: ..... bis: .....
auf:..... % vom: ..... bis: .....
auf:..... % vom: ..... bis: .....

12. Bei Dauerfolgen:
In welchem Grad wird eine Behinderung vorliegen und wodurch ist sie entstanden?

In seinem bisherigen Beruf:

Nach allgemeinen Gesichtspunkten:

---

13. Ist im vorliegenden Fall damit zu rechnen, dass Anpassung, Gewöhnung oder weitere Heilmittel den Zustand bessern würden, ggf. welche?

14. Wer trägt die Behandlungskosten?

---

15. Besondere Bemerkungen:

Kosten für die Erstellung des Attestes: $WZ .....

Kontoverbindung:

Geldinstitut : .....

Kontoinhaber : .....

.....

.....

Kontonummer : .....

Bankleitzahl : .....

_____

(Ort/Datum)

_____

(Unterschrift)

Anfrage in Flensburg beim Kraftfahrt-Bundesamt
*v\vs24

Kraftfahrt-Bundesamt
24932 Flensburg

Auskunft aus dem Verkehrszentralregister

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Vorlage einer Vollmachtskopie zeigen wir an, dass wir

<$11> <$13>, <$15>, <$16>

anwaltlich vertreten.

Für unser<@P4A> Mandant<@S4A> bitten wir um Übersendung eines Auszuges aus dem Verkehrszentralregister mit den derzeit gespeicherten Entscheidungen.

Unser<@P1A> Mandant<@S1A> ist am ?? in ?? geboren. Der Geburtsname ist ??. Der Familienname ist??. Sämtliche Vornamen sind ??. Die Postleitzahl, der Wohnort, Straße und Hausnummer lauten: ??.

Eine Kopie des gültigen Personalausweises (Vorder- und Rückseite) ist beigefügt.

Anfrage beim Büro Grüne Karte e.V. (Ausländer beteiligt)
*v\vs21

&&*Maske:??
per Telefax: 040/33440-7040

in nachstehender Verkehrsunfallsache sind wir mit der Schadensregulierung beauftragt worden.

Bitte teilen Sie uns mit, an welches Versicherungsunternehmen oder Regulierungsbüro die Sache abgegeben wird.

Unfall vom:	<U-Tag>
Unfallort:	<U-Ort>
Schädiger:	<$33>
	<$35>, <$36>
Kennzeichen:	<G-KZ>
Geschädigter:	<$13>
	<$15>, <$16>

Etwaige Kosten werden von hier übernommen.

Die grüne Versicherungskarte liegt ??

Als Anlage übersenden wir Ihnen die ausgefüllte Formularmeldung (www.gruene-karte.de).

Anfrage an Zentralruf (Halterauskunft)
*v\vs31

&&*Maske:huk
Telefax an den Zentralruf – Fax Nr. 040/33965401 (??Alternative: Anfrage per Internet:)

Aktenzeichen: <$6>

Angaben über <@a4P> Schädiger<@S4P> bitte vollständig ausfüllen

Name <@a2P> Halter<@S2P> und Anschrift

<RAA$Gegner.VNName>
<RAA$Gegner.Strasse>, <RAA$Gegner.Ort>

Schadenstag	**Fahrzeugtyp**	**Amtl. Kennzeichen**
<U-Tag>	<G-FZfab>	<G-KZ>

Angaben über <@a4A> Geschädigte<@S4A>

<$11>
<$13>
<$15>
<$16>

&&#

Unfallbericht
*v\vs27

&&*Maske:??

U n f a l l b e r i c h t

Ich, <@a1A> Unterzeichnende <$13>
<$15> <$16>,

schildere den Verkehrsunfall vom <U-Tag> in <U-Ort> wie folgt:

??

??, den ^TgDatum

Übersendung Unfallbericht
*v\vs28

&&*Maske:??
wir zeigen aufgrund beigefügter/ ?? nachzureichender Vollmacht die Vertretung <@a2A> zu 1) genannten Unfallbeteiligten in der nachfolgend bezeichneten Verkehrsunfallsache an.

Unfall vom <U-Tag> in <U-Ort>

Beteiligte<@NA> zu 1) <$13>
<$15>, <$16>
als Fahrer<@S1A> des Fahrzeugs mit dem amtlichen Kennzeichen <M-KZ>

Beteiligte<@NP> zu 2) <$33>
<$35>, <$36>
als Fahrer<@S1P> des Fahrzeugs mit dem amtlichen Kennzeichen <G-KZ>

Polizei: <Polizei>

Als Anlage fügen wir Ihnen einen Unfallbericht unser<@P2A> Mandant<@S2A> bei, der insoweit Ihnen gegenüber als Aussage dienen soll.

Arbeitsrecht

Kündigungsschutzklage
*kl14

&&*Maske:??
K L A G E

<$13> < $12>, <$15>, <$16>

- Kläger<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

**A??,

g e g e n

<$33> < $32>, <$35>, <$36>

- Beklagte<@NP> -

Bevollmächtigte??:

<$41>?? <$43>< $42>, <$45>, <$46>

wegen Kündigungsschutz.
Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und werden beantragen zu erkennen:

1. Es wird festgestellt, dass das Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien durch die Kündigung vom ??, zugegangen am ??, nicht aufgelöst wurde.
2. Die Beklagte/??der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

<@A1A> Kläger<@S1A>, geb. am ??, ledig/??verheiratet; der/??die ?? Kind/??Kinder hat, ist seit ?? bei <@a3P> Beklagte<@S3P> als ?? gegen ein vereinbartes Entgelt von zuletzt ?? $WZ brutto beschäftigt. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt ??. <@A1P> Beklagte<@S1P> beschäftigt ?? Arbeitnehmer ausschließlich der zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten.
Am ?? ist das Arbeitsverhältnis durch <@a4P> Beklagte<@S4P> zum ?? ordentlich/??außerordentlich gekündigt worden. Die Kündigung ist <@a3A> Kläger<@S3A> am ?? zugegangen.

Beweis: beglaubigte Kopie des Kündigungsschreibens vom ??

Zu diesem Zeitpunkt bestand das Arbeitsverhältnis schon länger als sechs Monate.
Die im Kündigungsschreiben angegebenen Gründe sind unzutreffend. Die Kündigung ist sozial ungerechtfertigt und rechtsunwirksam.
??Es liegen keine dringenden betrieblichen Erfordernisse vor, die einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers in diesem Betrieb entgegenstehen. ??
??Die Kündigung ist nicht durch Gründe, die in der Person <@a2A> Kläger<@S2A>??oder seinem/??ihrem Verhalten liegen, begründet. ??

Zivilprozess

Allgemeines Klagerubrum/früher Termin
*kl1

&&*Maske:??

K L A G E

<$13> < $12>, <$15>, <$16>

- Kläger<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

**A??,

g e g e n

<$33> < $32>, <$35>, <$36>

- Beklagte<@NP> -

Bevollmächtigte??:

<$41>?? <$43> < $42>, <$45>, <$46>

wegen ??

Gegenstandswert (vorläufig) $WZ ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und bitten um Anberaumung eines frühen Termins zur mündlichen Verhandlung.

Wir werden beantragen:

1. ??

2. <@A1P> Beklagte<@S1P> trägt/??tragen die Kosten des Rechtsstreits.

3. Das Urteil ist – notfalls gegen Sicherheitsleistung – vorläufig vollstreckbar.

Hilfsweise wird beantragt,

<@a3A> Kläger<@S3A> wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung abzuwenden.

Allgemeines Klagerubrum/schriftliches Vorverfahren
*kl2

&&*Maske:??

K L A G E

<$13> < $12>, <$15>, <$16>

- Kläger<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

**A??,

g e g e n

<$33> < $32>, <$35>, <$36>

- Beklagte<@NP> -

Bevollmächtigte??:

<$41>?? <$43> < $42>, <$45>, <$46>

wegen ??

Gegenstandswert (vorläufig) $WZ ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Kläger<@S2A> erheben wir Klage und werden beantragen:

1. ??

2. <@A1P> Beklagte<@S1P> trägt/??tragen die Kosten des Rechtsstreits.

3. Das Urteil ist – notfalls gegen Sicherheitsleistung – vorläufig vollstreckbar.

Es wird angeregt, das schriftliche Vorverfahren anzuordnen. Für den Fall der nicht rechtzeitigen Anzeige der Verteidigungsabsicht wird der Erlass eines Versäumnisurteils gemäß § 331 Absatz 3 ZPO beantragt.

Hilfsweise wird beantragt,

<@a3A> Kläger<@S3A> wird nachgelassen, die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung abzuwenden.

Zahlungsantrag
*kl9

<@a1P> Beklagte<@S1P> wird??/werden verurteilt, an <@a4A> Kläger<@S4A> ?? $WZ nebst Zinsen in Höhe von ?? Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem ?? zu zahlen.

Antrag schriftliches Vorverfahren
*kl10

Es wird angeregt,

> ein schriftliches Vorverfahren einzuleiten. Zugleich wird beantragt, nach Ablauf der Frist des § 276 Abs. 1 ZPO ein Versäumnisurteil nach § 331 Abs. 3 ZPO zu erlassen.

Berufung
*kl16

&&*Maske:??
B E R U F U N G

<$13>< $12>, <$15>, <$16>

- Kläger<@S1A>, Beklagte<@NA>, und Berufungskläger<@S1A> -

Bevollmächtigte??:

**A??,

g e g e n

<$33>< $32>, <$35>, <$36>

- Beklagte<@NP>, Kläger<@S1P> und Berufungsbeklagte<@NP> -

Bevollmächtigte??:

<$41>??< $43>< $42>, <$45>, <$46>

wegen ??

Aktenzeichen des ersten Rechtszuges ?? des ??gerichts in ??

Namens und in Vollmacht <@a2A> Berufungskläger<@S2A> legen wir gegen das am ?? verkündete und am ?? zugestellte Urteil des ??gerichts in ??

B e r u f u n g

ein.

Die Ausfertigung des angefochtenen Urteils wird mit der Bitte um Rückgabe beigefügt.

Berufungsantrag und Berufungsbegründung folgen.

Notariat

Für das Programm *Notariat/Automatischer Vollzug* sind eine Vielzahl von Mustertextbausteinen für Abwicklungsschreiben in verschiedenen Notariatsangelegenheiten in den Verzeichnissen *RA\VOLLZUG\TEXT* und *RA\TEXT\VOLLZUG* enthalten. Die Textbausteine sind für den *Automatischen Vollzug* konzipiert worden, stehen aber selbstverständlich auch unabhängig von diesem besonderen Programm zur Nutzung zur Verfügung. Die Notariatstexte sind in der *Textbausteinverwaltung* integriert und zur besseren Übersichtlichkeit nach Notariatsgeschäften geordnet.

Musterverträge

Grundstückskaufvertrag
*text\vollzug\gkauf

&&*Maske:gkv1

Entwurf

URKUNDSEINGANG UR-Nr. ...../2010

Grundstückskaufvertrag

erschienen:

1. Herr <RAA$Mandant.VNName>, geboren am <RAA$Mandant.Geb>, wohnhaft: <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>, ausgewiesen durch gültigen deutschen Personalausweis. Der Erschienene erklärt, nicht verheiratet zu sein und nicht in Lebenspartnerschaft nach dem LPartG zu leben, dieser im Folgenden **"Verkäufer"** genannt.

2. Frau <RAA$Mandant2.VNName>, geboren am <RAA$Mandant2.Geb>, wohnhaft: <RAA$Mandant2.Strasse>, <RAA$Mandant2.Ort>, ausgewiesen durch gültigen deutschen Personalausweis. Die Erschienene erklärt, nicht verheiratet zu sein und nicht in Lebenspartnerschaft nach dem LPartG zu leben, diese im Folgenden **"Käuferin"** genannt.

Der Notar befragte die Erschienenen nach einer Vorbefassung i.S. des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG. Er fragte, ob er oder eine ihm zu gemeinschaftlicher Berufsausübung verbundene Person mit der vorliegenden Angelegenheit bereits außerhalb seiner notariellen Amtstätigkeit vorbefasst war, was von den Erschienenen verneint wurde.

Auf Ersuchen der Erschienenen und ihren bei gleichzeitiger Anwesenheit vor mir abgegebenen Erklärungen entsprechend beurkunde ich wie folgt:

Kaufvertrag

§ 1 Kaufgegenstand

Der Notar hat am <GBA_EINSICHT_AM> das elektronische Grundbuch des bei dem Amtsgericht <GBA> geführten Grundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT> (vorgenanntes Grundvermögen im folgenden **"Kaufgegenstand", "Vertragsgegenstand" oder "Grundstück"** genannt) eingesehen, das sich im Bestandsverzeichnis wie folgt beschreibt:

Gemarkung <GEMARKUNG>,

Flur <FLUR1>,

Flurstück <FLURSTK1>,

Wirtschaftart und Lage: <Lage_ORT>, <BEBAUUNGSART>

Größe <GRÖSSE1>.

Er hat folgende Belastungen in Abt. II und III festgestellt:

Abt. I : Der Verkäufer ist Alleineigentümer

Abt.: II : ??lfd. Nr. 1: <VORLAST1>

Abteilung III: ??lfd. Nr. 1-3 gelöscht
lfd. Nr. 4: <VORLAST2>

Der Kaufgegenstand hat die postalische Bezeichnung <STRASSE>, <GEMEINDE>. Es handelt sich um ein Einfamilienhaus mit Garten und einer Garage.

§ 2 Kauf

1. Der Verkäufer verkauft hiermit an die Käuferin den Kaufgegenstand mit allen Rechten, Bestandteilen und Zubehör an die Käuferin, die den Verkauf hiermit annimmt.

Inventar ist nicht mit verkauft. Die Brennstoffvorräte sind ohne ab Besitzübergang Aufpreis mit verkauft.

2. Der Vertrag ist kein Verbrauchervertrag i.S. des § 17 Abs. 2a BeurkG. Der Verkäufer ist nicht gewerblich tätig und verkauft seine privat genutzte Immobilie. Die Käuferin erklärt, dass sie den Kaufgegenstand zu eigenen privaten Zwecken erwirbt.

§ 3 Kaufpreis, Fälligkeit

1. Der Kaufpreis beträgt € <KAUFPREIS_ZAHL> (in Worten: <KAUFPREIS_WORT> Euro).
2. Der Kaufpreis ist fällig und zahlbar am <KPFAELLIG_AM>, nicht jedoch vor Ablauf von zwei Wochen, nachdem der Käuferin das Fälligkeitsschreiben des Notars durch Einschreiben mit Rückschein zugegangen ist (= Fälligkeitszeitpunkt) mit dem Inhalt, dass
   - die Auflassungsvormerkung für die Käuferin vertragsgemäß eingetragen wurde mit Rang nach den vorgenannten Belastungen in Abt. II und III des Grundbuchs sowie von Belastungen, an deren Bestellung die Käuferin mitgewirkt hat,
   - alle zur vertragsgemäßen Lastenfreistellung erforderlichen Löschungs-Unterlagen zu vollzugsfähigen und vertragsgemäßen Bedingungen dem Notar vorliegen. Dem Käufer steht das Recht zu, zur Ablösung der von den Gläubigern geforderten Beträge an die Gläubiger in Anrechnung auf den Kaufpreis zu zahlen; weder Notar noch Käufer sind verpflichtet, die Höhe des von einem Gläubiger geforderten Betrages zu prüfen.
   - die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung der Gemeinde oder Negativattest über das gemeindliche Vorkaufsrecht vorliegt und alle sonst für die Wirksamkeit oder Vollzug des Vertrages erforderlichen Genehmigungen mit Ausnahme der Zahlung der Gerichtskosten und Zahlung der Grunderwerbsteuer vorliegen.

   Der nach Lastenablösung verbleibende Kaufpreis ist auf das Konto des Verkäufers Nr. ?? bei der ?? BLZ ?? zu überweisen. Für die rechtzeitige Erfüllung gilt der Tag der Gutschrift auf dem Verkäuferkonto.

   Die Zustellungswirkung des vorgenannten Fälligkeitsschreibens beginnt mit Ablauf des zweiten Werktages nach Versendung des Einschreibens mit Rückschein. Die zuletzt vom Käufer dem Notar schriftlich genannte Anschrift gilt als Zustelladresse und löst auch bei Nichtabholung und postalischer Niederlegung des Schriftstücks Zustellungswirkung aus, auch wenn der Käufer zwischenzeitlich seine Adresse geändert hat, ohne dies dem Notar in vorgenannter Form mitzuteilen.
3. Zahlt der Käufer den fälligen Kaufpreis nicht rechtzeitig, ist er zur Zahlung der gesetzlichen Verzugszinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten (zwischen Unternehmern gem. § 14 BGB i.H.v. 8 Prozentpunkten) über dem jeweiligen Basiszinssatz gem. § 247 BGB) verpflichtet. Der Nachweis eines höheren Schadens bleibt unberührt.
4. Hinsichtlich des Kaufpreisanspruchs nebst den ausbedungenen Verzugszinsen ab dem <ZINSH> unterwirft sich der Käufer – mehrere als Gesamtschuldner – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde. Der Notar wird angewiesen, eine vollstreckbare Ausfertigung auf Antrag des Verkäufers ohne Nachweis der übrigen Fälligkeitsvoraussetzungen zu erteilen, nicht jedoch vor Eintragung der Auflassungsvormerkung.

§ 4 Besitz, Nutzen, Lasten

Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahr einschließlich aller übrigen Rechte und für den Kaufgegenstand nebst der Rechte aus bestehenden Versicherungen gehen am Fälligkeitstage über, nicht jedoch vor Gutschrift des Kaufpreises auf dem Konto des Verkäufers.

Der Notar wies darauf hin, dass die bestehenden Gebäudeversicherungen im Außenverhältnis mit Eigentumsübergang auf den Erwerber übergehen, dass der Erwerber aber ein Sonderkündigungsrecht binnen eines Monats nach Eigentumsübergang hat und dass der Versicherung die Veräußerung unverzüglich nach Eigentumsübergang anzuzeigen ist.

Die Käuferin ist auch vor Eigentumsumschreibung im Innenverhältnis der Parteien zueinander verpflichtet, alle ab Besitzübergang fällig werdenden laufenden Zahlungen für das Grundstück einschließlich der Grundstücks- und Gebäudeversicherung zu tragen. Soweit Beiträge oder Prämien bereits entrichtet sind, sind diese von der Käuferin nicht mehr zu zahlen. Die Zahlungspflichten des Verkäufers im Außenverhältnis zum Versicherer bleiben unberührt.

Der Kaufgegenstand ist nicht vermietet oder mit Rechten Dritter belastet. Das auf dem Kaufgegenstand befindliche Haus sowie das Grundstück sind bis spätestens zum ?? vollständig zu räumen.

Der Verkäufer unterwirft sich wegen seiner Verpflichtung zu Räumung und Übergabe des Vertragsobjekts der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde. Der Notar hat dem Käufer auf Antrag nach Ablauf der Räumungsfrist eine vollstreckbare Ausfertigung hinsichtlich der Räumungspflicht zu erteilen, nicht jedoch vor Gutschrift des Kaufpreises.

Der Kaufgegenstand ist nach Angabe des Verkäufers voll erschlossen. Erschließungsbeiträge nach BauGB und KAG trägt der Verkäufer, soweit die Erschließungsanlagen endgültig hergestellt sind oder sonst eine Beitragspflicht entstanden ist, unabhängig davon, ob bereits ein Beitragsbescheid erging. Der Verkäufer erklärt, Rückstände an öffentlichen Abgaben (auch Grundsteuer) bestünden nicht.

§ 5 Erklärungen zu § 1365 BGB

Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.

§ 6 Sach- und Rechtsmängel

Der Verkäufer erklärt, dass ihm keine baurechtswidrigen Zustände des Kaufgegenstandes bekannt sind.

Baulasten bestehen nach Angabe des Verkäufers nicht. Etwaig bestehende Baulasten werden gleichwohl ohne Anrechnung auf den Kaufpreis übernommen. Der Käufer wurde darauf hingewiesen, dass er sich bei der Bauaufsichtsbehörde (Baulastenverzeichnis) über Baugenehmigung und Baulasten (Abstandsflächenübernahmen) erkundigen kann.

Der Verkäufer schließt jegliche Sachmängel am Kaufgegenstand, Grundstück und Gebäude und mit verkauftem Zubehör nebst Inventar etc. im weitestgehend gesetzlich zulässigem Umfang aus.

Dies gilt nicht bei Vorsatz oder Arglist sowie bei grobem Verschulden.

Der Verkäufer versichert, dass keine Wohnungsbindung oder Bindung aufgrund sozialer Wohnraumförderung besteht.

Eine besondere Beschaffenheit, ein bestimmtes Flächenmaß, Bebaubarkeit oder Verwendbarkeit für Zwecke des Erwerbers ist nicht vereinbart.

Haus und Grundstück werden gekauft wie besichtigt. Rechte des Käufers wegen Sachmängeln werden ausgeschlossen, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist. Unberührt bleiben Ansprüche bei Vorsatz oder arglistigem Verschweigen.

Altlasten sind dem Verkäufer nicht bekannt.

??Der Verkäufer erklärt, dass es sich bei dem Kaufgegenstand um ein Haus handelt, das im Jahre ?? errichtet wurde und folgende Mängel des Kaufgegenstands bestehen, die von dem Käufer ohne Anrechnung auf den Kaufpreis übernommen werden: ??

Der Verkäufer erklärt, dass ihm weitere verborgene Mängel nicht bekannt sind, dies gilt auch für den Befall von Hausschwamm oder Hausbock.

Der Verkäufer erklärt, dass er keinen Energieausweis für das Gebäude hat. Der Käufer erklärt darauf und auf das gesetzliches Vorlagerecht zu verzichten.

Belastungen in Abt. II und III des Grundbuchs werden vom Käufer nicht übernommen, es sei denn Abweichendes wurde in dieser Urkunde vereinbart. Die Parteien beantragen hiermit die Löschung der in Abt. II lfd. Nr. ?? und Abt. III lfd. Nr. ?? eingetragenen Rechte.

§ 7 Auflassung

Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 8 Auflassungsvormerkung

Zur Sicherung des Erwerbsanspruchs des Käufers bewilligen und beantragen die Beteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung im angegebenen Erwerbsverhältnis an nächst offener Rangstelle.

Deren Löschung unmittelbar nach Vollzug der Auflassung wird bereits jetzt bewilligt und beantragt, vorausgesetzt, es erfolgte keine Zwischeneintragung ohne Zustimmung des Käufers.

§ 9 Finanzierungsvollmacht

Der Verkäufer verpflichtet sich, zur Kaufpreisfinanzierung bei der Bestellung von Grundschulden oder anderen Grundpfandrechten mitzuwirken. Er erteilt daher dem Erwerber Vollmacht – bei mehreren Erwerbern jedem einzeln –, vollstreckbare (§ 800 ZPO) Grundpfandrechte mit beliebigen Nebenleistungen am Vertragsgegenstand zugunsten von Kreditinstituten mit Sitz in Deutschland zu bestellen.

1. Mitwirkungspflicht und Vollmacht bestehen nur:

- wenn von der Vollmacht vor dem amtierenden Notar oder seinem Vertreter Gebrauch gemacht wird,
- für Grundpfandrechte zugunsten deutscher Kreditinstitute,
- wenn die Grundpfandrechtsbestellungsurkunde nachfolgende Bestimmungen enthält:

Die Grundpfandrechtsgläubigerin darf das Grundpfandrecht nur insoweit als Sicherheit verwerten oder behalten, als sie tatsächlich Zahlungen mit Tilgungswirkung auf die Kaufpreisschuld des Erwerbers geleistet hat. Alle weiteren Sicherungsabreden gelten erst ab vollständiger Kaufpreiszahlung, spätestens ab Eigentumsumschreibung auf den Erwerber.

Zahlungen sind zunächst zur Lastenfreistellung entsprechend der Fälligkeitsmitteilung des Notars, im Übrigen auf das Konto des Veräußerers nach dem Kaufvertrag zu leisten.

Der Veräußerer übernimmt keinerlei persönliche Zahlungspflichten durch die Grundpfandrechtsbestellung. Der Erwerber verpflichtet sich, den Veräußerer von allen Kosten und sonstigen Folgen der Grundpfandrechtsbestellung freizustellen.

2. Alle Rückgewähransprüche und Eigentümerrechte hinsichtlich des Grundpfandrechts tritt der Veräußerer mit Wirkung ab Kaufpreiszahlung, spätestens ab Eigentumsumschreibung an den Erwerber ab – bei mehreren entsprechend des Erwerbsverhältnisses am Grundstück – und bewilligt die entsprechende Grundbucheintragung.

§ 10 Vollmacht

Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit

?? (Namen der Mitarbeiter des Notars einsetzen) sämtlich Geschäftsadresse:

*A,(Adressnummer der Kanzlei einsetzen)

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt – unbeschränkte Belastung des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 11 Belehrungen

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass

- der zuständigen Gemeinde gem. §§ 24 ff. BauGB ein Vorkaufsrecht zustehen kann,

- des Weiteren behördliche Genehmigungen bzw. entsprechende Negativbescheinigungen erforderlich sein können, und zwar insbesondere nach § 2 bzw. § 5 GrdstVG – Grundstücksverkehrsgesetz,
- der Vertrag bis zur Vorlage der Genehmigungen bzw. der Negativatteste schwebend unwirksam ist,
- die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
- mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Die Vertragsschließenden beauftragen den beurkundenden Notar, die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung und die etwa erforderlichen behördlichen Genehmigungen für sie einzuholen und entgegenzunehmen. Der Notar ist auch ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Wenn und soweit bei Ausübung eines Vorkaufsrechts der Käufer Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung und Durchführung dieses Vertrages und/oder den Kaufpreis bereits gezahlt hat, tritt der Verkäufer hiermit seine dann gegebenen Zahlungs- und Erstattungsansprüche gegen den Vorkaufsberechtigten an den Käufer ab, der die Abtretung annimmt. Weitergehende Ansprüche des Käufers werden für den Fall der Vorkaufsrechtsausübung ausgeschlossen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar für und gegen alle Beteiligten wirksam.

§ 12 Kosten des Vertrages

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer. Mehrere Käufer sind diesbezüglich Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 13 Maklerklausel

Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler ?? mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <PROVISIONSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 14 Sonstiges

Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner.

Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

§ 15 Abschriften

Von dieser Urkunde erhalten

1. je eine beglaubigte Abschrift
   - Verkäufer und Käufer (Ehegatten gemeinsam) – sowie Ausfertigung nach Grundbuchvollzug,
   - Grundbuchamt,
   - die Fa. _____
   - die Gemeinde und andere Vorkaufsberechtigte zunächst eine Mitteilung vom Verkauf, ggf. beglaubigte Abschrift;
2. unbeglaubigte Abschriften:
   - Grunderwerbsteuerstelle des Finanzamts,
   - Gutachterausschuss des Landkreises/der Stadt,
   - Bank _____

Vorstehende Niederschrift wurde den Erschienenen von dem Notar vorgelesen und von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben.

Genehmigungserklärung
*text\vollzug\genehm

&&*Maske:gkv1

Genehmigungserklärung

Hiermit genehmige ich sämtliche Erklärungen, die *A??, (Adressnummer des vollmachtlosen Vertreters eintragen) in der notariellen Urkunde des Notars (??Name des Notars einsetzen) am <BU-DATUM>. UR-Nr <UR-NR>, abgegeben hat.

Der Inhalt der vorgenannten Urkunde ist mir bekannt; eine beglaubigte Abschrift liegt mir vor.

^TgDatum

&&#
Grundstückskaufvertrag alte BL m. Notaranderkonto
*text\vollzug\gkabmnak

&&*Maske:gkv1

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

K a u f v e r t r a g e s :

§ 1 Kaufgegenstand
D?? Erschienene zu 1. – nachstehend „Verkäufer“ genannt – ist eingetragener Eigentümer des im Grundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT> verzeichneten Grundstücks, bestehend aus dem Flurstück<FLURSTK1> der Flur <FLUR1> der Gemarkung <GEMARKUNG> in Größe von <GRÖSSE1> qm, das mit einem <BEBAUUNGSART> bebaut ist.

Das vorbeschriebene – nachstehend auch als „Kaufgegenstand“ bezeichnet – verkauft der Erschienene zu 1. nachstehend „Verkäufer“ genannt hiermit an die Erschienenen zu 2. <KAUFANTEIL> und ?? – nachstehend „Käufer“ genannt.

§ 2 Übergabe
Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt am <UEBERGABE_AM> .

Mit diesem Zeitpunkt gehen die mit dem Kaufgegenstand verbundenen Nutzungen und Lasten sowie Rechte und Pflichten auf den Käufer über.

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt des Weiteren in dem heutigen, dem Käufer bekannten Zustand und ohne Gewähr für Fehler und Mängel jeglicher Art, seien sie erkennbar oder nicht. Der Verkäufer versichert jedoch, dass ihm versteckte Fehler und Mängel nicht bekannt sind.

Der Käufer andererseits hat den Kaufgegenstand eingehend besichtigt.

Die Übergabe erfolgt schließlich frei von obligatorischen Besitzrechten Dritter – insbesondere Miete und Pacht – in geräumtem Zustand.

Der Verkäufer wird alle bestehenden, den Kaufgegenstand betreffenden Verträge, Bescheide, Versicherungs- und Planungsunterlagen an den Käufer bei Übergabe aushändigen.

Falls der Käufer die bestehenden Versicherungsverhältnisse nicht fortsetzen will, wird er die Verträge gem. §§ 69 ff. VVG kündigen.

Der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten öffentlich-rechtlichen Abgabebescheide vorliegen.

Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die bis zum Übergabetag in Rechnung gestellt worden sind, trägt in der in Rechnung gestellten Höhe der Verkäufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt; der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten Kostenanforderungen vorliegen. Sollten bereits in Rechnung gestellte Beitragsbescheide aufgehoben oder zurückgenommen werden und von der Gemeinde für dieselbe Erschließungsmaßnahme erneut Beiträge erhoben werden, hat diese ebenfalls der Verkäufer zu zahlen. Alle weiteren Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die ab Übergabetag in Rechnung gestellt werden, trägt der Käufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt. Soweit der Verkäufer bisher lediglich Anzahlungen geleistet hat, sollen diese auf die spätere Beitragsschuld des Käufers angerechnet werden. Für den Fall, dass die Abrechnung seitens der Gemeinde bereits gegenüber dem Käufer erfolgt, tritt der Verkäufer seinen Rückzahlungsanspruch gegenüber der Gemeinde bis zur Höhe des endgültigen Beitragsbescheides an den Käufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – ab, der die Abtretung annimmt. Im Hinblick darauf, dass die vorstehenden Vereinbarungen nur im Innenverhältnis zwischen den Vertragsparteien gelten, verpflichten sich diese gegenseitig, sich von jeglicher weitergehender Inanspruchnahme seitens der Gemeinde freizustellen.

Im Falle eines Feuerschadens hat der Käufer nur Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme, die hiermit vorsorglich an ihn abgetreten wird – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger. Der Käufer nimmt die Abtretung an. Die auf die Zeit vor Übergabe entfallenden Prämien werden nicht erstattet.

Der Verkäufer versichert, dass eine gleitende Neuwertversicherung besteht und keine Prämienrückstände gegeben sind. Dem Käufer ist eine Kopie der Versicherungspolice ausgehändigt worden.

Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für das Nichtbestehen von Belastungen, die zu ihrer Entstehung nicht der Eintragung im Grundbuch bedürfen.

Der Notar wies in diesem Zusammenhang auf das bei der zuständigen Verwaltung geführte Baulastenverzeichnis hin, in dem zu Lasten des veräußerten Kaufgegenstandes eine Baulast nach den Bestimmungen der Landesbauordnung eingetragen sein könnte. Der Verkäufer, der für eine diesbezügliche Lastenfreiheit keine Gewähr übernimmt, erklärt, dass ihm von dem Bestehen derartiger Lasten nichts bekannt sei.

§ 3 Lastenfreiheit

Die Umschreibung des Kaufgegenstandes im Grundbuch erfolgt frei von Belastungen in Abteilung II und III. Der Verkäufer beantragt bereits hiermit die Löschung aller in Abteilung II und III des Grundbuches eingetragenen Belastungen.

§ 4 Kaufpreis und Fälligkeit
Der Kaufpreis für den in § 1 beschriebenen Kaufgegenstand beträgt
EUR <KAUFPREIS_ZAHL>
– in Worten: Euro <KAUFPREIS_WORT>.

Der Kaufpreis ist in voller Höhe bis zum <KPFAELLIG_AM> auf ein neueinzurichtendes Anderkonto des beurkundenden Notars bei der <NOTARANDERKTO> einzuzahlen mit der unwiderruflichen, hiermit seitens beider Vertragsparteien erteilten Anweisung, aus diesem Kaufpreis zunächst die Lastenfreistellung vorzunehmen und den verbleibenden Restbetrag an den Verkäufer auszuzahlen, wenn und sobald die zur Durchführung dieses Vertrages erforderliche Zustimmungserklärung des Verwalters vorliegt, die Lastenfreistellung des Kaufgegenstandes bezüglich der nicht vom Käufer übernommenen Rechte insgesamt sichergestellt ist sowie der Eintragung der nachstehend bewilligten Auflassungsvormerkung oder der Eigentumsumschreibung Hindernisse nicht entgegenstehen.

Die Gläubigerin Abt. III lfd. Nr. <VORLAST2> hat mitgeteilt, dass sie bereit ist, die Löschungsbewilligung zu erteilen, wenn die Zahlung des Kaufpreises zuvor durch Hinterlegung auf ein Notaranderkonto sichergestellt ist. Die Parteien wünschen daher ausdrücklich die Abwicklung über ein Notaranderkonto, obwohl es andere Zahlungsabwicklungsmöglichkeiten ohne Notaranderkonto gibt, auf die der Notar hinwies. (Anm.: stets Begründung des besonderen Sicherungsinteresses!).

Gerät der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises oder mit Teilbeträgen in Rückstand, hat er die jeweils rückständigen Beträge mit <ZINSHOEHE> % p. a. zu verzinsen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt.

Ein etwaiger Zinsanspruch ist außerhalb dieses Vertrages seitens des Verkäufers direkt geltend zu machen und hat auf die Abwicklung des Vertrages keinen Einfluss.

Der Notar hat auf § 454 BGB hingewiesen. Diese Vorschrift wird abbedungen; dem Verkäufer verbleiben die gesetzlichen Rücktrittsrechte.

Der Käufer ist darauf hingewiesen worden, dass bei Zahlung auf ein Notaranderkonto eine schuldbefreiende Wirkung nur gegeben ist, wenn diese zum Fälligkeitstermin ohne oder nur mit solchen Auflagen erfolgt, die der Notar zum Fälligkeitstermin zu erfüllen vermag.

Die im Fall der Zahlung auf ein Notaranderkonto auf diesem auflaufenden Zinsen stehen vereinbarungsgemäß dem Verkäufer zu.

Wegen des vorgenannten Kaufpreises unterwirft sich der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – hiermit gegenüber dem Verkäufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen und ermächtigt den beurkundenden Notar, dem Verkäufer jederzeit auf seine – des Käufers – Kosten eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen, ohne dass es des Nachweises der die Vollstreckbarkeit begründenden Tatsachen bedarf.

Der Verkäufer ist mit einer Belastung des Kaufgegenstandes vor Umschreibung einverstanden unter der Voraussetzung, dass die Grundpfandrechte der Finanzierung des Kaufpreises dienen und er dabei keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern des Käufers übernimmt und die Belastungsunterlagen nur Zug um Zug gegen Auszahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe zu den Grundakten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen gelten nur im Innenverhältnis und sind dem Grundbuchamt gegenüber nicht nachzuweisen. Der Verkäufer erklärt sich insoweit bereit, sich den hierfür zu stellenden Grundbuchanträgen einschließlich der Unterwerfung des Kaufgegenstandes unter die sofortige Zwangsvollstreckung anzuschließen und sämtliche hierfür erforderlichen Erklärungen

abzugeben, für die die nachstehende Vollmacht Anwendung findet.

Der Käufer übernimmt die so einzutragenden Belastungen.

§ 5 Auflassungsvormerkung
Zur Sicherung des Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an dem eingangs genannten Kaufgegenstand bewilligen und beantragen die Vertragsbeteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten des Käufers – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten – in das eingangs genannte Grundbuch.

Die Vertragsbeteiligten bewilligen und beantragen bereits jetzt die Löschung dieser Auflassungsvormerkung für den Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung auf den Käufer, sofern Zwischeneintragungen, ausgenommen Löschungen und solche Eintragungen, die der Kaufpreisfinanzierung des Käufers dienen, nicht vorliegen.

§ 6 Auflassung
Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 7 Vollmacht
Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit

?? (Namen der Mitarbeiter des Notars einsetzen) sämtlich Geschäftsadresse:

*A,(Adressnummer der Kanzlei einsetzen)

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt – unbeschränkte Belastung des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 8 Belehrungen

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass der zuständigen Gemeinde gem. §§ 24 ff. BauGB ein Vorkaufsrecht zustehen kann,
des Weiteren behördliche Genehmigungen bzw. entsprechende Negativbescheinigungen erforderlich sein können, und zwar insbesondere nach § 2 bzw. § 5 GrdstVG – Grundstücksverkehrsgesetz –,
der Vertrag bis zur Vorlage der Genehmigungen bzw. der Negativatteste schwebend unwirksam ist,
die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Die Vertragsschließenden beauftragen den beurkundenden Notar, die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung und die etwa erforderlichen behördlichen Genehmigungen für sie einzuholen und entgegenzunehmen. Der Notar ist auch ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Wenn und soweit bei Ausübung eines Vorkaufsrechts der Käufer Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung und Durchführung dieses Vertrages und/oder den Kaufpreis bereits gezahlt hat, tritt der Verkäufer hiermit seine dann gegebenen Zahlungs- und Erstattungsansprüche gegen den Vorkaufsberechtigten an den Käufer ab, der die Abtretung annimmt. Weitergehende Ansprüche des Käufers, werden für den Fall der Vorkaufsrechtsausübung ausgeschlossen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar für und gegen alle Beteiligten wirksam.

§ 9 Kosten des Vertrages

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer. Mehrere Käufer sind diesbezüglich Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 10 Grundbuchblattabschrift

Der beurkundende Notar wies die Vertragsschließenden darauf hin, dass ihm bei Beurkundung eine vom Grundbuchamt am <GBA_EINSICHT_AM> gefertigte Grundbuchblattabschrift vorlag.

§ 11 Maklerklausel
Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler ?? mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <PROVISIONSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 12 Sonstiges
Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.

Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner.

Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

Grundstückskaufvertrag alte BL m. Notaranderkonto
*text\vollzug\gkaufalt

&&*Maske:gkv1

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

K a u f v e r t r a g e s :

§ 1 Kaufgegenstand

D?? Erschienene zu 1. – nachstehend „Verkäufer“ genannt – ist eingetragener Eigentümer des im Grundbuch von <GB_BEZIRK> Blatt <GB_BLATT> verzeichneten Grundstücks, bestehend aus dem Flurstück <FLURSTK1> der Flur <FLUR1> der Gemarkung <GEMARKUNG> in Größe von <GRÖSSE1> qm, das mit einem <BEBAUUNGSART> bebaut ist.

Das vorbeschriebene bebaute Grundstück – nachstehend auch als “Kaufgegenstand" bezeichnet – verkauft der Erschienene zu 1. – nachstehend "Verkäufer" genannt – hiermit an den Erschienenen zu 2. <KAUFANTEIL> – nachstehend „Käufer“ genannt.

§ 2 Übergabe

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt am <UEBERGABE_AM>. Mit diesem Zeitpunkt gehen die mit dem Kaufgegenstand verbundenen Nutzungen und Lasten sowie Rechte und Pflichten auf den Käufer über.

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt des Weiteren in dem heutigen, dem Käufer bekannten Zustand und ohne Gewähr für Fehler und Mängel jeglicher Art, seien sie erkennbar oder nicht. Der Verkäufer versichert jedoch, dass ihm versteckte Fehler und Mängel nicht bekannt sind.

Der Käufer andererseits hat den Kaufgegenstand eingehend besichtigt.

Die Übergabe erfolgt schließlich frei von obligatorischen Besitzrechten Dritter – insbesondere Miete und Pacht – in geräumtem Zustand.

Der Verkäufer wird alle bestehenden, den Kaufgegenstand betreffenden Verträge, Bescheide, Versicherungs- und Planungsunterlagen an den Käufer bei Übergabe aushändigen.

Falls der Käufer die bestehenden Versicherungsverhältnisse nicht fortsetzen will, wird er die Verträge gem. §§ 69 ff. VVG kündigen.

Der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten öffentlich-rechtlichen Abgabebescheide vorliegen.

Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die bis zum Übergabetag in Rechnung gestellt worden sind, trägt in der in Rechnung gestellten Höhe der Verkäufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt; der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten Kostenanforderungen vorliegen. Sollten bereits in Rechnung gestellte Beitragsbescheide aufgehoben oder zurückgenommen werden und von der Gemeinde für dieselbe Erschließungsmaßnahme erneut Beiträge erhoben werden, hat diese ebenfalls der Verkäufer zu zahlen. Alle weiteren Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die ab Übergabetag in Rechnung gestellt werden, trägt der Käufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt. Soweit der Verkäufer bisher lediglich Anzahlungen geleistet hat, sollen diese auf die spätere Beitragsschuld des Käufers angerechnet werden. Für den Fall, dass die Abrechnung seitens der Gemeinde bereits gegenüber dem Käufer erfolgt, tritt der Verkäufer seinen Rückzahlungsanspruch gegenüber der Gemeinde bis zur Höhe des endgültigen Beitragsbescheides an den Käufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – ab, der

die Abtretung annimmt. Im Hinblick darauf, dass die vorstehenden Vereinbarungen nur im Innenverhältnis zwischen den Vertragsparteien gelten, verpflichten sich diese gegenseitig, sich von jeglicher weitergehender Inanspruchnahme seitens der Gemeinde freizustellen.

Im Falle eines Feuerschadens hat der Käufer nur Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme, die hiermit vorsorglich an ihn abgetreten wird – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger. Der Käufer nimmt die Abtretung an. Die auf die Zeit vor Übergabe entfallenden Prämien werden nicht erstattet.

Der Verkäufer versichert, dass eine gleitende Neuwertversicherung besteht und keine Prämienrückstände gegeben sind. Dem Käufer ist eine Kopie der Versicherungspolice ausgehändigt worden.

Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für das Nichtbestehen von Belastungen, die zu ihrer Entstehung nicht der Eintragung im Grundbuch bedürfen.

Der Notar wies in diesem Zusammenhang auf das bei der zuständigen Verwaltung geführte Baulastenverzeichnis hin, in dem zu Lasten des veräußerten Kaufgegenstandes eine Baulast nach den Bestimmungen der Landesbauordnung eingetragen sein könnte. Der Verkäufer, der für eine diesbezügliche Lastenfreiheit keine Gewähr übernimmt, erklärt, dass ihm von dem Bestehen derartiger Lasten nichts bekannt sei.

§ 3 Lastenfreiheit

Die Umschreibung des Kaufgegenstandes im Grundbuch erfolgt frei von Belastungen in Abteilung II und III. Der Verkäufer beantragt bereits hiermit die Löschung aller in Abteilung II und III des Grundbuches eingetragenen Belastungen.

§ 4 Kaufpreis und Fälligkeit

Der Kaufpreis für den in § 1 beschriebenen Kaufgegenstand beträgt EUR <KAUFPREIS_ZAHL> – in Worten: Euro <KAUFPREIS_WORT> –.
Der Kaufpreis ist in voller Höhe direkt an den Verkäufer zu zahlen, sobald der beurkundende Notar den Vertragsschließenden bestätigt, dass ihm die zur Durchführung dieses Vertrages etwa erforderlichen behördlichen Genehmigungen und die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung gem. §§ 24 ff. BauGB vorliegen und der Eintragung der nachstehend zugunsten des Käufers bewilligten Auflassungsvormerkung an vertragsgemäßer Rangstelle Hindernisse nicht entgegenstehen.

Die Fälligkeit des Kaufpreises ist gegeben eine Woche nach Abgang der Bestätigung des beurkundenden Notars, ohne dass es auf ihren Zugang bei den Vertragsparteien ankommt, frühestens jedoch am Tage der Übergabe.

Gerät der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises oder mit Teilbeträgen in Rückstand, hat er die jeweils rückständigen Beträge mit <ZINSHOEHE> % p. a. zu verzinsen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt.

Ein etwaiger Zinsanspruch ist außerhalb dieses Vertrages seitens des Verkäufers direkt geltend zu machen und hat auf die Abwicklung des Vertrages keinen Einfluss.

Der Notar hat auf § 454 BGB hingewiesen. Diese Vorschrift wird abbedungen; dem Verkäufer verbleiben die gesetzlichen Rücktrittsrechte.

Der Käufer ist darauf hingewiesen worden, dass bei Zahlung auf ein Notaranderkonto eine schuldbefreiende Wirkung nur gegeben ist, wenn diese zum Fälligkeitstermin ohne oder nur mit solchen Auflagen erfolgt, die der Notar zum Fälligkeitstermin zu erfüllen vermag.

Wegen des vorgenannten Kaufpreises unterwirft sich der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – hiermit gegenüber dem Verkäufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen und ermächtigt den beurkundenden Notar, dem Verkäufer jederzeit auf seine – des Käufers – Kosten eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen, ohne dass es des Nachweises der die Vollstreckbarkeit begründenden Tatsachen bedarf.

Der Verkäufer ist mit einer Belastung des Kaufgegenstandes vor Umschreibung einverstanden unter der Voraussetzung, dass die Grundpfandrechte der Finanzierung des Kaufpreises dienen und er dabei keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern des Käufers übernimmt und die Belastungsunterlagen nur Zug um Zug gegen Auszahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe zu den Grundakten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen gelten nur im Innenverhältnis und sind dem Grundbuchamt gegenüber nicht nachzuweisen. Der Verkäufer erklärt sich insoweit bereit, sich den hierfür zu stellenden Grundbuchanträgen einschließlich der Unterwerfung des Kaufgegenstandes unter die sofortige Zwangsvollstreckung anzuschließen und sämtliche hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben, für die die nachstehende Vollmacht Anwendung findet.

Der Käufer übernimmt die so einzutragenden Belastungen.

§ 5 Auflassungsvormerkung

Zur Sicherung des Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an dem eingangs genannten Kaufgegenstand bewilligen und beantragen die Vertragsbeteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten des Käufers – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – in das eingangs genannte Grundbuch.

Die Vertragsbeteiligten bewilligen und beantragen bereits jetzt die Löschung dieser Auflassungsvormerkung für den Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung auf den Käufer, sofern Zwischeneintragungen, ausgenommen Löschungen und solche Eintragungen, die der Kaufpreisfinanzierung des Käufers dienen, nicht vorliegen.

§ 6 Auflassung

Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 7 Vollmacht

Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit
?? (Namen der Mitarbeiter des Notars) – und zwar jeden für sich

– alle geschäftsansässig
*A??,(Adressnummer der Kanzlei),

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt – unbeschränkte Belastung des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 8 Belehrungen

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass

– der zuständigen Gemeinde gem. §§ 24 ff. BauGB ein Vorkaufsrecht zustehen kann,
– des Weiteren behördliche Genehmigungen bzw. entsprechende Negativbescheinigungen erforderlich sein können, und zwar insbesondere nach § 2 bzw. § 5 GrdstVG – Grundstücksverkehrsgesetz,
– der Vertrag bis zur Vorlage der Genehmigungen bzw. der Negativatteste schwebend unwirksam ist,
– die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
– mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Die Vertragsschließenden beauftragen den beurkundenden Notar, die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung und die etwa erforderlichen behördlichen Genehmigungen für sie einzuholen und entgegenzunehmen. Der Notar ist auch ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Wenn und soweit bei Ausübung eines Vorkaufsrechts der Käufer Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung und Durchführung dieses Vertrages und/oder den Kaufpreis bereits gezahlt hat, tritt der Verkäufer hiermit seine dann gegebenen Zahlungs- und Erstattungsansprüche gegen den Vorkaufsberechtigten an den Käufer ab, der die Abtretung annimmt. Weitergehende Ansprüche des Käufers, insbesondere aus §§ 325 und 326 BGB, werden für den Fall der Vorkaufsrechtsausübung ausgeschlossen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar

für und gegen alle Beteiligten wirksam.

§ 9 Kosten des Vertrages

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer. Mehrere Käufer sind diesbezüglich Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 10 Grundbuchblattabschrift

Der beurkundende Notar wies die Vertragsschließenden darauf hin, dass ihm bei Beurkundung eine vom Grundbuchamt am <GBA_EINSICHT_AM> gefertigte Grundbuchblattabschrift vorlag.

§ 11 Maklerklausel

Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler ?? mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <PROVISIONSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 12 Sonstiges

Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.

Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner.

Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

Grundstückskaufvertrag neue BL m. Notaranderkonto
*text\vollzug\gknbmnak

&&*Maske:gkv1

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

K a u f v e r t r a g e s :

§ 1 Kaufgegenstand

D?? Erschienene zu 1. – nachstehend „Verkäufer“ genannt -– ist eingetragener Eigentümer des im Grundbuch von <GB_BEZIRK> Blatt <GB_BLATT> verzeichneten Grundstücks, bestehend aus dem Flurstück <FLURSTK1> der Flur <FLUR1> der Gemarkung <GEMARKUNG> in Größe von <GRÖSSE1> qm, das mit einem <BEBAUUNGSART> bebaut ist.

Das vorbeschriebene Grundstück – nachstehend auch als “Kaufgegenstand" bezeichnet – verkauft der Erschienene zu 1. nachstehend "Verkäufer" genannt hiermit an die Erschienenen zu 2. <KAUFANTEIL> und ?? – nachstehend „Käufer“ genannt.

§ 2 Übergabe

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt am <UEBERGABE_AM>.

Mit diesem Zeitpunkt gehen die mit dem Kaufgegenstand verbundenen Nutzungen und Lasten sowie Rechte und Pflichten auf den Käufer über.

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt des Weiteren in dem heutigen, dem Käufer bekannten Zustand und ohne Gewähr für Fehler und Mängel jeglicher Art, seien sie erkennbar oder nicht. Der Verkäufer versichert jedoch, dass ihm versteckte Fehler und Mängel nicht bekannt sind. Der Käufer andererseits hat den Kaufgegenstand eingehend besichtigt.

Die Übergabe erfolgt schließlich frei von obligatorischen Besitzrechten Dritter – insbesondere Miete und Pacht – in geräumtem Zustand.

Der Verkäufer wird alle bestehenden, den Kaufgegenstand betreffenden Verträge, Bescheide, Versicherungs- und Planungsunterlagen an den Käufer bei Übergabe aushändigen.

Falls der Käufer die bestehenden Versicherungsverhältnisse nicht fortsetzen will, wird er die Verträge gem. §§ 69 ff. VVG kündigen.

Der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten öffentlich-rechtlichen Abgabebescheide vorliegen.

Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die bis zum Übergabetag in Rechnung gestellt worden sind, trägt in der in Rechnung gestellten Höhe der Verkäufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt; der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten Kostenanforderungen vorliegen. Sollten bereits in Rechnung gestellte Beitragsbescheide aufgehoben oder zurückgenommen werden und von der Gemeinde für dieselbe Erschließungsmaßnahme erneut Beiträge erhoben werden, hat diese ebenfalls der Verkäufer zu zahlen. Alle weiteren Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die ab Übergabetag in Rechnung gestellt werden, trägt der Käufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt. Soweit der Verkäufer bisher lediglich Anzahlungen geleistet hat, sollen diese auf die spätere Beitragsschuld des Käufers angerechnet werden. Für den Fall, dass die Abrechnung seitens der Gemeinde bereits gegenüber dem Käufer erfolgt, tritt der Verkäufer seinen Rückzahlungsanspruch gegenüber der Gemeinde bis zur Höhe des endgültigen Beitragsbescheides an den Käufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – ab, der die Abtretung annimmt. Im Hinblick darauf, dass die vorstehenden Vereinbarungen nur im Innenverhältnis zwischen den Vertragsparteien gelten, verpflichten sich diese gegenseitig, sich von jeglicher weitergehender Inanspruchnahme seitens der Gemeinde freizustellen.

Im Falle eines Feuerschadens hat der Käufer nur Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme, die hiermit vorsorglich an ihn abgetreten wird – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger. Der Käufer nimmt die Abtretung an. Die auf die Zeit vor Übergabe entfallenden Prämien werden nicht erstattet.

Der Verkäufer versichert, dass eine gleitende Neuwertversicherung besteht und keine Prämienrückstände gegeben sind. Dem Käufer ist eine Kopie der Versicherungspolice ausgehändigt worden.

Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für das Nichtbestehen von Belastungen, die zu ihrer Entstehung nicht der Eintragung im Grundbuch bedürfen.

Der Notar wies in diesem Zusammenhang auf das bei der zuständigen Verwaltung geführte Baulastenverzeichnis hin, in dem zu Lasten des veräußerten Kaufgegenstandes eine Baulast nach den Bestimmungen der Landesbauordnung eingetragen sein könnte. Der Verkäufer, der für eine diesbezügliche Lastenfreiheit keine Gewähr übernimmt, erklärt, dass ihm von dem Bestehen derartiger Lasten nichts bekannt sei.

Der Verkäufer versichert, dass nach seiner Kenntnis in der Vergangenheit weder Ansprüche auf Übertragung des Grundstücks bzw. auf Bestellung eines Erbbaurechts noch Ansprüche auf Bestellung einer Dienstbarkeit nach den Bestimmungen des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes vom 21.9.1994, insbesondere der §§ 1, 14, 116, noch Rechtsverhältnisse im Sinne des § 1 des Schuldrechtsanpassungsgesetzes vom 21.9.1994 begründet worden bzw. entstanden sind.

§ 3 Lastenfreiheit

Die Umschreibung des Kaufgegenstandes im Grundbuch erfolgt frei von Belastungen in Abteilung II und III. Der Verkäufer beantragt bereits hiermit die Löschung aller in Abteilung II und III des Grundbuches eingetragenen Belastungen.

§ 4 Kaufpreis

Der Kaufpreis für den in § 1 beschriebenen Kaufgegenstand beträgt

EUR <KAUFPREIS_ZAHL>
– in Worten: Euro <KAUFPREIS_WORT> –.

Der Kaufpreis ist in voller Höhe am Tage der Übergabe auf ein neueinzurichtendes Anderkonto des beurkundenden Notars bei der <NOTARANDERKTO> einzuzahlen mit der unwiderruflichen, hiermit seitens beider Vertragsparteien erteilten Anweisung, aus diesem Kaufpreis zunächst die Lastenfreistellung vorzunehmen und den verbleibenden Restbetrag an den Verkäufer auszuzahlen, wenn und sobald die zur Durchführung dieses Vertrages etwa erforderlichen behördlichen Genehmigungen und die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung gem. §§ 24 ff. BauGB vorliegen, die Lastenfreistellung des Kaufgegenstandes bezüglich der nicht vom Käufer übernommenen Rechte insgesamt sichergestellt ist sowie der Eintragung der nachstehend bewilligten Auflassungsvormerkung oder der Eigentumsumschreibung Hindernisse nicht entgegenstehen.

Gerät der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises oder mit Teilbeträgen in Rückstand, hat er die jeweils rückständigen Beträge mit <ZINSHOEHE> % p. a. zu verzinsen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt.

Ein etwaiger Zinsanspruch ist außerhalb dieses Vertrages seitens des Verkäufers direkt geltend zu machen und hat auf die Abwicklung des Vertrages keinen Einfluss.

Der Notar hat auf § 454 BGB hingewiesen. Diese Vorschrift wird abbedungen; dem Verkäufer verbleiben die gesetzlichen Rücktrittsrechte.

Der Käufer ist darauf hingewiesen worden, dass bei Zahlung auf Notaranderkonto eine schuldbefreiende Wirkung nur gegeben ist, wenn diese zum Fälligkeitstermin ohne oder nur mit solchen Auflagen erfolgt, die der Notar zum Fälligkeitstermin zu erfüllen vermag.

Die im Fall der Zahlung auf Notaranderkonto auf diesem auflaufenden Zinsen stehen vereinbarungsgemäß dem Verkäufer zu.

Wegen des vorgenannten Kaufpreises unterwirft sich der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – hiermit gegenüber dem Verkäufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen und ermächtigt den beurkundenden Notar, dem Verkäufer jederzeit auf seine – des Käufers – Kosten eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen, ohne dass es des Nachweises der die Vollstreckbarkeit begründenden Tatsachen bedarf.

Der Verkäufer ist mit einer Belastung des Kaufgegenstandes vor Umschreibung einverstanden unter der Voraussetzung, dass die Grundpfandrechte der Finanzierung des Kaufpreises dienen und er dabei keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern des Käufers übernimmt und die Belastungsunterlagen nur Zug um Zug gegen Auszahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe zu den Grundakten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen gelten nur im Innenverhältnis und sind dem Grundbuchamt gegenüber nicht nachzuweisen. Der Verkäufer erklärt sich insoweit bereit, sich den hierfür zu stellenden Grundbuchanträgen einschließlich der Unterwerfung des Kaufgegenstandes unter die sofortige Zwangsvollstreckung anzuschließen und sämtliche hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben, für die die nachstehende Vollmacht Anwendung findet.

Der Käufer übernimmt die so einzutragenden Belastungen.

§ 5 Auflassungsvormerkung

Zur Sicherung des Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an dem eingangs genannten Kaufgegenstand bewilligen und beantragen die Vertragsbeteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten des Käufers – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – in das eingangs genannte Grundbuch.

Die Vertragsbeteiligten bewilligen und beantragen bereits jetzt die Löschung dieser Auflassungsvormerkung für den Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung auf den Käufer, sofern Zwischeneintragungen, ausgenommen Löschungen und solche Eintragungen, die der Kaufpreisfinanzierung des Käufers dienen, nicht vorliegen.

§ 6 Auflassung

Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 7 Vollmacht

Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit
?? (Namen der Mitarbeiter der Kanzlei),

*A??, (Adressnummer der Kanzlei eintragen).

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt unbeschränkte – Belastung des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 8 Belehrung

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass

- der zuständigen Gemeinde gem. §§ 24 ff. BauGB ein Vorkaufsrecht zustehen kann,
- des Weiteren behördliche Genehmigungen bzw. entsprechende Negativbescheinigungen erforderlich sind, und zwar insbesondere nach
  a) § 2 GVO – Grundstücksverkehrsordnung –, die innerhalb eines Jahres nach Erteilung gemäß § 5 dieser Verordnung zurückgenommen bzw. widerrufen werden kann,
  b) § 2 bzw. § 5 GrdstVG – Grundstücksverkehrsgesetz,
- der Vertrag bis zur Vorlage der Genehmigungen bzw. der Negativatteste schwebend unwirksam ist,
- die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
- mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Die Vertragsschließenden beauftragen den beurkundenden Notar, die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung und die erforderlichen behördlichen Genehmigungen für sie einzuholen und entgegenzunehmen. Der Notar ist auch ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Wenn und soweit bei Ausübung eines Vorkaufsrechts der Käufer Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung und Durchführung dieses Vertrages und/oder den Kaufpreis bereits gezahlt hat, tritt der Verkäufer hiermit seine dann gegebenen Zahlungs- und Erstattungsansprüche gegen den Vorkaufsberechtigten an den Käufer ab, der die Abtretung annimmt. Weitergehende Ansprüche des Käufers, insbesondere aus §§ 325 und 326 BGB, werden für den Fall der Vorkaufsrechtsausübung ausgeschlossen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar für und gegen alle Beteiligten wirksam.

Die Besonderheiten des Grundstücksverkehrs im Beitrittsgebiet wurden vom Notar mit den Beteiligten erörtert.

§ 9 Kosten des Vertrages

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 10 Grundbucheinsicht

Der beurkundende Notar wies die Vertragsschließenden darauf hin, dass ihm bei

Beurkundung eine vom Grundbuchamt am <GBA_EINSICHT_AM> gefertigte Grundbuchblattabschrift vorlag.

§ 11 Maklerklausel

Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler <MAKLER> mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <PROVISIONSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 12 Belehrungen

Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.

Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner. Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#
Grundstückskaufvertrag neue BL ohne Anderkonto
*text\vollzug\gknbonak

&&*Maske:gkv1

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

K a u f v e r t r a g e s :

§ 1 Kaufgegenstand

D?? Erschienene zu 1. – nachstehend „Verkäufer“ genannt – ist eingetragener Eigentümer des im Grundbuch von <GB_BEZIRK> Blatt <GB_BLATT> verzeichneten Grundstücks, bestehend aus dem Flurstück <FLURSTK1> der Flur <FLUR1> der Gemarkung <GEMARKUNG> in Größe von <GRÖSSE1> qm, das mit einem <BEBAUUNGSART> bebaut ist.

Das vorbeschriebene Grundstück – nachstehend auch als “Kaufgegenstand" bezeichnet – verkauft der Erschienene zu 1. nachstehend "Verkäufer" genannt hiermit an die Erschienenen zu 2. <KAUFANTEIL> und ?? – nachstehend „Käufer“ genannt.

§ 2 Übergabe

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt am <UEBERGABE_AM>.

Mit diesem Zeitpunkt gehen die mit dem Kaufgegenstand verbundenen Nutzungen und Lasten sowie Rechte und Pflichten auf den Käufer über.

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt des Weiteren in dem heutigen, dem Käufer bekannten Zustand und ohne Gewähr für Fehler und Mängel jeglicher Art, seien sie erkennbar oder nicht. Der Verkäufer versichert jedoch, dass ihm versteckte Fehler und Mängel nicht bekannt sind. Der Käufer andererseits hat den Kaufgegenstand eingehend besichtigt.

Die Übergabe erfolgt frei von obligatorischen Besitzrechten Dritter – insbesondere Miete und Pacht – in geräumtem Zustand.

Der Verkäufer wird alle bestehenden, den Kaufgegenstand betreffenden Verträge, Bescheide, Versicherungs- und Planungsunterlagen an den Käufer bei Übergabe aushändigen.

Falls der Käufer die bestehenden Versicherungsverhältnisse nicht fortsetzen will, wird er die Verträge gem. §§ 69 ff. VVG kündigen.

Der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten öffentlich-rechtlichen Abgabebescheide vorliegen.

Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die bis zum Übergabetag in Rechnung gestellt worden sind, trägt in der in Rechnung gestellten Höhe der Verkäufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt; der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten Kostenanforderungen vorliegen. Sollten bereits in Rechnung gestellte Beitragsbescheide aufgehoben oder zurückgenommen werden und von der Gemeinde für dieselbe Erschließungsmaßnahme erneut Beiträge erhoben werden, hat diese ebenfalls der Verkäufer zu zahlen. Alle weiteren Kosten für Erschließungsanlagen im weitesten Sinne, die ab Übergabetag in Rechnung gestellt werden, trägt der Käufer, gleichgültig, ob es sich um Vorschüsse, Teilzahlungen oder Restzahlungen handelt. Soweit der Verkäufer bisher lediglich Anzahlungen geleistet hat, sollen diese auf die spätere Beitragsschuld des Käufers angerechnet werden. Für den Fall, dass die Abrechnung seitens der Gemeinde bereits gegenüber dem Käufer erfolgt, tritt der Verkäufer seinen Rückzahlungsanspruch gegenüber der Gemeinde bis zur Höhe des endgültigen Beitragsbescheides an den Käufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – ab, der

die Abtretung annimmt. Im Hinblick darauf, dass die vorstehenden Vereinbarungen nur im Innenverhältnis zwischen den Vertragsparteien gelten, verpflichten sich diese gegenseitig, sich von jeglicher weitergehender Inanspruchnahme seitens der Gemeinde freizustellen.

Im Falle eines Feuerschadens hat der Käufer nur Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme, die hiermit vorsorglich an ihn abgetreten wird – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger. Der Käufer nimmt die Abtretung an. Die auf die Zeit vor Übergabe entfallenden Prämien werden nicht erstattet.

Der Verkäufer versichert, dass eine gleitende Neuwertversicherung besteht und keine Prämienrückstände gegeben sind. Dem Käufer ist eine Kopie der Versicherungspolice ausgehändigt worden.

Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für das Nichtbestehen von Belastungen, die zu ihrer Entstehung nicht der Eintragung im Grundbuch bedürfen.

Der Notar wies in diesem Zusammenhang auf das bei der zuständigen Verwaltung geführte Baulastenverzeichnis hin, in dem zu Lasten des veräußerten Kaufgegenstandes eine Baulast nach den Bestimmungen der Landesbauordnung eingetragen sein könnte. Der Verkäufer, der für eine diesbezügliche Lastenfreiheit keine Gewähr übernimmt, erklärt, dass ihm von dem Bestehen derartiger Lasten nichts bekannt sei.

Der Verkäufer versichert, dass nach seiner Kenntnis in der Vergangenheit weder Ansprüche auf Übertragung des Grundstücks bzw. auf Bestellung eines Erbbaurechts noch Ansprüche auf Bestellung einer Dienstbarkeit nach den Bestimmungen des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes vom 21.9.1994, insbesondere der §§ 1, 14, 116, noch Rechtsverhältnisse im Sinne des § 1 des Schuldrechtsanpassungsgesetzes vom 21.9.1994 begründet worden bzw. entstanden sind.

§ 3 Lastenfreiheit

Die Umschreibung des Kaufgegenstandes im Grundbuch erfolgt frei von Belastungen in Abteilung II und III. Der Verkäufer beantragt bereits hiermit die Löschung aller in Abteilung II und III des Grundbuches eingetragenen Belastungen.

§ 4 Kaufpreis

Der Kaufpreis für den in § 1 beschriebenen Kaufgegenstand beträgt

EUR <KAUFPREIS_ZAHL>
– in Worten: Euro <KAUFPREIS_WORT>.
Der Kaufpreis ist in voller Höhe direkt an den Verkäufer zu zahlen, sobald der beurkundende Notar den Vertragsschließenden bestätigt, dass ihm die zur Durchführung dieses Vertrages etwa erforderlichen behördlichen Genehmigungen und die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung gem. §§ 24 ff. BauGB vorliegen und die Eintragung der nachstehend zugunsten des Käufers bewilligten Auflassungsvormerkung an vertragsgemäßer Rangstelle erfolgt ist.
Die Fälligkeit des Kaufpreises ist gegeben eine Woche nach Abgang der Bestätigung des beurkundenden Notars, ohne dass es auf ihren Zugang bei den Vertragsparteien ankommt, frühestens jedoch am Tage der Übergabe.

Gerät der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises oder mit Teilbeträgen in Rückstand, hat er die jeweils rückständigen Beträge mit <ZINSHOEHE> % p. a. zu verzinsen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt.

Ein etwaiger Zinsanspruch ist außerhalb dieses Vertrages seitens des Verkäufers direkt geltend zu machen und hat auf die Abwicklung des Vertrages keinen Einfluss.

Der Notar hat auf § 454 BGB hingewiesen. Diese Vorschrift wird abbedungen; dem Verkäufer verbleiben die gesetzlichen Rücktrittsrechte.

Der Käufer ist darauf hingewiesen worden, dass bei Zahlung auf Notaranderkonto eine schuldbefreiende Wirkung nur gegeben ist, wenn diese zum Fälligkeitstermin ohne oder nur mit solchen Auflagen erfolgt, die der Notar zum Fälligkeitstermin zu erfüllen vermag.

Wegen des vorgenannten Kaufpreises unterwirft sich der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – hiermit gegenüber dem Verkäufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen und ermächtigt den beurkundenden Notar, dem Verkäufer jederzeit auf seine – des Käufers – Kosten eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen, ohne dass es des Nachweises der die Vollstreckbarkeit begründenden Tatsachen bedarf.

Den Vertragsbeteiligten ist bekannt, dass aufgrund der gegenwärtigen Verhältnisse bei den Grundbuchämtern in den neuen Bundesländern die Eintragung der Auflassungsvormerkung u. U. mehrere Monate in Anspruch nehmen kann. Deshalb vereinbaren sie hiermit, dass an Stelle der dinglichen Sicherung durch Auflassungsvormerkung und Gewährleistung der Lastenfreistellung der Verkäufer dem Käufer zu Händen des beurkundenden Notars eine unbedingte und unbefristete selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Bank- oder Kreditinstituts vorlegen kann, der zufolge sein Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises für den Fall sichergestellt ist, dass die vertragsgemäße Umschreibung nicht erfolgen sollte. Die Bürgschaft muss unter Verzicht auf die Einreden der Vorausklage, der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit sowie unter Verzicht auf die Möglichkeit der Hinterlegung die unwiderrufliche Verpflichtung beinhalten, den Kaufpreis an den Käufer auf erste Anforderung hin zurückzuzahlen, wenn dieser a) eine Bestätigung des beurkundenden Notars des Inhalts, dass die Umschreibung nicht vertragsgemäß erfolgt ist oder – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr erfolgen kann oder b) eine die nicht vertragsgemäße Umschreibung ausweisende beglaubigte Grundbuchblattabschrift vorlegt. Die Bürgschaft darf erst mit vertragsgemäßer – lastenfreier – Umschreibung des Kaufgegenstandes auf den Käufer erlöschen. Die Kosten der evtl. vorzulegenden Bürgschaft trägt der Verkäufer.

Der Verkäufer ist mit einer Belastung des Kaufgegenstandes vor Umschreibung einverstanden unter der Voraussetzung, dass die Grundpfandrechte der Finanzierung des Kaufpreises dienen und er dabei keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern des Käufers übernimmt und die Belastungsunterlagen nur Zug um Zug gegen Auszahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe zu den Grundakten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen gelten nur im Innenverhältnis und sind dem Grundbuchamt gegenüber nicht nachzuweisen. Der Verkäufer erklärt sich insoweit bereit, sich den hierfür zu stellenden Grundbuchanträgen einschließlich der Unterwerfung des Kaufgegenstandes unter die sofortige Zwangsvollstreckung anzuschließen und sämtliche hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben, für die die nachstehende Vollmacht Anwendung findet.

Der Käufer übernimmt die so einzutragenden Belastungen.

§ 5 Auflassungsvormerkung

Zur Sicherung des Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an dem eingangs genannten Kaufgegenstand bewilligen und beantragen die Vertragsbeteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten des Käufers – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – in das eingangs genannte Grundbuch.

Die Vertragsbeteiligten bewilligen und beantragen bereits jetzt die Löschung dieser Auflassungsvormerkung für den Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung auf den Käufer, sofern Zwischeneintragungen, ausgenommen Löschungen und solche Eintragungen, die der

Kaufpreisfinanzierung des Käufers dienen, nicht vorliegen.

§ 6 Auflassung

Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 7 Vollmacht

Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit
?? (Namen der Mitarbeiter des Notars einsetzen)

sämtlich Geschäftsadresse:
*A??,

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt unbeschränkte – Belastung des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 8 Vorkaufsrechte

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass

- der zuständigen Gemeinde gem. §§ 24 ff. BauGB ein Vorkaufsrecht zustehen kann,
- des Weiteren behördliche Genehmigungen bzw. entsprechende Negativbescheinigungen erforderlich sind, und zwar insbesondere nach a) § 2 GVO – Grundstücksverkehrsordnung, die innerhalb eines Jahres nach Erteilung

gemäß § 5 dieser Verordnung zurückgenommen bzw. widerrufen werden kann, b) § 2 bzw. § 5 GrdstVG – Grundstücksverkehrsgesetz,
- der Vertrag bis zur Vorlage der Genehmigungen bzw. der Negativatteste schwebend unwirksam ist,
- die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
- mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Die Vertragsschließenden beauftragen den beurkundenden Notar, die Vorkaufsrechtsverzichtserklärung und die erforderlichen behördlichen Genehmigungen für sie einzuholen und entgegenzunehmen. Der Notar ist auch ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Wenn und soweit bei Ausübung eines Vorkaufsrechts der Käufer Kosten im Zusammenhang mit der Beurkundung und Durchführung dieses Vertrages und/oder den Kaufpreis bereits gezahlt hat, tritt der Verkäufer hiermit seine dann gegebenen Zahlungs- und Erstattungsansprüche gegen den Vorkaufsberechtigten an den Käufer ab, der die Abtretung annimmt. Weitergehende Ansprüche des Käufers, insbesondere aus §§ 325 und 326 BGB, werden für den Fall der Vorkaufsrechtsausübung ausgeschlossen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar für und gegen alle Beteiligten wirksam.

Die Besonderheiten des Grundstücksverkehrs im Beitrittsgebiet wurden vom Notar mit den Beteiligten erörtert.

§ 9 Kosten des Vertrages

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 10 Grundbucheinsicht

Der beurkundende Notar wies die Vertragsschließenden darauf hin, dass ihm bei Beurkundung eine vom Grundbuchamt am <GBA_EINSICHT_AM> gefertigte Grundbuchblattabschrift vorlag.

§ 11 Maklerklausel

Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler <MAKLER> mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <PROVISIONSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem

Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 12 Belehrungen

Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.

Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner. Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

GmbH-Gründungsvertrag
*text\vollzug\gmbhgr

&&*Maske:gmbh

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen erklärten:

§ 1 Gründung

Wir errichten hiermit unter der Firma

<RAA$Mandant.VNName>

eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in <FIRMENSITZ> und stellen dazu den als Anlage zu dieser Niederschrift genommenen Gesellschaftsvertrag (Satzung) fest, auf den verwiesen wird.

§ 2 Übernahme und Aufbringung des Stammkapitals

Von dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von (Anm.: mindestens € 25.000,00)
<STAMMKAPITAL_ZAHL>,– EUR –
in Worten: <STAMMKAPITAL_WORT>Euro –,
übernehmen:

1. Herr <RAA$Mandant2.VNName>, der Erschienene zu 1) einen Geschäftsanteil in Höhe von nominal <STAMMEINLAGE1>,– EUR
   (in Worten: ?? EURO)
   (Geschäftsanteil lfd. Nr. 1)

und

2. Herr _____, der Erschienene zu 2) insgesamt vier Geschäftsanteile, und zwar

   einen Geschäftsanteil in Höhe von nominal _____,– EUR
   (in Worten: _____ EURO)
   (Geschäftsanteil lfd. Nr. 2)

   sowie

   einen Geschäftsanteil in Höhe von nominal _____,– EUR
   (in Worten: _____ EURO)
   (Geschäftsanteil lfd. Nr. 3)
   sowie

   einen Geschäftsanteil in Höhe von nominal _____,– EUR
   (in Worten: _____ EURO)
   (Geschäftsanteil lfd. Nr. 4)

   sowie

   einen Geschäftsanteil in Höhe von nominal _____,– EUR
   (in Worten: _____ EURO)
   (Geschäftsanteil lfd. Nr. 5).

Die übernommenen Geschäftsanteile sind jeweils zum Nennbetrag in Geld zu leisten und je zur Hälfte sofort zur Zahlung fällig. Der Restbetrag ist auf Anforderung der Geschäftsführung zu bezahlen.

§ 3 Außerordentliche Gesellschafterversammlung

Unter Verzicht auf alle Frist- und Formvorschriften treten wir hiermit sodann zu einer Gesellschafterversammlung zusammen und beschließen einstimmig:

Zu Geschäftsführern werden bestellt:

<ADRESSE5.Beruf> <ADRESSE5.VNName>, <ADRESSE5.Strasse>, <ADRESSE5.Ort>
<ADRESSE7.Beruf> <ADRESSE7.VNName>, <ADRESSE7.Strasse>, <ADRESSE7.Ort>.

Sie sind jeweils zur alleinigen Vertretung berechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

§ 4 Geschäftsanschrift

Die Geschäftsanschrift der Gesellschaft lautet: ..... (Adresse)

§ 5 Vollmacht

Wir bevollmächtigen hiermit
?? (Namen der Mitarbeiter des Notars einsetzen)

sämtlich Geschäftsadresse:
*A??,

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe jeglicher Erklärungen und der entsprechenden Registeranmeldungen – auch zur Änderung der Satzung einschließlich der Firma und des Unternehmensgegenstandes, die zur Gründung und Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erforderlich sind.

Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt. Die Vollmacht erlischt mit Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister.

§ 6 Hinweise und Belehrungen

Die Erschienenen wurden durch den beurkundenden Notar darüber belehrt,

dass die Gesellschafter der Gesellschaft als Gesamtschuldner fehlende Einzahlungen zu leisten, eine Vergütung, die nicht unter den Gründungsaufwand aufgenommen ist, zu ersetzen und für den sonst entstehenden Schaden Ersatz zu leisten haben, falls zum Zweck der Errichtung der Gesellschaft falsche Angaben gemacht werden;

dass in gleicher Weise die Personen verantwortlich sind, für deren Rechnung die Gesellschafter Stammeinlagen übernommen haben;

dass bei Eintragung in das Handelsregister der Wert des Gesellschaftsvermögens – zuzüglich des Gründungsaufwandes – nicht niedriger sein darf als das Stammkapital und dass jeder Gesellschafter zur Leistung eines insoweit bestehenden Fehlbetrages verpflichtet ist;

dass jeder Gesellschafter für die Leistung der von den anderen Gesellschaftern übernommenen, aber nicht einbezahlten Stammeinlagen haftet;

dass vor Eintragung in das Handelsregister die Gesellschaft mit beschränkter Haftung als solche nicht besteht, und

dass, sofern vor Eintragung der Gesellschaft in ihrem Namen gehandelt worden ist, die Handelnden persönlich und solidarisch haften;

dass die Gesellschafter, die zum Zwecke der Errichtung der Gesellschaft falsche Angaben machen, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Der Notar hat des Weiteren über die maßgeblichen Rechtsvorschriften und die Rechtsfolgen des Gründungsvorganges sowie über den Inhalt der festgestellten Satzung informiert und auf Folgendes besonders hingewiesen:

Der Notar hat die Firmierung nicht auf ihre Zulässigkeit geprüft, auch nicht darauf, ob Schutzrechte Dritter hierdurch verletzt werden.

Alle Gründungsgesellschafter haften bis zur Eintragung der Gesellschaft unbeschränkt und persönlich für die Verbindlichkeiten der Vorgesellschaft. Sie haften auch nach Eintragung der Gesellschaft ohne Beschränkung auf die Höhe der übernommenen Geschäftsanteile, wenn zum Zeitpunkt der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister der Wert des Gesellschaftsvermögens (zuzüglich des satzungsmäßig festgelegten Gründungsaufwandes) niedriger als das nominelle Stammkapital ist (Differenzhaftung unter dem Vorbehalt wertgleicher Deckung durch Aktiva). Das Registergericht ist ferner berechtigt, bei im Zeitpunkt der Eintragung der Gesellschaft nicht ausgeglichenen, über den vorgenannten Gründungsaufwand hinausgehenden Vorbelastungen die Registereintragung abzulehnen.

Der Notar belehrte über die Gefahren verdeckter Sacheinlagen insbesondere über Rechtsgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschafter (z. B. die Veräußerung von Gegenständen des Gesellschafters an die Gesellschaft, ein bloßes Hin- und Herzahlen sowie die Forderungsverrechnung) und darüber, dass solche Vorgänge eine verschleierte Sachgründung darstellen können und in diesem Falle nicht zu einer Befreiung von der übernommenen Bareinlageverpflichtung führen.

Jeder Gesellschafter haftet als Gründer für die Volleinzahlung des gesamten Stammkapitals, also auch für die Geschäftsanteile der Mitgesellschafter.

Des Weiteren sind die Bestimmungen der §§ 325 ff. HGB über die Offenlegungspflicht für den Jahresabschluss einer Kapitalgesellschaft zu beachten.

§ 7 Vollzugsauftrag, Vollmacht

Die Erschienenen beauftragen und bevollmächtigen den amtierenden Notar, den elektronischen Handelsregistervollzug dieser Gesellschaftsgründung zu betreiben und sie im Registerverfahren umfassend zu vertreten.
Die Beteiligten erteilen sich gegenseitig unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB je einzeln Vollmacht vor dem beurkundenden Notar, den Gesellschaftsvertrag und die Anmeldung zum Handelsregister bis zur Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister abzuändern und zu ergänzen, soweit Änderungen nach Ansicht des Registergerichts oder der Industrie- und Handelskammer erforderlich sind.

§ 8 Kosten, Abschriften

Die Kosten dieser Urkunde und der Eintragung im Handelsregister trägt die Gesellschaft.

Von dieser Urkunde erhalten:

Ausfertigungen:
– jeder Gesellschafter

Beglaubigte Abschriften:
– die Gesellschaft
– das Registergericht (in elektronischer Form)

Einfache Abschriften:
– das Finanzamt – Körperschaftsteuerstelle –

Vorstehendes Protokoll nebst Anlage wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

Handelsregisteranmeldung
*text\vollzug\gmbhhran

&&*maske:gmbh

In der neu anzulegenden Handelsregistersache

<RAA$Mandant1.VNName>

mit dem Sitz in <FIRMENSITZ>
überreichen wir, die unterzeichnenden Geschäftsführer:

1. Ausfertigung der notariellen Urkunde vom <BU-DATUM> Urkundenrolle-Nr. <UR-NR> des Notars ?? (Name des Notars einsetzen), die den Gesellschaftsvertrag und unsere Bestellung zu Geschäftsführern enthält;

2. die von uns unterzeichnete Liste der Gesellschafter.

Wir melden die Gesellschaft und uns als deren Geschäftsführer zur Eintragung in das Handelsregister an.

Zur Vertretungsberechtigung melden wir an:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafter können einem oder mehreren Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.

Der Geschäftsführer <ADRESSE5.VNName> vertritt die Gesellschaft allein, und zwar auch dann, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit und zeichnet seine Unterschrift wie folgt:

_____
(<ADRESSE5.VNName>)

Der Geschäftsführer <ADRESSE7.VNName> vertritt die Gesellschaft allein, und zwar auch dann, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit und zeichnet seine Unterschrift wie folgt:

_____
(<ADRESSE7.VNName>)

Wir versichern, dass der Gesellschafter <RAA$Mandan2.VNName> auf seine Stammeinlage in Höhe von <STAMMEINLAGE1> EURO den Betrag von ?? EURO und der Gesellschafter <RAA$Mandant3.VNName> auf seine Stammeinlage in Höhe von <STAMMEINLAGE2> EURO den Betrag von ?? EURO in bar bezahlt haben und sich die eingezahlten Beträge endgültig zu unserer freien Verfügung als Geschäftsführer befinden.

Wir versichern ferner, dass das Vermögen der Gesellschaft – abgesehen von den mit der Gründung verbundenen Kosten und Steuern bis zu einem Betrag von 1.000,00 EURO – durch keinerlei Verbindlichkeiten vorbelastet ist.

Ferner versichern wir, dass wir nicht wegen einer Konkursstraftat (Bankrott, Verletzung der Buchführungspflicht, Schuldnerbegünstigung, Gläubigerbegünstigung – §§ 283-283 d StGB) rechtskräftig verurteilt worden sind und uns die Ausübung eines Berufes, Berufszweiges, Gewerbes oder Gewerbezweiges weder durch gerichtliches Urteil noch durch vollziehbare Entscheidung einer Verwaltungsbehörde untersagt worden ist und dass wir über unsere unbeschränkte Auskunftspflicht gegenüber dem Gericht durch den beglaubigenden Notar belehrt worden sind.

Der Gegenstand des Unternehmens bedarf nicht der staatlichen Genehmigung.

Die Geschäftsräume der Gesellschaft befinden sich in:

_____
(<ADRESSE1.VNName>)

_____
(<ADRESSE2.VNName>)

Nr. ?? der Urkundenrolle Jahrgang ??

Hierdurch beglaubige ich, dass die mir von Person bekannten

1. ??

2. ??

Ihre Unterschriften unter vorstehender Anmeldung und ihre Unterschriften innerhalb der Anmeldung vor mir vollzogen haben.

Der Notar fragte nach einer Vorbefassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG. Sie wurde von den Beteiligten verneint.

Tag, Ort ??

N o t a r
&&#

Liste der Gesellschafter
*text\vollzug\gmbhlist

&&*Maske:gmbh

Liste
der Gesellschafter der Firma

<RAA$Mandant1.VNName>

Name, Vorname, Geburtsdatum, Wohnort	Betrag der übernommenen Stammeinlagen
<RAA$Mandant2.VNName>	<STAMMEINLAGE1>
<RAA$Mandant3.VNName>	<STAMMEINLAGE2>
<RAA$Mandant4.VNName>	<STAMMEINLAGE3>
<RAA$Mandant5.VNName>	<STAMMEINLAGE4>

?? Ort, Tag,

_____

<ADRESSE5.VNName>

<ADRESSE7.VNName>

Gesellschaftsvertrag (Satzung)
*text\vollzug\gmbhsatz

&&*maske:gmbh

Anlage zur Urkunde des Notars ?? (Name Notar) in (??Notarsitz/Ort) UR.-Nr. <UR-NR>

Gesellschaftsvertrag

§ 1 Firma und Sitz

1. die Firma der Gesellschaft lautet:

<RAA$Mandant1.VNName>

2. der Sitz der Gesellschaft ist <FIRMENSITZ>

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens sind

<GEGENSTAND_UNTERNEHM>

Die Gesellschaft darf alle damit zusammenhängenden und den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte tätigen.

2. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, auch die Geschäftsführung und die persönliche Haftung in Kommanditgesellschaften zu übernehmen, und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt <STAMMKAPITAL_ZAHL> EUR

(<STAMMKAPITAL_WORT> EURO).

2. Auf dieses Stammkapital übernehmen die Gesellschafter hiermit folgende Stammeinlagen:

a) der <RAA$Mandant2.VNName> eine Stammeinlage im Nennbetrag von <STAMMEINLAGE1> EUR

b) der <RAA$Mandant3.VNName> eine Stammeinlage im Nennbetrag von <STAMMEINLAGE2> EUR

c) der <RAA$Mandant4.VNName> eine Stammeinlage im Nennbetrag von <STAMMEINLAGE3> EUR

d) <RAA$Mandant5.VNName> eine Stammeinlage im Nennbetrag von <STAMMEINLAGE4> EUR

Die Stammeinlagen sind in Höhe von <S-Pro> % ihres Nominalwertes bar zu leisten. Nach jederzeit zulässiger Anforderung der Geschäftsführer ist der Rest – je nach Anforderung – ganz oder teilweise an die Gesellschaft zu leisten.

§ 4 Dauer und Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.

2. Das Geschäftsjahr ist das <GESCHAEFTSJAHR>.

Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister und endet am darauffolgenden 31. Dezember.

§ 5 Geschäftsführung, Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

2. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

3. Durch Gesellschafterbeschluss können Geschäftsführer zur Alleinvertretung ermächtigt und auch von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.

4. Die Rechte und Pflichten der Geschäftsführer ergeben sich aus dem Gesetz, dem Anstellungsvertrag und den von den Gesellschaftern gegebenen Weisungen.

5. Geschäftsführungsmaßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsverkehr hinausgehen, bedürfen im Innenverhältnis der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

§ 6 Wettbewerbsverbot

1. Einem Gesellschafter ist es untersagt, mit der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar auf irgendeinem ihrer Tätigkeitsgebiete in Wettbewerb zu treten.

2. Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus oder wird sein Geschäftsanteil eingezogen, so ist es ihm auf die Dauer von einem Jahr untersagt, Kontakte zu solchen Personen aufzunehmen, die zum Kundenstamm der Gesellschaft zum Zeitpunkt seines Ausscheidens gehören oder in naher Vergangenheit gehört haben.

3. Im Falle der Zuwiderhandlung gegen dieses Wettbewerbsverbot hat der Zuwiderhandelnde für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Vertragsstrafe von ?? EURO an die Gesellschaft zu zahlen. Je zwei Wochen einer fortgesetzten Zuwiderhandlung gelten als unabhängige und selbstständige Zuwiderhandlung. Das Recht, Schadensersatz und Unterlassung zu verlangen,

wird durch die Zahlung der Vertragsstrafe nicht berührt. Die Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatz angerechnet.

4. Die Gesellschafterversammlung kann mit der für eine Satzungsänderung erforderlichen Mehrheit Befreiung von diesem Wettbewerbsverbot erteilen, es erweitern, es einschränken oder es aufheben und/oder beschließen, ob und in welcher Höhe eine angemessene Vergütung an die Gesellschaft zu zahlen ist.

§ 7 Veräußerung und Belastung von Geschäftsanteilen

1. Zur Veräußerung und Belastung eines Geschäftsanteiles oder eines Teiles eines Geschäftsanteiles ist die schriftliche durch die Geschäftsführung zu erklärende Zustimmung der Gesellschaft erforderlich.

2. Falls die Gesellschaft persönlich haftende Gesellschafterin einer Kommanditgesellschaft ist, ist eine die Veräußerung eines Geschäftsanteils nur wirksam, wenn gleichzeitig der Kommanditanteil an der Kommanditgesellschaft an denselben Erwerber abgetreten wird, bei der Veräußerung eines Teilgeschäftsanteils ein entsprechender Teil, in Mietanteil der denselben Beteiligungsverhältnissen spricht.

3. Am Geschäftsanteil eines jeden Gesellschafters steht den übrigen Gesellschaftern einzeln ein Vorkaufsrecht zu, und zwar im Verhältnis ihrer Beteiligung. Macht ein Gesellschafter davon nicht innerhalb eines Monats nach Mitteilung des Vorkaufsfalles durch schriftliche Erklärung Gebrauch, geht das Recht anteilig auf die verbleibenden Gesellschafter und letztlich auf die Gesellschaft über. Etwaige unteilbare Spitzenbeträge stehen den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung zu. Der Erwerb durch einen Vorkaufsberechtigten bedarf nicht der Zustimmung nach Abs. 1.

§ 8 Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführer einberufen, es genügt die Einberufung durch einen Geschäftsführer.

2. Die ordentliche Gesellschafterversammlung, die innerhalb eines Monats nach Vorlage des Jahresabschlusses stattzufinden hat, beschließt über dessen Feststellung, über die Verwendung des Ergebnisses sowie über die Entlastung der Geschäftsführer.

3. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind einzuberufen, wenn eine Beschlussfassung der Gesellschafter erforderlich ist.

4. Gesellschafter, denen zusammen Geschäftsanteile von mindestens 1/10 des Stammkapitals gehören, haben das Recht, eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn die Geschäftsführer auf ihren Antrag, der Zweck und Gründe enthält, die Einberufung ablehnen oder binnen eines Monats nach Eingang des Antrages die Gesellschafterversammlung nicht einberufen haben.

5. Die Einberufung erfolgt schriftlich oder per Telefax unter Mitteilung der Tagesordnung. Zwischen dem Tag der Absendung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muss eine Frist von mindestens 14 Tagen liegen, wobei weder der Tag der Absendung noch der Tag mitzurechnen ist, an den die Gesellschafterversammlung stattfindet.

6. Jeder Gesellschafter kann sich durch einen anderen Gesellschafter mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Er ist auch berechtigt, einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten zur Wahrnehmung seiner Rechte in der Gesellschafterversammlung

schriftlich zu bevollmächtigen.

7. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie mindestens die Hälfte aller Stimmen der Gesellschaft in sich vereinen.

8. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch den Geschäftsführer mit der Frist des Absatzes 5. eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

9. Wird in einer Gesellschafterversammlung eine Beschlussfassung vertagt und sogleich der Termin für eine neue Gesellschafterversammlung bestimmt, so sind die nicht anwesenden oder nicht vertretenen Gesellschafter zu der neuen Gesellschafterversammlung zu laden.

10. Der Abhaltung einer Versammlung bedarf es nicht, wenn sämtliche Gesellschafter schriftlich mit der zu treffenden Bestimmung oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen sich einverstanden erklären.

11. Je <STIMMENANTEIL> eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

12. Beschlüsse kommen mit einfacher Mehrheit zustande, soweit diese Satzung oder das Gesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

13. Über sämtliche Gesellschafterbeschlüsse ist – soweit nicht notarielle Beurkundung stattzufinden hat – eine schriftliche Niederschrift unter Angabe der Beschlussgegenstände zu fertigen und von den Geschäftsführern zu unterzeichnen.

Die Gesellschafter erhalten Abschriften.

14. Die Anfechtung von Gesellschafterbeschlüssen durch Klageerhebung ist nur innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Absendung des Beschlussprotokolls zulässig.

§ 9 Jahresabschluss und Gewinnverwendung

1. Die Geschäftsführer haben die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung (Jahresabschluss) sowie einen Anhang dazu und den Lagebericht innerhalb der ersten drei Monate eines Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen und unverzüglich den Gesellschaftern zur Feststellung vorzulegen. Die Geschäftsführer haben sodann die gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen unverzüglich, spätestens aber innerhalb der ersten neun Monate zum Handelsregister einzureichen und diese im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

2. Die Gesellschafter haben Anspruch auf den Jahresüberschuss zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags, soweit der sich ergebende Betrag nicht durch Beschluss von der Verteilung ausgeschlossen ist. Die Gesellschafter können im Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder sie als Gewinn vortragen.

§ 10 Kündigung

1. Jeder Gesellschafter kann das Gesellschaftsverhältnis mit einer Frist von zwölf Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres kündigen, erstmals zum ??. Die Kündigung hat durch

eingeschriebenen Brief zu erfolgen; sie ist an die Gesellschaft zu richten.

2. Die Kündigung hat nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern nur das Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters zum Ende des betreffenden Geschäftsjahres zur Folge. Von diesem Zeitpunkt an ruhen die Gesellschaftsrechte des ausscheidenden Gesellschafters.

3. Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, seinen Geschäftsanteil auf die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligung oder – nach Wahl der Gesellschaft – auf diese oder auf einen von der Gesellschaft zu benennenden Dritten zu übertragen oder die Einziehung zu dulden. Bei der anteiligen Übertragung auf die Gesellschafter entstehende unteilbare Spitzenbeträge sind den Gesellschaftern zu Bruchteilen entsprechend ihrer Beteiligung zu übertragen.

4. Der kündigende Gesellschafter erhält ein Entgelt, das gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages zu berechnen und auszuzahlen ist.

§ 11 Einziehung

1. Die Gesellschaft ist berechtigt, jederzeit mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters die Einziehung von Geschäftsanteilen zu beschließen.

2. Ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters kann die Gesellschaft seine Geschäftsanteile durch Beschluss einziehen, wenn

a) über das Vermögen des Gesellschafters die Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens angeordnet oder mangels Masse nicht eröffnet worden ist.

b) der Geschäftsanteil aufgrund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Titels gepfändet und die Pfändung nicht innerhalb von drei Monaten wieder aufgehoben worden ist.

c) in seiner Person ein wichtiger Grund vorliegt.

d) die Gesellschaft ihm gekündigt hat.

e) der Gesellschafter verstorben ist.

§ 12 Bewertung und Zahlung des Absendungsentgeltes

1. In allen Fällen der Einziehung oder Abtretung von Geschäftsanteilen und der Kündigung der Gesellschaft aufgrund der §§ 10, 11 erhält der ausscheidende Gesellschafter ein Abfindungsentgelt, das dem Buchwert seines Geschäftsanteils (Nennbetrag zuzüglich Anteil an offenen Rücklagen und Gewinnvortrag abzüglich eventuelle Verlustvorträge) entspricht.

2. Die Auszahlung des Abfindungsentgeltes erfolgt in drei gleichen Jahresraten, von denen die erste sechs Monate nach dem Ausscheidungstag und die folgenden je ein Jahr nach dem ersten Zahlungstermin fällig werden. Der jeweils ausstehende Betrag ist mit 3 v.H. über dem Bundesbankdiskontsatz zu verzinsen. Die Zinsen sind jährlich nachträglich zu zahlen.

3. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Abfindungsentgeltes soll ein von der örtlich zuständigen Wirtschaftsprüferkammer auf Antrag der Gesellschaft zu benennender Wirtschaftsprüfer als Schiedsgutachter die Höhe des Abfindungsentgeltes feststellen.

4. Die Einziehung bleibt wirksam, auch wenn über die Höhe des Abfindungsentgeltes gestritten wird. Eine statt der Einziehung beschlossene Abtretung hat zu erfolgen, auch wenn die Höhe

des Abfindungsentgeltes noch nicht festgestellt ist.

§ 13 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.

§ 14 Schlussbestimmungen

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so ist die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die betreffende unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame zu ersetzen, die dem angestrebten wirtschaftlichen Zweck möglichst nahekommt.

2. Den Gründungsaufwand (Notar-, Gerichts- und Veröffentlichungskosten) trägt die Gesellschaft bis zu einem Betrag von 1000 Euro.

&&#

Wohnungskaufvertrag mit Notaranderkonto
*text\vollzug\wkvmnak

&&*Maske:wkv1

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

K a u f v e r t r a g e s :

§ 1 Kaufgegenstand

D?? Erschienene zu 1. – nachstehend „Verkäufer“ genannt – ist eingetragener Eigentümer des im Wohnungsgrundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT> – nachstehend nur als „Kaufgegenstand“ bezeichnet – verzeichneten Wohnungseigentums, bestehend aus einem Miteigentumsanteil von <MITEIGENTUMSANTEIL> an dem Grundstück <LAGE_ORT> verbunden mit dem Sondereigentum an <SONDEREIGENTUM>. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Das vorbeschriebene Grundstück – nachstehend auch als “Kaufgegenstand" bezeichnet – verkauft der Erschienene zu 1. nachstehend "Verkäufer" genannt hiermit an die Erschienenen zu 2. <KAUFANTEIL> und ?? – nachstehend „Käufer“ genannt.

§ 2 Übergabe

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt am <UEBERGABE_AM>.

Mit diesem Zeitpunkt gehen die mit dem Kaufgegenstand verbundenen Nutzungen und Lasten sowie Rechte und Pflichten auf den Käufer über.

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt des Weiteren in dem heutigen, dem Käufer bekannten Zustand und ohne Gewähr für Fehler und Mängel jeglicher Art, seien sie erkennbar oder nicht. Der Verkäufer versichert jedoch, dass ihm versteckte Fehler und Mängel nicht bekannt sind. Der Käufer andererseits hat den Kaufgegenstand eingehend besichtigt.

Die Übergabe erfolgt schließlich frei von obligatorischen Besitzrechten Dritter – insbesondere Miete und Pacht – in geräumtem Zustand.

Der Käufer tritt in den dinglichen Teil der bestehenden Teilungserklärung mit Wirkung vom Übergabetag an ein. Ihm ist bekannt, dass die sich aus dem dinglichen Teil der Teilungserklärung ergebenden Rechte und Verpflichtungen, des Weiteren auch etwaige Beschlüsse der Wohnungseigentümer gem. § 21 WEG sowie Vereinbarungen gem. §§ 15, 10 WEG, bei denen die Wirksamkeitsvoraussetzungen des § 10 WEG vorliegen, auch für ihn verbindlich sind.

Der Käufer verpflichtet sich gegenüber dem Verwalter, auf Verlangen auch in etwaige schuldrechtliche Vereinbarungen der Wohnungseigentümer mit Wirkung vom Übergabezeitpunkt einzutreten.

Der Verkäufer bevollmächtigt hiermit den Käufer, ab Übergabe für ihn das Stimmrecht in der Versammlung der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer auszuüben.

Mit Rücksicht auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 21.4.1988 – DNotZ 1989, 148 – versichert der Verkäufer, dass er mit keinen Wohngeldvorauszahlungen im Rückstand ist und bis zur Übergabe seine diesbezüglichen Verpflichtungen erfüllen wird und dass derzeit auch keine Mitteilung des Verwalters der Wohnungseigentümergemeinschaft vorliegt, nach der andere Wohnungseigentümer mit Wohngeldvorauszahlungen rückständig sind. Der Verkäufer versichert des Weiteren, dass kein Beschluss der Wohnungseigentümergemeinschaft über Sonderumlagen, auf die noch Zahlungen zu leisten sind, vorliegt.

Der Verkäufer wird alle bestehenden, den Kaufgegenstand betreffenden Verträge, Bescheide, Versicherungs- und Planungsunterlagen an den Käufer bei Übergabe aushändigen.

Falls der Käufer die bestehenden, das Sondereigentum betreffenden Versicherungsverhältnisse nicht fortsetzen will, wird er die Verträge gem. §§ 69 ff. VVG kündigen.

Der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten öffentlich-rechtlichen Abgabebescheide vorliegen.

Im Falle eines Feuerschadens hat der Käufer nur Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme, die hiermit vorsorglich an ihn abgetreten wird – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger. Der Käufer nimmt die Abtretung an. Die auf die Zeit vor Übergabe entfallenden Prämien werden nicht erstattet.

Der Verkäufer versichert, dass eine gleitende Neuwertversicherung besteht und keine Prämienrückstände gegeben sind. Der Verkäufer haftet jedoch nicht dafür, wenn Versicherungsleistungen, die dem Käufer nach der Übergabe zustehen, den Schaden nicht hinreichend ausgleichen. Dies gilt auch für die Gebäudeversicherung.

Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für das Nichtbestehen von Belastungen, die zu ihrer Entstehung nicht der Eintragung im Grundbuch bedürfen.

Der Notar wies in diesem Zusammenhang auf das bei der zuständigen Verwaltung geführte Baulastenverzeichnis hin, in dem zu Lasten des veräußerten Kaufgegenstandes eine Baulast nach den Bestimmungen der Landesbauordnung eingetragen sein könnte. Der Verkäufer, der für eine diesbezügliche Lastenfreiheit keine Gewähr übernimmt, erklärt, dass ihm von dem Bestehen derartiger Lasten nichts bekannt sei.

§ 3 Lastenfreiheit

Die Umschreibung des Kaufgegenstandes im Grundbuch erfolgt frei von Belastungen in Abteilung II und III. Der Verkäufer beantragt bereits hiermit die Löschung aller in Abteilung II und III des Grundbuches eingetragenen Belastungen.

§ 4 Kaufpreis

Der Kaufpreis für den in § 1 beschriebenen Kaufgegenstand beträgt

EUR <KAUFPREIS_ZAHL>

– in Worten: Euro <KAUFPREIS_WORT>.

Der Kaufpreis ist in voller Höhe am Tage der Übergabe auf ein neueinzurichtendes Anderkonto des beurkundenden Notars bei der <NOTARANDERKTO> einzuzahlen mit der unwiderruflichen, hiermit seitens beider Vertragsparteien erteilten Anweisung, aus diesem Kaufpreis zunächst die Lastenfreistellung vorzunehmen und den verbleibenden Restbetrag an den Verkäufer auszuzahlen, wenn und sobald die zur Durchführung dieses Vertrages erforderliche Zustimmungserklärung des Verwalters vorliegt, die Lastenfreistellung des Kaufgegenstandes bezüglich der nicht vom Käufer übernommenen Rechte insgesamt sichergestellt ist sowie der Eintragung der nachstehend bewilligten Auflassungsvormerkung oder der Eigentumsumschreibung Hindernisse nicht entgegenstehen.

Gerät der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises oder mit Teilbeträgen in Rückstand, hat er die jeweils rückständigen Beträge mit <ZINSHOEHE> % p. a. zu verzinsen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt.

Ein etwaiger Zinsanspruch ist außerhalb dieses Vertrages seitens des Verkäufers direkt geltend zu machen und hat auf die Abwicklung des Vertrages keinen Einfluss.

Der Notar hat auf § 454 BGB hingewiesen. Diese Vorschrift wird abbedungen; dem Verkäufer verbleiben die gesetzlichen Rücktrittsrechte.

Der Käufer ist darauf hingewiesen worden, dass bei Zahlung auf ein Notaranderkonto eine schuldbefreiende Wirkung nur gegeben ist, wenn diese zum Fälligkeitstermin ohne oder nur mit solchen Auflagen erfolgt, die der Notar zum Fälligkeitstermin zu erfüllen vermag.

Die im Fall der Zahlung auf ein Notaranderkonto auf diesem auflaufenden Zinsen stehen vereinbarungsgemäß dem Verkäufer zu.

Wegen des vorgenannten Kaufpreises unterwirft sich der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – hiermit gegenüber dem Verkäufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen und ermächtigt den beurkundenden Notar, dem Verkäufer jederzeit auf seine – des Käufers – Kosten eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen, ohne dass es

des Nachweises der die Vollstreckbarkeit begründenden Tatsachen bedarf.

Der Verkäufer ist mit einer Belastung des Kaufgegenstandes vor Umschreibung einverstanden unter der Voraussetzung, dass die Grundpfandrechte der Finanzierung des Kaufpreises dienen und er dabei keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern des Käufers übernimmt und die Belastungsunterlagen nur Zug um Zug gegen Auszahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe zu den Grundakten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen gelten nur im Innenverhältnis und sind dem Grundbuchamt gegenüber nicht nachzuweisen. Der Verkäufer erklärt sich insoweit bereit, sich den hierfür zu stellenden Grundbuchanträgen einschließlich der Unterwerfung des Kaufgegenstandes unter die sofortige Zwangsvollstreckung anzuschließen und sämtliche hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben, für die die nachstehende Vollmacht Anwendung findet.

Der Käufer übernimmt die so einzutragenden Belastungen.

§ 5 Auflassungsvormerkung

Zur Sicherung des Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an dem eingangs genannten Kaufgegenstand bewilligen und beantragen die Vertragsbeteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten des Käufers – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – in das eingangs genannte Grundbuch.

Die Vertragsbeteiligten bewilligen und beantragen bereits jetzt die Löschung dieser Auflassungsvormerkung für den Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung auf den Käufer, sofern Zwischeneintragungen, ausgenommen Löschungen und solche Eintragungen, die der Kaufpreisfinanzierung des Käufers dienen, nicht vorliegen.

§ 6 Auflassung

Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 7 Vollmacht

Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit
?? (Namen der Mitarbeiter der Kanzlei einsetzen),

*A??, (Adressnummer der Kanzlei eintragen).

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt unbeschränkte – Belastung

des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 8 Belehrung

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass

– die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
– mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Der Notar ist ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Die Vertragsschließenden sind des Weiteren darauf hingewiesen, dass zur Vertragsdurchführung die Zustimmung des Verwalters erforderlich und der Vertrag bis zur Erteilung dieser schwebend unwirksam ist. Sie beauftragen den beurkundenden Notar, auch diese Erklärung für sie einzuholen und entgegenzunehmen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar für und gegen alle Beteiligten wirksam.

§ 9 Kosten

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer. Bei mehreren Käufern sind diese Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 10 Grundbucheinsicht

Der beurkundende Notar wies die Vertragsschließenden darauf hin, dass ihm bei Beurkundung

eine vom Grundbuchamt am <GBA_EINSICHT_AM> gefertigte Grundbuchblattabschrift vorlag.

§ 11 Maklerklausel

Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler <MAKLER> mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <PROVISIONSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 12 Belehrungen

Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.
Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner. Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

Wohnungskaufvertrag ohne Notaranderkonto
*text\vollzug\wkvonak

&&*Maske:wkv1

Der Notar fragte die Erschienenen im Hinblick auf die Regelung des § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG, ob er oder eine der mit ihm beruflich verbundenen Personen in einer Angelegenheit, die Gegenstand dieser Beurkundung ist, außerhalb des Notaramts tätig war oder ist. Die Erschienenen verneinten dies.

Die Erschienenen baten um die Beurkundung des nachstehenden

K a u f v e r t r a g e s :

§ 1 Kaufgegenstand

D?? Erschienene zu 1. – nachstehend „Verkäufer“ genannt – ist eingetragener Eigentümer des im Wohnungsgrundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT> – nachstehend nur als „Kaufgegenstand“ bezeichnet – verzeichneten Wohnungseigentums, bestehend aus einem Miteigentumsanteil von <MITEIGENTUMSANTEIL> an dem Grundstück <LAGE_ORT> verbunden mit dem Sondereigentum an <SONDEREIGENTUM>. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Das vorbeschriebene Grundstück – nachstehend auch als “Kaufgegenstand" bezeichnet – verkauft der Erschienene zu 1. nachstehend "Verkäufer" genannt hiermit an die Erschienenen zu 2. <KAUFANTEIL> und ?? – nachstehend „Käufer“ genannt.

§ 2 Übergabe

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt am <UEBERGABE_AM>.

Mit diesem Zeitpunkt gehen die mit dem Kaufgegenstand verbundenen Nutzungen und Lasten sowie Rechte und Pflichten auf den Käufer über.

Die Übergabe des vorbeschriebenen Kaufgegenstandes erfolgt des Weiteren in dem heutigen, dem Käufer bekannten Zustand und ohne Gewähr für Fehler und Mängel jeglicher Art, seien sie erkennbar oder nicht. Der Verkäufer versichert jedoch, dass ihm versteckte Fehler und Mängel nicht bekannt sind. Der Käufer andererseits hat den Kaufgegenstand eingehend besichtigt.

Die Übergabe erfolgt schließlich frei von obligatorischen Besitzrechten Dritter – insbesondere Miete und Pacht – in geräumtem Zustand.

Der Käufer tritt in den dinglichen Teil der bestehenden Teilungserklärung mit Wirkung vom Übergabetag an ein. Ihm ist bekannt, dass die sich aus dem dinglichen Teil der Teilungserklärung ergebenden Rechte und Verpflichtungen, des Weiteren auch etwaige Beschlüsse der Wohnungseigentümer gem. § 21 WEG sowie Vereinbarungen gem. §§ 15, 10 WEG, bei denen die Wirksamkeitsvoraussetzungen des § 10 WEG vorliegen, auch für ihn verbindlich sind.

Der Käufer verpflichtet sich gegenüber dem Verwalter, auf Verlangen auch in etwaige schuldrechtliche Vereinbarungen der Wohnungseigentümer mit Wirkung vom Übergabezeitpunkt einzutreten.

Der Verkäufer bevollmächtigt hiermit den Käufer, ab Übergabe für ihn das Stimmrecht in der Versammlung der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer auszuüben.

Mit Rücksicht auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 21.4.1988 – DNotZ 1989, 148 – versichert der Verkäufer, dass er mit keinen Wohngeldvorauszahlungen im Rückstand ist und bis zur Übergabe seine diesbezüglichen Verpflichtungen erfüllen wird und dass derzeit auch keine Mitteilung des Verwalters der Wohnungseigentümergemeinschaft vorliegt, nach der andere Wohnungseigentümer mit Wohngeldvorauszahlungen rückständig sind. Der Verkäufer versichert des Weiteren, dass kein Beschluss der Wohnungseigentümergemeinschaft über Sonderumlagen, auf die noch Zahlungen zu leisten sind, vorliegt.

Der Verkäufer wird alle bestehenden, den Kaufgegenstand betreffenden Verträge, Bescheide, Versicherungs- und Planungsunterlagen an den Käufer bei Übergabe aushändigen.

Falls der Käufer die bestehenden, das Sondereigentum betreffenden Versicherungsverhältnisse nicht fortsetzen will, wird er die Verträge gem. §§ 69 ff. VVG kündigen.

Der Verkäufer versichert, dass ihm keine unbezahlten öffentlich-rechtlichen Abgabebescheide vorliegen.

Im Falle eines Feuerschadens hat der Käufer nur Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme, die hiermit vorsorglich an ihn abgetreten wird – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger. Der Käufer nimmt die Abtretung an. Die auf die Zeit vor Übergabe entfallenden Prämien werden nicht erstattet.

Der Verkäufer versichert, dass eine gleitende Neuwertversicherung besteht und keine Prämienrückstände gegeben sind. Der Verkäufer haftet jedoch nicht dafür, wenn Versicherungsleistungen, die dem Käufer nach der Übergabe zustehen, den Schaden nicht hinreichend ausgleichen. Dies gilt auch für die Gebäudeversicherung.

Der Verkäufer übernimmt keine Gewähr für das Nichtbestehen von Belastungen, die zu ihrer Entstehung nicht der Eintragung im Grundbuch bedürfen.

Der Notar wies in diesem Zusammenhang auf das bei der zuständigen Verwaltung geführte Baulastenverzeichnis hin, in dem zu Lasten des veräußerten Kaufgegenstandes eine Baulast nach den Bestimmungen der Landesbauordnung eingetragen sein könnte. Der Verkäufer, der für eine diesbezügliche Lastenfreiheit keine Gewähr übernimmt, erklärt, dass ihm von dem Bestehen derartiger Lasten nichts bekannt sei.

§ 3 Lastenfreiheit

Die Umschreibung des Kaufgegenstandes im Grundbuch erfolgt frei von Belastungen in Abteilung II und III. Der Verkäufer beantragt bereits hiermit die Löschung aller in Abteilung II und III des Grundbuches eingetragenen Belastungen.

§ 4 Kaufpreis

Der Kaufpreis für den in § 1 beschriebenen Kaufgegenstand beträgt
EUR <KAUFPREIS_ZAHL>
– in Worten: Euro <KAUFPREIS_WORT>.

Der Kaufpreis ist in voller Höhe direkt an den Verkäufer zu zahlen, sobald der beurkundende Notar den Vertragsschließenden bestätigt, dass ihm die zur Durchführung dieses Vertrages erforderliche Zustimmungserklärung des Verwalters vorliegt und der Eintragung der nachstehend zugunsten des Käufers bewilligten Auflassungsvormerkung an vertragsgemäßer Rangstelle Hindernisse nicht entgegenstehen.
Die Fälligkeit des Kaufpreises ist gegeben eine Woche nach Abgang der Bestätigung des beurkundenden Notars, ohne dass es auf ihren Zugang bei den Vertragsparteien ankommt, frühestens jedoch am Tage der Übergabe.

Gerät der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises oder mit Teilbeträgen in Rückstand, hat er die jeweils rückständigen Beträge mit <ZINSHOEHE> % p. a. zu verzinsen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt.

Ein etwaiger Zinsanspruch ist außerhalb dieses Vertrages seitens des Verkäufers direkt

geltend zu machen und hat auf die Abwicklung des Vertrages keinen Einfluss.

Der Notar hat auf § 454 BGB hingewiesen. Diese Vorschrift wird abbedungen; dem Verkäufer verbleiben die gesetzlichen Rücktrittsrechte.

Der Käufer ist darauf hingewiesen worden, dass bei Zahlung auf ein Notaranderkonto eine schuldbefreiende Wirkung nur gegeben ist, wenn diese zum Fälligkeitstermin ohne oder nur mit solchen Auflagen erfolgt, die der Notar zum Fälligkeitstermin zu erfüllen vermag.

Wegen des vorgenannten Kaufpreises unterwirft sich der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – hiermit gegenüber dem Verkäufer – bei mehreren Personen als Gesamtgläubiger – der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen und ermächtigt den beurkundenden Notar, dem Verkäufer jederzeit auf seine – des Käufers – Kosten eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Urkunde zu erteilen, ohne dass es des Nachweises der die Vollstreckbarkeit begründenden Tatsachen bedarf.

Der Verkäufer ist mit einer Belastung des Kaufgegenstandes vor Umschreibung einverstanden unter der Voraussetzung, dass die Grundpfandrechte der Finanzierung des Kaufpreises dienen und er dabei keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern des Käufers übernimmt und die Belastungsunterlagen nur Zug um Zug gegen Auszahlung des Kaufpreises in entsprechender Höhe zu den Grundakten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen gelten nur im Innenverhältnis und sind dem Grundbuchamt gegenüber nicht nachzuweisen. Der Verkäufer erklärt sich insoweit bereit, sich den hierfür zu stellenden Grundbuchanträgen einschließlich der Unterwerfung des Kaufgegenstandes unter die sofortige Zwangsvollstreckung anzuschließen und sämtliche hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben, für die die nachstehende Vollmacht Anwendung findet.

Der Käufer übernimmt die so einzutragenden Belastungen.

§ 5 Auflassungsvormerkung

Zur Sicherung des Anspruchs auf Übertragung des Eigentums an dem eingangs genannten Kaufgegenstand bewilligen und beantragen die Vertragsbeteiligten die Eintragung einer Auflassungsvormerkung zugunsten des Käufers – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – in das eingangs genannte Grundbuch.

Die Vertragsbeteiligten bewilligen und beantragen bereits jetzt die Löschung dieser Auflassungsvormerkung für den Zeitpunkt der Eigentumsumschreibung auf den Käufer, sofern Zwischeneintragungen, ausgenommen Löschungen und solche Eintragungen, die der Kaufpreisfinanzierung des Käufers dienen, nicht vorliegen.

§ 6 Auflassung

Die Vertragsschließenden erklären die Auflassung sodann wie folgt:

Wir sind uns darüber einig, dass das Eigentum an dem in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Kaufgegenstand von dem Verkäufer auf den Käufer – bei mehreren Personen zu dem in § 1 genannten Rechtsverhältnis – übergeht.

Wir bewilligen die Eintragung der Eigentumsänderung in das Grundbuch.

Die Vertragsschließenden weisen den beurkundenden Notar unter hiermit erklärtem unwiderruflichen Verzicht auf ihr eigenes Antragsrecht an, die Umschreibung gem. § 15 GBO zu beantragen, sobald ihm der Verkäufer die Zahlung des Kaufpreises bestätigt oder er anderweitig von der Kaufpreiszahlung Kenntnis erlangt hat.

§ 7 Vollmacht

Die Vertragsbeteiligten bevollmächtigen hiermit
??(Namen der Mitarbeiter des Notars einsetzen)T-Nam>

sämtlich Geschäftsadresse:
*A??, (Adressnummer des Notars einsetzen)

– und zwar jeden für sich –

zur Abgabe und Entgegennahme jeglicher Erklärungen füreinander, gegenüber Dritten, Behörden und Gerichten, insbesondere dem Grundbuchamt, die im Zusammenhang mit der Durchführung des vorliegenden Vertrages – ggf. auch seiner Rückabwicklung – stehen.

Die Vollmachten schließen die – gegenüber dem Grundbuchamt unbeschränkte – Belastung des Vertragsgegenstandes sowie die Zwangsvollstreckungsunterwerfung des dinglichen – beim Käufer auch des persönlichen – Vermögens ein.

Die Vollmachten sind unwiderruflich und unabhängig von der Wirksamkeit dieses Vertrages erteilt und gelten über den Tod bzw. den Verlust der Rechtsfähigkeit der Beteiligten hinaus. Sie erlöschen mit der grundbuchmäßigen Umschreibung des Vertragsgegenstandes, wobei alle vorher abgegebenen Erklärungen jedoch unabhängig hiervon wirksam bleiben. Die Bevollmächtigten sind von den Beschränkungen des § 181 BGB – Verbot des Selbstkontrahierens – befreit und zur Erteilung von Untervollmachten berechtigt.

Die Erfüllung etwaiger Voraussetzungen für den Gebrauch der Vollmachten sind dem Grundbuchamt in keinem Fall nachzuweisen. Dieses wird von einer diesbezüglichen Prüfungspflicht befreit.

Im Innenverhältnis dürfen die Bevollmächtigten nur zur ordnungsgemäßen Abwicklung – ggf. auch Rückabwicklung – des vorliegenden Vertrages von der Vollmacht Gebrauch machen.

§ 8

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass

– die Eintragung der Eigentumsänderung im Grundbuch erst erfolgen kann nach Regelung der Grunderwerbsteuer und Erteilung der entsprechenden Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
– mündliche und schriftliche Nebenabreden unwirksam sind und zur Unwirksamkeit des gesamten Vertrages führen können.

Der Notar ist ermächtigt, gegen ergehende Bescheide Rechtsmittel einzulegen, zu begründen und zurückzunehmen.

Soweit im vorliegenden Vertrag mehrere Anträge gestellt sind, gelten sie nicht als einheitlicher Antrag. Der Notar ist bevollmächtigt, die Anträge für die Vertragsschließenden zu stellen, einzuschränken, abzuändern und zurückzunehmen.

Die Vertragsschließenden sind des Weiteren darauf hingewiesen, dass zur Vertragsdurchführung die Zustimmung des Verwalters erforderlich und der Vertrag bis zur Erteilung dieser schwebend unwirksam ist. Sie beauftragen den beurkundenden Notar, auch diese Erklärung für sie einzuholen und entgegenzunehmen.

Soweit zur Wirksamkeit dieses Vertrages die Zustimmung oder Genehmigung eines Beteiligten oder eines Dritten erforderlich ist, wird sie mit Eingang beim beurkundenden Notar für und gegen alle Beteiligten wirksam.

§ 9 Kosten

Die Kosten dieses Vertrages und seiner Durchführung, mit der der beurkundende Notar beauftragt ist, trägt der Käufer. Mehrere Käufer sind diesbezüglich Gesamtschuldner. Die Kosten einer etwa erforderlichen Lastenfreistellung trägt der Verkäufer.

Der Käufer trägt auch die anfallende Grunderwerbsteuer.

Die Vertragsschließenden sind darauf hingewiesen, dass sie unabhängig von dieser Regelung für Kosten und Steuern als Gesamtschuldner haften.

§ 10 Grundbucheinsicht

Der beurkundende Notar wies die Vertragsschließenden darauf hin, dass ihm bei Beurkundung eine vom Grundbuchamt am <GBA_EINSICHT_AM> gefertigte Grundbuchblattabschrift vorlag.

§ 11 Maklerklausel

Bei dem Zustandekommen dieses Vertrages hat als Makler <MAKLER> mitgewirkt. Ohne Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer zahlt der Käufer – mehrere Personen als Gesamtschuldner – an den Makler eine im Voraus vereinbarte Provision in Höhe von <ZINSHOEHE> % des Kaufpreises zuzüglich <MWST_PROVISION> % Mehrwertsteuer. Die Provision ist mit Abschluss des Vertrages verdient und fällig. Dem Makler soll aus dieser Verpflichtung ein direkter Anspruch zustehen.

Die Beteiligten ermächtigen den Notar, dem Makler eine Abschrift dieser Urkunde zu erteilen.

§ 12 Belehrungen

Der Verkäufer versichert, dass es sich bei vorstehendem Vertrag um kein Geschäft im Sinne des § 1365 BGB handelt.
Sind mehrere Personen aus diesem Vertrag verpflichtet, haften sie für alle Verpflichtungen als Gesamtschuldner. Tatsachen, die in der Person oder dem Verhalten eines Gesamtschuldners eintreten, wirken für und gegen alle. Die Käufer bevollmächtigen sich hiermit gegenseitig, in allen diesen Vertrag betreffenden Angelegenheiten Erklärungen mit verbindlicher Wirkung für jeden Teil abzugeben und zu empfangen. Für die Wirksamkeit einer Erklärung des Verkäufers genügt es, wenn sie gegenüber einem der aus diesem Vertrag Berechtigten und Verpflichteten abgegeben wird.

Damit sich die Vertragsabwicklung nicht wegen Fehlens der Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes hinsichtlich der Grunderwerbsteuer verzögert, verpflichtet sich der Käufer, nach Zugang des Grunderwerbsteuerbescheides und ohne Rücksicht auf die Rechtskraft des Bescheides, die gegen ihn veranlagte Grunderwerbsteuer unverzüglich zu zahlen oder sicherzustellen.

Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in seinen übrigen Teilen keinen Einfluss. Die Parteien sind sich darüber einig, dass eine evtl. unwirksame Vereinbarung durch eine solche zu ersetzen ist, die ihrem wirtschaftlichen Zweck unter Berücksichtigung des Vertrages am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

Vorstehendes Protokoll wurde den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und eigenhändig unterschrieben wie folgt:

&&#

Textbausteine für alle Beurkundungsfälle

Ansch. m. einf. Abschrift an Beteiligte v. Genehmigung
*vollzug\text\abanbet

&&*Maske:gkv1

in dieser Angelegenheit überreiche ich zunächst eine einfache Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Kaufvertrages, der zu seiner Rechtswirksamkeit noch der Genehmigung durch <ZUSTIMMUNG> bedarf. Ich habe diese Genehmigung mit gleicher Post angefordert und werde Sie von dem Eingang bei mir unverzüglich unterrichten.

Einholung Genehmigung von vollmachtlos Vertretenen
*vollzug\text\genehm

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir ?? <RAA$Aktenlangbezeichnung> beurkundet.

Sie sind in dieser Beurkundung durch ?? vollmachtlos vertreten worden. Zur Wirksamkeit der Urkunde ist daher Ihre Genehmigung erforderlich. Ich füge für Ihre Unterlagen eine beglaubigte ?? Abschrift der Urkunde sowie den Entwurf einer Genehmigungserklärung bei und bitte höflich, die Genehmigung kurzfristig in notariell beglaubigter Form zu erteilen und mir zukommen zu lassen.

Der weitere Vollzug der Urkunde kann erst nach Eingang der Genehmigung erfolgen, sodass ich im Interesse aller Beteiligten um alsbaldige Erledigung bitte.

1. Erinnerung an Erteilung Genehmigung
*****vollzug\text\e1allgem

&&*Maske:gmbh1

mit Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen eine Abschrift meiner Urkunde <UR-NR> vom <BU-DATUM> mit der Bitte um Erteilung einer entsprechenden Genehmigung übersandt.

Da bis heute kein Eingang erfolgt ist, erlaube ich mir, an die Erteilung der Genehmigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<Wvauto-3m>

2. Erinnerung an Erteilung Genehmigung
*vollzug\text\e2allgem

&&*Maske:gmbh1

mit Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen eine Abschrift meiner Urkunde <UR-NR> vom <BU-DATUM> mit der Bitte um Erteilung einer entsprechenden Genehmigung übersandt.

Bereits mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Erteilung der Genehmigung erinnert.

Da bis heute kein Eingang erfolgt ist, erlaube ich mir nochmals, an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<Wvauto-3m>

Mitteilung über Eingang Genehmigung an Beteiligte
*****vollzug\text\mittgen1

&&*Maske:notbet

in der vorbezeichneten Angelegenheit ist die Genehmigung der Urkunde vom <BU-DATUM> durch ?? mittlerweile erfolgt. Die Ablichtung der Genehmigung füge ich als Anlage zu Ihrer Information bei.

Damit sind nun die Voraussetzungen für den Vollzug der Urkunde eingetreten, sodass ich alle erforderlichen Schritte eingeleitet habe.

Mitteilung über Eingang Genehmigung mit Kostenrechnung
*****vollzug\text\kranbet

in vorbezeichneter Angelegenheit ist hier heute die in Kopie anliegende Genehmigung eingegangen.

Ebenso überreiche ich Ihnen die dazugehörige Kostenrechnung und bitte Sie, für alsbaldige Überweisung der errechneten Kosten Sorge zu tragen und mir die Bezahlung nachzuweisen.

Die Genehmigungserklärung ist mir mit der Auflage übersandt worden, erst dann von ihr Gebrauch zu machen, wenn mir die Bezahlung nachgewiesen worden ist.

Erste Erinnerung wegen Herreichung Unterlagen von Dritten
*****vollzug\text\texter

in vorbezeichneter Sache konnte bis zum heutigen Datum kein Posteingang registriert werden. Ich möchte Sie bitten, das gewünschte Schreiben nun herzureichen.

<WVauto-14t>

Zweite Erinnerung mit Frist wegen Herreichung Unterlagen
*vollzug\text\texter2

trotz Erinnerung vom ?? konnte in vorbezeichneter Sache bis zum heutigen Datum kein Posteingang registriert werden. Ich möchte Sie bitten, das gewünschte Schreiben nunmehr bis zum

^Frist14

herzureichen.

<WVauto-14t>

Mitteilung Fertigung Abschrift
*****vollzug\text\abschrif

Abschrift gefertigt am ^TgDatum.

Beglaubigung Abschrift
*****vollzug\text\bglabsch

Diese Übereinstimmung der vorstehenden Abschrift mit der mir vorliegenden Urschrift beglaubige ich.

^TgDatum

Notar

Beglaubigung Abschrift auszugsweise
*****vollzug\text\bglausab

Die Übereinstimmung der vorstehenden auszugsweisen Abschrift ?? mit der mir vorliegenden Urschrift beglaubige ich.

Weitere, den Auszug betreffende Regelungen sind in der Urschrift nicht enthalten.

^TgDatum

Notar

Übersendung Entwurf Beurkundung
*****vollzug\text\entwurf

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage den erbetenen Entwurf für die beabsichtigte Beurkundung. Ich bitte darum, den Entwurf sorgfältig zu prüfen, insbesondere die richtige Wiedergabe aller persönlichen Daten, und mir alle Änderungs- oder Ergänzungswünsche mitzuteilen. Zur Vereinbarung eines Termins zur Beurkundung stehe ich gerne zur Verfügung.

Übersendung beurkundeter Übertragungsvertrag
*vollzug\text\erw1abw

&&*Maske:uebergab

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Übertragungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine weitere Ausfertigung habe ich <@a3A> Veräußerer erteilt.

Die Abwicklung des Vertrages habe ich im Übrigen entsprechend den vertraglichen Anweisungen in die Wege geleitet. Von dem weiteren Verlauf werde ich Sie unaufgefordert unterrichten.

Meine Kostenberechnung über die bisher entstandenen Kosten erlaube ich mir beizufügen und bitte um Ausgleich bis zum ^Frist14.

Mitteilung Genehmigung/Vollzug Urkunde
*vollzug\text\mittgene

&&*Maske:notbet

in der vorbezeichneten Angelegenheit ist die Genehmigung der Urkunde vom <BU-DATUM>

durch ?? mittlerweile erfolgt. Die Ablichtung der Genehmigung füge ich als Anlage zu Ihrer Information bei.

Damit sind nun die Voraussetzungen für den Vollzug der Urkunde eingetreten, sodass ich alle erforderlichen Schritte eingeleitet habe.

Urschrift
*****vollzug\text\ur

Urschrift

Ausfertigung Verhandlung
*vollzug\text\ausfert

Die vorstehende, mit der mir vorliegenden Urschrift wörtlich übereinstimmende Verhandlung wird hiermit zum ?? Male ausgefertigt und diese Ausfertigung

?? in ??

heute erteilt.

^TgDatum

Notar

Ausfertigung Verhandlung auszugsweise
*vollzug\text\auszausf

Diese vorstehende Verhandlung wird hiermit auszugsweise, und zwar ??, ausgefertigt und diese insoweit mit der Urschrift übereinstimmende auszugsweise Ausfertigung ?? in ?? , erteilt.

Weitere, den Auszug betreffende Regelungen sind in der Urschrift nicht enthalten.

??, den ^TgDatum

Notar

Ausfertigung Verhandlung ZV
*vollzug\text\vollausf

Die vorstehende, mit der mir vorliegenden Urschrift wörtlich übereinstimmende Verhandlung wird hiermit zum ?? Male ausgefertigt und diese Ausfertigung

?? in ??

zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

^TgDatum

Notar

Ausfertigung Verhandlung auszugsweise ZV
*vollzug\text\vausaz

Diese vorstehende Verhandlung wird hiermit auszugsweise, und zwar ??, ausgefertigt und diese insoweit mit der Urschrift übereinstimmende auszugsweise Ausfertigung

?? in ??

zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

Weitere, den Auszug betreffende Regelungen sind in der Urschrift nicht enthalten.

^TgDatum

Notar

Familienrecht

Scheidungsfolgenvereinbarung

vollstreckb. Ausfert. an Beteiligten
*vollzug\text\ehe1va

&&*Maske:scheid

in dieser Angelegenheit überreiche ich als Anlage ?? beglaubigte Abschrift?? sowie eine vollstreckbare Ausfertigung der hier am <BU-DATUM> beurkundeten Ehescheidungsfolgenvereinbarung.

beglaubigte Abschrift an Beteiligten
*vollzug\text\ehe2bega

&&*Maske:scheid

in dieser Angelegenheit überreiche ich als Anlage ?? beglaubigte Abschrift?? der hier am <BU-DATUM> beurkundeten Ehescheidungsfolgenvereinbarung.

??

Ausfertigung an anwaltlichen Vertreter
*vollzug\text\ehe3anw

&&*Maske:scheid

in dieser Angelegenheit überreiche ich als Anlage ?? beglaubigte Abschrift?? der hier am <BU-DATUM> beurkundeten Ehescheidungsfolgenvereinbarung der Eheleute ?? zur weiteren Verwendung.

Ehevertrag

Ausfertigung an Beteiligte
*vollzug\text\eheanbet

&&*Maske:ehe

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-NR> beurkundeten Ehevertrages sowie meine Kostenberechnung mit der höflichen Bitte um Ausgleich.

Die vorgeschriebene Mitteilung über die Änderung der Erbfolge habe ich mit gleicher Post an die Geburtsstandesämter/?? übersandt.

Mitteil. Geburtsstandesamt/Testamentskartei
*vollzug\text\eheansta

&&*Maske:ehe

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage die vorgeschriebene Mitteilung über die hier am <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrolle-Nr. <UR-NR> beurkundete Änderung der Erbfolge.

Grundstücksgeschäfte

Grundstückskaufverträge

Die Textbausteine eignen sich, soweit nicht ausdrücklich für bestimmte Arten von Grundstücksgeschäften zusätzliche Textbausteine aufgeführt sind, für alle Arten von Grundstücksgeschäften.

Anschreiben an die Urkundsbeteiligten

Auszugsw. Absch. an Erw. u./o. Veräußer. m. Kostennote
*vollzug\text\uranbet

&&*maske:gkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit überreiche ich anliegend auszugsweise beglaubigte Abschriften in gewünschter Anzahl des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Vertrages zur UR-Nr. <UR-NR> zur Kenntnisnahme und zum Verbleib bei Ihren Unterlagen.

Mit gleicher Post habe ich das Finanzamt sowie die sonstigen erforderlichen Behörden benachrichtigt sowie die Eintragung der Eigentumsvormerkung beim Grundbuchamt beantragt.

Ferner überreiche ich meine Kostennote mit der Bitte um Ausgleich.

Übersendung auszugsw. Abschr. A. Erwerber / Veräußerer
*vollzug\text\uranbet2

&&*maske:gkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit überreiche ich anliegend auszugsweise beglaubigte Abschrift in gewünschter Anzahl des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Vertrages zur UR-Nr. <UR-NR> zur Kenntnisnahme und zum Verbleib bei Ihren Unterlagen.

Mit gleicher Post habe ich das Finanzamt sowie die sonstigen erforderlichen Behörden benachrichtigt sowie die Eintragung der Eigentumsvormerkung beim Grundbuchamt beantragt.

Mitteilung über Eingang Genehmigung an Beteiligte
*vollzug\text\mittgen2

&&*Maske:notbet

in der vorbezeichneten Angelegenheit ist die Genehmigung der Urkunde vom <BU-DATUM> durch ?? mittlerweile erfolgt. Die Ablichtung der Genehmigung füge ich als Anlage zu Ihrer Information bei.

Damit sind nun die Voraussetzungen für den Vollzug der Urkunde eingetreten, sodass ich alle erforderlichen Schritte eingeleitet habe.

Bitte teilen Sie mir mit, sobald die Vermessung der veräußerten Teilfläche durchgeführt wurde und veranlassen Sie das Katasteramt, mir direkt eine Ausfertigung der Fortführungsmitteilung zu übersenden.

Mitteilung Einholung vormundschaftsgerichtl. Genehmigung
*vollzug\text\kvanbet

&&*Maske:gkv2

in dieser Angelegenheit überreiche ich als Anlage zunächst eine auszugsweise, beglaubigte Abschrift des hier am <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-NR> geschlossenen Kaufvertrages.

Wegen der erforderlichen vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung habe ich absprachegemäß eine weitere auszugsweise beglaubigte Abschrift direkt dem Vormundschaftsgericht übersandt. Sobald die Genehmigung hier eingegangen ist, werde ich über den weiteren Vollzug berichten.

Gebührenbescheid Negativattest an Beteiligte
***vollzug\text\gebnegat

&&*Maske:gkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit ist hier heute das von mir beantragte Negativzeugnis eingegangen.

Anliegend überreiche ich den vom zuständigen Bezirksamt erteilten Gebührenbescheid im Original und bitte Sie, den Rechnungsausgleich umgehend vorzunehmen.

Zahlungsaufforderung Gerichtskosten GBA an Beteiligte
*****vollzug\text\gkgba

in vorbezeichneter Angelegenheit hat mir das Grundbuchamt die diesem Schreiben anliegende Kostenrechnung überreicht.

Ich gebe diese an Sie weiter, und bitte Sie, möglichst umgehend für Zahlungsausgleich zu sorgen. Bitte geben Sie bei Ihrer Einzahlung unbedingt das Aktenzeichen des Gerichts an.

Fälligkeitsmitteilung Direktzahlung an Erwerber
*vollzug\text\kpfdirek

&&*Maske:gkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit teile ich Ihnen unter Bezugnahme auf Ziff. ?? des Kaufvertrages mit, dass:

a) die zur Durchführung des Kaufvertrages erforderlichen Genehmigungen – nämlich die ?? in grundbuchmäßiger Form vorliegen;
b) die für den Käufer bewilligte Auflassungsvormerkung an rangrichtiger Stelle eingetragen ist;

c) die Löschungsunterlagen für die nicht zu übernehmenden Belastungen in der Weise vorliegen, dass
die Freistellung aus dem Kaufvertrag erfolgen kann;

d) die Erklärung der Gemeinde über den Verzicht auf das gemeindliche Vorkaufsrecht vorliegt.

Der Kaufpreis ist damit (vorbehaltlich des Vorliegens weiterer, von mir jedoch ausweislich des Kaufvertrages **nicht zu überwachender** Voraussetzungen) innerhalb einer Frist von ?? ab dem Datum dieser Fälligkeitsmitteilung zur Zahlung fällig.

??Die Zahlung hat gemäß dem beigefügten Zahlungsplan an die dort aufgeführten Gläubiger unter Angabe des dortigen Betreffs zu erfolgen. Auf die dort genannten Tageszinsen weise ich hin. Im Übrigen ist der Restkaufpreis auf das im Kaufvertrag bezeichnete Konto des Verkäufers zu zahlen.

Fälligkeitsmitteilung NAK an Erwerber
*****vollzug\text\kpfaellg

&&*Maske:gkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit teile ich mit, dass nunmehr die Voraussetzungen zur Fälligkeit des Kaufpreises vorliegen.

Der Kaufpreis ist innerhalb einer Frist von ?? ab dem Datum dieser Fälligkeitsmitteilung auf das von mir eingerichtete Notaranderkonto

Bank/Bankleitzahl <BANK_NAK>
Konto-Nr. <NAK-KONTO>
Konto-Inhaber <NOTARNAME>
Kontobezeichnung <NOTARANDERKONTO>

zu überweisen.

Eine Abschrift dieses Schreibens erhält der Verkäufer zur Kenntnisnahme.

Bestätigung an Verkäufer über Kaufpreishinterlegung
*vollzug\text\kpbestv

&&*Maske:gkv1

in dieser Angelegenheit ist der Kaufpreis vertragsgemäß auf meinem Notaranderkonto gutgeschrieben worden. Nach Eintritt aller im Kaufvertrag vereinbarten Auszahlungsvoraussetzungen und Erfüllung des von der kaufpreisfinanzierenden Bank erteilten Treuhandauftrages werde ich den Kaufpreis nach Maßgabe der Weisungen im Kaufvertrag auszahlen.

Anforderung Bestätigung Kaufpreiszahlung von Veräußerer
*****vollzug\text\kpfdirv

&&*Maske:gkv1

in der oben genannten Grundstücksangelegenheit erhalten Sie anliegend eine Fotokopie meines heutigen Schreibens an den Erwerber über das Vorliegen der Voraussetzungen zur Fälligkeit des Kaufpreises.

Ich bitte um Mitteilung, sobald der Kaufpreis bei Ihnen eingegangen ist bzw. Ihrem Konto gutgeschrieben wurde.

Erinnerung Bestätigung Kaufpreiszahlung von Veräußerer
*vollzug\text\ekpfdirv

&&*Maske:gkv1

mit Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen mitgeteilt, dass nunmehr alle Voraussetzungen zur Zahlung des Kaufpreises gegeben sind.

Ich bitte nochmals um Mitteilung, sobald der Kaufpreis bei Ihnen eingeht bzw. Ihrem Konto gutgeschrieben wird.

Ohne Ihre Bestätigung über den Eingang des Kaufpreises kann der Vertrag nicht weiter bearbeitet, insbesondere die Eintragung des Eigentumswechsels im Grundbuch nicht beantragt werden.

<WVauto-14t>

Mitteilung an Beteiligte wegen Identitätserklärung
*vollzug\text\gkvident

&&*Maske:gkvteil

in dieser Angelegenheit liegt mir nunmehr die Fortführungsmitteilung des <FORTF> vor. Auf der Grundlage dieser Fortführungsmitteilung habe ich den Entwurf der Identitätserklärung gefertigt, mit der die Identität zwischen dem nunmehr als <KATASTER> bezeichneten Grundstück und der in dem Kaufvertrag bezeichneten unvermessenen Teilfläche bestätigt wird. Ich darf Sie bitten, mir kurzfristig schriftlich zu bestätigen, dass Sie mit dem Inhalt des

Entwurfes einverstanden sind, damit eine meiner im Kaufvertrag bevollmächtigten Mitarbeiterinnen für Sie diese Erklärung abgeben kann.

<Wvauto-1w>

Erinnerung an Beteiligte wegen Identitätserklärung
*****vollzug\text\e1ident

&&*Maske:gkvteil

in dieser Angelegenheit hatte ich Ihnen mit meinem Schreiben vom <DATUM-SCHREIBEN> den Entwurf der Identitätserklärung mit der Bitte um Bestätigung übersandt, dass diese notwendige Nachtragsurkunde mit diesem Inhalt beurkundet werden kann. Da der weitere Vollzug des Kaufvertrages von dieser Urkunde abhängig ist, erlaube ich mir, an die Erledigung zu erinnern.

<Wvauto-1w>

Massekartei an Beteiligte
*vollzug\text\masse1

&&*Maske:gkv1

in dieser Angelegenheit ist die Auszahlung des Kaufpreises gemäß den Auszahlungsanweisungen in dem Kaufvertrag vom <BU-DATUM> mittlerweile erfolgt. Ich füge als Anlage zum Nachweis der ordnungsgemäßen Verwahrung und Verwendung des bei mir hinterlegten Kaufpreises ?? bei.

??

Abschlussschreiben an Erwerber
*vollzug\text\endegkv

&&*Maske:gkv1

in der Anlage erhalten Sie einen auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszug. Wie Sie daraus ersehen können, sind Sie als Eigentümer des erworbenen Objektes im Grundbuch eingetragen.

Weiterhin erhalten Sie für Ihre Unterlagen eine Ausfertigung des Kaufvertrages mit Auflassung ?? sowie eine Fotokopie der Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung zu Ihren Unterlagen.

Soweit Grundpfandrechte zur Finanzierung des Kaufpreises zur Eintragung gekommen sind, haben diese die erforderlichen Rangstellen im Grundbuch erhalten. Ihre Darlehensgeber habe ich entsprechend unterrichtet.

Diese Angelegenheit ist damit zum Abschluss gebracht. Ich bedanke mich für die Übertragung des Beurkundungsauftrages und die Begleichung meiner Kostenrechnung.

Anschreiben an Dritte und Behörden

Antrag auf Erteilung UB durch Finanzamt
*vollzug\text\ubanfa

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Vertrag beurkundet.

Beigefügte Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt gemäß § 18 (1) GrEStG mit der Bitte, die Unbedenklichkeitsbescheinigung gemäß §§ 22 GrEStG zu erteilen.

Veräußerungsanzeige nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck anbei.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Mitt. FA über Rechtswirk. u. Vorliegen der Genehmigungen
*vollzug\text\kvfa2

&&*Maske:gkv1

in der vorbezeichneten Vertragsangelegenheit teile ich im Nachgang zur Übersendung der Veräußerungsanzeige vom ?? mit, dass nunmehr alle zur Wirksamkeit des Vertrages erforderlichen Genehmigungen vorliegen. Ich bitte nunmehr um Erteilung des Grunderwerbsteuerbescheides sowie der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung.

<Wvauto-3m>

Anfrage nach UB an Finanzamt
*vollzug\text\famahn

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Kaufvertrag beurkundet und der Antrag auf Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung von mir gestellt. Der Kaufgegenstand ist eingetragen im Grundbuch von <BEZGRUND1> Blatt <BEZBLATT1>.

Verkäufer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>.
Käufer ist <RAA$Gegner.VNName>, <RAA$Gegner.Strasse>, <RAA$Gegner.Ort>

Ich bitte höflich um kurzfristige (telefonische) Mitteilung, welche Hinderungsgründe der Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung entgegenstehen.

<WVauto-21t>

Anfrage UB an FA – Genehmigungen liegen vor
*vollzug\text\e1fa

&&*Maske:gkv1

am <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen eine Abschrift des Kaufvertrages vom <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> sowie die Veräußerungsanzeige mit der Bitte um Erteilung der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung übersandt.

Alle zur Rechtswirksamkeit des Vertrages erforderlichen Genehmigungen liegen nunmehr vor.

Ich bitte um Erteilung der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung und Übersendung an den amtierenden Notar.

<WVauto-2m>

Erinnerung UB an FA – Genehmigungen liegen vor
*vollzug\text\e2fa

&&*Maske:gkv1

am <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen eine Abschrift des Kaufvertrages vom <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> sowie die Veräußerungsanzeige mit der Bitte um Erteilung der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung übersandt.

Am <DATUM_ERINNERUNG> habe ich Ihnen mitgeteilt, dass für den Kaufvertrag nunmehr die Rechtswirksamkeit eingetreten ist.

Ich erlaube mir hiermit, an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<WVauto-1m>

Vertrag an Kaufpreissammelstelle
*vollzug\text\kpsammgk

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Kaufvertrag beurkundet. Der Kaufgegenstand ist eingetragen im Grundbuch von <GBA> <GB_BLATT>.

Verkäufer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>.
Käufer ist <RAA$Mandant2.VNName>, <RAA$Mandant2.Strasse>, <RAA$Mandant2.Ort>.

Beigefügte Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt für die Kaufpreissammlung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses gemäß § 195 BauGB.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Antrag Erteilung Negativattest
*vollzug\text\negativ

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Kaufvertrag beurkundet. Der Kaufgegenstand ist eingetragen im Grundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT>.

Verkäufer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort> .
Käufer ist <RAA$Mandant2.VNName>, <RAA$Mandant2.Strasse>, <RAA$Mandant2.Ort>.

Beigefügte auszugsweise – beglaubigte – Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt

> mit dem Antrag, gemäß § 28 (1) BauGB und nach den einschlägigen landesrechtlichen Verordnungen des DSchG unverzüglich ein Zeugnis über die Nichtausübung oder das Nichtbestehen eines Vorkaufsrecht gemäß §§ 24 ff. BauGB und den Bestimmungen des § 18 DSchG, in förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gemäß 145 (7) BauGB, auszustellen.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Antrag auf Genehmigung Baugesetzbuch
***vollzug\text\genehmba**

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir der vorbezeichnete Grundstückskaufvertrag beurkundet.

Verkäufer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>.
Käufer ist <RAA$Mandant2.VNName>, <RAA$Mandant2.Strasse>, <RAA$Mandnat2.Ort>.

Beigefügte – beglaubigte – Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt mit dem Antrag

> gemäß § 28 Absatz I BauGB und nach den einschlägigen landesrechtlichen Verordnungen des DSchG unverzüglich ein Zeugnis über die Nichtausübung oder das Nichtbestehen eines Vorkaufsrechts gem. §§ 24 ff. BauGB, § 3 BauGBMaßnahmenG und den Bestimmungen des § 18 DSchG, in förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gem. § 145 (7) BauGB auszustellen.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Antrag auf Genehmigung GVO
***vollzug\text\genehmgo**

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir der vorbezeichnete Grundstückskaufvertrag beurkundet.

Verkäufer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>.
Käufer ist <RAA$Mandant2.VNName>, <RAA$Mandant2.Strasse>, <RAA$Mandant2.Ort>.

Beigefügte – beglaubigte – Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt mit der Bitte um Erteilung der Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.12.1993/BGBl I S.218, 2212) geändert am 22.September 2005 (BGBl. S. 2809).

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Antrag auf Genehmigung GrVG
*vollzug\text\genehmgv

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir der vorbezeichnete Vertrag beurkundet.

Beigefügte – beglaubigte – Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt mit der Bitte um Erteilung der Genehmigung gemäß Grundstücksverkehrsgesetz, da es sich um eine landwirtschaftliche Fläche handelt, die die genehmigungsfreie Fläche überschreitet.

Für den Fall der Nichtzuständigkeit bitte ich um Weiterleitung an das zuständige Landratsamt und um Mitteilung, wohin die Unterlagen geleitet wurden.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

<Wvauto-2m>

Antrag auf Genehmigung Vormundschaftsgericht
*vollzug\text\kvanvg

&&*Maske:gkv1

In der vorbezeichneten Betreuungsangelegenheit überreiche ich als Anlage eine beglaubigte – auszugsweise – Abschrift des hier am <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-NR> geschlossenen Kaufvertrag über den in <GEMARKUNG>, gelegenen Grundbesitz des Betreuten. Durch die Beteiligten bin ich beauftragt, die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zu diesem Vertrag einzuholen und mit Wirkung für und gegen alle Beteiligten entgegenzunehmen.

Ich bitte höflich, nach Prüfung der Angelegenheit die Genehmigung zu erteilen und mir entsprechend der durch die Beteiligten in der Urkunde erteilten Vollmacht zuzustellen.

Erinnerung Vormundschaftsgericht
*****vollzug\text\e1vormg

&&*Maske:gkv2

hatte ich mit meinem Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> eine beglaubigte auszugsweise Abschrift des Kaufvertrages vom <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-DATUM> mit der Bitte um vormundschaftsgerichtliche Genehmigung übersandt. Ich erlaube mir, nach dem Sachstand Ihrer Prüfung zu fragen und an die Übersendung der Genehmigung zu erinnern.

<WVauto-6w>

2. Erinnerung Vormundschaftsgericht
*****vollzug\text\e2vormg

&&*Maske:gkv2

erlaube ich mir, unter Hinweis auf mein Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> sowie die Erinnerung vom <DATUM_ERINNERUNG> um Mitteilung der Gründe zu bitten, die der Erteilung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung noch entgegenstehen.

<WVauto-6w>

Anforderung Löschungsbewilligung dinglich Berechtigter
*****vollzug\text\gbberech

&&*Maske:wkv1

in der vorbezeichneten Angelegenheit ist der im Grundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT> eingetragene Grundbesitz mit Vertrag vom <BU-DATUM> – Urkundenrolle Nr. <UR-NR> – verkauft worden. In Abteilung ?? des Grundbuches ist zu Ihren Gunsten ?? eingetragen.

Diese Belastung soll vor Eigentumsübergang gelöscht werden. Ich darf Sie daher bitten, mir zu treuen Händen die Löschungsbewilligung für das zu Ihren Gunsten eingetragene Recht zu überlassen und mir zugleich mitzuteilen, ob und welche Forderung Ihnen aufgrund dieser Eintragung noch zusteht. Die zum Stichtag ?? bestehenden Verbindlichkeiten sollen aus dem Kaufpreis abgelöst werden.

Erste Erinnerung an dinglich Berechtigten
*****vollzug\text\e1gbber

&&*Maske:wkv

in der vorbezeichneten Angelegenheit hatte ich mit meinem Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> um Hergabe einer Löschungsbewilligung für das zu Ihren Gunsten im Grundbuch von <BEZGRUND1> Blatt <BEZBLATT1> eingetragene Recht gebeten. Eine Antwort habe ich hierauf bislang nicht erhalten und erlaube mir daher, an die Erledigung zu erinnern.

<WVauto-3w>

Zweite Erinnerung an dinglich Berechtigten
*vollzug\text\e2gbber

&&*Maske:wkv

in der vorbezeichneten Angelegenheit hatte ich mit meinem Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> um Hergabe einer Löschungsbewilligung für das zu Ihren Gunsten im Grundbuch von <BEZGRUND1> Blatt <BEZBLATT1> eingetragene Recht gebeten. Auch auf meine Erinnerung mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> habe ich eine Antwort bislang nicht erhalten, sodass ich nunmehr noch einmal an die Erledigung erinnern darf. Bitte teilen Sie mir etwa bestehende Hinderungsgründe für die Hergabe der Löschungsbewilligung mit, damit ich bei dem Verkäufer auf die Beseitigung hinwirken kann.

<WVauto-3w>

Anschreiben an Banken

Anschreiben an Bank bezüglich Valutastand zur Ablösung
*vollzug\text\valutagk

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Kaufvertrag beurkundet. Eine einfache Abschrift des Vertrages ist beigefügt.

Der Kaufgegenstand soll lastenfrei übergeben werden.

Die Grundschuld soll vom hier zu hinterlegenden Kaufpreis abgelöst werden. Ich bitte daher um Bekanntgabe des Valutastandes zum <UEBERGABE_AM> sowie der täglich ab <UEBERGABE_AM> anfallenden Zinsbeträge.

Ferner bitte ich um Hersendung der Löschungsbewilligung unter den üblichen Treuhandauflagen.

Erste Erinnerung an Bank wegen Valuta
***vollzug\text\e1valuta

&&*Maske:gkv1

am <DATUM-SCHREIBEN> hatte ich Ihnen eine Abschrift meiner Urkunde UR-Nr. <UR-NR> vom <BU-DATUM> mit der Bitte um Bekanntgabe des Valutastandes zum <UEBERGABE_AM> sowie der täglich ab <UEBERGABE_AM> anfallenden Zinsbeträge übersandt.

Ferner bat ich um Übersendung der Löschungsbewilligung unter den üblichen Treuhandauflagen.

Da bis heute leider kein Eingang zu verzeichnen ist, erlaube ich mir, an die Erledigung zu erinnern.

<WVauto-2w>

Zweite Erinnerung an Bank wegen Valuta
***vollzug\text\e2valuta**

&&*Maske:gkv1

am <DATUM-SCHREIBEN> hatte ich Ihnen eine Abschrift meiner Urkunde UR-Nr. <UR-NR> vom <BU-DATUM> mit der Bitte um Bekanntgabe des Valutastandes zum <UEBERGABE_AM> sowie der täglich ab <UEBERGABE_AM> anfallenden Zinsbeträge übersandt.

Ferner bat ich um Übersendung der Löschungsbewilligung unter den üblichen Treuhandauflagen.

Bereits am <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Erledigung erinnert. Ich erinnere nochmals an die Erledigung, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<WVauto-14t>

Annahme Treuhandauftrag
*vollzug\text\treuhand

anliegend reiche ich Ihren Treuhandauftrag unterzeichnet und mit Dienstsiegel versehen zurück.

Der Treuhandauftrag wird so akzeptiert.

Alt.2:
Den Treuhandauftrag kann ich so nicht annehmen. Ich bitte Sie, den Treuhandauftrag wie folgt abzuändern:

1. .....

2. .....

Grundschuld an Bank wegen Zweckbestimmung
***vollzug\text\gsbank1**

&&*Maske:grundsch

überreiche ich als Anlage zunächst eine einfache Abschrift der hier am <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-NR> bestellten Grundschuld über <GS_BETRAG> €.

Die Kaufvertragsparteien haben im Kaufvertrag und in der Grundschuldbestellungsurkunde Erklärungen zur Einschränkung der allgemeinen Zweckbestimmung bis zur Kaufpreisbelegung bzw. Eigentumsumschreibung abgegeben.

Damit ich die Grundschuldbestellungsurkunde zum Vollzug dem Grundbuchamt einreichen und Ihnen eine vollstreckbare Ausfertigung erteilten kann, bitte ich höflich um Bestätigung, dass Sie die Einschränkung der Zweckbestimmung beachten und entsprechend verfahren werden. Zum Zeichen Ihres Einverständnisses erbitte ich die beigefügte Zweitschrift dieses Schreibens unterzeichnet zurück.

Erinnerung an Bestätigung Zweckbestimmung
*vollzug\text\e1bank

&&*Maske:gkv1

in der vorbezeichneten Angelegenheit hatte ich Ihnen mit Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> eine einfache Abschrift der Grundschuldbestellungsurkunde übersandt mit der Bitte, mir die Beachtung der derzeit noch eingeschränkten Zweckbestimmung zu bestätigen.

Da mir Ihre Bestätigung noch nicht vorliegt, erlaube ich mir, an die Erledigung zu erinnern. Die Grundschuldbestellungsurkunde kann ansonsten dem Grundbuchamt zur Eintragung nicht eingereicht werden.

<WVauto-1w>

Erinnerung Bestätigung Zweckbestimmung – kurz
*vollzug\text\e2bank

&&*Maske:gkv1

in der vorbezeichneten Angelegenheit hatte ich mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> bereits an die Rücksendung Ihrer Bestätigung der derzeit noch eingeschränkten Zweckbestimmung erinnert, die ich Ihnen am <DATUM_SCHREIBEN> übersandt hatte.

Ich erlaube mir noch einmal, an die Erledigung zu erinnern.

<WVauto-1w>

Vollstreckbare Ausfert. Grundschuld an Bank
*****vollzug\text\gsanbank

&&*Maske:gkv1

in der Anlage erhalten Sie eine vollstreckbare Ausfertigung ??sowie ??eine Ausfertigung, ??eine beglaubigte Abschrift, ??eine einfache Abschrift der Urkunde vom <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> zu Ihrer weiteren Verwendung.

Nach Vorliegen aller erforderlichen Genehmigungen und Erklärungen habe ich den Antrag auf Eintragung des Grundpfandrechts heute beim Grundbuchamt eingereicht.

Auszahlungsauftrag an Bank/NAK
*****vollzug\text\nak1

&&*Maske:gkv1

bitte führen Sie von dem vorbezeichneten Notaranderkonto die nachfolgenden Überweisungen durch. Die Erledigung des Auftrages bitte ich, auf der beigefügten Durchschrift dieses Schreibens zu bestätigen.

???

??

Anschreiben an Bank wegen Notarbestätigung
*****vollzug\text\notbest

&&*Maske:grundsch

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage meine Notarbestätigung bezüglich der Eintragung der zu Ihren Gunsten bestellten Grundschuld und zur Erfüllung Ihres Treuhandauftrages.

Anforderung Bestätigung Eingang Darlehnsvaluta
*****vollzug\text\zahlbest

&&*Maske:gkv1

bitte ich um schriftliche Bestätigung, sobald die Zahlung des Erwerbers auf dem von Ihnen benannten Konto eingegangen ist.

Abschlussschreiben an Bank nach Umschreibung
*****vollzug\text\bankende

&&*Maske:gkv1

in dieser Angelegenheit überreiche ich zum Abschluss der Angelegenheit als Anlage die Eintragungsnachricht des Grundbuchamtes sowie einen vollständigen Grundbuchauszug, dem Sie die Eigentumsumschreibung auf Ihre Darlehensnehmer sowie die rangrichtige Eintragung der zu Ihren Gunsten bestellten Grundschuld entnehmen können.

Abschlussschr. Bank n. Umschreibung u. Eintragung GS
*vollzug\text\endgkvgs

&&*Maske:gkv1

im Nachgang zum bisher geführten Schriftwechsel erhalten Sie in der Anlage einen auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszug, aus dem Sie ersehen können, dass Ihr Darlehensnehmer als Eigentümer des erworbenen Grundbesitzes im Grundbuch eingetragen wurde.

Das zu Ihren Gunsten bestellte Grundpfandrecht hat die geforderte Rangstelle erhalten.

Ich betrachte die Angelegenheit damit als abgeschlossen.

Grundbuchanträge

Antrag auf Eintragung Vormerkung
*vollzug\text\vormerkg

&&*Maske:gkv1

Zu den Grundakten
von <GBA>
Blatt <GB_BLATT>

überreiche ich anliegend die erste auszugsweise Ausfertigung des Vertrages vom

<BU-DATUM>, UR.Nr. <UR-NR>, und beantrage,

die Vormerkung im Grundbuch einzutragen.

Die Kosten der Eintragung sind bei <@a3P> Erwerber<@S3P> anzufordern.

Erste Erinnerung Eintragung Vormerkung
***vollzug\text\e1vormer**

&&*Maske:gkv1

am <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen die erste auszugsweise Ausfertigung des Vertrages vom <BU-DATUM>, UR.Nr. <UR-NR>, übersandt und beantragt, die Vormerkung im Grundbuch einzutragen.

Ich erlaube mir, an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung, welche Hinderungsgründe der Eintragung im Wege stehen.

<WVauto-3m>

Zweite Erinnerung Eintragung Vormerkung
*vollzug\text\e2vormer

&&*Maske:gkv1

am <DATUM_SCHREIBEN> habe ich Ihnen die erste auszugsweise Ausfertigung des Vertrages vom <BU-DATUM>, UR.Nr. <UR-NR>, übersandt und beantragt, die Vormerkung im Grundbuch einzutragen.

Bereits mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Eintragung der Vormerkung erinnert.

Ich erlaube mir, nochmals an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung, welche Hinderungsgründe der Eintragung im Wege stehen.

<WVauto-3m>

Antrag GBA wegen Löschung Abt. II
***vollzug\text\loesch2**

&&*Maske:gkv1

überreiche ich als Anlage Löschungsbewilligung vom ?? und beantrage,

die in Abteilung II Nr. ?? eingetragene Belastung zu löschen.

Die Kosten der Löschung bitte ich, von <@P3A> Eigentümer<@S3A> direkt anzufordern.

Löschungsantrag Vorlast Abt. III
*vollzug\text\loesch

&&*Maske:gkv1

überreiche ich als Anlage Löschungsbewilligung vom ?? und beantrage,

die in Abteilung III Nr. <ABT3ERSTE> <ABT3LFDNR2> eingetragene Belastung zu löschen.

Die Kosten der Löschung bitte ich, von <@P3A> Eigentümer<@S3A> direkt anzufordern.

Erste Erinnerung Löschung Vorlast Abt.III
*vollzug\text\e1loesch

&&*Maske:gkv1

am <DATUM_SCHREIBEN> hatte ich die Löschungsbewilligung für die in Abteilung III Nr. <ABT3ERSTE> <ABT3LFDNR2> eingetragene Belastung eingereicht und die Löschung beantragt.

Ich erlaube mir, an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung, welche Hinderungsgründe der Eintragung im Wege stehen.

<WVauto-3m>

Zweite Erinnerung Löschung Vorlast Abt. III
*****vollzug\text\e2loesch

&&*Maske:gkv1

am <DATUM_SCHREIBEN> hatte ich die Löschung der in Abteilung III Nr. <ABT3ERSTE> <ABT3LFDNR2> beantragt und mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Erledigung dieses Antrages erinnert.

Ich erlaube mir, nochmals an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung, welche Hinderungsgründe der Löschung im Wege stehen.

<WVauto-3m>

Antrag Eintragung Grundschuld an GBA
*****vollzug\text\antraggs

&&*Maske:gkv1

Zu den Grundakten
von <GBA>
Blatt <GB_BLATT>

überreiche ich

1. Ausfertigung der Grundschuldbestellungsurkunde vom <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR>;
2. ??
3 ??

und beantrage namens der Gläubigerin und des Eigentümers die Eintragung der Grundschuld, vollstreckbar gem. § 800 ZPO, an der gem. Ziff. ?? der Urkunde vorgesehenen Rangstelle und ??. Sollte die beantragte Rangstelle nicht zur Verfügung stehen, wird die

Eintragung an zunächst offener Rangstelle beantragt.

Nach erfolgter Eintragung bitte ich um Erteilung eines auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszuges.

Anschreiben GBA mit Eintragungsunterlagen
*****vollzug\text\anagsch2

&&*Maske:grundsch

reiche ich als Anlage ?? sowie die Ausfertigung der Grundschuldbestellungsurkunde vom <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrolle-Nr. <UR-NR> nach und bitte nunmehr um Vollzug der Anträge vom ??

Antrag auf Eigentumsumschreibung
*vollzug\text\gkvumsch

&&*Maske:gkv1

Zu den Grundakten
von <GBA>
Blatt <GB_BLATT>

überreiche ich anliegende Ausfertigung des Kaufvertrages vom <BU-DATUM>, UR.-Nr. <UR-NR>, das Negativzeugnis sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes mit dem Antrag,

die Eigentumsumschreibung im Grundbuch vorzunehmen und anschließend die Vormerkung zu löschen, letzteres jedoch nur, sofern keine Zwischeneintragungen vorliegen, an denen der Käufer nicht mitgewirkt hat.

Hierfür entstehende Gebühren fordern Sie bitte bei dem neuen Eigentümer an.

Erste Erinnerung Eigentumsumschreibung
*vollzug\text\e1umschr

&&*Maske:gkv1

Zu den Grundakten
von <BEZGRUND1>
Blatt <BEZBLATT1>

habe ich Ihnen eine Ausfertigung des Kaufvertrages vom <BU-DATUM>, UR.-Nr. <UR-NR>, das Negativzeugnis sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes mit dem Antrag übersandt, die Eigentumsumschreibung im Grundbuch vorzunehmen und anschließend die Vormerkung zu löschen. Ich erinnere hiermit an die Erledigung, ggf. bitte ich um Mitteilung, was der Eintragung im Wege steht.

<WVauto-12w>

Zweite Erinnerung Eigentumsumschreibung
*vollzug\text\e2umschr

&&*Maske:gkv1

Zu den Grundakten
von <BEZGRUND1>
Blatt <BEZBLATT1>

hatte ich am <DATUM_SCHREIBEN> eine Ausfertigung des Kaufvertrages vom <BU-DATUM>, UR.-Nr. <UR-NR>, das Negativzeugnis sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes mit dem Antrag übersandt, die Eigentumsumschreibung im Grundbuch vorzunehmen und anschließend die Vormerkung zu löschen.

Bereits am <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Erledigung erinnert.

Ich erlaube mir, nochmals an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung, was der Eintragung im Wege steht.

<WVauto-3m>

Grundschuldbestellungen

Übersendung Abschrift an Beteiligte
*vollzug\text\gsanbet

&&*Maske:gkv1

in der Anlage überreiche ich Ihnen eine Fotokopie der Grundschuldbestellungsurkunde vom <BU-DATUM> zu Ihren Unterlagen.

Nach Vorliegen aller erforderlichen Genehmigungen und Erklärungen habe ich den Antrag auf Eintragung des Grundpfandrechts heute beim Grundbuchamt eingereicht.

Weiterhin erlaube ich mir, Ihnen die beigefügte Kostenrechnung zu erteilen. Ich bitte um Überweisung des Rechnungsbetrages innerhalb von vierzehn Tagen auf eines der genannten Konten.

Vollstr. Ausfert. Grundschuld an Bank
*vollzug\text\gsanbank

&&*Maske:gkv1

in der Anlage erhalten Sie eine vollstreckbare Ausfertigung ??sowie ??eine Ausfertigung, ??eine beglaubigte Abschrift, ??eine einfache Abschrift der Urkunde vom <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> zu Ihrer weiteren Verwendung.

Nach Vorliegen aller erforderlichen Genehmigungen und Erklärungen habe ich den Antrag auf Eintragung des Grundpfandrechts heute beim Grundbuchamt eingereicht.

Anschreiben Beteiligte wegen Genehmigung
*vollzug\text\genehmgs

&&*Maske:grundsch

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir die vorbezeichnete Grundschuld zugunsten der <ADRESSE4.VNName> beurkundet.

Sie sind in dieser Beurkundung durch <ADRESSE9.VNName> <ADRESSE10.NVName> vollmachtlos vertreten worden. Zur Wirksamkeit der Urkunde ist daher Ihre Genehmigung erforderlich. Ich füge für Ihre Unterlagen eine beglaubigte Abschrift der Urkunde sowie den Entwurf einer Genehmigungserklärung bei und bitte höflich, die Genehmigung kurzfristig in notariell beglaubigter Form zu erteilen und mir zukommen zu lassen.

Der weitere Vollzug der Urkunde kann erst nach Eingang der Genehmigung erfolgen, sodass ich im Interesse aller Beteiligten um alsbaldige Erledigung bitte.

Anschreiben wegen Rangrücktritt
*vollzug\text\ruecktr

&&*Maske:gkv1

im Grundbuch von <GBA> <GB_BLATT> ist in Abteilung III unter lfd. Nr. ?? ein Grundpfandrecht zu Ihren Gunsten eingetragen.

Die Grundstückseigentümer erhalten zur Finanzierung ihres Bauvorhabens ein weiteres Darlehen, das mit einer Grundschuld in Höhe von ?? nebst ?? % Zinsen im Range vor Ihrem Recht gesichert werden soll.

Im Auftrag der Grundstückseigentümer bitte ich um Erteilung einer Vorrangseinräumungserklärung (oder Rangrücktrittserklärung). ??Eine Fotokopie der Darlehenszusage füge ich zu Ihrer Kenntnis bei.

……

Vorrangseinräumungserklärung

Im Grundbuch von <BEZGRUND1> Blatt <BEZBLATT1>

Eigentümer:
<RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>,

ist in Abt. III lfd. Nr. ?? eine Grundschuld in Höhe von EUR ?? nebst ??v.H. Zinsen zugunsten der ?? eingetragen.

Die Gläubigerin dieses Rechts räumt hiermit einer Grundschuld in Höhe von EUR ?? (i. W.: ?? Euro) nebst Zinsen und Nebenleistungen zugunsten der ?? den Vorrang vor dem vorgenannten Recht ein und bewilligt die Eintragung der Rangänderung im Grundbuch auf Kosten der Eigentümer.

??, den

Antrag auf Erteilung sanierungsrechtl. Genehmigung
***vollzug\text\sanigen

&&*Maske:gkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir die vorbezeichnete Grundschuldbestellung beurkundet. Der Belastungsgegenstand ist eingetragen im Grundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT>.

Eigentümer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>.

Beigefügt erhalten Sie eine Abschrift/Fotokopie der vorbezeichneten Urkunde mit dem Antrag auf Erteilung der sanierungsrechtlichen Genehmigung gem. § 144 BauGB.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Antrag Eintragung Grundschuld an BGA
*vollzug\text\antraggs

Siehe unter *Grundbuchanträge* auf S. 185.

1. Sachstandsanfrage an GBA
*vollzug\text\1egbags

&&*Maske:grundsch

hatte ich mit Schreiben vom <DATUM_SCHREIBEN> die hier am <BU-DATUM> zu meiner UR-Nr. ?? bestellte Grundschuld zur Eintragung eingereicht. Ich bitte um Sachstandsmitteilung.

<WVauto-4w>

2.Sachstandsanfrage an GBA
*vollzug\text\2egbags

&&*Maske:grundsch

hatte ich mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> an die Eintragung die hier am <BU-DATUM> zu meiner UR-Nr. ?? bestellte Grundschuld erinnert. Ich bitte um Mitteilung der Gründe, die einer Eintragung im Wege stehen.

<WVauto-4w>

Abschlussschreiben an Gläubigerin
***vollzug\text\endgsban

&&*Maske:gkv1

im Nachgang zum bisher geführten Schriftwechsel erhalten Sie in der Anlage einen auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszug, aus dem Sie ersehen können, dass das zu Ihren Gunsten bestellte Grundpfandrecht an der geforderten Rangstelle im Grundbuch eingetragen wurde.

Ich betrachte die Angelegenheit damit als abgeschlossen.

Abschlussschreiben Beteiligte
*****vollzug\text\endgsbet

&&*Maske:gkv1

in der Anlage erhalten Sie einen auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszug. Wie Sie daraus ersehen können, ist die von Ihnen bestellte Grundschuld an gewünschter Rangstelle im Grundbuch eingetragen.

Diese Angelegenheit ist damit zum Abschluss gebracht. Ich bedanke mich für die Übertragung des Beurkundungsauftrages und die Begleichung meiner Kostenrechnung.

Wohnungskaufverträge

Anschreiben an Käufer nach Beurkundung
*vollzug\text\uranbetw

&&*maske:wkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit überreiche ich anliegend auszugsweise beglaubigte Abschrift in gewünschter Anzahl des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Vertrages zur UR-Nr. <UR-NR> zur Kenntnisnahme und zum Verbleib bei Ihren Unterlagen.

Mit gleicher Post habe ich das Finanzamt sowie die sonstigen erforderlichen Behörden benachrichtigt sowie die Eintragung der Eigentumsvormerkung beim Grundbuchamt beantragt.

Ferner überreiche ich meine Kostennote mit der Bitte um Ausgleich.

Anschreiben an Verkäufer nach Beurkundung
*****vollzug\text\uranbtw2

&&*maske:wkv1

in vorbezeichneter Angelegenheit überreiche ich anliegend zunächst eine auszugsweise beglaubigte Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Vertrages zur UR-Nr. <UR-NR> zur Kenntnisnahme und zum Verbleib bei Ihren Unterlagen.

Mit gleicher Post habe ich das Finanzamt sowie die sonstigen erforderlichen Behörden benachrichtigt sowie die Eintragung der Eigentumsvormerkung beim Grundbuchamt beantragt.

Antrag auf Eintragung der Vormerkung
*****vollzug\text\vormerkw

&&*Maske:wkv1

Zu den Grundakten
von <GBA>
Blatt <GB_BLATT>

überreiche ich anliegend die erste auszugsweise Ausfertigung des Vertrages vom <BU-DATUM>, UR.Nr. <UR-NR>,
und beantrage,

die Vormerkung im Grundbuch einzutragen.

Nach Vollzug der Eintragung den Beteiligten und dem Notar eine Mitteilung zu übersenden.

Die Kosten bitte ich direkt bei dem Erwerber zu erheben.

Vertrag an Kaufpreissammelstelle
*vollzug\text\kpsammwk

&&*Maske:wkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Kaufvertrag beurkundet. Der Kaufgegenstand ist eingetragen im Grundbuch von <GBA> Blatt <GB_BLATT>.

Verkäufer ist <RAA$Mandant.VNName>, <RAA$Mandant.Strasse>, <RAA$Mandant.Ort>,

Käufer ist <RAA$Mandant2.VNName>, <RAA$Mandant2.Strasse>, <RAA$Mandant2.Ort>.

Beigefügte Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird übersandt für die Kaufpreissammlung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses gemäß § 195 BauGB.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Einholung Verwaltergenehmigung
*****vollzug\text\verwalt

&&*Maske:wkv1

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir der vorbezeichnete Wohnungskaufvertrag beurkundet.

Beigefügte – beglaubigte – Abschrift/Fotokopie o. g. Vertrages wird übersandt mit der Bitte um Erteilung der Verwaltergenehmigung in grundbuchmäßiger Form. Gleichzeitig bitte ich um Mitteilung, zu welchem Grundbuchblatt der gültige Verwalternachweis hinterlegt ist.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Kostenrechnung Verwaltergenehmigung an Erwerber
*vollzug\text\krverwal

in vorbezeichneter Angelegenheit ist hier die Verwaltergenehmigung für die von Ihnen erworbene Wohnung eingegangen.

Ich darf diese erst verwenden, wenn Sie die Beurkundungsgebühren, die sich aus der anliegenden Kostenrechnung ergeben, bezahlt haben und mir die Bezahlung durch Übersendung des Überweisungszettels/Einzahlungsbeleges nachgewiesen haben.

Daher bitte ich Sie um möglichst baldige Erledigung und um Nachweis.

Anschreiben Bank bezüglich Valutastand zur Ablösung
*vollzug\text\valutawk

&&*Maske:wkv1

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Kaufvertrag beurkundet. Eine einfache Abschrift des Vertrages ist beigefügt.

Der Kaufgegenstand soll lastenfrei übergeben werden.

Die Grundschuld soll vom hier zu hinterlegenden Kaufpreis abgelöst werden. Ich bitte daher um Bekanntgabe des Valutastandes zum <UEBERGABE_AM> sowie der täglich ab <UEBERGABE_AM> anfallenden Zinsbeträge.

Ferner bitte ich um Hersendung der Löschungsbewilligung unter den üblichen Treuhandauflagen.

Anschreiben Mieter wegen Vorkaufsrecht
*vollzug\text\wekvvork

&&*Maske:gkv1

beigefügt übersende ich Ihnen im Namen des Verkäufers und Ihres Vermieters aufgrund der mir im Kaufvertrag erteilten Vollmacht eine auszugsweise Ausfertigung (ohne Auflassung) des am <BU-DATUM> beurkundeten Kaufvertrag – UR-Nr. <UR-NR>.

Nach § 577 BGB steht Ihnen ein Vorkaufsrecht zu, bei dessen Ausübung der Kaufvertrag über die Wohnung zwischen dem Verkäufer und Ihnen mit dem Inhalt zustande kommt, wie er vereinbart ist.

Die Frist zur Ausübung beträgt gem. § 469 Abs. 2 BGB 2 Monate ab Zugang dieses Schreibens. Alle zur Wirksamkeit des Kaufvertrages erforderlichen Genehmigungen sind erteilt.

Wollen Sie das Vorkaufsrecht ausüben, teilen Sie dies bitte Ihrem Vermieter mit. Zur Wahrung Ihrer Interessen darf ich Sie bitten, mir eine Abschrift dieser Mitteilung zu übersenden. Sollten Sie nicht daran interessiert sein, die Wohnung zu kaufen, so können Sie auf Ihr Vorkaufsrecht gegenüber Ihrem Vermieter schriftlich verzichten. Auch von dieser Verzichtserklärung erbitte ich eine Durchschrift an mich.

Ich bitte zu beachten, dass alle Vereinbarungen des Kaufvertrages bei Ausübung des Vorkaufsrechts für den Kauf der Wohnung durch Sie gelten, insbesondere auch die Vereinbarungen zur Fälligkeit des Kaufpreises. Der Kaufpreis ist jedoch erst fällig, wenn die

vom Verkäufer zu bewilligende Vormerkung zur Sicherung Ihres Anspruchs auf Eigentumsübertragung im Grundbuch eingetragen ist und alle zu dem Kaufvertrag erforderlichen
Genehmigungen erteilt sind.

……

Verzichtserklärung

Wir sind Mieter der Wohnung, die der Eigentümer <RAA$Mandant.VNName> mit Kaufvertrag vom <BU-DATUM> (UR-Nr. <UR-NR> des Notars <NOTARNAME> in <RAW$Kanzlei.Strasse>) verkauft hat. Wir haben eine auszugsweise Ausfertigung des Vertrages (ohne Auflassung) erhalten. Wir sind darauf hingewiesen worden, dass uns nach § 577 BGB ein Vorkaufsrecht zusteht. Üben wir das Vorkaufsrecht aus, kommt der Kaufvertrag mit dem vereinbarten Inhalt mit uns zustande. Das Vorkaufsrecht kann bis zum Ablauf von 2 Monaten nach Mitteilung über die Rechtswirksamkeit des Kaufvertrages ausgeübt werden.

Wir verzichten hiermit auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes.

<BEZGE1>, den

Antrag auf Eigentumsumschreibung
*vollzug\text\etwumsch

&&*Maske:wkv1

Zu den Wohnungsgrundbuchakten
von <GBA>
Blatt <GB_BLATT>

überreiche ich anliegend die zweite Ausfertigung des Kaufvertrages vom <BU-DATUM>, UR.-Nr. <UR-NR>, die Verwaltergenehmigung in notariell beglaubigter Form sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes mit dem Antrag,

die Eigentumsumschreibung im Grundbuch vorzunehmen und anschließend die Vormerkung zu löschen, letzteres jedoch nur, sofern keine Zwischeneintragungen vorliegen, an denen der Käufer nicht mitgewirkt hat.

Die hierfür entstehenden Gebühren fordern Sie bitte bei dem neuen Eigentümer an.

Fälligkeitsmitt. Direktzahlung an Erwerber
***vollzug\text\kpfdirkw

&&*Maske:wkv

in vorbezeichneter Angelegenheit teile ich Ihnen unter Bezugnahme auf Ziff. ?? des Kaufvertrages mit, dass:

a) die zur Durchführung des Kaufvertrages erforderlichen Genehmigungen – nämlich die Genehmigung nach ?? – in grundbuchmäßiger Form vorliegen;

b) die für den Käufer bewilligte Auflassungsvormerkung an rangrichtiger Stelle eingetragen ist;

c) die Löschungsunterlagen für die nicht zu übernehmenden Belastungen in der

Weise vorliegen, dass die Freistellung aus dem Kaufvertrag erfolgen kann;

Der Kaufpreis ist damit (vorbehaltlich des Vorliegens weiterer, von mir nach den Regelungen des Kaufvertrages **nicht zu überwachender** Voraussetzungen) innerhalb einer Frist von ?? ab dem Datum dieser Fälligkeitsmitteilung zur Zahlung fällig.

??Die Zahlung hat gemäß dem beigefügten Zahlungsplan an die dort aufgeführten Gläubiger unter Angabe des dortigen Betreffs zu erfolgen. Auf die dort genannten Tageszinsen weise ich hin. Im Übrigen ist der Restkaufpreis auf das im Kaufvertrag bezeichnete Konto des Verkäufers zu zahlen.

Der Verkäufer erhält eine Abschrift meines heutigen Schreibens.

Fälligkeitsmitteilung NAK an Erwerber
*****vollzug\text\kpfaell

&&*Maske:wkv

in vorbezeichneter Angelegenheit teile ich mit, dass nunmehr die Voraussetzungen zur Fälligkeit des Kaufpreises vorliegen.

Der Kaufpreis ist innerhalb einer Frist von ?? ab dem Datum dieser Fälligkeitsmitteilung auf das von mir eingerichtete Notaranderkonto

Bank/Bankleitzahl <BANK_NAK>
Konto-Nr. <NAK-KONTO>
Konto-Inhaber <NOTARNAME>
Kontobezeichnung <NOTARANDERKONTO>

zu überweisen.

Eine Abschrift dieses Schreibens erhält der Verkäufer zur Kenntnisnahme.

Übergabeverträge

Anschreiben an Veräußerer – Übergabevertrag
*vollzug\text\ver1abw

&&*Maske:uebergab

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Übertragungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine weitere Ausfertigung habe ich <@a3P> Erwerber<@S1P> erteilt.

Die Abwicklung des Vertrages habe ich im Übrigen entsprechend den vertraglichen Anweisungen in die Wege geleitet. Von dem weiteren Verlauf werde ich Sie unaufgefordert unterrichten.

Anschreiben an Erwerber mit KR – Übergabevertrag
*****vollzug\text\erw1abw

&&*Maske:uebergab

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Übertragungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine weitere Ausfertigung habe ich <@a3A> Veräußerer erteilt.

Die Abwicklung des Vertrages habe ich im Übrigen entsprechend den vertraglichen Anweisungen in die Wege geleitet. Von dem weiteren Verlauf werde ich Sie unaufgefordert unterrichten.

Meine Kostenberechnung über die bisher entstandenen Kosten erlaube ich mir beizufügen und bitte um Ausgleich bis zum ^Frist14.

Anforderung Verwalterzustimmung – Übergabevertrag
*****vollzug\text\ueverw

&&*Maske:uebergab

am <BU-DATUM> wurde zur UR-Nr. <UR-NR> vor mir der vorbezeichnete Übertragungsvertrag beurkundet.

Beigefügte – beglaubigte – Abschrift/Fotokopie o.g. Vertrages wird übersandt mit der Bitte um Erteilung der Verwaltergenehmigung in grundbuchmäßiger Form. Gleichzeitig bitte ich um Mitteilung, zu welchem Grundbuchblatt der gültige Verwalternachweis hinterlegt ist.

Es wird gebeten, die Genehmigung bzw. Bescheinigung **zu Händen des Notars** zu erteilen.

Mitteilung an FA/Schenkungssteuer – Übergabevertrag
*****vollzug\text\ueanfa

&&*Maske:uebergab

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Vertrag beurkundet.

Beigefügte Abschrift/Fotokopie des vorbezeichneten Vertrages wird zur Erfüllung der vorgeschriebenen Mitteilungspflichten übersandt.

Mitteilung an Bank – Übergabevertrag
*****vollzug\text\valutaue

&&*Maske:uebergab

am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> wurde vor mir der vorbezeichnete Übertragungsvertrag beurkundet. Eine einfache Abschrift des Vertrages ist beigefügt.

Nach Mitteilung des Veräußerers soll das zu Ihren Gunsten in Abteilung III des Grundbuches eingetragene Grundpfandrecht getilgt sein. Da der Grundbesitz lastenfrei übergeben werden soll, bitte ich höflich um Hergabe der Löschungsbewilligung.

Antrag Eintrag. Abt. II / Umschreibung – Übergabevert.
*vollzug\text\etumsch

&&*Maske:uebergab

Zu den Grundakten
von <BEZGRUND1>
Blatt <BEZBLATT1>

überreiche ich anliegend die zweite Ausfertigung des Vertrages vom <BU-DATUM>, UR.-Nr. <UR-NR>, die Verwaltergenehmigung in notariell beglaubigter Form sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes mit dem Antrag,

a) die Eigentumsumschreibung im Grundbuch vorzunehmen

b) in Abteilung II des Grundbuches zugunsten des Veräußerers ?? einzutragen und

c) die Vormerkung zu löschen, letzteres jedoch nur, sofern keine Zwischeneintragungen vorliegen, an denen der Käufer nicht mitgewirkt hat.

Die hierfür entstehenden Gebühren fordern Sie bitte bei dem Erwerber an.

Abschlussschreiben an Veräußerer – Übergabevertrag
*vollzug\text\endeue2

&&*Maske:uebergab

in der Anlage erhalten Sie einen auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszug. Wie Sie daraus ersehen können, ist die Eigentumsumschreibung auf den Erwerber nunmehr erfolgt.

In Abteilung II des Grundbuches wurden zu Ihren Gunsten ?? eingetragen.

Diese Angelegenheit ist damit zum Abschluss gebracht. Ich bedanke mich für die Übertragung des Beurkundungsauftrages und die Begleichung meiner Kostenrechnung.

Abschlussschreiben an Erwerber – Übergabevertrag
*vollzug\text\endeue1

&&*Maske:uebergab

in der Anlage erhalten Sie einen auf den neuesten Stand gebrachten Grundbuchauszug. Wie Sie daraus ersehen können, sind Sie nunmehr als Eigentümer des Objektes im Grundbuch eingetragen.

In Abteilung II des Grundbuches wurden zugunsten des Veräußerers ?? eingetragen.

Diese Angelegenheit ist damit zum Abschluss gebracht. Ich bedanke mich für die Übertragung des Beurkundungsauftrages und die Begleichung meiner Kostenrechnung.

Handelsrecht

Die Textbausteine zum Handelsrecht befassen sich im Wesentlichen mit gesellschaftsrechtlichen Vorgängen bei der GmbH.

GmbH-Gründung

Anschreiben Gesellschaft mit Kostenrechnung (Gründung)
*vollzug\text\gmbhangs

&&*Maske:gmbhug

Gründung der <FIRMENNAME>
UR-Nr.<UR-NR> vom <BU-DATUM>

als Anlage übersende ich für die Akten der GmbH und der Gesellschafter
– Ausfertigung der Gründungsverhandlung
– Abschrift der Anmeldung zum Handelsregister
– Liste der Gesellschafter
sowie meine Kostenrechnung mit der Bitte um Ausgleich.

Den Antrag beim zuständigen Handelsregister habe ich elektronisch diesem übermittelt.

Sobald die Eintragung erfolgt ist, erhalten Sie weitere Nachricht.

Erste Erinnerung Nachweis Stammeinlage
*****vollzug\text\e1gmbh

&&*Maske:gmbh

in dieser Angelegenheit erlaube ich mir, an die Erledigung meines Schreibens vom <DATUM_SCHREIBEN> zu erinnern. Das Handelsregister verlangt einen Nachweis über die Einzahlung der Stammeinlage.

<Wvauto-2w>

Zweite Erinnerung Nachweis Stammeinlage
*****vollzug\text\e2gmbh

&&*Maske:gmbh

am <DATUM_SCHREIBEN> habe ich um Übersendung eines Einzahlungsnachweises für die Einzahlung der Stammeinlage zur Vorlage bei dem Handelsregister gebeten.

Am <DATUM_ERINNERUNG> habe ich schon einmal an die Erledigung erinnert, damit die Anmeldung der Gesellschaft beim Handelsregister eingereicht werden kann.

Ich erlaube mir hiermit, noch einmal um die Übersendung des entsprechenden Beleges zu bitten. Sofern Sie wünschen, dass die Anmeldung auch ohne Rücksicht auf diesen Nachweis eingereicht werden soll, bitte ich um entsprechende Nachricht.

<WVauto-1m>

Mitteilung an FA – Kapitalverkehrsstelle (Gründung)
***vollzug\text\gmbhgrfa

&&*Maske:gmbhug

gemäß § 54 der Einkommensteuer-DVO zeige ich an, dass am <BU-DATUM> zur UR.-Nr. <UR-NR> die Firma <RAA$Mandant.VNName> mit dem Sitz in <FIRMENSITZ> gegründet wurde.

Eine beglaubigte Abschrift vorgenannter Urkunde überreiche ich zur weiteren Verwendung.

Antrag auf Eintrag im Handelsregister (Gründung)
***vollzug\text\antraghr

&&*Maske:gmbhug

In der Handelsregistersache
<FIRMENNAME>
- n e u -

überreiche ich in elektronisch beglaubigter Form

die Gründungsverhandlung nebst Satzung und Bestellung der Geschäftsführer,

die Anmeldung nebst Liste der Gesellschafter,

die Unbedenklichkeitsbescheinigung der Industrie- und Handelskammer

mit dem Antrag,

die neugegründete Firma im Handelsregister einzutragen und Erteilung der Eintragungsnachricht zu meinen Händen.

Die Firma hat Ihren Sitz in <FIRMENSITZ>.

Im Interesse der Beschleunigung erkläre ich, dass ich für die Kosten einstehe.

Erste Erinnerung Eintragung
*vollzug\text\er1hr

&&*Maske:gmbh1

In der Handelsregistersache <FIRMENNAME> – n e u – habe ich Ihnen am <DATUM_SCHREIBEN> die elektronisch beglaubigte Ablichtung der Gründungsverhandlung nebst Satzung und Bestellung der Geschäftsführer, die Anmeldung in elektronisch beglaubigter Form nebst Liste der Gesellschafter übersendet mit dem Antrag auf Eintragung der neugegründeten Firma in das Handelsregister.

Ich erlaube mir, hiermit an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<Wvauto-3m>

Zweite Erinnerung Eintragung
*vollzug\text\er2hr

&&*Maske:gmbh1

In der Handelsregistersache <FIRMENNAME> - n e u - habe ich laut Sendeprotokoll am <DATUM_SCHREIBEN> die Eintragung der neugegründeten Firma in das Handelsregister beantragt.

Bereits mit Nachricht EGVP vom <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Erledigung erinnert.

Da bis heute kein Posteingang zu verzeichnen ist, erlaube ich mir, nochmals an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<Wvauto-3m>

Einholung Bestätigung wg. firmenrechtlicher Bedenken
*****vollzug\text\ihkfirm

&&*Maske:gmbh1

aufgrund der Änderungen der MoMiG entfallen!

Abschlussschreiben an Gesellschaft (Gründung)
*****vollzug\text\endegmbh

&&*Maske:gmbhug

anliegend erhalten Sie die Eintragungsnachricht des Handelsregisters. Die von Ihnen gegründete GmbH ist nunmehr ordnungsgemäß eingetragen.

Die Geschäftsführung darf ich darauf hinweisen, dass gemäß § 35a GmbH-Gesetz auf allen Geschäftsbriefen, die an einen bestimmten Empfänger gerichtet werden (zweckmäßigerweise in einer Fußleiste), die folgenden Angaben enthalten sein müssen:

Eingetragen bei dem Amtsgericht <HR-GERICHT> zur <HR-NUMMER>,
Geschäftsführer <ADRESSE5.VNName> <ADRESSE7.VNName>.

Die Angelegenheit ist damit zum Abschluss gebracht. Ich bedanke mich für die Übertragung der Beurkundung und die Begleichung meiner Kostenrechnung.

GmbH-Gesellschafterversammlung

Gesellschafterversammlung Protokoll
*vollzug\text\gmbhgv1

&&*Maske:gmbh2

Der amtierende Notar begab sich auf Ersuchen der Geschäftsführung nach <ORT_VERSAMML>, um dort die Niederschrift über die <ART_VERSAMML> Gesellschafterversammlung der

<FIRMENNAME>

aufzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung begann um ?? Uhr. Es waren anwesend

a) die Gesellschafter

<ADRESSE1.VNName>
<ADRESSE2.VNName>
<ADRESSE3.VNName>
<ADRESSE4.VNName>

b) von der Geschäftsführung

<ADRESSE5.VNName>
<ADRESSE6.VNName>.

Der nach der Satzung bestimmte Versammlungsleiter, <VERS_LEITER>, stellte zunächst zur Beschlussfähigkeit der Versammlung folgendes fest:

<ANWESENHEIT>.

Die Gesellschafter erklärten sich einstimmig einverstanden mit der Durchführung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung unter Verzicht auf die nach Gesetz und Satzung vorgesehenen Frist- und Formerfordernisse.

Der Versammlungsleiter gab die Tagesordnung wie folgt bekannt:

<TAGESORDN>

Die Gesellschafterversammlung fasste sodann folgende Beschlüsse:

TOP 1:

<BESCHLUSS1>

TOP 2:

<BESCHLUSS2>

TOP 3:

<BESCHLUSS3>

Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Nachdem weitere Anträge zur Tagesordnung nicht gestellt wurden, schloss der Versammlungsleiter die Gesellschafterversammlung um ?? Uhr.

Der Notar befragte sämtliche Erschienene nach einer Vorbefassung i.S.d. § 3 Abs.1 Nr.7 BeurkG, die von allen Erschienenen verneint wurde.

Notar

[Gesellschafterversammlung – Form gem. § 36 BeurkG]

Anschreiben Gesellschaft mit Kostenrechnung
*****vollzug\text\gmbhgs2

&&*Maske:gmbh2

&&*Maske:gmbh2

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich beglaubigte Ablichtungen des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom <BU-DATUM> für die Gesellschaft und die Gesellschafter sowie eine einfache Ablichtung der Handelsregisteranmeldung vom gleichen Tage. Soweit gesetzliche Mitteilungspflichten infolge der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bestehen, habe ich diese mit gleicher Post erfüllt.

Meine Kostenberechnung füge ich als Anlage mit der höflichen Bitte um Ausgleich bei.

Anschreiben an Ges. mit Kostenr. – Kapitalerhöhung
*****vollzug\text\gmbhgs22

&&*Maske:gmbh2

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich beglaubigte Ablichtungen des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom <BU-DATUM> für die Gesellschaft und die Gesellschafter sowie eine einfache Ablichtung der Handelsregisteranmeldung vom gleichen Tage. Soweit gesetzliche Mitteilungspflichten infolge der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bestehen, habe ich diese mit gleicher Post erfüllt.

Meine Kostenberechnung füge ich als Anlage mit der höflichen Bitte um Ausgleich bei.

Bitte überlassen Sie zur Weiterleitung an das Handelsregister noch einen Einzahlungsnachweis für die Einzahlung der sich aus dem Kapitalerhöhungsbeschluss ergebenden Stammeinlage.

<Wvauto-2w>

Anschreiben FA/ Kapitalverkehrssteuerst./Grunderwerb
*****vollzug\text\gmbhgfa2

&&*Maske:gmbh2

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich beglaubigte Ablichtungen des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom <BU-DATUM> der <FIRMENNAME> mit Sitz in <FIRMENSITZ> zu Ihrer Information.

Eintragungsantrag Handelsregister (Satzungsänderung)
*****vollzug\text\hranm1

&&*Maske:gmbh2

zu den vorgenannten Registerakten übersende ich zum elektronischen Handelsregister als Anlage

– Protokoll der Gesellschafterversammlung vom <BU-DATUM> zu meiner

Urkundenrollen-Nr.
<UR-NR>
– Handelsregisteranmeldung der Gesellschaft vom gleichen Tage, sämtlich in elektronisch beglaubigter Form

und beantrage die Eintragung der angemeldeten Änderungen im Handelsregister.

Eintragungsantrag Handelsregister (Satzungsänd.) Erinnerung
*vollzug\text\e1hrgv

&&*Maske:gmbh2

hatte ich am <DATUM_SCHREIBEN> das Protokoll der Gesellschafterversammlung vom <BU-DATUM> sowie die Handelsregisteranmeldung mit dem Antrag auf Eintragung der angemeldeten Änderungen überreicht.

Ich bitte um Mitteilung, was der Eintragung der angemeldeten Änderungen entgegensteht.

<Wvauto-3m>

Eintragungsantrag HR (Satzungsänd.) 2. Erinnerung
*vollzug\text\e2hrgv

&&*Maske:gmbh2

habe ich laut Sendeprotokoll EGVP die Eintragung der angemeldeten Änderungen in das Handelsregister beantragt.

Bereits mit Nachricht vom <DATUM_ERINNERUNG> habe ich an die Erledigung erinnert.

Da bis heute kein Posteingang zu verzeichnen ist, erlaube ich mir, nochmals an die Erledigung zu erinnern, ggf. bitte ich um Mitteilung der Hinderungsgründe.

<Wvauto-3m>

Abschlussschreiben Gesellschaft – Gesellschafterversamml.
***vollzug\text\gmbhgv2

&&*Maske:gmbh2

in dieser Angelegenheit überreiche ich als Anlage die Eintragungsmitteilung des Handelsregisters über die am <BU-DATUM> angemeldeten Änderungen sowie einen aktuellen Handelsregisterauszug.

Die Angelegenheit ist damit abgeschlossen. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen und den Ausgleich meiner Kostenrechnung bedanke ich mich.

GmbH-Abtretungen

Anschreiben an Käufer – Abtretung Geschäftsanteil
*****vollzug\text\gmbhab11

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine beglaubigte Abschrift habe ich mit gleicher Post der <RAA$Korr1.VNName> mit der Bitte um Genehmigung gem. § 15 GmbHG übersandt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungen gegenüber dem Finanzamt und dem Handelsregister sind mit gleicher Post bzw. per elektronischer Übermittlung erfolgt.

Von dem Eingang der Genehmigung werde ich Sie unverzüglich unterrichten.

Meine Kostenberechnung füge ich mit der höflichen Bitte um Ausgleich als Anlage bei.

Anschreiben an Verkäufer – Abtretung
*****vollzug\text\gmbhab22

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine beglaubigte Abschrift habe ich mit gleicher Post der <RAA$Korr1.VNName> mit der Bitte um Genehmigung gem. § 15 GmbHG übersandt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungen gegenüber dem Finanzamt und dem Handelsregister sind mit gleicher Post bzw. elektronischer Übermittlung erfolgt.

Von dem Eingang der Genehmigung werde ich Sie unverzüglich unterrichten.

Einholung Genehmigung Gesellschaft (Abtretung)
*****vollzug\text\gmbhab4

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages über den Geschäftsanteil Ihres Gesellschafters <RAA$Mandant.NName> an ??.

Die Veräußerung bedarf der Zustimmung der Gesellschaft. Ich bitte daher höflich um Übersendung der schriftlichen Genehmigung zu meinen Händen.

<WVauto-2w>

Anschreiben an Käufer (Abtretung)
*****vollzug\text\gmbhab1

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier

am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine beglaubigte Abschrift habe ich mit gleicher Post der <RAA$Korr1.VNName> zur Erfüllung der Anzeigepflicht gem. § 16 GmbHG übersandt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungen gegenüber dem Finanzamt und dem Handelsregister sind mit gleicher Post bzw. per elektronischer Übermittlung erfolgt.

Meine Kostenberechnung füge ich mit der höflichen Bitte um Ausgleich als Anlage bei.

Anschreiben an Verkäufer (Abtretung)
*****vollzug\text\gmbhab2

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages für Ihre Unterlagen. Eine beglaubigte Abschrift habe ich mit gleicher Post der <RAA$Korr1.VNName> zur Erfüllung der Anzeigepflicht gem. § 16 GmbHG übersandt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungen gegenüber dem Finanzamt und dem Handelsregister sind mit gleicher Post bzw. mit elektronischer Übermittlung erfolgt.

Anzeige FA (Kapitalverkehrssteuerstelle) Abtretung
*vollzug\text\gmbhabfa

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine beglaubigte Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages über einen Geschäftsanteil der <FIRMENNAME> mit Sitz in <FIRMENSITZ> an ??.

Anzeige an Gesellschaft gemäß § 16 GmbHG
*****vollzug\text\gmbhab3

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine Ausfertigung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages über den Geschäftsanteil Ihres Gesellschafters <RAA$Mandant.NName> an ?? zum Zwecke der Erfüllung der Anzeigepflicht gem. § 16 GmbHG.

Anzeige Handelsregister (Abtretung)
*****vollzug\text\gmbhhr2

überreiche ich als Anlage eine beglaubigte Ablichtung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Abtretungsvertrages.

Abschlussschreiben an Beteiligte
*vollzug\text\abende

&&*Maske:gmbh3

in der vorbezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage eine einfache Ablichtung der hier eingegangenen Genehmigung der Gesellschaft zur Veräußerung und Abtretung des Geschäftsanteils der <FIRMENNAME> für Ihre Unterlagen.

Die erforderlichen gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungen hatte ich bereits veranlasst, sodass die Akte hier abgeschlossen werden kann.

Für das mir übertragene Vertrauen und den Ausgleich meiner Kostenberechnung bedanke ich mich.

Nachlasssachen/Letztwillige Verfügungen

Erbscheinsverhandlungen

Anfrage Testamentskartei
*****vollzug/text/anfrtest

&&*Maske:nachlass

überreiche ich als Anlage die Ablichtung der Sterbeurkunde <@a2A> Erblasser<@S2A> und bitte um Mitteilung, ob in der dortigen Kartei Eintragungen über Verfügungen von Todes wegen des Erblassers vorhanden sind.

Abschrift Erbscheinsverhandlung an Beteiligte
*****vollzug\text\erbanbet

&&*maske:nachlass

in vorbezeichneter Angelegenheit überreiche ich Ihnen anliegend eine Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbscheinantrages zur UR-Nr. <UR-NR> zum Verbleib bei Ihren Unterlagen.

Vorsorglich füge ich als Anlage einen Wertermittlungsbogen für den Nachlass bei und empfehle, diesen möglichst vollständig auszufüllen und an mich zurückzureichen. Das Nachlassgericht benötigt diese Angaben zur Wertfestsetzung für die Kosten des Erbscheins, sodass Sie die Erteilung des Erbscheins durch unverzügliche Einreichung des Wertermittlungsbogens beschleunigen können.

Ferner überreiche ich meine Kostennote mit der Bitte um Ausgleich.

Antrag auf Erteilung Erbschein an Nachlassgericht
*vollzug\text\esangeri

&&*Maske:nachlass

als Anlage überreiche ich Ihnen eine Ausfertigung meiner Urkunde <UR-NR> vom <BU-DATUM>. Weiterhin erhalten Sie die nachgenannten Personenstandsurkunden

– Geburtsurkunde des Erblassers

– Heiratsurkunde des Erblassers
– Sterbeurkunde des Erblassers
– ??

Ich bitte um Erteilung eines Erbscheins gemäß Antrag und Übersendung an den beurkundenden Notar.

Übersendung Wertermittlungsboten an Nachlassgericht
*vollzug\text\wertange

&&*Maske:nachlass

als Anlage überreiche ich im Nachgang zu dem Antrag auf Erteilung des Erbscheins den von dem/den Erben nach bestem Wissen ausgefüllten Wertermittlungsbogen nebst Anlagen.

Erinnerung Nachlassgericht Erteilung Erbschein
*vollzug\text\e1erb

&&*Maske:nachlass

hatte ich die Ausfertigung der Erbscheinsverhandlung vom <BU-DATUM> mit den Personenstandsurkunden am <DATUM_SCHREIBEN> mit dem Antrag auf Erteilung des Erbscheins eingereicht. Ich bitte um Mitteilung, was der Erteilung des Erbscheins entgegensteht.

<Wvauto-3m>

2. Erinnerung Nachlassgericht Erteilung Erbschein
*vollzug\text\e2erb

&&*Maske:nachlass

hatte ich die Ausfertigung der Erbscheinsverhandlung vom <BU-DATUM> mit den Personenstandsurkunden am <DATUM_SCHREIBEN> mit dem Antrag auf Erteilung des Erbscheins eingereicht. Bereits mit Schreiben vom <DATUM_ERINNERUNG> hatte ich angefragt, was der Erteilung des Erbscheins entgegensteht.

Ich bitte nunmehr noch einmal um Sachstandsmitteilung.

<Wvauto-3m>

Abschlussschreiben an Beteiligte
***vollzug\text\enderban

&&*Maske:nachlass

als Anlage erhalten Sie eine Ausfertigung des Erbscheins vom ?? mit der Bitte um Überprüfung und zu Ihrer weiteren Verwendung.

Diese Angelegenheit ist damit zum Abschluss gebracht. Ich bedanke mich für die Übertragung des Beurkundungsauftrages und die Begleichung meiner Kostenrechnung.

Verfügungen von Todes wegen

Übergabe letztwillige Verfügung an Amtsgericht
*vollzug\text\testag

&&*Maske:test

als Anlage überreiche ich die Verfügung von Todes wegen d?? vorbezeichneten Erblasser?? nebst Vermerk über die Errichtung und übergebe die Verfügung in die amtliche Verwahrung. Die Empfangsbestätigung auf dem Vermerkblatt erbitte ich unterzeichnet zurück.

Mitt. an Erbl. Verwahrung letztwillige Verfüg. beim AG

*vollzug\text\antest1

&&*Maske:test

als Anlage überreiche ich für Ihre Unterlagen eine beglaubigte Abschrift des hier am <BU-DATUM> zu meiner UR-Nr. <UR-NR> beurkundeten Testamentes. Eine weitere beglaubigte Ablichtung habe ich zu meiner Urkundensammlung genommen.

Die Urschrift der Urkunde habe ich bei dem Amtsgericht <NACHLASSG> hinterlegt. Von dort wird Ihnen zu gegebener Zeit ein Hinterlegungsschein übersandt. Bitte beachten Sie, dass eine Rücknahme der letztwilligen Verfügung aus der amtlichen Verwahrung des Gerichts nur von Ihnen persönlich und unter Vorlage des Hinterlegungsscheins erfolgen kann.

Meine Kostenberechnung für die Beurkundung füge ich als Anlage bei und bitte höflich um Ausgleich auf eines meiner Konten.

Abschlussschreiben an Erblasser mit Hinterlegungsschein
*vollzug\text\testende

&&*Maske:test

in dieser Angelegenheit überreiche ich abschließend den Hinterlegungsschein des Amtsgerichts <RAA$Korr1.VNName> zur weiteren Verwahrung. Die Verfügung von Todes wegen kann nur unter Vorlage dieses Hinterlegungsscheins aus der amtlichen Verwahrung herausgenommen werden.

Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich und schließe meine Akte ab.

Mitteilung Erbvertrag Geburtsstandesamt
*vollzug\text\anagsch

&&*Maske:test

die vorbezeichneten Erblasser haben hier am <BU-DATUM> zur UR-Nr. <UR-NR> einen Erbvertrag beurkundet, der in meiner notariellen Verwahrung verbleibt. Die vorgeschriebene Benachrichtigung in Nachlasssachen überreiche ich zu Ihrer weiteren Verwendung.

Abschlussschreiben Erblasser wegen Erbvertrag
*vollzug\text\antest2

&&*Maske:test

als Anlage überreiche ich für Ihre Unterlagen eine beglaubigte Abschrift des hier am <BU-

DATUM> zu meiner UR-Nr. <UR-NR> beurkundeten Erbvertrages.

Die Urschrift der Urkunde verbleibt weisungsgemäß in meiner notariellen Verwahrung.

Meine Kostenberechnung für die Beurkundung füge ich als Anlage bei und bitte höflich um Ausgleich auf eines meiner Konten.

Erbschaftskaufverträge

Abschrift an Käufer m. Hinweis auf Vorkaufsr. Miterben
*****vollzug\text\erbkvb1

&&*Maske:erbsch

in der oben bezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage zunächst eine beglaubigte Ablichtung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Kaufvertrages über den Erbanteil an dem Nachlass <ERBL-N>.

Da im vorliegenden Fall den übrigen Miterben ein Vorkaufsrecht gem. §§ 2034 f. BGB zusteht, habe ich entsprechend der vertraglichen Weisungen ?? Vorkaufsberechtigten über die Veräußerung unterrichtet und über das Vorkaufsrecht informiert.

Sofern seitens ?? vorkaufsberechtigte Miterben eine Verzichtserklärung über die Ausübung des Vorkaufsrechts nicht eingeht, kann die weitere Abwicklung des Vertrages eingeleitet werden, sobald die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechts verstrichen ist.

Meine Kostenberechnung für die Beurkundung füge ich als Anlage mit der Bitte um Ausgleich bei. Von der weiteren Abwicklung werde ich Sie zeitnah unterrichten.

Mitt. an FA gem. § 18 GrEStG über Erbteilskaufvertrag
*****vollzug\text\erbschfa

&&*Maske:erbsch

als Anlage überreiche ich gem. § 18 GrEStG die Veräußerungsanzeige sowie eine einfache Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbteilskaufvertrages und bitte um die Erteilung der grunderwerbsteuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung.

??

<Wvauto-3m>

Mitt. gem. § 2384 BGB an Nachlassg. nach Erbteilskauf
*****vollzug\text\erbag

&&*Maske:erbsch

Zu den Nachlassakten
<ERBL-N>
<NACHLASS-AZ>

überreiche ich zur Erfüllung der Mitteilungspflichten gem. § 2384 BGB eine Abschrift des hier am <BU-NR> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-NR> beurkundeten Erbteilskaufvertrages.

Mitt. g. § 2384 an Nachlassg. n. Erbteilsk. (Miterben)
*vollzug\text\erbkvag

&&*Maske:erbsch

In der Nachlasssache ?? <ERBL-N>, Geschäftszeichen <NACHLASS-AZ>, überreiche ich zur Erfüllung der Anzeigepflichten gem. § 2384 BGB als Anlage eine einfache Abschrift des hier am <BU-DATUM> geschlossenen Kaufvertrages. Die Miterben haben das ihnen zustehende Vorkaufsrecht gem. §§ 2034 f. BGB nicht ausgeübt.

Anfrage an Miterben, ob Vorkaufsrecht ausgeübt wird
*vollzug\text\vorkerb

&&*Maske:erbsch

in der oben bezeichneten Angelegenheit zeige ich aufgrund entsprechender Weisung durch die Vertragsbeteiligten an, dass zwischen den Beteiligten am <BU-DATUM> zu meiner Urkundenrollen-Nr. <UR-NR> ein Kaufvertrag über den Erbteil ?? <RAA$Mandant.VNName> an dem Nachlass ?? <ERBL-N> geschlossen worden ist. Eine beglaubigte Abschrift des Vertrages füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Den übrigen Miterben steht im Hinblick auf diese Veräußerung an einen nicht zum Kreis der Miterben gehörenden Dritte gem. § 2035 BGB ein gesetzliches Vorkaufsrecht an dem hier veräußerten Erbteil zu, welches gegenüber dem Käufer geltend zu machen ist.

Da nach den gesetzlichen Regelungen über das Vorkaufsrecht dieses Recht von den übrigen Miterben gemeinschaftlich ausgeübt werden muss, darf ich im Auftrag der hiesigen Beteiligten um Mitteilung bitten, ob Sie dieses Vorkaufsrecht ausüben wollen. Die Frist zur Abgabe einer entsprechenden Erklärung beträgt 2 Monate ab dem Datum dieses Mitteilungsschreibens.

Sofern Sie das Ihnen zustehende Vorkaufsrecht nicht ausüben wollen, können Sie eine entsprechende Verzichtserklärung, die ich als Entwurf diesem Schreiben beifüge, unterzeichnen und dem Käufer – zu meinen Händen – zurückreichen.

Anfrage an Erwerb., ob Erb. Vorkaufsr. ausgeübt haben
*****vollzug\text\erbkvork

&&*Maske:erbsch

in dieser Angelegenheit ist aufgrund meiner Mitteilung an ?? vorkaufsberechtigten Miterben hier keinerlei Reaktion eingegangen. Die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechts ist grundsätzlich mittlerweile abgelaufen. Vorsorglich bitte ich jedoch um Ihre ausdrückliche schriftliche Bestätigung, dass Ihnen auch unmittelbar keine Erklärung ?? Miterben über die Ausübung des Vorkaufsrechts zugegangen ist.

<Wvauto-2w>

Grundbuchberichtigungsantrag
*****vollzug\text\erbkvgb

Zu den Grundakten
von <BEZGRUND1>
Blatt <BEZBLATT1>

überreiche ich als Anlage

- Ausfertigung des Vertrages vom <BU-DATUM> zu meiner UR-Nr. <UR-NR>
- steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung
- ??

und beantrage wegen Eigentumsübergangs außerhalb des Grundbuches, das Grundbuch in Abteilung I dahingehend zu berichtigen,

dass Eigentümer in ungeteilter Erbengemeinschaft nun sind:
??

Abschlussmitteilung nach Grundbuchvollzug Erbteilskauf
*****vollzug\text\erbend

&&*Maske:erbsch

in dieser Angelegenheit überreiche ich abschließend die Eintragungsmitteilung des Grundbuchamtes, wonach die Grundbuchberichtigung in Abteilung I des Grundbuches dahingehend erfolgt ist, dass Sie nunmehr anstelle des bisherigen Miterben <RAA$Mandant.VNName> Miteigentümer in ungeteilter Erbengemeinschaft sind.

Die Angelegenheit ist damit abgeschlossen. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich und schließe meine Akte hier ab.

Erbauseinandersetzungen

Schreib. Beteil. n. Beurk. Erbauseinandersetzungsvertr.
*****vollzug\text\erba1

&&*Maske:erbsch

in der oben bezeichneten Angelegenheit überreiche ich als Anlage zunächst eine beglaubigte Ablichtung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbauseinandersetzungsvertrages über den Nachlass nach <ERBL-N>.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungspflichten habe ich mit gleicher Post dem Finanzamt übersandt.

??Die Erbauseinandersetzung gilt im Sinne des Wohnungseigentumsrechtes als Veräußerung, sodass zur Wirksamkeit des Vertrages auch die Zustimmung des Verwalters erforderlich ist. Diese habe ich mit gleicher Post eingeholt.

Nach Vorliegen aller zur Wirksamkeit erforderlichen Genehmigungen werde ich die Abwicklung des Vertrages einleiten.

Meine Kostenberechnung für die Beurkundung füge ich als Anlage mit der Bitte um Ausgleich bei. Von der weiteren Abwicklung werde ich Sie zeitnah unterrichten.

Mitt. an FA gem. § 18 GrEStG über Erbteilskaufvertr.
*vollzug\text\erbschfa

&&*Maske:erbsch

als Anlage überreiche ich gem. § 18 GrEStG die Veräußerungsanzeige sowie eine einfache

Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbteilskaufvertrages und bitte um die Erteilung der grunderwerbsteuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung.

??

<Wvauto-3m>

Mitt. an FA gem. § 18 GrEStG n. Erbauseinandersetzung
*vollzug\text\erbfa

&&*Maske:erbsch

als Anlage überreiche ich gem. § 18 GrEStG die Veräußerungsanzeige sowie eine einfache Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbauseinandersetzungsvertrages und bitte um die Erteilung der grunderwerbsteuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung.

??

<Wvauto-3m>

Mitt. an FA gem. § 7 ErbStDV n. Erbauseinandersetzung
*vollzug\text\erbfa2

&&*Maske:erbsch

als Anlage überreiche ich gem. § 7 ErbStDV eine einfache Abschrift des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbauseinandersetzungsvertrages – UR-Nr. <UR-NR> – betreffend den Nachlass ?? <ERBL-N>.

Anschreiben an Verwalter nach Erbauseinandersetzung
*vollzug\text\erbverw

&&*Maske:erbsch

als Anlage überreiche ich eine auszugsweise – beglaubigte – Ablichtung des hier am <BU-DATUM> beurkundeten Erbauseinandersetzungsvertrages der Erbengemeinschaft nach <ERBL-N>.

Die Erbauseinandersetzung ist grundbuchlich einer Veräußerung gleichzusetzen. Die Miterben gehören nicht bzw. nicht sämtlich dem Kreis der privilegierten Erwerber an, bei deren Erwerb eine Verwalterzustimmung nicht erforderlich ist. Ich bitte daher höflich, die Verwalterzustimmung in grundbuchmäßiger Form zu erteilen und mir zu übersenden. Bitte teilen Sie weiterhin mit, in welcher Grundakte der Verwalternachweis hinterlegt wurde.

<Wvauto-4w>

Antrag Eigentumsumschreibung nach Erbauseinandersetzung
*vollzug\text\erbumsch

&&*Maske:erbsch

Zu den Grundakten
von <BEZGRUND1>
Blatt <BEZBLATT1>

überreiche ich anliegend die zweite Ausfertigung des Vertrages vom <BU-DATUM>, UR.-Nr. <UR-NR>, ??, die Verwaltergenehmigung in notariell beglaubigter Form sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes mit dem Antrag,

die Eigentumsumschreibung im Grundbuch dahingehend vorzunehmen, dass ??

Die Kosten bitte ich, direkt bei den Eigentümern anzufordern.

Abschlussschreiben nach Grundbuchvollzug
*****vollzug\text\erbaende

&&*Maske:erbsch

in dieser Angelegenheit überreiche ich abschließend die Eintragungsmitteilung des Grundbuchamtes über die Eigentumsänderung aufgrund des Erbauseinandersetzungsvertrages.

Die Angelegenheit ist damit vollständig abgeschlossen. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich und schließe meine Akte hier ab.